

***Protokoll
28. Parteitag
der CDU Deutschlands***

14. – 15. Dezember 2015 · Karlsruhe

CDU

Protokoll

**28. Parteitag der CDU Deutschlands
14. – 15. Dezember 2015, Karlsruhe**

Inhalt

	Seite
Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen	
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte:	
■ Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe	12
■ Guido Wolf MdL, Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg	15
■ Joseph Daul, Präsident der Europäischen Volkspartei	20
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	24
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	45
Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“	111
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2013 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz Dr. Philipp Murmann MdB	116
Bericht der Rechnungsprüfer	118
Antrag des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ Armin Laschet MdL	120
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ Dr. Peter Tauber	131

	Seite
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	139
Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU	157
Beratung und Beschlussfassung	157
Sonstige Anträge	166
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Herbert Reul MdEP	188
Antrag des Bundesvorstandes „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ Einführung durch die Kommissionsvorsitzende Julia Klöckner MdL	192
Beratung und Beschlussfassung	212
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Ministerpräsident Horst Seehofer MdL	200
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Volker Kauder MdB	215
Antrag des Bundesvorstandes „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ Einführung durch den Kommissionsvorsitzenden Thomas Strobl MdB	220
Beratung und Beschlussfassung	223
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	227
ANHANG	
Beschlussprotokoll	230
Rednerverzeichnis	279

Montag, 14. Dezember 2015

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.42 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Wir haben ja heute noch was vor. – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte und liebe Gäste! Ich freue mich, den 28. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands eröffnen zu dürfen und möchte Sie alle ganz herzlich hier in Karlsruhe willkommen heißen. Mein erster Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. – Herzlich willkommen!

2010 waren wir zuletzt mit unserem Parteitag hier zu Gast. Ich möchte mich herzlich bei der Geschäftsführerin der Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH, Frau Britta Wirtz, – ist sie eigentlich da? Irgendwo wird sie sein – für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die hier geboten werden, bedanken. Schön, dass wir wieder bei Ihnen sein dürfen.

(Beifall)

Ich möchte auch den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Herrn Dr. Frank Mentrup, der gleich ein Grußwort zu uns sprechen wird, sowie den Oberbürgermeister von Rheinstetten, Herrn Sebastian Schrempp, herzlich bei uns willkommen heißen.

(Beifall)

Lieber Thomas Strobl, lieber Guido Wolf, vielen Dank für die Gastfreundschaft des Landesverbandes Baden-Württemberg. Am 13. März 2016 ist es so weit. Dann wählen die Menschen in Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Wir werden gemeinsam mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die CDU wieder in Regierungsverantwortung kommt. Unser Ziel ist klar: Guido Wolf als Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

(Beifall)

Lieber Guido, wir freuen uns auf Ihre Worte.

Ich freue mich, den Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul, ganz herzlich bei uns begrüßen zu dürfen. Auch er wird gleich ein Grußwort an uns richten. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wenn wir bei Europa sind, dann begrüße ich ganz herzlich auch unseren Kommissar – Jean-Claude Juncker liebt es nicht, wenn ich sage: „unseren Kommissar“, aber es bleibt halt „unser Kommissar“ –, Günther Oettinger. – Schön, dass Du da bist.

(Beifall)

Ich begrüße viele weitere internationale Gäste, die bei unserem Parteitag dabei sind. Ich möchte ganz herzlich Herrn Klitschko zu seiner Wiederwahl als Oberbürgermeister von Kiew gratulieren. – Herzlich willkommen! – Ich begrüße ihn stellvertretend für viele andere.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme vieler Botschafter, vieler Vertreter der Botschaften und diplomatischen Missionen. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Auch die Repräsentanten unserer beiden Kirchen, Prälat Dr. Martin Dutzmann und Prälat Dr. Karl Jüsten, sind in diesem Jahr wieder unsere Gäste. – Herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Bei dem Weihbischof Uhl, dem Landesbischof der Evangelischen Landeskirche, Herrn Cornelius Bundschuh, und dem Pfarrer der Stadtkirche Karlsruhe, Dirk Keller, bedanke ich mich – sicherlich im Namen von allen, die dabei sein konnten – für den ökumenischen Gottesdienst, den wir heute Morgen halten konnten.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, unseren Freund Professor Dr. Thomas Sternberg. – Herzlichen Glückwunsch noch einmal zu Ihrer Wahl.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich die Vertreter der Wirtschaftsverbände, Ingo Kramer – ihn habe ich noch nicht gesehen, aber er wird noch kommen – und andere, genauso wie die Vertreter der Gewerkschaften. Heute sollte zu uns kommen der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann. Morgen wird der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, bei uns sein. Ich heiße andere Vorstandsvorsitzende von Verbänden ganz herzlich willkommen, Herrn Florian Nöll vom Bundesverband Deutsche Startups und den Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes, Stefan Genth, genauso wie Herrn Wansleben vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Ich begrüße auch den Chef der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt, den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner, und den Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, Roderich Kiesewetter, und viele andere, die ich nicht alle hier nennen kann.

(Beifall)

Über die Anwesenheit von zwei Ministerpräsidenten a. D. freuen wir uns besonders. – Herzlich willkommen Erwin Teufel, und herzlich willkommen Bernhard Vogel.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter vieler gesellschaftlicher Verbände, ganz besonders auch die Vertreterin des Zentralverbands der Muslime, Frau Soykan. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass zwei Mitglieder dabei sind, die bis jetzt keinen CDU-Parteitag versäumt haben – seit der Gründung der CDU. Das sind Günter-Helge Strickstrack und Heinz Schwarz. Ein ganz herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße natürlich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen genauso – es erweitert sich – wie die Blogger und Vertreter aus dem Social-Media-Bereich. Wir wünschen uns natürlich eine umfassende, spannende und faire Berichterstattung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir treffen uns hier in Karlsruhe 2015 in einer Zeit großer Herausforderungen nicht nur bei uns im Land, sondern auch weltweit, in einer Zeit, in der wir ganz besonders unsere Verantwortung als CDU spüren.

Wir haben in diesem Jahr zwei Jubiläen gefeiert, die uns Mut und Kraft geben sollten: den 70. Geburtstag der Christlich Demokratischen Union und 25 Jahre deutsche Einheit. Beides sind Anlässe, die gezeigt haben: Wir sind die Partei, die anpackt, handelt und an einer guten Zukunft unseres Landes arbeitet. Insofern ist es gut, dass wir heute und morgen zusammenkommen, um unsere Antworten für die Menschen in unserem Land auch für die nächste Zeit zu geben.

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem 27. Parteitag im Dezember 2014 von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich stellvertretend Dr. Andreas Schockenhoff nennen, geboren am 23. Februar 1957, gestorben am 13. Dezember 2014. Seit 1982 war er Mitglied der CDU. Von 1990 bis 2014 war Andreas Schockenhoff Mitglied des Deutschen Bundestages. Er leitete von 1994 bis 2014 als Vorsitzender die deutsch-französische Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Andreas Schockenhoff stand von 2000 bis 2011 dem Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern vor.

Ich erinnere an Dr. Ernst Albrecht, geboren am 29. Juni 1930, gestorben am 13. Dezember 2014. Er gehörte seit 1969 der CDU an. Ernst Albrecht war von 1970 bis 1990 Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Von 1976 bis 1990 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, von 1979 bis 1990 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

Ich denke an Marlis Süßmuth, geboren am 25. Dezember 1947, gestorben am 15. Januar 2015. Marlis Süßmuth war seit 1992 Mitglied der CDU. Von 2007 bis 2015 war sie Kreisvorsitzende der Senioren-Union Bernburg, von 2009 bis 2015 Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bernburg.

Ich nenne Dr. Karl-Heinz Narjes, geboren am 30. Januar 1924, gestorben am 26. Januar 2015. Er trat 1967 in die CDU ein und war von 1969 bis 1973 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Karl-Heinz Narjes war von 1981 bis 1984 EG-Kommissar und von 1984 bis 1988 Vizepräsident der EG-Kommission.

Wir trauern um Richard Freiherr von Weizsäcker, geboren am 15. April 1920, gestorben am 31. Januar 2015. Er war seit 1954 Mitglied der CDU. Von 1969 bis 1981 war Richard Freiherr von Weizsäcker Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1974 bis 1984 Mitglied im Bundesvorstand des EAK. Von 1972 bis 1979 bekleidete er den stellvertretenden Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1979 bis 1981 war er Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Richard von Weizsäcker war von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und von 1984 bis 1994 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Ich möchte Eberhard Werner nennen, geboren am 19. November 1944, gestorben am 2. März 2015. Er war seit 1990 Mitglied der CDU. Er war Gründungsmitglied der KPV Weißeritzkreis, der späteren KPV Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, deren Vorsitz er von 1990 bis 2015 bekleidete. Von 1990 bis 2003 übte er das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Kesselsdorf aus. Eberhard Werner war von 2003 bis 2007 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Weißeritzkreis und von 2005 bis 2013 Präsident des Landessportbundes Sachsen.

Wir erinnern an Konrad Birkholz, geboren am 2. März 1948, gestorben am 17. März 2015. Er war seit 1966 Mitglied der CDU. Von 1995 bis 2011 hatte er das Amt des Bürgermeisters des Bezirks Spandau von Berlin inne.

Wir gedenken Ove Franz, geboren am 6. März 1936, gestorben am 12. Mai 2015. Ove Franz war seit 1956 Mitglied der CDU. Von 1961 bis 1993 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Ich erinnere an Ludwig Burkardt, geboren am 15. Juli 1946, gestorben am 30. Mai 2015. Er war seit 1970 Mitglied der CDU. Von 1971 bis 1975 bekleidete er den Vorsitz der Jungen Union Osthessen. Von 2008 bis 2015 war Ludwig Burkardt Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark und von 2009 bis 2015 Mitglied des Landtages Brandenburg.

Wir trauern um Bernhard Jagoda, geboren am 29. Juli 1940, gestorben am 19. Juni 2015. Er war Mitglied der CDU seit 1965, seit 1985 Mitglied der CDA. Von 1970 bis 1980 war Bernhard Jagoda Mitglied des Hessischen Landtages, von 1980 bis 1987 und von 1990 bis 1993 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gehörte von 1983 bis 1993 dem Bundesvorstand der OMV an und war 1991 bis 1993 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier. Von 1987 bis 1990 bekleidete er das Amt des Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und von 1993 bis 2002 war er Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

Ich denke an Philipp Mißfelder, geboren am 25. August 1979, gestorben am 13. Juli 2015. Er war seit 1995 Mitglied der CDU. Er war von 1998 bis 2000 Bundesvorsitzender der Schüler-Union und von 2002 bis 2014 Bundesvorsitzender der Jungen Union. Er gehörte von 1999 bis 2014 dem CDU-Bundesvorstand und von 2008 bis 2014 dem Präsidium der CDU an. Er war von 2005 bis 2015 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 2010 bis 2015 stand er dem MIT Bezirk Ruhr vor, und er bekleidete das Amt des Schatzmeisters der CDU Nordrhein-Westfalen von 2014 bis 2015.

Wir trauern um Hans Ley, geboren am 31. Juli 1954, gestorben am 16. Juli 2015. Er gehörte seit 1971 der CDU an. Er war von 1979 bis 1985 Vorsitzender der Jungen Union St. Wendel. Von 1983 bis 2015 gehörte er dem Landesvorstand der CDU Saar an und stand von 1989 bis 2014 dem CDU-Kreisverband St. Wendel vor. Seit 1985 gehörte er dem saarländischen Landtag an und war von 1999 bis 2015 Präsident des saarländischen Landtages.

Ich möchte Ina-Maria Berndt nennen, geboren am 8. März 1931, gestorben am 20. Juli 2015. Sie war seit 1950 Mitglied der CDU und übte von 2003 bis 2015 das Amt der Vorsitzenden der Senioren-Union in Rostock aus.

Ich erinnere an Johanna Sondermann, geboren am 22. April 1926, gestorben am 4. August 2015, seit 1949 Mitglied der CDU. Sie war sowohl Gründungsmitglied der Frauen-Union als auch der Senioren-Union im Kreisverband Eichsfeld.

Ich nenne abschließend Dr. Maria Herr-Beck, geboren am 8. Juni 1928, gestorben am 7. Oktober 2015. Sie war seit 1962 Mitglied der CDU. Dr. Maria Herr-Beck war von 1964 bis 1981 Mitglied des Mainzer Stadtrats und von 1970 bis 1991 Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Rheinhessen-Pfalz. Sie gehörte von 1971 bis 1981 dem rheinland-pfälzischen Landtag an und war von 1979 bis 1981 Vizepräsidentin des Landtages Rheinland-Pfalz. Von 1981 bis 1990 bekleidete sie das Amt der Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens.

Wir kommen nun zur Wahl des Tagungspräsidiums. Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung zum Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte, also der erste Übungsprozess, ob jeder seine Stimmkarte findet. Wer einverstanden ist mit den Vorschlägen zum Tagungspräsidium, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das sieht ganz gut aus. Wer ist nicht einverstanden? – Wer enthält sich? – Ich sehe ein großes Einverständnis. Damit ist das Tagungspräsidium gewählt. Ich bitte die Mitglieder jetzt auf die Bühne und übergebe an den Tagungspräsidenten, den Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Grüß Gott und guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium für das Vertrauen bedanken und möchte Sie alle sehr herzlich hier im sonnigen Karlsruhe in Baden in Baden-Württemberg willkommen heißen. Schön, dass Sie aus ganz Deutschland zu uns gekommen sind! Ein besonderer Gruß an unsere internationalen Gäste! Ich bin ganz sicher: Wir werden in Karlsruhe einen klasse Parteitag miteinander haben.

(Beifall)

Gerne möchte ich Ihnen zunächst einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben. Gemäß § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann geben Sie diesen im Büro der Antragskommission ab. Das Büro befindet sich im Raum A 5 im Foyer der dm-Arena. Damit diese Anträge auch ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragschluss auf 12 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass einstimmig so beschlossen ist.

Die Antragskommission möchte sich bitte um 13.30 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission, Raum A5 im Foyer der dm-Arena zusammenfinden.

In dieser Sitzung wird die Antragskommission im Wesentlichen die Initiativanträge beraten, die zu den Anträgen des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“, „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ und „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ eingegangen sind. Diese Anträge werden beraten.

Um alle weiteren Initiativanträge beraten zu können, die am zweiten Plenartag anstehen, wird voraussichtlich eine zweite Sitzung der Antragskommission notwendig sein. Diese wird nach jetzigem Stand ebenfalls heute, gegen 15.45 Uhr stattfinden. Ich werde rechtzeitig vor dieser Sitzung einen erneuten Hinweis geben und die genaue Uhrzeit des Sitzungsbeginns mitteilen.

Ich weise an dieser Stelle noch auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, liegen diese an den Eingängen zum Plenarsaal aus.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitten wir Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie diese vollständig aus mit Name, Thema und Antragsnummer und geben Sie bitte an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen werden.

Wenn Sie einverstanden sind, dann rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Ich sehe keinen Widerspruch.

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Erhebt sich gegen Inhalt und Frist der Ladung Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Die Einladung liegt Ihnen nochmals in aktualisierter Form in den Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie mit der Tagesordnung einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit Ihrer Stimmkarte an. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Es gibt ebenfalls keine. Damit ist die Tagesordnung für unseren Parteitag beschlossen. Ich bedanke mich herzlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir beraten heute mehrere Anträge des Bundesvorstandes und eine große Anzahl von Anträgen aus unseren Verbänden. Das erfordert, wie wir bereits festgestellt haben, auch bei der Arbeit der Antragskommission mit Blick auf die Vorbereitung der Beratung der hierzu eingegangenen Initiativanträge einen entsprechenden Zeitaufwand. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen deshalb vor, die Tagesordnungspunkte 12 – Bericht des Bundesschatzmeisters, 14 – Bericht der Rechnungsprüfer – und 11 – Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auf heute vorzuverlegen. Wenn Sie damit einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit Ihrer Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei keinen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen möchten, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Es gibt keine. Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es ebenso nicht. Damit ist die Antragskommission durch diesen Parteitag einstimmig bestätigt.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Für die Mandatsprüfungskommission liegt Ihnen ein Vorschlag vor. Die Namensliste finden Sie ebenfalls in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, so bitte ich Sie wiederum um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind auch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission einstimmig gewählt.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Parteivorsitzenden am Tisch zur Abgabe der Wortmeldungen auf der von mir aus gesehen rechten Seite vor der Bühne einzufinden.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Erfreulicherweise haben sich wieder viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Die Namen der vorgeschlagenen Personen können Sie wiederum Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Ihr Karzenzeichen zu unterstützen. – Wer möchte mit Nein stimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit stelle ich eine einstimmige Wahl der Mitglieder der Stimmzählkommission fest.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, Sektion E wie Emil. Bitte beachten Sie die entsprechende Ausschilderung.

Nun kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

Ich übergebe das Wort an den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Herrn Dr. Frank Mentrup. Bitte sehr, Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe: Sehr geehrte Frau Vorsitzende und Bundeskanzlerin! Liebe Angela Merkel! Werte Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstands der CDU Deutschlands! Werte Ehrengäste und Gäste aus dem In- und Ausland! Sie grüße ich abschließend, denn das ist Ihr Parteitag: Liebe Delegierte der CDU aus ganz Deutschland! Herzlich willkommen in Karlsruhe zu Ihrem Bundesparteitag! Es ist uns eine große Ehre, dass wir Sie hier begrüßen dürfen.

(Beifall)

Bereits 2010 waren Sie hier, insgesamt schon fünfmal in unserer Stadt, in einer jungen, in einer dynamischen, in einer innovativen und in einer internationalen Stadt, in einer ebensolchen Region, der Technologieregion Karlsruhe. Ich darf Ihnen, wenn wir gerade bei Jubiläen sind, zu 70 Jahren CDU ganz herzlich gratulieren. Wir feiern in diesem Jahr unseren 300. Stadtgeburtstag. Von Jubilar zu Jubilarin tun Lob, Anerkennung und Wertschätzung gut. Noch einmal: Gratulation von meiner Seite und der Seite der Bürgerinnen und Bürger.

Eine kommunalpolitische Entwicklung – ich darf mir anmaßen, das hier zu beurteilen, wie sie in den letzten 70 Jahren in Deutschland stattgefunden hat und die die kommunale Daseinsvorsorge gestärkt hat, die es nun an vielen Stellen zu verteidigen gilt, wäre ohne die großen Volksparteien nicht möglich und nicht erfolgreich gewesen. Deswegen Gratulation zu 70 Jahren CDU und 70 Jahren Kommunalpolitik!

(Beifall)

Sie kennen Karlsruhe als Residenz des Rechts, als Stadt, in der das Bundesverfassungsgericht, der Bundesgerichtshof und die Bundesanwaltschaft ihren Sitz haben. Sie kennen Karlsruhe als

Wissenschaftsstandort mit 26 Forschungseinrichtungen, neun Hochschulen und 42.000 Studierenden sowie mit dem KIT, dem Karlsruher Institut für Technologie, einer bundesweit einzigartigen Konstruktion, eine der ältesten technischen Universitäten Deutschlands, verbunden mit einem großen Bundesforschungszentrum. Erst diese einzigartige Verschmelzung hat uns in die Topliga der internationalen Universitäten und Hochschulen gebracht.

Sie kennen uns als Stadt der IT sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie. Wenn ich Stadt und Region zusammennehme, dann stelle ich fest, dass wir in diesem Bereich 36 000 Arbeitsplätze und über 4 000 IT-Unternehmen zu verzeichnen haben, von denen etwa 1 200 in Europas größtem IT-Cluster, dem Cyber-Forum, zusammengefasst sind. Wir sind nach einer neuen Studie der Europäischen Kommission, die über 1 000 Regionen in Europa nach ihrer IT-Stärke beurteilt hat, nach München, Paris und London auf den vierten Rang gekommen.

Sie kennen uns als Kunst- und Kulturstadt. Ich darf Sie einladen in das Zentrum für Kunst und Medientechnologie, in das Badische Landesmuseum, die Städtische Galerie oder das Badische Staatstheater. Sie kennen uns als Stadt der Mobilität. Wir sind nicht nur die Stadt, in der Carl Benz studiert und seine ersten Planungen für das Automobil entwickelt und der Freiherr von Drais das Laufrad erfunden hat. Wir sind auch die Bundeshauptstadt im Carsharing. Wir haben das Karlsruher Modell eines einzigartigen ÖPNV-Angebots mit Stadtbahnen sowohl auf den Straßenbahn- als auch den DB-Schienen und einem Netz von mittlerweile 700 Kilometern. Wir haben es in einem Aufholprozess in den letzten sieben Jahren geschafft, von einer fernen Platzierung auf Platz zwei der Fahrradstädte Deutschlands zu kommen. Sie kennen uns vielleicht noch nicht als Sonnenstadt. Ich glaube aber, dass es uns heute gelingen wird, Ihnen das richtige Karlsruher Wetter zu bieten, wenn Sie dann aus diesen heiligen Hallen herauskommen. Ich darf Sie zum Genuss in unsere Umgebung einladen, eingebettet in die Südpfalz, das Elsass, den Breisgau und den Schwarzwald. Hier können wir gut leben, gut essen und auch gemeinsam gut arbeiten.

Ich hatte 300 Jahre Karlsruher Stadtgeschichte angesprochen. Wir haben dieses Jubiläum in einem großen Festivalsommer begangen mit 600 Veranstaltungen, mit 80 Stadtteilprojekten, mit elf Bürgerprojekten und mit über 1,2 Millionen Besucherinnen und Besuchern. Ich denke, es ist uns gelungen, das Image Karlsruhes vor Ort, aber auch vor allem national und international neu aufzustellen und ein bisschen gegen die alten Klischees zu steuern, dass wir als verschlafene Residenz- oder Beamtenstadt den Anschluss an die Neuzeit ein bisschen verloren haben könnten.

Drei Aspekte unserer Stadtgeschichte, die wir uns anlässlich von 300 Jahren erarbeitet haben, will ich Ihnen kurz mit auf den Weg geben, weil ich glaube, dass diese beispielgebend für manch aktuelle Diskussion sein können. Unsere Stadtgründung ist eingebettet zwischen der Grundsteinlegung am 17. Juni 1715 und dem Erlass des sogenannten Privilegienbriefes am 24. September 1715. Der Stadtgründer Karl Wilhelm von Baden-Durlach, sozusagen der erste Zuwanderer dieser Stadt aus dem benachbarten Durchlach, hatte sich entschieden, hier mitten im Wald eine

neue Stadt zu bauen, um das umsetzen zu können, was ihm die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt ein wenig verwehrt hatten, nämlich so zu bauen, wie er wollte, so zu leben, wie er wollte, und so zu gestalten, wie er wollte. Das hat am 17. Juni zu einer Grundsteinlegung mitten im Wald geführt. Sie können das heute im Schlossturm noch besichtigen. Schnell hat er die Erfahrung gemacht, dass er alleine eine solche Stadt nicht gründen kann. Er musste also Menschen finden, die hierher aus allen Richtungen ziehen, mit allen Berufen und mit Elan und neuen Ideen. Der Privilegienbrief vom 24. September ist ausgelöst worden durch das Anschreiben eines württembergischen Schmiedes, der gefragt hat: Wenn ich zu dir komme, was bietest du mir denn? – So hat er in einem Privilegienbrief Steuerfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Berufsfreiheit, Religionsfreiheit und viele andere Freiheiten versprechen müssen. Das Spannende, das Ambivalente unserer Stadtgründung ist – das zieht sich durch unsere Geschichte wie ein roter Faden – der Gegensatz zwischen dem absolutistischen Anspruch, das zu tun, was man den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zuvor nicht abtrotzen konnte, und dem Versprechen von Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten, die man früher eigentlich seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern noch nicht versprechen konnte bzw. versprechen wollte. Aus dieser Ambivalenz des Diskussionsprozesses, eines klaren rechtlichen Rahmens, einer sozialen Fürsorge einerseits und den Freiheiten andererseits, sich zu entwickeln, sich einzubringen und die Stadt gemeinsam voranzubringen, heraus hat sich die badische Liberalität entwickelt, die durchaus über drei Jahrhunderte beispielgebend war. Das sollte auch unser Anspruch für die Zukunft sein. Wir sollten Rechtsstaatlichkeit, feste Rahmenseetzungen, gemeinsame Verpflichtungen und Werte kennen. Wir sollten aber auch denen, die zu uns kommen, die Freiheit geben, sich zu entfalten sowie ihre Talente, Kompetenzen und Ideen in unsere Gesellschaft einzubringen.

(Beifall)

Der zweite Aspekt ist – ich darf Sie beruhigen; es wird immer kürzer: Es ist das erste Jahrhundertjubiläum, das wir in Frieden und Wohlstand begehen können. Das hat uns in diesem Sommer mit großer Demut erfüllt. Wir sind uns bewusst geworden, dass es der Stadt nur dann gut gegangen ist, wenn wir unsere Stärken als europäische Stadt ausspielen konnten. Wenn die Grenze zu Frankreich etwa durch Krieg oder andere Einflüsse geschlossen war, dann ging es der Stadt schlecht. Wenn wir uns zusammen mit dem restlichen Europa im Rahmen des Waren-, des Menschen- und des Kulturaustausches frei entfalten konnten, dann ist diese Stadt vorangegangen; dann hat sie sich entwickelt. Das sollten wir mehr denn je beherzigen.

(Beifall)

Der dritte Aspekt ist: Diese Stadt hat ihren Einwanderern nie auferlegt, was sie tun sollen, wie sie es tun sollen und wohin sie sich entwickeln sollen. Sie hat vielmehr immer die Freiräume geschaffen und vorgehalten, die es den Zuwanderern ermöglichen, ihre eigenen Ideen umzusetzen. Wir rüsten uns für die Industrie 4.0. Wir rüsten uns dafür, dass wir nicht nur eine innovati-

ve Stadt in einer innovativen Region sein wollen. Wir bieten uns vielmehr als ein Reallabor für die Zukunft an und stellen uns auf eine einzigartige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Hand ein, um die Fragen betreffend Energie, Mobilität und des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu lösen. Bedenken Sie bitte bei Ihren Beratungen: Wir brauchen ein Zeichen nach vorne. Wir brauchen Selbstbewusstsein. Wir brauchen keine Abschottung und keine Ausgrenzung. Nur hier mitten in Europa und mit Europa können wir vorankommen. Das ist unsere Botschaft in Zusammenhang mit unserem Stadtjubiläum. Das leben wir, und dazu darf ich Sie noch einmal ganz herzlich einladen. Ich bitte Sie, das bei Ihren Beratungen zu berücksichtigen. Danke schön.

(Beifall)

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup.

Nun darf ich noch drei Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts begrüßen. Ich freue mich, dass Herr Bundesverfassungsrichter Peter Müller, Herr Professor Herbert Landau und Frau Dr. Kessel-Wulf unter uns sind. Herzlich willkommen den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, freuen wir uns auf das Grußwort des Spitzenkandidaten der CDU Baden-Württemberg für die Landtagswahl. Ich gebe das Wort an unseren Freund Guido Wolf.

(Beifall)

Guido Wolf: Sehr verehrte Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebes Tagungspräsidium! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Herzlich willkommen in Baden-Württemberg, dem Land – der Herr Oberbürgermeister hat es gesagt – der Tüftler und Denker. Er hat Karl Drais und Carl Benz angesprochen, die Erfinder von Fahrrad und Automobil. Herr Oberbürgermeister, Sie haben noch Olli Kahn vergessen. Er ist auch ein Karlsruher und ein Freund des Fair Play.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses Land der Tüftler und Denker wurde in der Vergangenheit auch mit dem Begriff des „Cleverle“ belegt. Dafür steht Baden-Württemberg: für Innovation, für Technologie. Genau zu diesem Profil, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir mit eurer Hilfe am 13. März 2016 mit einer CDU-geführten Landesregierung wieder zurück.

(Beifall)

Dieses bunte Baden-Württemberg ist Baden und Württemberg, ist Hohenzollern und Kurpfalz, ist Franken und Oberschwaben, ist Hohenlohe und Schwarzwald, ist alles außer Hochdeutsch, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir Baden-Württemberger lieben unsere Heimat. Ich liebe meine Heimat Baden-Württemberg, und schon deshalb will ich der nächste Ministerpräsident von Baden-Württemberg werden.

(Beifall)

Die nächste Landtagswahl in Baden-Württemberg ist eine Schicksalswahl. Sind wir einmal ehrlich: Das sagen wir praktisch vor jeder Wahl. Aber bei dieser Landtagswahl stimmt es. Denn es geht darum, fünf Jahre Grün-Rot zu einer historischen Episode werden zu lassen, schlicht und einfach deutlich zu machen: Grün-Rot in Baden-Württemberg ist gescheitert. Grün-Rot setzt in der Bildung auf Einheitsbrei und Einheitsschule, in der Wirtschaft auf Technikfeindlichkeit und Bevormundung und bei der Infrastruktur auf Fahrradwege statt Datenautobahnen. Damit muss im kommenden Jahr wieder Schluss sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir in der CDU Baden-Württemberg werden es nicht zulassen, dass unsere Realschulen und Gymnasien zu Auslaufmodellen erklärt werden. Wir werden es nicht zulassen, dass immer mehr Bürokratie dem Mittelstand und dem Handwerk die Luft abschnürt, und wir werden es nicht zulassen, dass der grüne Kampf gegen Funkmasten Baden-Württemberg zum Funkloch macht. Liebe Freundinnen und Freunde, das macht doch eines ganz klar: Baden-Württemberg braucht eine bessere Regierung. Baden-Württemberg braucht 2016 den Wechsel zur CDU. Dafür kämpfen wir, auch am heutigen Tage.

(Beifall)

Ich habe es angesprochen: Baden-Württemberg kann alles außer Hochdeutsch. Was wir nach fünf Jahren Grün-Rot in Baden-Württemberg besonders gut können: Wir können Vorschriften, immer neue Vorschriften: Tempolimit auf den Autobahnen, Fahrverbot, Zwangsbegrünung und überdachte Fahrradabstellplätze. Die Grünen haben eine ganz eigene Sicht auf die Dinge. Liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen eine bessere Welt. Aber was wir nicht brauchen, sind notorisch grüne Weltverbesserer, die uns täglich erklären wollen, was wir zu tun und zu lassen haben.

(Beifall)

Diese eigene Sicht der Dinge drücken die Grünen inzwischen in einer eigenen Sprache aus. Ich meine jetzt nicht nur das Gender-Sternchen und die Gender-gerechte Umbenennung von Studentenwerken in Studierendenwerke zu einem hohen Preis. Nein, bei uns in Baden-Württem-

berg werden ganze Berufsgruppen sprachlich eingenordet. Aus dem Bauer wird der Landschaftsgärtner, aus dem Waldbesitzer wird der Schutzgebietsverantwortliche und aus dem Jäger wird der Wildtiermanager. Da wird Sprache zum Kampfinstrument, da wird Sprache zum Zeichen grüner Bevormundung landauf, landab. Wir von der CDU wollen das nicht, liebe Freundinnen und Freunde. Lasst den Bauer Bauer sein, den Förster Förster sein und den Jäger Jäger sein. Das ist unser Selbstverständnis.

(Beifall)

Das sind ehrenwerte Berufe. Das sind Menschen, die unseren Respekt verdienen. Wer hart arbeitet, wer eigene Ideen hat, wer Leistung bringt wie die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, wie die vielen erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmer, wer sozusagen in der Mitte unserer Gesellschaft ist, der braucht keine neue Berufsbezeichnung, sondern der braucht eine Politik für die Mitte der Gesellschaft. Politik für die Mitte macht in Deutschland nur einer, nämlich die Christlich Demokratische Union. Das muss unser Markenzeichen sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle als Baden-Württemberger ausdrücklich Danke sagen. Ja, Danke sagt man in der Politik nicht allzu häufig. Ich will Angela Merkel, Volker Kauder und Wolfgang Schäuble ausdrücklich Danke sagen. Man muss nicht immer in jedem Halbsatz auf den ersten Blick übereinstimmen. Aber eines ist klar: Sie rackern für unser Land, sie wollen das Beste für unser Land. Dafür sagen wir auf diesem Parteitag: Herzlichen Dank für euren beispielhaften Einsatz für Deutschland, für Europa!

(Beifall)

So war das in der Euro-Krise, und so wird das jetzt auch wieder sein in der Flüchtlingskrise.

Um die Flüchtlingskrise an Europas Grenzen zu meistern, brauchen wir eine starke Bundesregierung und eine starke Bundeskanzlerin. Liebe Freundinnen und Freunde, es ist entscheidend wichtig, dass wir uns bei einer so historischen Herausforderung nicht in Einzelbegriffen verhalten, sondern dass uns deutlich wird, dass wir gemeinsam das gleiche Ziel erreichen wollen.

Selbstverständlich haben wir eine humanitäre Verantwortung für jene, die zu uns kommen, weil sie in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Wir wollen sie noch schneller integrieren, aber klar ist auch – auch das ist ein Signal dieses Parteitages: Wir wollen, dass die Flüchtlingsströme, die sich in den letzten Monaten entwickelt haben, deutlich zurückgeführt werden, weil wir die Menschen in unseren Kommunen nicht überfordern dürfen. Das gehört zur Wahrnehmung von politischer Verantwortung; das sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall)

Ich finde, es steht uns in der Union an diesem heutigen Tage gut an, all den stillen Stars in unserem Land zu danken, die mithelfen, diese Flüchtlingsströme zu meistern und diese Flüchtlinge unterzubringen. Das sind die vielen Rettungsdienste und die vielen Flüchtlingskreise und Flüchtlingshelfer im Land, und das sind unsere Freunde in den Landkreisen und Kommunen. Herzlichen Dank! Wir wollen euch auf Augenhöhe begegnen und brauchen euch bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung.

(Beifall)

Seit einigen Monaten versucht Ministerpräsident Kretschmann, sich in den Windschatten der Bundeskanzlerin einzureihen. Er spielt den Kanzlerinnenverstehher, vergisst allerdings, dass man auch beim Windschattenfahren selber in die Pedale treten muss und dass man selber etwas tun muss, um voranzukommen. Genau daran fehlt es in Baden-Württemberg. Wenn unsere Bundesregierung in Berlin das Asylrecht verschärft, dann zieht Baden-Württemberg nicht mit. Wenn die Bundesregierung von Geld- auf Sachleistungen umstellt, dann zieht Baden-Württemberg nicht mit. Wenn die Bundesregierung Abschiebungen erleichtert, dann wird in Stuttgart blockiert. Liebe Freundinnen und Freunde, Grün-Rot hat bei uns vor allem eines nicht verstanden: Multikulti ist gescheitert. – Das ist die Botschaft, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir wollen bei der Integration neue Wege gehen. Ich habe für Baden-Württemberg die Einführung eines Integrationsführerscheines vorgeschlagen. Dafür werden Sprachkurse, Unterricht in Staatsbürgerkunde und Integrationsunterricht angeboten. Das ist sozusagen der theoretische Teil.

Wir wollen aber, dass die Menschen, die langfristig bei uns bleiben, auch im Alltag bei uns ankommen und nicht mit unserer Lebensart fremdeln. Deshalb gibt es auch einen praktischen Teil: Sie müssen sich in die gemeinnützige Arbeit mit einbringen und in der Gemeinde oder auch im Sportverein mit anpacken. Auch das gehört dazu. Am Ende muss das klare Bekenntnis zur deutschen Wertekultur stehen; denn Integration braucht klare Regeln und Orientierung. Das erwarten wir von denen, die in diesen Tagen und Wochen in unser Land kommen werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich freue mich auf den 13. März 2016; denn dann wollen wir feiern. Wir wollen in Magdeburg mit Reiner Haseloff feiern, wir wollen in Mainz mit Julia Klöckner feiern, und ich ganz persönlich will mit Thomas Strobl und der CDU Baden-Württemberg in Stuttgart feiern. Mit drei gewonnenen Landtagswahlen wollen wir ein starkes Signal setzen. Wir machen Politik nicht für eine kleine Gruppe, wir machen Politik für die Mitte der Gesellschaft.

Wir sind die Partei Konrad Adenauers und des Wiederaufbaus, wir sind die Partei Ludwigs Erhards und des Wirtschaftswunders, wir sind die Partei Helmut Kohls und der Wiedervereinigung. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin mir sicher: Gemeinsam mit Angela Merkel finden wir heute auch die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Das erwartet die Bevölkerung von der großen Volkspartei CDU, und dafür stehen wir, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deshalb werden wir 2016 in den Ländern und 2017 im Bund gewinnen, liebe Angela Merkel, und so, wie wir uns jetzt den Rückenwind aus der Bundespolitik erhoffen und wünschen und uns dessen sicher sind, wollen wir nach 2016 diesen Rückenwind auch für die Bundestagswahl 2017 herorrufen.

Wir sind heute in Baden-Württemberg. Ich selber bin Schwabe und gebe es hier im badischen Karlsruhe offen zu: Uns Schwaben wird nachgesagt, wir seien nicht sehr großzügig. Liebe Frau Bundeskanzlerin, wir haben Ihnen trotzdem ein Geschenk mitgebracht, und das möchte ich Ihnen gemeinsam mit Thomas Strobl überreichen. Es ist ein Geschenk aus dem Hause der Firma Steiff in Giengen. Dieses Geschenk knüpft nicht an eine Aussage der CDU Baden-Württembergs an, sondern der NABU hat dieses Bundesland zum Wolferwartungsland erklärt.

(Beifall)

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Wölfe sind energische Tiere, und wenn man sie nicht reizt, dann sind sie auch friedfertig. Ich verspreche Ihnen: Wir machen Baden-Württemberg zum Wolferwartungsland. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf und eine erfolgreiche Landtagswahl in 2016. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall – Bundeskanzlerin Angela Merkel wird Wolf der Firma Steiff überreicht)

Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich kann damit relativ locker umgehen, weil der Wolf in Brandenburg schon zu Hause ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Von der CDU Baden-Württemberg wollen wir der Bundeskanzlerin ebenfalls ein Geschenk überreichen: von der Firma Vaude, die besonders ökologisch Textilien und anderes mehr herstellt, eine ganz schicke Jacke und ein schönes Wanderbuch über Baden und Württemberg. – Sie hat aber gesagt, dass sie darauf verzichten möchte, diese Jacke jetzt hier vorzuführen.

(Heiterkeit und Beifall)

Herzlichen Dank, Guido Wolf. – Die CDU Baden-Württemberg ist entschlossen und geschlossen hinter und für Guido Wolf, und wir wünschen dem Spitzenkandidaten der CDU Baden-Würt-

temberg alles Gute für den 13. März 2016, damit Baden-Württemberg wieder eine bessere Regierung bekommen und Guido Wolf Ministerpräsident in Baden-Württemberg wird. Alles Gute!

(Beifall)

Die Tagungsleitung gebe ich nun an den Kollegen David McAllister weiter.

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, ich möchte zunächst einen weiteren Ehrengast besonders begrüßen. Unter uns ist unser früherer Generalsekretär Dr. Heiner Geißler. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun spricht zu uns unser Freund, der Präsident der Europäischen Volkspartei. Wir begrüßen sehr herzlich Joseph Daul.

(Beifall)

Joseph Daul: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel, lieber Thomas Strobl, lieber Guido Wolf. Zu dir, lieber Guido Wolf, werde ich als Nachbar gleich noch einige Worte sagen. Liebe Freunde, ich danke Ihnen und euch für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Wir leben in sehr schwierigen Zeiten. Seit 2008 ist Europa im permanenten Krisenmodus. Es begann mit den globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen, ging weiter mit einer Staatsschuldenkrise und setzte sich fort mit dem Unwillen und der Unfähigkeit einer linken Regierung in Griechenland, das Nötige zu tun, damit die Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird.

Wir haben damals gedacht, dass es nicht mehr schlimmer kommen könnte. Aber es kam schlimmer: Seit dem Sommer sehen wir eine massive Zunahme der Migration nach Europa und besonders nach Deutschland. Über 1 Million Flüchtlinge und Migranten sind bereits in diesem Jahr hierhergekommen. Es verdient großen Respekt, wie Deutschland es geschafft hat, eine solche Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und unterzubringen. Europa hat eine Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, zu helfen. Aber wir müssen dies natürlich so tun, dass die Menschen in Europa nicht überfordert werden. Wir alle wissen, dass am Ende nur eine europäische Lösung wirklich zum Erfolg führen kann. Wir müssen also das Problem konsequent an den Außengrenzen angehen.

Die Hotspots in Griechenland und Italien müssen wirklich funktionieren. Alle Flüchtlinge und Migranten, die über das Mittelmeer kommen, sollten dort registriert und in das Verfahren aufgenommen werden. Nur dann können wir uns wirklich auf diejenigen konzentrieren, die unseren Schutz und unsere Hilfe brauchen. Die EVP hat auf ihrem Kongress in Madrid vor sechs Wochen gefordert: Wir müssen mittelfristig zu einem komplett neuen europäischen Asyl kommen. Die Anträge sollten an den Außengrenzen gestellt werden und nicht mehr in den Mitgliedstaaten. Erst nach der Anerkennung sollen die Menschen in andere Mitgliedstaaten verteilt werden.

In der Zwischenzeit versuchen wir, gemeinsam mit der Türkei Folgendes zu erreichen. Wir wollen, dass die türkischen Partner besser mit der großen Zahl der Flüchtlinge zurechtkommt und dass gleichzeitig der Zustrom nach Europa gebremst wird. Das hat jetzt absolute Priorität.

Ich möchte dir, liebe Angela, für deine Initiative gegenüber der Türkei danken. Wir müssen noch weiter daran arbeiten, es ist noch nicht alles geregelt.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gibt ein weiteres Thema, das uns alle umtreibt: die schrecklichen Ereignisse in Paris vor einigen Wochen. Sie berühren mich als Franzosen, aber auch als Elässer besonders. Einer der Attentäter kam aus Weißenburg und lebte in Straßburg. Es sind Menschen, die unter uns leben und uns doch so sehr hassen. Ich sage hier ganz deutlich: Sie hassen uns in letzter Konsequenz nicht für das, was wir tun, sondern für das, was wir sind, freie Menschen. Unsere Antwort darauf muss ruhig aber bestimmt sein. Das gilt für den Kampf gegen den Terrorismus genauso wie für unsere Antworten auf die Herausforderungen der Integration. Wir müssen also in Syrien handeln und unsere eigene Gesellschaft dabei schützen. Dabei dürfen wir nicht zulassen, dass gewalttätige Extremisten Angst und Schrecken verbreiten und einen Keil zwischen uns treiben. Solchen Tendenzen müssen wir mit aller Härte entgegentreten.

Wir stehen zur Religionsfreiheit, aber nur wenn sie sich im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt. Darüber kann und darf es keine Kompromisse geben. Wir müssen keine Angst haben vor diesen Wahnsinnigen, aber wenn es um die Verteidigung von Aufklärung und Abendland und um unsere jüdischen und christlichen Werte geht, dann müssen wir mehr Entschlossenheit als bisher zeigen.

(Beifall)

Es dürfen keine Parallelgesellschaften entstehen, die diese Werte infrage stellen, sei es durch die Verweigerung von Sport für Mädchen an Schulen oder Diskriminierung von Frauen und Minderheiten. So etwas hat bei uns keinen Platz, schon gar nicht im Sinne von falsch verstandener Toleranz.

Nun ein Wort zur Sicherheit und Verteidigung nach außen. Wenn wir als Europäische Union wirklich handlungsfähig werden wollen, müssen wir dafür endlich die Voraussetzungen schaffen. Die Amerikaner sagen uns immer wieder, dass sie nicht auf ewig die einzigen Garanten unserer Sicherheit sein können. Das heißt: Erstens. Wir müssen wieder mehr Geld für die Streitkräfte ausgeben. Zweitens. Die EU muss sich auch um die Verteidigung kümmern, und zwar zusammen mit der NATO in einer pragmatischen Aufgabenstellung. Wir in der EU müssen zu gemeinsamen militärischen Aktionen in der Lage sein, wahrscheinlich nicht alle Länder gleichzeitig, aber in Koalition der Willigen. Drittens. Wir brauchen eine neue Sicherheitsstrategie, der letzte Stand ist von 2003. Viertens. Forschung und Entwicklung müssen wieder großgeschrieben

ben werden, sonst verlieren wir den Anschluss. Fünftens. Unsere Geheimdienste müssen viel besser und effizienter miteinander arbeiten. Das sind nur die wichtigsten Forderungen, die die EVP in diesem Frühjahr ausgearbeitet hat.

Ich glaube, das ist der gemeinsame Nenner, auf den man die Sicherheitskrise der letzten zwei Jahre bringen kann: von Russland über den sogenannten „Islamischen Staat“ bis hin zu den Terroristen in unseren Städten. Wenn wir in Zukunft sicher leben wollen, müssen wir ab sofort mehr für unsere Sicherheit tun. Ich zähle dabei auch auf die Bundesverteidigungsministerin, Frau Ursula von der Leyen, dass sie diese Arbeit in Europa voranbringt.

(Beifall)

Liebe Freunde, im Jahr 2016 stehen für die CDU wichtige Landtagswahlen an: zunächst in Baden-Württemberg, bei meinem Nachbarn Rheinland-Pfalz sowie in Sachsen-Anhalt, später in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Ich wünsche Julia Klöckner, Guido Wolf, Reiner Haseloff, Frank Henkel und Lorenz Caffier alles Gute. Wir brauchen starke Bundesländer in einem starken Deutschland und in einem einigen Europa. Kaum ein anderes Bundesland hat wie Baden-Württemberg bewiesen, dass viele Jahre uniongeführte Regierung dem Land und den Menschen Wohlstand, Sicherheit und eine lebenswerte Umgebung gebracht haben. Darum geht es auch in der Zukunft.

Winfried Kretschmann – das hast du, lieber Guido, gesagt – kann tausendmal versuchen, sich wie ein Unionspolitiker zu geben, letztendlich bleibt er ein Grün-Roter,

(Beifall)

und die oft verbohrt ideologische Politik der Grünen gehört dann auch immer mit dazu. Das braucht Baden-Württemberg nicht.

Dieses Land braucht verlässliche Politik für die Menschen und zum Wohl des Landes. Dafür steht die CDU, und dafür steht Guido Wolf. Guido, du hast gesagt: Die Bauern und die Jäger werden wieder Bauer und Jäger genannt. – Das bin ich. Ich werde dir im Wahlkampf helfen. Das haben wir schon miteinander ausgemacht.

(Beifall)

Wir haben auf dem Kongress in Madrid ein neues Präsidium gewählt. David McAllister hat das beste Ergebnis erzielt. Ich glaube, Sie wissen das noch gar nicht: Er hat das beste Ergebnis der in Madrid gewählten EVP-Vizepräsidenten erzielt.

(Beifall)

Wir brauchen ihn für die Zusammenarbeit, und wir brauchen ihn auch für die Zukunft in Europa, für die Politik unserer EVP in Europa. Sie müssen ihn jetzt leider hier in Deutschland ein klein wenig vergessen.

Aber ich möchte mich auch bei meinem Freund Peter Hintze bedanken, der 14 Jahre lang EVP-Vizepräsident war. Lieber Peter, du hast erst Wilfried Martens und dann mich durch unermüdlichen Einsatz unterstützt. Du hast trotz deiner vielen Verpflichtungen in Berlin deine Arbeit in der EVP sehr ernst genommen. Du warst präsent wie kaum ein anderes Mitglied des Präsidiums. Deine politische Erfahrung und dein diplomatisches Geschick werden uns in unserer täglichen Arbeit fehlen. Dafür von Herzen vielen Dank! Peter, wir bleiben immer persönlich gute Freunde.

(Beifall)

Auch Wolfgang Schäuble möchte ich herzlich grüßen. Wolfgang, du bist der unersetzliche Europäer unter den Bundesministern, und du vereinst enorme Leistung mit scharfem Verstand und moralischen Überzeugungen. Danke dafür! Wir haben ja sogar im August gearbeitet. Als andere im Urlaub waren, waren wir zwei mehrmals in Brüssel. Dank dir haben wir auch eine Lösung in der Euro-Krise geschafft.

(Beifall)

Liebe Angela, ich möchte dir zunächst gratulieren, nicht zur Wahl zur Person des Jahres der Zeitschrift „Times“ – aber auch –, sondern zu deiner klugen Führung. Deine Politik hat immer schon auf Werten beruht; aber mit deinem Eintreten für einen menschlichen Umgang mit den Flüchtlingen in diesem Sommer hast du mehr als je zuvor für diese Werte riskiert. Das ist nicht nur ein leuchtendes Beispiel für alle, die in unserer politischen Familie Politik machen; das sehen wir, wenn wir miteinander im Rat sind. Ich glaube, du wirst für diese Politik in die Geschichte eingehen. Davon bin ich überzeugt. Wir werden zusammen daran arbeiten, dass das Problem gelöst wird, auch bezogen auf die Flüchtlinge, in den nächsten Jahren. Vielen Dank, liebe Angela.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Parteitag, sage Ihnen einen herzlichen Dank und wünsche Ihnen allen und Ihren Familien schon frohe Weihnachten und ein schönes Weihnachtsfest. Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Joseph Daul, vielen Dank für deine Worte. Ich möchte ein besonderes Wort des Dankes an dich persönlich richten für dein großartiges Engagement als Präsident unserer Europäischen Volkspartei. Wir wissen das außerordentlich zu schätzen. Vielen Dank, dass du heute zu uns nach Karlsruhe gekommen bist.

(Beifall)

Ich möchte nun einen weiteren Ehrengast besonders hervorheben. Unter uns ist der Generalsekretär der International Democrat Union, Herr Eirik Moen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Damit übergebe ich die Tagungsleitung wieder an Thomas Strobl.

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Wir kommen nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8 und 20: Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“. Ich erteile das Wort unserer Bundesvorsitzenden, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! 2015 ist ein unglaubliches Jahr, letztlich schwer zu fassen. Ja, auch in den vergangenen Jahren war viel los; aber eine solche Dichte, eine solche Abfolge von Ereignissen, bei denen jedes dieser Ereignisse für sich selbst schwer wiegt, habe zumindest ich noch nicht erlebt.

Erinnern wir uns im Januar an die Angriffe auf „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt in Paris. 17 Menschen fallen dem blanken Hass des internationalen Terrorismus zum Opfer. Doch die Mörder von Paris haben mit ihren Taten jeden mitfühlenden Menschen angewidert und abgestoßen. Ein Meer von Menschen in Paris, Berlin und anderswo hat sich davon distanziert, hat ein klares Nein zur kranken Logik der Terroristen gesagt. Egal, ob es christliche, muslimische, jüdische, oder nichtgläubige Menschen waren, sie haben sich nicht spalten lassen; sie sind gemeinsam dagegen aufgestanden. Das war ein wichtiges Zeichen.

(Beifall)

Dann im Februar: 17 Stunden Verhandlungsmarathon in Minsk für Frieden in der Ukraine, Stunden und Aberstunden. Es ging, obwohl es so nah ist und obwohl es Europa ist, um nicht weniger als um Krieg und Frieden. Es ging um elementare Prinzipien der europäischen Friedensordnung. Es ging um die Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf dem Papier steht oder ob es auch gelebt werden darf. Es ging um die Frage, was territoriale Unversehrtheit als die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg in der Praxis bedeutet. Es ging darum, etwas dagegengesetzt, dass man im 21. Jahrhundert noch das Denken in Einflussphären pflegt. Deutschland und Frankreich haben hier gemeinsam gehandelt und versucht, diese Prinzipien wieder einzufordern. Die Europäische Union hat gemeinsam gehandelt und Sanktionen gegen Russland aufgelegt und hat gesagt: Erst wenn das Abkommen von Minsk umgesetzt ist, können diese Sanktionen aufgehoben werden. – Meine Damen und Herren, dieses Thema wird uns wieder beschäftigen, die-

se Woche noch auf dem Europäischen Rat. Ich glaube aber: Das war die richtige Reaktion, so gut und gerne wir auch gute Beziehungen zu Russland wollen. Unsere Prinzipien müssen eingehalten werden.

(Beifall)

Dann im März: der Absturz einer Germanwings-Maschine über den französischen Alpen, bewusst vom deutschen Kopiloten herbeigeführt. 149 Menschen aus 16 Nationen hat dieser Kopilot mit in den Tod gerissen, darunter 16 Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrer aus Haltern. Fassungslosigkeit machte sich breit. Es fehlten uns die Worte. Trotzdem war es ein berührendes Zeichen zu sehen, mit welcher Kraft, mit welchem Einsatz die französischen Helferinnen und Helfer ganz selbstverständlich eingestanden sind. Ein herzliches Dankeschön dafür. Das war deutsch-französische Freundschaft.

(Beifall)

Dann, liebe Freunde, im April: ein Sonderrat der Europäischen Union, der Staats- und Regierungschefs, weil an einem Wochenende Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Wir sind zusammengekommen, wir waren betroffen, wir haben Schlussfolgerungen gezogen. Seitdem rettet unter anderem die Deutsche Marine Menschen vor dem Untergang und vor der Brutalität der Schleuser und Schlepper –zusammen mit vielen anderen. Das war unsere humanitäre Verantwortung. Ein herzliches Dankeschön unseren Soldatinnen und Soldaten, die dabei mit-tun.

(Beifall)

Klar war aber auch: Wir haben im April noch keine Antworten gefunden auf die Frage nach der Bekämpfung der Fluchtursachen; wir haben noch nicht das Rezept gefunden, wie wir unsere Außengrenzen schützen können.

Dann bis Ende Juni, Anfang Juli die Verhandlungen mit der griechischen Regierung, zunächst über den Abschluss des bis dahin geltenden zweiten Hilfsprogramms und schließlich, bis weit in den Sommer hinein, nach einem beispiellosen Hin und Her der linken griechischen Regierung – mit Referendum und Neuwahlen –, über ein neues, drittes Programm, dieses Mal unter dem Dach des ESM. Das war eine Zerreißprobe – für uns, aber auch für die ganze Euro-Zone. Um es ganz klar zu sagen: Maßgeblich war es am Ende unser Finanzminister Wolfgang Schäuble, der immer wieder darauf gedrungen hat, dass nur ein Programm nach den Kriterien verabschiedet werden kann, die uns wichtig waren und die uns wichtig sind: keine Leistung ohne Gegenleistung; Eigenverantwortung und Solidarität gehören zusammen. Und das muss auch so bleiben. Herzlichen Dank, Wolfgang Schäuble.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, uns eint dabei ein Ziel: Europa soll stärker aus der Krise hervorkommen, als es in sie hineingegangen ist. Nur so können wir im harten globalen Wettbewerb unsere Werte, unsere Interessen, unsere Arbeitsplätze behaupten. Und ich sage auch: Obwohl wir Erfolge sehen – Wirtschaftswachstum in Portugal, in Spanien, ganz besonders in Irland –, müssen wir sagen, dass wir diese Krise noch nicht vollständig überwunden haben. Die Gründungsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion sind noch nicht behoben. Wir werden vonseiten der CDU, auch vonseiten der EVP immer wieder einfordern, dass wir nicht wieder in eine solche Krise hineinkommen können, dass wir hart daran arbeiten, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und solide Finanzen zu haben, weil beides zusammen Arbeitsplätze schafft, und die braucht Europa so dringend in so vielen Ländern, liebe Freunde.

(Beifall)

Und dann im Juni der G 7-Gipfel in Elmau, auf dem wir wichtige Beschlüsse gefasst haben, zum Beispiel die Position der Industriestaaten, der G 7-Mitglieder, zu der Frage des Klimawandels. Wir haben entschlossen gesagt, dass dies ein Jahrhundert sein muss, in dem wir den Anstieg der weltweiten Temperatur auf unter zwei Grad begrenzen. Ich freue mich sehr, dass die Weichenstellung jetzt in Paris gelungen ist. In diesem Jahr, in dem wir so viel Schreckliches erlebt haben, sind 196 Staaten an dieser Stelle in der Lage gewesen, gemeinsam zu handeln und die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen, den Menschen wieder eine Perspektive zu geben und Fluchtursachen zu bekämpfen; denn Klimaflüchtlinge sind keine Utopie, sondern leider heute schon Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Und dann im August: Am 19. August hat Thomas de Maizière als Bundesinnenminister eine neue aktuelle Prognose zur Zahl der erwarteten Asylbewerber in diesem Jahr veröffentlicht. Im Frühjahr waren wir noch der Meinung, dass es 400 000 sein würden. Dann haben wir die Prognose erhöht auf 800 000. Und dann die Nacht vom 4. auf den 5. September: Tausende Flüchtlinge waren in Budapest gestrandet. Sie machten sich zu Fuß auf den Weg über die Autobahn in Richtung Österreich. Deutschland und Österreich haben dann eine Entscheidung getroffen, diese Menschen ins Land zu lassen. Das war eine Lage, die unsere europäischen Werte wie selten zuvor auf den Prüfstand gestellt hat. Ich sage: Dies war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ.

(Beifall)

In dieser Nacht wurde wie im Brennglas deutlich, was sich die ganzen Monate vorher schon gezeigt hat und auch seither zeigt: Die Welt und Europa haben es mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Europa ist von dieser Flüchtlingsbewegung in seinem Innersten herausgefordert. Das, was für uns bisher weit weg schien, was wir im Fernsehen

gesehen haben, das kommt nun buchstäblich bis vor unsere Haustür. Der Krieg in Syrien, die Fassbomben von Assad, die Ausbreitung des IS in Syrien und im Irak, die Tatsache, dass Libyen keine funktionierende Regierung hat, die Situation in Afghanistan – all das ist nicht mehr weit weg, sondern all das kommt zu uns, und das ist eine historische Bewährungsprobe für Europa, und ich möchte – ich sage: wir möchten –, dass Europa diese Bewährungsprobe besteht.

(Beifall)

Und ich bin auch überzeugt, dass es sie übersteht. Klar, alles, was wir in Europa machen, ist unendlich mühsam. Hans-Gert Pöttering weiß das, David McAllister weiß das, Joseph Daul weiß das, und viele andere unserer Kollegen aus dem Europäischen Parlament wissen das. Günther Oettinger weiß das auch, auch wenn er vielleicht sagen würde, dass es in der Kommission gemeinhin schneller geht. Manchmal ist es zum Verrücktwerden. Es war aber nie einfach in Europa, nicht in all den zehn Jahren, in denen ich das erlebt habe, und in den Jahren davor wahrscheinlich auch nicht; aber bislang hat Europa immer die Prüfungen bestanden – manchmal mit Ach und Krach, manchmal auf die letzte Minute, aber bestanden. Und ich bin überzeugt: So wird es auch weiterhin sein. Und wir werden dazu unseren Beitrag leisten.

(Beifall)

Liebe Freunde, nur vier Wochen später, am 3. Oktober, ein glücklicher Tag in der deutschen Geschichte: 25 Jahre Deutsche Einheit, eine Einheit in Frieden und Freiheit. Ich möchte von hier aus ganz herzlich den Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, und seine Frau grüßen. Wir hoffen, dass es ihm wieder besser geht als in der Zeit, in der er im Krankenhaus war. Herzlichen Dank, Helmut Kohl.

(Beifall)

Und dann am 13. November wieder Schrecken und Terror in Paris, in der Stadt, die das Leben so feiert. Wir haben uns unseren französischen Freunden so nahe gefühlt. Das war der Tag, an dem ein Freundschaftsspiel unserer Fußballnationalmannschaft gegen die französische Fußballnationalmannschaft stattfand. Symbolisch für die deutsch-französische Verbundenheit war, dass die französischen Spieler so lange im Stadion gewartet haben, bis unsere Spieler wieder nach Hause fahren konnten. Das war gelebte Gemeinsamkeit in einer schrecklichen Stunde. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir werden auch weiter an der Seite Frankreichs stehen, wenn es darum geht, klar zu sagen: Wir geben den Terroristen keine Chance, unsere Art, die Art, wie wir leben wollen, zu verändern. Wir stehen dagegen ein, und wir werden siegreich sein, liebe Freunde!

(Beifall)

Zwei Tage später, lieber Thomas de Maizière, mussten wir schweren Herzens ein Fußballspiel, Deutschland gegen Holland in Hannover, absagen. Solche Entscheidungen gehören zu den schwersten überhaupt. Immer geht es darum, Freiheit und Sicherheit in einer Balance zu halten.

Aber es war eine richtige Entscheidung: im Zweifel für die Sicherheit. Ich möchte mich an dieser Stelle bei all unseren Sicherheitsbehörden und bei der Polizei bedanken. Sie leisten Unersetzliches dafür, dass wir in Frieden und Freiheit leben können.

(Beifall)

Die Freiheit wird immer stärker sein als der Terror. Die internationale Koalition gegen den Terror handelt, und Deutschland ist Teil davon – ja, schon seit geraumer Zeit im Irak, wo wir etwas gemacht haben, was wir historisch noch nie gemacht haben: Wir haben in eine Konfliktregion – an die Peschmerga, mit Einverständnis der irakischen Regierung – Waffen geliefert, damit Menschen in Not verteidigt werden konnten, beispielsweise die Jesiden, weil wir nicht zuschauen konnten, wie ein ganzes Volk brutal ermordet wird, und das war richtig.

(Beifall)

Wir sind auch jetzt auf Bitten unserer französischen Freunde dabei, wenn es um den Einsatz in Syrien im Kampf gegen den IS geht – mit Tornados, mit Aufklärungsfähigkeiten. Ich möchte das zum Anlass nehmen, allen Soldatinnen und Soldaten und natürlich Ursula von der Leyen meinen herzlichen Glückwunsch zu 60 Jahren Bundeswehr zu sagen. Wir sind stolz auf unsere Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall)

Das alles war 2015 – ein Jahr mit vielen bewegenden Ereignissen für Deutschland, für die deutsch-französische Freundschaft, für Europa. Selten war es so wahr – deshalb steht es auch hier an unserer Rückwand –, worauf es ankommt: „Für Deutschland und Europa“. CDU – es kommt auf uns an, auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für Deutschland und für Europa. Und ich ergänze: Es kommt auf CDU und CSU an – egal, was es mal für einen Parteitag gibt; langweilig war der letzte nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ändert nichts daran, dass CDU und CSU die politische Erfolgsgeschichte Deutschlands sind. 46 Jahre von 66 Jahren haben wir Regierungsverantwortung getragen. Und es kommt auch jetzt wieder auf uns an, auf CDU und CSU, für Deutschland und für Europa.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe in diesem Jahr noch etwas erlebt, womit ich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht gerechnet hatte, als ich am 31. August in einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage gesagt habe – ich will es hier wiederholen: Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!

(Beifall)

Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. So meine Worte in der Pressekonferenz. Als ich das gesagt hatte, begann eine spannende Diskussion: Wie kann sie sagen: „Wir schaffen das“? Ich antworte Ihnen: Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten, aus Trümmern ein Land des Wirtschaftswunders zu schaffen, nach der Teilung ein in der Welt hochgeachtetes Land in Einigkeit und Freiheit zu schaffen, mehr noch, weil es gerade auch uns als christliche Demokraten doch in unserem Wesen und unserem Kern ausmacht, dass wir bereit sind zu zeigen, was in uns steckt.

(Beifall)

Konrad Adenauer hat 1952 nicht gesagt: „Wir wählen etwas Freiheit.“ Er hat gesagt: „Wir wählen die Freiheit!“ Er hat es in den dunkelsten Zeiten des Kalten Krieges gesagt; Stalin lebte damals noch. Adenauer ist angefeindet worden, weil er sich nicht für eine Deutsche Einheit um jeden Preis entschieden hat, sondern nur für eine Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit. Wir mussten darauf noch 37 Jahre warten, zwischendurch wurde noch die Mauer gebaut, und trotzdem war es richtig. CDU und CSU – wir wählen die Freiheit. Das hat uns die Einheit in Frieden und Freiheit gebracht, liebe Freunde.

(Beifall)

Ludwig Erhard hat 1957 nicht gesagt: „Wohlstand für fast alle.“ – Er hat gesagt: „Wohlstand für Alle“, im Übrigen zu einem Zeitpunkt, als es noch 753 000 Arbeitslose gab – ihre Zahl ging erst 1962 auf 154 000 herunter. Aber es war richtig, weil nur das, Wohlstand für alle, unser Anspruch sein kann. Das gilt auch heute noch, liebe Freunde.

(Beifall)

Helmut Kohl hat am 1. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion, noch ohne Einigungsvertrag, drei Monate vor dem 3. Oktober, nicht gesagt: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, einige Regionen Ostdeutschlands schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“ – Helmut Kohl sagte am 1. Juli: Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

(Beifall)

„Blühende Landschaften“! Ich weiß nicht, wer sich erinnert. Ich gebe es zu: Selbst ich hatte einige Jahre Mühe, in Mecklenburg-Vorpommern so locker von blühenden Landschaften zu sprechen. Aber heute, im 25. Jahr der Deutschen Einheit, können wir sagen: Wir haben blühende Landschaften in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, und heute zählen wir auch Berlin dazu.

(Heiterkeit und Beifall)

Die wollen ja auch ein neues Land sein. Meine lieben Freunde, das haben wir geschafft! Es sind blühende Landschaften.

(Beifall)

Liebe Freunde, es steht völlig außer Frage: Die Aufgabe, die wir jetzt zu bewältigen haben – die vielen, vielen Flüchtlinge –, ist riesig. Ich will mit einem Dankeschön an alle haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer beginnen. Sie leisten tagtäglich Unglaubliches, sie wachsen über sich hinaus. Es ist wunderbar, wie sich unser Land präsentiert. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Ja, diese Aufgabe ist riesig. Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass wir im Bundesvorstand um unsere Karlsruher Erklärung gerungen haben und heute weiter darüber sprechen werden. Ich danke Thomas Strobl und Thomas de Maizière, ich danke Julia Klöckner und Peter Tauber, ich danke Peter Altmaier und vielen anderen für die Erarbeitung dieser Erklärung. Ich danke auch Volker Bouffier, den Vereinigungen, der Jungen Union, der MIT und auch der KPV, die gesagt haben: Lasst uns auch die Sorgen der Menschen in den Blick nehmen – die Sorgen, die wir jetzt auf den Punkt gebracht haben, indem wir gesagt haben, dass auch ein starkes Land wie Deutschland auf Dauer mit einer so großen Zahl von Flüchtlingen überfordert ist.

Wir sind die Volkspartei Christlich Demokratische Union, die die Sorgen der Menschen aufnimmt. Aber wir sind auch die Volkspartei, die Sorgen nicht nur aufnimmt, sondern die gestaltet und Lösungen findet. Das muss unser Anspruch sein, und dem werden wir mit dieser Erklärung gerecht.

(Beifall)

Deshalb wollen und werden wir die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren, weil das im Übrigen im Interesse aller ist: Es ist im deutschen Interesse – mit Blick auf die Aufgaben, von der Versorgung der Flüchtlinge bis hin zur Integration in die Gesellschaft und im Arbeitsmarkt. Es ist im europäischen Interesse – mit Blick auf unsere innere Verfasstheit in der Europäischen Union und mit Blick auf unsere Rolle in der Welt. Und, liebe Freunde, es ist im Interesse der Flüchtlinge selbst; denn niemand, egal, warum er sich auf den Weg macht, verlässt leichtfertig seine Heimat.

(Beifall)

Im Blick auf unsere Geschichte, auf die Beispiele, die ich genannt habe, bin ich überzeugt: Wenn wir jetzt tatsächlich zweifeln würden, ob wir das schaffen, im Blick auf unsere europäische Verantwortung, auf unsere humanitäre Verantwortung, auf unsere Verantwortung für Deutschland, dann wären wir nicht die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Aber wir sind sie, und deshalb werden wir das schaffen.

(Beifall)

Jetzt stellen Sie sich doch einmal vor: Wenn in zehn Jahren, im Jahr 2025, jemand auf diese Monate des Jahres 2015, zwischen dem 31. August und heute, schaut und feststellen würde, dass wir uns nicht einmal vier Monate Zeit gelassen haben, um eine solche Aufgabe zu bewältigen, und schon vorher die Flinte ins Korn geworfen haben, wie würde man über uns denken? Man würde doch sagen: Die haben nicht an ihre Stärke geglaubt. Sie haben nicht alles eingesetzt, um eine Lösung zu finden. Sie haben sich nicht eingesetzt für die europäische Solidarität. Ihre Vorfahren hatten Jahrzehnte Geduld und sie nicht einmal ein paar Monate. – Liebe Freunde, es lohnt sich, den Kampf um ein einheitliches europäisches Vorgehen zu kämpfen. Es lohnt sich, den Kampf um unsere Rolle in der Welt zu kämpfen. Davon bin ich zu tiefst überzeugt.

(Anhaltender Beifall)

Wir brauchen, so schreiben wir es in unserer Karlsruher Erklärung, eine Lösung der Flüchtlingsbewegung, die nachhaltig ist und dauerhaft wirkt, eine Lösung, die im deutschen und europäischen Interesse ist, eine Lösung, die nur in europäischer Solidarität und in enger Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren kann. Es handelt sich um eine globale Herausforderung. Diese globale Herausforderung müssen wir richtig angehen, um eine dauerhafte und tragfähige Lösung zu bekommen. Dann wird es gelingen, die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren.

Wie soll das gelingen? Zunächst auf der nationalen Ebene. Wir haben erstens eine Liste der sicheren Herkunftsstaaten erstellt. Ich will hier noch einmal darauf verweisen: Es waren wir, CDU und CSU, unsere Innenpolitiker. Wir haben Monate gebraucht, um die rot-grünen Landesregierungen und die grün-rote dazu zu bekommen, dem zuzustimmen. Es war richtig, die Länder des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer einzustufen und deutlich zu sagen, dass die übergroße Mehrzahl keine Bleibeperspektive bei uns hat. Nachdem im ersten Halbjahr dieses Jahres noch 40 Prozent der ankommenden Flüchtlinge Menschen aus dem westlichen Balkan waren, sind es jetzt so gut wie keine mehr. Unsere Politik hat Erfolg gehabt. Aber wir waren der Motor und nicht die anderen, liebe Freunde, und das hat Erfolg gezeigt.

(Beifall)

Wir haben ganz deutlich gemacht: Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Wir sind ein Rechtsstaat. Jeder, der zu uns kommt, durchläuft ein rechtsstaatliches Verfahren. Die, die eine Akzeptanz als Flüchtlinge haben – seien es Asylbewerber oder Menschen mit subsidiärem Schutz, die bekommen Schutz.

Aber genauso rechtsstaatlich ist das Verfahren, wenn es darum geht, dass jemand kein Bleibe-recht hat. Deshalb haben wir zweitens Fehlanreize beseitigt: mehr Sach- statt Geldleistungen. Bei den rot-grünen Landesregierungen oder der grün-roten sieht man, dass immer wieder Aus-

flüchte gesucht werden, warum man das vielleicht doch nicht umsetzen muss. Ich sage: Wir müssen es umsetzen, genauso wie drittens, dass Asylbewerber künftig bis zu sechs Monaten in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen, wenn sie aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, um bis zum Abschluss des Verfahrens dort zu bleiben, damit wir viertens nach Ablehnung Menschen besser zurückführen können. Das kann man auch mit einem freundlichen Gesicht machen, aber man muss erklären: Wir müssen unsere Kräfte auf den humanitären Schutz konzentrieren. Das ist das, was uns leitet.

(Beifall)

Deshalb müssen wir die Rückführung abgelehnter Asylbewerber konsequenter durchsetzen. Ich bin der Innenministerkonferenz dankbar, dass auch im Falle der Afghanen darauf hingewiesen wurde, dass Rückführungen möglich sein müssen. Wir müssen zeigen, dass unsere rechtsstaatlichen Verfahren und deren Ergebnisse auch wirklich Konsequenzen haben. Sonst werden die Menschen das nicht merken. Ich sage eins: Wenn rot-grüne Landesregierungen jetzt den Chef des BAMF, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, bezichtigen und beschimpfen, dann kann ich nur sagen: Das sind Ablenkungsmanöver, weil man seine Hausaufgaben zum Beispiel bei der Rückführung von Flüchtlingen nicht richtig macht.

(Anhaltender Beifall)

Fünftens. Wir haben insgesamt 4 000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen, damit die Anträge schneller bearbeitet werden können.

Sechstens. Der Bund bekennt sich zu der gesamtstaatlichen Aufgabe. Er übernimmt die finanziellen Risiken: 670 Euro pro Monat pro Asylbewerber, auch mehr Geld für unbegleitete Flüchtlinge, mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau.

Aber, liebe Freunde, wir werden siebtens darauf achten, dass bei der Entlastung der Länder überall auch die Kommunen eine faire Entlastung bekommen. Das ist bei Rot-Grün leider in vielen Fällen nicht der Fall. Das muss sich ändern.

(Beifall)

Achtens. Wir werden einen einheitlichen Flüchtlingsausweis und eine entsprechende Datenbank einführen – im Übrigen ein wunderbares Beispiel, wie die Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund, was den Datenaustausch anbelangt, in einer solchen Herausforderungssituation besser wird. Vielleicht können wir, was den Datenaustausch zwischen den verschiedenen Ebenen anbelangt, aus einem solchen Beispiel auch für andere Fälle lernen, damit Deutschland etwas mobiler, etwas flexibler wird. Das kann uns nicht schaden.

(Beifall)

Neuntens. Liebe Freunde, wir werden die Spielräume des internationalen Rechts nutzen und bei denjenigen, die keine Flüchtlingsanerkennung erhalten und nur subsidiär geschützt sind, den Familiennachzug für zwei Jahre aussetzen. Es ist klar: Die CDU ist die Partei der Familie. Aber schon jetzt ist angesichts der großen Zahl der bei uns Ankommenden eine rasche Entscheidung bezüglich des Familiennachzugs aus rein praktischen Gründen in vielen, vielen Fällen nicht möglich. Vorrang hat für uns erst einmal die Anerkennung des Flüchtlingsstatus', liebe Freunde.

(Beifall)

Das ist das, was wir national auf den Weg gebracht haben. Aber um eine nachhaltige und dauerhafte Lösung zu erreichen, brauchen wir genauso Maßnahmen auf der europäischen Ebene.

Dabei kommt der Türkei angesichts der Bewegung, die wir im Augenblick haben, eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen gemeinsam und entschieden Menschenhandel und Schleuserkriminalität bekämpfen. Führen wir uns doch einmal vor Augen, was sich dort abspielt. Die Türkei ist Mitglied der NATO. Griechenland ist Mitglied der NATO. Die Türkei führt Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Griechenland ist Mitglied der Europäischen Union. Auf einer schmalen Meerenge in der Ägäis herrschen nicht Recht und Gesetz, sondern dort herrschen die Schlepper und Schmuggler. Damit dürfen wir uns nicht abfinden, liebe Freunde. Deshalb müssen wir das gemeinsam mit der Türkei lösen.

(Beifall)

Ich bin sehr dankbar, dass wir jetzt einen EU-Türkei-Aktionsplan haben, in dem wir von europäischer Seite anerkennen – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten –, dass die Türkei seit vielen Jahren, seit es den syrischen Bürgerkrieg gibt, über zwei Millionen Flüchtlinge beherbergt. Uns ist es ein Anliegen, dass die Lebenssituation dieser Flüchtlinge verbessert wird. Da wir als Europäische Union noch nicht viel dazu beigetragen haben, werden wir drei Milliarden Euro in Flüchtlingsprojekte zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei einsetzen. Sie werden eine Arbeitserlaubnis bekommen. Wir werden für mehr Bildungschancen sorgen. Von den zwei Millionen Flüchtlingen sind immerhin 900 000 Kinder. Sie werden eine bessere Gesundheitsversorgung bekommen. Das ist Bekämpfung von Fluchtursachen – ganz praktisch. Hier haben wir eine europäische Verantwortung.

(Beifall)

Zweitens. Die Wiederherstellung des strikten Außenschutzes unserer Grenzen. Es ist ein bisschen wie beim Euro, dem anderen großen europäischen Gemeinschaftswerk. Wir haben die Vorteile von Schengen gerne in Anspruch genommen: Bewegungsfreiheit für Wirtschaft, für Schülerinnen und Schüler, für Studenten, für Bürgerinnen und Bürger. Wir können uns gar nicht mehr vorstellen, wie es war, als es überall Grenzkontrollen gab. Da war der Austausch viel geringer. Aber wir waren noch nicht bereit, uns damit auseinanderzusetzen, was passiert, wenn dieser

Außenschutz einmal einer Bewährungsprobe ausgesetzt wird. Ehrlich gesagt war Deutschland nach den über 400 000 Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er-Jahre ganz froh, dass es jetzt einen Außenschutz an der Grenze gibt und bei uns ab und zu einige Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen und in München ankamen. Aber jetzt zeigt sich nach der ersten großen Bewährungsprobe: Dem großen Ansturm von Flüchtlingen ist dieser Schutz der Außengrenzen nicht gewachsen. Wir können auch nicht sagen: Es zeigt sich, dass das ganze System von Dublin für diese Situation nicht geeignet ist, alle ankommenden Flüchtlinge mögen bitte in Italien und in Griechenland bleiben. – Aber wir können erwarten, dass Italien und Griechenland die sogenannten Hotspots bauen, das heißt, dass Menschen nicht nur registriert werden, sondern dass sie von dort auf Europa verteilt werden oder nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zurückgeschickt werden. Das ist das Wesen von Dublin. Das muss umgesetzt werden. Dafür kämpfen wir. Dafür trete ich gemeinsam mit vielen anderen ganz entschieden ein.

(Beifall)

Wir sind auch bereit, europäische Hilfe zu geben. Ich freue mich, dass die Kommission am Mittwoch einen Vorschlag vorlegen wird, wie wir eine europäische Küstenwache, eine europäische Grenzschutzpolizei entwickeln. Hier müssen alle Mitgliedstaaten mitmachen. Das kann man nicht zwei oder drei Ländern an der Außengrenze überlassen. Die CDU wird das entschieden unterstützen.

Aber vergessen wir nicht: Kein Land ist so sehr auf Schengen angewiesen wie Deutschland. Wir sind die größte Volkswirtschaft. Wir liegen in der Mitte. Wir haben viele Nachbarn. So wie wir vom Euro profitieren und viel Wirtschaftskraft geschöpft haben, so ist Schengen für uns lebenswichtig. Deshalb lohnt es sich, sich für diese Ziele einzusetzen.

(Beifall)

Drittens. Wir bestehen auf europäischer Solidarität. Es ist ein großer Erfolg, dass wir zumindest 160 000 Flüchtlinge in Solidarität verteilen. Ich weiß: Die europäischen Mühlen mahlen langsam, aber wir werden sie zum Mahlen bekommen. Es sind dicke Bretter, aber wir müssen diese dicken Bretter bohren.

Viertens. Wir müssen, so wie wir die Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion aufarbeiten müssen, die Schwächen des Dublin-III-Verfahrens überwinden. Ich habe schon einige genannt.

Fünftens. Wir müssen die europäische Asylagentur EASO stärken.

Sechstens. Wir wollen – es muss dahin laufen – ein einheitliches europäisches Asylsystem mit europaweit ähnlichen Entscheidungsmaßstäben und -maßnahmen, die dann den Missbrauch des Asyls in Europa wirksam bekämpfen können.

(Beifall)

Dann kommt die anspruchsvollste Aufgabe auf internationaler Ebene. Das ist die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunfts- und Transitländern. Wir setzen uns für Frieden in Syrien und Stabilität im Irak und in Afghanistan ein. Die Wiener Gespräche sind ein Hoffnungsschimmer und nicht mehr, aber immerhin. Wir brauchen eine Regierung in Libyen. Es wird an einer Einheitsregierung gearbeitet. Ein deutscher Diplomat ist dort tätig. Wir brauchen anschließend Wiederaufbauhilfe. Wir müssen unsere Entwicklungshilfe stärken. Ich freue mich, dass heute Tanja Gönner von der GIZ da ist. Herzlich willkommen, liebe Tanja. Unsere Entwicklungshilfe muss sicherlich auch anders ausgerichtet werden. Wir werden schon sagen müssen: Denjenigen Regierungen, die in den Entwicklungsländern nichts tun, damit die Bevölkerung wirklich zufrieden ist, damit etwas von der wirtschaftlichen Entwicklung bei den Menschen ankommt, müssen wir sagen, dass das auch Konsequenzen für die Entwicklungshilfe haben wird. Wir können nicht immer mehr Entwicklungshilfe leisten und weniger Transparenz und Freiheit in bestimmten Ländern haben. Das geht nicht zusammen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es geht um eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern oder in den Städten, in denen sie sich aufhalten, im Libanon, in Jordanien, auch im Irak. Dass sich dort gezeigt hat, dass der UN-Flüchtlingsrat, das Ernährungsprogramm massive Lücken in der Finanzierung haben. Dass man es nicht einmal schafft, einem Flüchtling einen Dollar pro Tag zur Verfügung zu stellen, sondern das auch noch auf 30 oder 35 Cent kürzen muss, ist unverzeihlich und gedankenlos von allen reichen Ländern auf der Welt. Das trifft nicht nur Europa, das trifft alle. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall)

Deshalb werde ich zusammen mit David Cameron, meiner norwegischen Kollegin Erna Solberg und dem Emir von Kuwait am 4. Februar 2016 eine Spendenkonferenz in London durchführen, wo wir alles daran setzen werden, die noch bestehende Lücke von fast 50 Prozent für die Finanzierung von UNHCR und Welternährungsprogramm zu schließen, damit uns das nicht wieder passiert, was jetzt passiert ist. Ich glaube, das hat Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden unser militärisches Engagement in Afghanistan verlängern. Wir werden das tun, weil die Sicherheitslage dies erforderlich macht. Aber dass unsere Soldatinnen und Soldaten afghanische Bürgerinnen und Bürger beschützen, hat natürlich Folgen für die Frage bezüglich der Flucht. Dann müssen wir innerstaatliche Fluchtalternativen schaffen. Dann müssen wir mit unserem Engagement dort nicht nur Soldatinnen und Soldaten haben, sondern auch für die Fluchtalternativen sorgen, damit die Menschen nicht ihr Heimatland verlassen müssen. Es gibt in Afghanistan sichere Bereiche. Ich habe, genauso wie Ursula von der Leyen, mit dem af-

ghanischen Präsidenten sehr offen darüber gesprochen. Thomas de Maizière wird die Polizeiausbildung nicht nur für den Einsatz gegen Taliban machen, sondern auch für die Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Wir können nicht zugucken, dass in einem Land, wo unsere Soldatinnen und Soldaten dienen, Menschenhändler die Menschen auf gefährliche Routen führen und sie anschließend gezwungen werden, ihr Land zu verlassen.

(Beifall)

Mit diesem nationalen, europäischen und internationalen Einsatz wird es gelingen, die Migration zu ordnen, zu steuern, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.

Doch, liebe Freunde, seien wir ehrlich, hinter der Skepsis, ob wir das alles schaffen können, steckt, so glaube ich, noch mehr. Dahinter stecken nicht allein logistische Fragen betreffend die Versorgung und Unterbringung, nicht allein rechtliche Fragen betreffend die Sicherung der Außengrenzen. Hinter der Skepsis stecken auch die Fragen: Was alles wird sich verändern? Wollen wir überhaupt, dass sich etwas verändert? Wie viel Veränderung tut uns gut? Wann wird Veränderung zur Belastung? Wie bestimmen wir das? Können wir das bestimmen? Welche Wirkung hat unsere Art zu leben auf die vielen Menschen, die aus dem arabischen Raum, aus muslimischen Ländern zu uns kommen? Welche Wirkung haben ihre kulturellen Prägungen auf uns? Werden wir nach dieser Flüchtlingsbewegung von so vielen Menschen aus einem so anderen Kulturkreis als dem unseren noch das Deutschland sein, das wir kennen, das Deutschland, das stark ist und das uns starkgemacht hat? Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, die zu uns nach Europa und Deutschland kommen, hat Wolfgang Schäuble vor einiger Zeit von einem „Rendezvous mit der Globalisierung“ gesprochen. Genauso ist es. Wir sehen nun, was Globalisierung auch sein kann. Wir haben uns immer über den Titel Exportweltmeister gefreut. Wir haben ganz selbstverständlich in Anspruch genommen, dass Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Wir sind stolz auf die Strahlkraft unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Wir nehmen es für ganz selbstverständlich, dass wir überall in die Welt reisen können. Das ist die Globalisierung, wie wir sie uns wünschen. Aber Globalisierung hat noch eine andere Seite. Rasend schnell und in einem nicht gekannten Ausmaß kommen jetzt die Auswirkungen von Kriegen, Terror, Umweltzerstörung, Hunger und Armut zu uns. Die klassische Trennlinie zwischen Außen- und Innenpolitik, wie wir das in Europa oft erlebt haben, wird in der Globalisierung nicht mehr so klar erkennbar. Sie ist fließend geworden. Die Menschen haben überall auf der Welt ein Smartphone, wenn sie nur ein bisschen mehr haben, als für das nackte Überleben notwendig ist. Sie wissen, wie es woanders ist. Nun gibt es für uns zwei Möglichkeiten, wie wir auf diese Entwicklung reagieren. Die eine Möglichkeit ist, uns aus Angst vor dieser Entwicklung und in der Hoffnung, dass der Kelch an Europa schon vorübergehen wird, von den Folgen abzukoppeln. Ich glaube nicht, dass uns das gelingen wird. Es endet in Abschottung. Aber Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option.

(Anhaltender Beifall)

Stattdessen dürfen wir, nachdem wir lange nur die Vorteile der Globalisierung gesehen haben, nicht nur die Risiken sehen, sondern wir müssen auch die Chancen erkennen, obwohl die Situation komplizierter ist. Ich bin überzeugt: Wenn wir es richtig machen, werden die Chancen ein Vielfaches größer sein als die Risiken. Dazu müssen wir uns wieder einmal – wie schon so oft in unserer 70-jährigen Geschichte – darauf besinnen, woher wir kommen, wer wir sind und was uns trägt.

Was ist denn der Gründungsimpuls der Christlich Demokratischen Union gewesen? Dieser Gründungsimpuls kann uns heute Kompass sein. Die Idee der Gründung der CDU war eigentlich eine ungeheuerliche Idee: eine Partei, die im C ihre Grundlage findet, also in der von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen. Das heißt, dass heutzutage keine Menschenmassen kommen, sondern dass einzelne Menschen zu uns kommen. Mit diesem Gründungsimpuls – ausgehend von der Würde des Menschen –, der sich auch in unserem Grundgesetz wiederfindet, ist uns etwas ganz Unvorstellbares gelungen, nämlich Klassen und Schichten zu überwinden. Die CDU war nie die Partei nur der Arbeitnehmer, nur der Wirtschaft, nur der Katholiken oder nur der Evangelischen. Nein, die Gründung der CDU war ein großes Werk des Brückenbaus. Wir sind eine Volkspartei. Jeder Mensch hat die Würde, die ihm von Gott geschenkt wird. Mit dieser Würde hat er die Möglichkeit, bei uns mitzumachen, egal zu welcher Schicht, zu welcher Klasse, zu welcher Gruppe er gehört. Das ist CDU vom ersten Tag an.

(Anhaltender Beifall)

Die CDU ist eine Partei, die von Beginn an wusste, dass unser Deutschland nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts moralisch und politisch nur dann wieder auf die Beine kommen würde, wenn es auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus Trennendes überwinden und Brücken bauen würde, wenn es auch lernt, die Welt um sich herum mit den Augen der anderen zu sehen. Das war die Voraussetzung für die Freundschaft und die Gründung der Europäischen Union. Wir haben Glück gehabt; denn andere haben ähnlich gedacht. Das hat uns zur Europäischen Union geführt.

(Beifall)

In einem Wort: Deutschland ist eingebettet in die Idee der europäischen Friedensordnung. Wir brauchen gar nicht immer an Helmut Kohls berühmten Satz zu denken, dass es bei Europa um die Frage von Krieg und Frieden geht. Darum geht es auch heute noch. 70 Jahre Frieden mögen uns lang vorkommen. Aber im Laufe der Geschichte sind diese 70 Jahre nicht mehr als ein Wimpernschlag. Wir können uns aber auch an Konrad Adenauer, unseren ersten Vorsitzenden und Bundeskanzler, erinnern. Er hat vor über 60 Jahren in einer Regierungserklärung gesagt: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute“ – das war 1954 – „eine Notwendigkeit für alle.“ Heute, über 60 Jahre später, fühle ich mich als Vorsitzende der CDU Deutschlands in der Pflicht. Dieses Verständnis Adenauers von der Einheit Europas ist auch mein Verständnis.

(Anhaltender Beifall)

Genauso wie Deutschland notwendigerweise Teil Europas ist, so notwendig ist es heute, Deutschland und Europa in die globale Ordnung umfassend einzubetten. Erinnern wir uns an den Gründungsimpuls. Es geht also wieder darum, Brücken zu bauen, und zwar von Europa nach Afrika, zur Türkei, zu asiatischen Ländern, Interessenausgleiche zu finden, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Das bestimmt mein Handeln, auch jetzt in der Flüchtlingspolitik, beim, wie Wolfgang Schäuble sagte, Rendezvous mit der Globalisierung. Ich bin überzeugt: Die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Wandel entscheiden in der globalisierten Welt über die Fähigkeiten zur Zukunft. Wenn wir jetzt etwas falsch machen, dann werden wir Zukunft verlieren. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir den Weg mutig gehen, aber nach unseren Werten und Vorstellungen, gemeinsam mit anderen in Europa und weltweit. So können wir dann unsere Vorstellung von dem Deutschland der Zukunft entwickeln.

Seit der deutschen Einheit sind 25 Jahre vergangen. Fragen wir uns doch einmal, wie wir uns unser Deutschland in 25 Jahren vorstellen. Ich möchte, dass Deutschland in 25 Jahren ein Land ist, in dem sich Leistung weiterhin lohnt, das Selbstständige und Unternehmer fördert, das auf die Tatkraft und die Kreativität der Menschen setzt und sagt: Sozial können wir nur dann sein, wenn wir denen, die etwas leisten und Ideen haben, den dafür notwendigen Raum und die entsprechenden Möglichkeiten geben. Das wird das Deutschland der Zukunft ausmachen.

(Anhaltender Beifall)

In 25 Jahren soll Deutschland ein Land sein, das den technologischen Wandel geschafft hat, das die digitale Revolution mitgestaltet und das zur Spitzengruppe gehört. Ich nenne nur das Stichwort Industrie 4.0 und die Fragen: Wie werden die Autos in Zukunft gebaut, und wie wird die Arbeitswelt der Zukunft aussehen? All das muss von uns gestaltet werden und wird seine Auswirkungen in 25 Jahren haben.

Deshalb hat Thomas Strobl die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ geleitet, um wenigstens einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wir werden diesen Antrag ja auch noch beraten.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das über eines der besten Bildungs- und Forschungssysteme verfügt. Wir sind heute ganz gut dabei. Aber wir wissen, dass das nicht gesichert ist und dass dies in den nächsten 25 Jahren weiter erarbeitet werden muss. Deutschland soll ein Land sein, das über eine hohe Lebensqualität verfügt. Wir wollen den demografischen Wandel gestalten, indem wir uns um die Jüngeren genauso kümmern wie um die Älteren. Schon zeigen sich die Neuerungen und Veränderungen in der Pflegereform – Hermann Gröhe hat das zu verantworten – und in der Forschungspolitik von Johanna Wanka.

(Beifall)

Deutschland soll in den nächsten 25 Jahren ein Land sein, das die Energiewende geschafft hat, ohne die Wirtschaft – das sage ich mit Blick auf Herrn Kramer – aus dem Land zu vertreiben. Die

Arbeitsplätze in Deutschland sollen erhalten bleiben. Deutschland soll ein Land sein, das nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen lebt, weder in der Finanzpolitik noch in der Umweltpolitik oder Ressourcenpolitik. Deswegen, liebe Julia Klöckner, danke für deine Arbeit in der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“.

(Beifall)

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, in dem Bürokratie kleingeschrieben wird und in dem sich die kreative Kraft eines jeden Einzelnen entfalten kann. Johannes Ludewig ist der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats. Da haben wir noch viel zu tun; mit dieser Arbeit müssen wir weitermachen. Deutschland muss in 25 Jahren ein Land sein, in dem Kinder und Familien sich ganz selbstverständlich wohlfühlen und entfalten können, in dem Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht täglicher Diskussionspunkt ist. Wir müssen einen umfassenden Arbeitsbegriff entwickeln, in dem die Arbeit an Menschen genauso vorkommt wie die Arbeit an Maschinen.

(Beifall)

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das keine Generationen-, Klassen- und ethnischen Konflikte austrägt, sondern das über einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt verfügt. Deshalb haben wir Armin Laschet mit der Arbeit in der Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ beauftragt. Herzlichen Dank, Armin, für deine Arbeit.

(Beifall)

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, in dem wir sicher vor inneren und vor äußeren Bedrohungen leben können. Thomas de Maizière arbeitet heute dafür. Diese Arbeit wird anhalten.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das die Welt auch mit den Augen des anderen sieht, das Menschen in Not hilft, das als selbstbewusstes Mitglied der Europäischen Union und der NATO weltweit seinen Beitrag für Sicherheit und Frieden leistet und das dazu beiträgt, dass die Globalisierung gerecht gestaltet werden kann, dass die Vereinten Nationen an Bedeutung gewinnen und Konflikte friedlich gelöst werden.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das offen, neugierig, tolerant und spannend ist und eine starke eigene Identität hat, getragen von seinem Grundgesetz, seiner Verfassungsordnung. Die Würde des einzelnen Menschen ist unantastbar. Diese Vorstellung ist tief im christlichen Menschenbild verwurzelt. Es soll ein Deutschland sein mit Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit der Absage an jede Form von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung homosexueller Menschen.

(Vereinzelt Beifall)

Deutschland ist ein Land mit einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie und mit dem Gewaltmonopol des Staates, mit der Trennung von Staat und Kirche, mit der Religionsfreiheit, der Meinungs- und Medienfreiheit sowie mit der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson.

(Beifall)

Um es klipp und klar zu sagen: Unsere Gesetze stehen über Ehrenkodex, Stammes- und Familienregeln.

(Beifall)

Unsere Werte und Traditionen haben unser Land in den letzten 66 Jahren getragen. Sie tragen auch das Deutschland der Zukunft. Wer vor Krieg und Verfolgung zu uns flieht, der findet bei uns Schutz. Wer bei uns Zuflucht und Schutz gefunden hat, der muss unsere Gesetze, Werte und Traditionen achten, und der muss, um uns zu verstehen, die deutsche Sprache lernen.

(Beifall)

Das alles, liebe Freunde, ist Integration und das glatte Gegenteil von Multikulti. Es bleibt dabei: Multikulti führt zu Parallelgesellschaften und bleibt damit eine Lebenslüge.

(Beifall)

Das Gegenteil davon ist Integration, die die Offenheit der Menschen in unserer Gesellschaft erfordert. Dazu gehört aber genauso die Bereitschaft derjenigen, die zu uns kommen, sich an unsere Werte und Traditionen zu halten.

Wenn wir den alten Fehler der Vergangenheit wiederholen – damals sprachen wir von Gastarbeitern anstatt von Menschen –, dann werden wir die Integration nicht schaffen. Aber das Deutschland der Zukunft würde dann Schaden nehmen. Deshalb gehen wir anders vor. Wir werden aus den Fehlern lernen; denn ein Land profitiert von gelungener Einwanderung. Aber das setzt eben Integration voraus.

Liebe Freunde, das alles ist das Deutschland der Zukunft, unser Land in 25 Jahren. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen können, wenn wir die Weichen jetzt richtig stellen. Vielleicht hilft uns ein Blick auf die letzten 25 Jahre.

Vor 25 Jahren haben wir das Glück der Deutschen Einheit erlebt. Danach haben wir gesehen, wie steinig der Weg ist. Immer wieder kam die Sorge: Schaffen wir den Aufbau Ost? Es arbeiteten damals noch Tausende Menschen im Steinkohlebergbau. Die Kernenergie war zwar gesellschaftlich umstritten, aber für uns war sie ein unverzichtbarer Teil der Energieversorgung insgesamt. Eine Beschleunigung der Globalisierung kündigte sich damals an, aber sie war noch längst nicht deutlich sichtbar.

Vor 20 Jahren steckte unser Land in einer ziemlich großen Krise: hohe Arbeitslosigkeit, Mutlosigkeit und viele Diskussionen – auch bei uns, als wir noch in der Regierung waren – über erste Reformschritte. Ich denke da an die Rentenreform, die von Rot-Grün, als sie an die Macht kamen, zurückgenommen wurde.

Vor 15 Jahren schienen die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen zu werden. Es stiegen kometenhaft neue Wachstumsregionen in Asien auf. Es gab bei uns Ermüdungserscheinungen, steigende Arbeitslosigkeit, großer Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und endlose Diskussionen über Wirtschafts- und Sozialreformen. Aber es gab lange keine Umsetzung dieser Reformen. In der rot-grünen Bundesregierung träumten viele von einer ganz anderen Gesellschaft. Es gab eine CDU – auch daran muss erinnert werden –, der manche Beobachter prophezeiten, sie würde im Strudel der Spendenaffäre versinken und ihren Status als große Volkspartei verlieren.

Auch noch vor zehn Jahren war es noch nicht richtig gut. Es gab ein Europa, das sich im Irak-Krieg tief zerstritten hatte. Es gab erstmals fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland und eine verunsicherte Gesellschaft. „German Angst“ war das Stichwort. Vom „kranken Mann Europas“ wurde überall gesprochen. Das war die Situation vor zehn bis 15 Jahren.

Wenn wir damals verzagt gewesen wären und den Mut verloren hätten, dann wäre Deutschland heute tatsächlich ein anderes Land. Es wäre ein Land ohne Wachstum und ohne Perspektive, aber mit sozialen Problemen, ein Land mit gescheiterter Integration. Aber wir haben die Ärmel aufgekrempelt, und wir haben Schritt für Schritt die Dinge zum Besseren gewendet, einschließlich der Bekämpfung der Finanzmarktkrise, der internationalen wie der Euro-Krise. Wir haben dies mit völlig ungewöhnlichen Mitteln getan, die man noch Jahre vorher als absurd bezeichnet hätte: milliarden schwere Kredite und Euro-Rettungsprogramme.

Es zeigt sich, dass in all den Jahren in Deutschland, in unserem Land, immer Menschen waren, die dem Schlechtreden und der Resignation widerstanden haben und die trotz allem angepackt haben, investiert haben und die ihr Unternehmen nicht ins Ausland verlagert haben und die ihr Geld nicht auf ausländische Bankkonten transferiert haben. Denen muss im Nachhinein noch einmal ein herzliches Dankeschön gesagt werden.

(Beifall)

Wir haben gezeigt, welche Kraft in uns steckt, und mit dieser Kraft können wir auch die Globalisierung bewältigen. Deutschland wird heute wieder weltweit geachtet und bewundert, und wir wissen, was wir können, wenn wir stark sind.

Die Wirtschaft wächst, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, es sind so viele Menschen erwerbstätig wie nie zuvor, wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit, die Reallöhne steigen, die befristete und die geringfügige Beschäftigung gehen zurück,

und wir haben dank Wolfgang Schäuble das dritte Jahr in Folge einen Haushalt vorlegen können, mit dem wir keine neuen Schulden machen, also nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind heute sicherlich auch deshalb so stark, weil unser Optimismus und unsere Zuversicht immer gepaart waren mit Vorsicht und dem Bewusstsein für Risiken und Gefahren. Wir sind nie blauäugig, doch genauso lassen wir es nie zu, dass uns Ängstlichkeit und Pessimismus am erfolgreichen Handeln für die Zukunft hindern.

Noch nie gab es in Deutschland so wenig „Null Bock“, aber dafür so viel Bereitschaft zum Mitmachen und Anpacken. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist die beste und überzeugendste Antwort auf all diejenigen, die mit Hass und Hetze in ihrem Herzen versuchen, gegen Fremde Stimmung zu machen. Sie haben in unserem Land keine Chance gegen das bürgerschaftliche Engagement.

(Beifall)

Deutschland hat sich in den letzten 25 Jahren, seit der Deutschen Einheit, und in den zehn Jahren unserer Regierungsverantwortung mehr und schneller verändert, als viele es für möglich gehalten und uns zugetraut hätten – fast überall und in fast jeder Hinsicht.

Es ist aber immer noch und heute noch mehr unser Land. Unsere Identität, unsere Sprache, unsere Kultur: Sie sind ja nicht schwächer geworden, sondern stärker. Auch in den nächsten 25 Jahren werden innerer und äußerer Wandel und Veränderung mit hohem Tempo weitergehen, ob wir es wünschen und wollen oder nicht. In den nächsten 25 Jahren wird es – genauso wie in den letzten 25 Jahren – Erfindungen und Entwicklungen geben, die wir heute allenfalls erahnen, von denen wir heute aber niemals im Einzelnen wissen können.

Eines weiß ich aber genau: Ich möchte, dass Deutschland auch in 25 Jahren immer noch mein Deutschland, unser Deutschland ist, ein Deutschland, das alle seine liebenswerten Eigenschaften und Stärken bewahrt und an die nächste Generation weitergibt, ein Land mit einer eindrucksvollen kulturellen Tradition, weltoffen und vielfältig, ganz unverkennbar Deutschland, unser Deutschland, das schönste und das beste Deutschland, das wir haben. Damit das gelingt, braucht es CDU und CSU.

(Beifall)

Damit das noch besser gelingt, werfen wir einen Blick auf die nächsten Landtagswahlen. Baden-Württemberg – Guido Wolf hat es uns heute gesagt, und wir unterstützen das – braucht den Wechsel. Dieses wunderbare Bundesland lebt im Augenblick von der Substanz. Dieses Bundesland zeigt nicht, was in den Menschen steckt, sondern es lebt von Bevormundung. Dieses Bun-

desland braucht neue Infrastruktur: digitale Infrastruktur, Straßen, Schienenwege. All das geht zu langsam. Dieses Bundesland braucht vor allen Dingen ein vernünftiges Bildungssystem, nachdem es jahrzehntelang eines hatte. Die Schülerinnen und Schüler dürfen doch nicht zum Gegenstand von Experimenten gemacht werden, nachdem doch jeder weiß, dass die Schule auch Leistungsgedanken braucht und keine Einheitsschule sein darf. Liebe Freunde, das muss sich ändern. Baden-Württemberg muss wieder CDU-regiert werden.

(Beifall)

Auch in Rheinland-Pfalz brauchen wir eine Ministerpräsidentin Julia Klöckner und endlich wieder eine Regierung, liebe Julia, die gestaltet, die nicht einfach verwaltet und die nicht nur mit sich selbst und der Aufarbeitung von alten Fragen beschäftigt ist, eine Regierung, die auch an die Kommunen in Rheinland-Pfalz denkt. Das braucht Rheinland-Pfalz mit Julia Klöckner an der Spitze. Du hast unsere große Unterstützung, und wir wünschen Dir viel Kraft im Wahlkampf.

(Beifall)

Auch in Sachsen-Anhalt wird gewählt. Reiner Haseloff muss dort Ministerpräsident bleiben.

(Beifall)

Das Land der Frühaufsteher kann es sich nicht leisten, mit Rot-Rot die Zukunft zu verschlafen. Lieber Reiner Haseloff, wir werden an Eurer Seite stehen.

(Beifall)

Von Albert Einstein stammt der Satz: Das Leben ist wie ein Fahrrad. Man muss sich vorwärts bewegen, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren.

Nicht nur als Physikerin glaube ich an die Richtigkeit dieses Satzes, sondern auch aufgrund meiner praktischen Lebenserfahrung.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen immer in Bewegung bleiben, immer nach vorne. Dann finden wir auch die richtige Balance, Maß und Mitte, Orientierung und Sicherheit auf allen Ebenen: bei uns in der Partei und im Bundesvorstand – herzlichen Dank an Peter Tauber, an Klaus Schüler und an alle in der Bundesgeschäftsstelle –, mit allen Vereinigungen der CDU, die uns so stark machen, und den Landesverbänden, mit der Bundestagsfraktion mit Volker Kauder und natürlich mit unseren Freunden von der CSU, mit Horst Seehofer und Gerda Hasselfeldt,

(Beifall)

und in der Bundesregierung mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der CSU.

Wir sind die eine Volkspartei der Mitte, und so handeln wir, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das die Freiheit des Einzelnen und seine Würde schützt, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, in dem Frieden und Sicherheit zu Hause sind, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das den Menschen mit all ihren Unterschieden eine gemeinsame Heimat ist, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das in einem starken Europa Verantwortung für eine gute Zukunft unseres Kontinents übernimmt, weil wir wissen: Auch Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es Europa gut geht.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für diese Zukunft anpacken. Deutschland ist ein starkes Land. Wir schaffen das für Deutschland und Europa. Daran werde ich mit aller Kraft arbeiten – mit Ihnen zusammen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich – Zurufe: Bravo!)

Liebe Leute, vielen Dank, aber wir haben noch zu arbeiten und wollen heute noch einen schönen baden-württembergischen Abend haben. Herzlichen Dank. Jetzt geht es wieder ran an die Arbeit.

(Beifall)

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Sehr verehrte Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel, ganz herzlichen Dank für diese kluge und schöne Rede. Der Applaus hat gezeigt, dass es Dir gelungen ist, den Parteitag und seine Delegierten mitzunehmen, aber ich glaube, dieser überwältigende Applaus soll auch etwas anderes zum Ausdruck bringen. Dieser überwältigende Applaus soll ein Signal sein: Wir in der CDU Deutschlands, wir stehen hinter unserer Bundesvorsitzenden, wir stehen zu Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das war das Signal dieses Applauses.

(Beifall)

Wir danken Angela Merkel für ihre Arbeit als Parteivorsitzende und als Bundeskanzlerin. Wir wünschen ihr für die nächsten Jahre alles Gute. Gesundheit und Gottes Segen mögen Dich, liebe Angela, begleiten.

(Beifall)

Ich darf jetzt die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, begrüßen. Herzlich willkommen, Frau Präsidentin.

(Beifall)

Nun gebe ich das Tagungspräsidium an die Kollegen Peter Hintze und David McAllister weiter.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Bevor wir in die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden kommen, begrüße ich recht herzlich den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, unseren Freund Professor Hans-Gert Pöttering.

(Beifall)

Wir haben auch eine Reihe starker Frauen zu Gast, die aus der Politik in politiknahe Bereiche gewechselt sind. Ich freue mich, dass Hildegard Müller, Katherina Reiche, Tanja Gönner und Ulla Heinen heute bei uns sind.

Wir treten jetzt in die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden und auch in die allgemeine Aussprache zum Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ ein. Das ist die allgemeine Aussprache. Einzelberatung und Beschlussfassung werden wir später vornehmen, wenn die Antragskommission die eingereichten Änderungsanträge entschieden, besprochen und mit einem Votum versehen hat, die dann den Delegierten vorgelegt werden.

Die Antragskommission tagt um 13.30 Uhr. Dort werden der Antrag und alle eingegangenen Änderungsanträge beraten. Erst im Anschluss daran können wir Ihnen die Beratungsunterlagen mit den Empfehlungen der Antragskommission zur Verfügung stellen. Deshalb wird die Beratung und Beschlussfassung über den Antragstext nach Tagesordnungspunkt 13 „Bericht der Mandatsprüfungskommission“ aufgerufen. Wer sich an der Debatte beteiligen will, möchte das mit dem Wortmeldezettel tun. Ich lese einmal die ersten sechs Namen vor, damit Sie sich geistig vorbereiten können: Ingbert Liebing, Susanne Wetterich, Julia Klöckner, Reiner Haseloff, Karin Maag und Arnold Vaatz.

Ich erteile das Wort Ingbert Liebing zum ersten Diskussionsbeitrag.

(Beifall)

Ingbert Liebing: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Frau Bundesvorsitzende, liebe Parteifreunde. Frau Bundesvorsitzende, Sie haben in Ihrer Rede auf dieses Jahr zurückgeschaut und viele wichtige Ereignisse angesprochen. Ein wichtiges Ereignis haben Sie übersprungen. Ich meine das zehnjährige Jubiläum Ihrer Kanzlerschaft, unserer Regierung von CDU und CSU. Zehn Jahre Kanzlerschaft Angela Merkel und Regierung der Union im Bund sind zehn Jahre guter Politik und guter Ergebnisse für unser Land gewesen.

Die Stimmung auch heute im Saal zeigt: Wir sind gut aufgestellt, um dies fortzusetzen. – Als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung in der Union kann ich feststellen: Diese zehn Jahre waren auch zehn gute Jahre für die Städte und Gemeinden in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

In keiner anderen Regierungszeit hat eine Bundesregierung, eine Koalition so stark auch die Kommunen mit im Blick gehabt. Dass unsere Bundeskanzlerin dies im Blick hat, hat sie heute mit ihrer Rede gezeigt.

Gerade jetzt, in der aktuellen Situation aufgrund der Herausforderung durch die Flüchtlingskrise, kommt es ganz besonders auf die Kommunen an. Wir brauchen wichtige und kluge Entscheidungen.

gen im Bund und in den Ländern; aber am Ende wird sich vor Ort entscheiden, in den Städten und Gemeinden, ob die große Aufgabe gelingt, die Flüchtlinge aufzunehmen, aber auch, sie zu integrieren, was heute bei dem Krisenmanagement noch viel zu kurz kommt. Insofern zeigt sich gerade jetzt der Wert der kommunalen Selbstverwaltung. Wir erleben einen großen Kraftakt in den Kommunen, um diese Aufgabe zu bewerkstelligen. Genauso aber erleben wir das Empfinden vor Ort, in den Kommunen, die Sorge davor, dass ein Zuzug in der Größenordnung, wie wir es aktuell erleben, unsere Gesellschaft, die Menschen, den Staat insgesamt überfordern wird.

(Teilweise Beifall)

Deshalb haben wir als Kommunalpolitische Vereinigung uns in den vergangenen Tagen und Wochen in die Vorbereitung auf den Bundesparteitag mit eingemischt. Wir wollen erreichen, dass wir mit unserem Parteitag das klare Signal aussenden, dass wir beides können: dass wir den Menschen, die aus Not zu uns kommen, helfen und dies mit einem erfolgreichen Kraftakt miteinander bewerkstelligen, gerade durch den Einsatz in den Kommunen, dass wir aber auch dafür sorgen müssen, dass die Zahl der Flüchtlinge spürbar verringert wird, damit es eben nicht zu einer Überforderung unserer Gesellschaft kommt. Wir müssen nämlich alle miteinander wissen: Jede Gesellschaft hat Grenzen der Leistungsfähigkeit, der Aufnahmefähigkeit, der Integrationsfähigkeit und der Hilfsfähigkeit. Damit wir dies erhalten, brauchen wir entsprechende Maßnahmen.

(Teilweise Beifall)

Deshalb ist es gut, liebe Parteifreunde, dass wir diese Diskussion in den vergangenen Tagen geführt haben und sie gestern im Bundesvorstand zu einem guten Ergebnis gebracht haben, indem genau das Signal enthalten ist, dass wir rechtzeitig vor einer Überforderung alle Anstrengungen mobilisieren, um die Zahl der Flüchtlingsbewegungen zu reduzieren. Das wird im Antrag deutlich. Deswegen kann ich zufrieden feststellen, dass am Ende der Diskussion der vergangenen Tage wir uns als Kommunalpolitiker in der Union, als Kommunalpolitische Vereinigung in dem, was der Bundesvorstand gestern beschlossen hat und wir heute diskutieren werden, wiederfinden.

Das ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Ich komme aus einem Bundesland mit einem Ministerpräsidenten, der eine andere Auffassung vertritt. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Albig spricht von einer Dekade der Zuwanderung. Ein Zuzug in der jetzigen Größenordnung von einer Million aufwärts, sei alles kein Problem, sagt er. Da haben wir schon andere Vorstellungen: Das würde unsere Gesellschaft auf Dauer überfordern. – Dabei hatte Herr Albig schon einmal andere, bessere Erkenntnisse. Ich denke an seine Erkenntnis vom Sommer, als er feststellte, dass die Bundeskanzlerin einen so guten Job macht, dass seine Partei auf einen eigenen Kanzlerkandidaten verzichten könnte. Liebe Parteifreunde, wo er recht hat, hat er recht. An der Stelle hat Herr Albig recht.

(Vereinzelt Beifall)

Offensichtlich hatte seine Partei auf dem Bundesparteitag vor wenigen Tagen ähnliche Empfindungen. Jedenfalls hat sie sich als ernstzunehmende Konkurrenz abgemeldet.

Liebe Parteifreunde, vor wenigen Wochen habe ich mit meinem Landesverband ein Neu-Mitglieder-Treffen durchgeführt. Da waren Mitglieder im Alter von 18 bis 80 Jahren dabei. Der Älteste, der im Alter von 80 Jahren neu in unsere Partei eingetreten ist, begründete dies damit, nur die CDU sei seiner Auffassung nach in der Lage, die aktuelle Herausforderung der Flüchtlingskrise zu meistern, und gerade wegen unserer Positionierung zu dem Thema sei er zu uns gekommen. – Und das im Alter von 80 Jahren!

Ich finde, das macht Mut. So sollte dieser Parteitag auch das Signal aussenden, dass wir als starke Volkspartei der Mitte, als die einzig wahre verbliebene Volkspartei der Mitte geschlossen in der Lage sind, diese besondere Herausforderung der Flüchtlingskrise zu meistern auf allen Ebenen, wo wir Verantwortung tragen: in den Kommunen, wo wir dies bewerkstelligen, in den Ländern, wo wir die Mehrheit zurückerringen wollen, und im Bund mit Angela Merkel an der Spitze. Die jüngste Diskussion der vergangenen Tage hat mich zuversichtlich gezeigt, genauso auch der große Beifall für Ihre Rede, Frau Bundeskanzlerin. Deswegen, so glaube ich, kann dieser Parteitag ein sehr guter Parteitag werden. Das wünsche ich uns miteinander. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ein kurzer Hinweis: Die Antragskommission tagt jetzt in dem dafür vorgesehenen Raum. Ich bitte alle Mitglieder der Antragskommission, uns für diese konstruktive Arbeit zu verlassen.

Als nächste Rednerin hat sich Susanne Wetterich aus dem Landesverband Baden-Württemberg gemeldet. – Es gibt keine zeitliche Begrenzung. Es wäre aber trotzdem nett, weil wir eine ganze Flut von Wortmeldungen haben, wenn jeder Redner versuchen würde, sich zu konzentrieren. – Bitte, Frau Wetterich.

Susanne Wetterich: Ich bin Susanne Wetterich und komme aus Stuttgart, einer Stadt, in der es Schulklassen mit 80 Prozent Kindern und mehr mit Migrationshintergrund gibt. Das funktioniert in unserer Stadt gut. Warum? Weil schon seit vielen Jahren eine aktive Integrationspolitik in dieser Stadt gemacht wird und weil jeder, der in dieser Stadt lebt, egal woher er kommt, als Stuttgarter, als Mensch betrachtet wird.

Deswegen möchte ich hier dafür plädieren, die Chancen zu sehen, die uns die jetzige Situation bietet, und sie in den Vordergrund zu stellen. Es ist eine Chance für unser Land, der ganzen Welt zu zeigen, dass wir eine Demokratie haben, dass wir in Freiheit leben, dass bei uns Frauen und Männer gleiche Rechte haben und Religionsfreiheit herrscht. Das wird ausstrahlen: Wir sind nicht mehr das Kellerkind, das uns die historische Situation beschert hat, sondern haben ein anderes Bild in der Welt.

Deswegen traue ich unserem Land und vor allem einer CDU-Regierung zu, diese Probleme und Herausforderungen zu meistern. Für mich gibt es dazu keine Alternative. Wir liegen in der Mitte von Europa, und wir werden nur im europäischen Rahmen weiterkommen. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin spricht Julia Klöckner zu uns.

(Vereinzelter Beifall)

Julia Klöckner: Liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen und Freunde! Natürlich haben wir im Vorfeld des Parteitages – das war ja auch für die Journalisten sehr spannend – intensiv über die Flüchtlingsfrage diskutiert. Es wäre ja auch verwunderlich, wenn man in einer Volkspartei nicht intensiv diskutieren würde über etwas, was einen sehr beschäftigt. Die ganze Gesellschaft diskutiert intensiv darüber, ob sich unsere Gesellschaft verändert. Und natürlich wird sich unsere Gesellschaft verändern, weil sie sich schon immer verändert hat, und nicht gerade zum Schlechtesten.

Nun stellt sich die Frage: Wohin verändert sich unser Land, wenn viele Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen? Ich glaube, wir haben einen großen Anteil daran, wie sich Deutschland verändern wird, und daran, ob es gelingen wird. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Halt. Sie wollen auch Halt von der Politik. Sie wollen wissen, dass sie sich in ihrer Heimat, hier in Deutschland, weiterhin wohlfühlen können. Die Integration ist bei uns im Land zum allergrößten Teil sehr gut gelungen. Denken wir doch an die vielen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Wenn all die Menschen mit Migrationshintergrund nicht da wären, könnten wir viele dieser Institutionen dichtmachen. Deshalb herzlichen Dank all den Menschen, die bei uns ihren Dienst leisten, egal ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Ich glaube, der Zusammenhalt der Gesellschaft funktioniert nur, wenn wir das offen annehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Aber, liebe Freunde, schönreden sollten wir das, was jetzt auf uns zukommt, nicht.

(Vereinzelter Beifall)

Integration funktioniert nicht einfach so. Integration sollten wir nicht dem Zufall überlassen. Integration ist auch nicht die Addition von Vielfalt oder wertneutralem Multikulti.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist eine Frage für uns, der Selbstvergewisserung, wo hinein wir Menschen integrieren wollen. Deshalb bin ich meiner CDU Rheinland-Pfalz sehr dankbar. Wir haben den Integrationsteil des Leitetrags wesentlich mitgeprägt. Wir sagen: Wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wieder machen. Das heißt, wir wollen keine Parallelgesellschaften zulassen, Menschen

nicht sich selbst überlassen und es nicht hinnehmen, wenn Frauen kein Deutsch lernen oder nicht am Arbeitsmarkt teilhaben dürfen, weil ihre Männer der Meinung sind, dass das nicht angebracht sei. In Deutschland sind wir weiter, und das wollen wir auch verteidigen.

(Beifall)

Manches ist aber nicht verwunderlich – das müssen wir uns vor Augen führen –; denn viele Menschen kommen aus Ländern, die keinen Rechtsstaat kennen, wie wir ihn haben. Sie kommen aus Ländern, in denen Männer und Frauen eben nicht gleichberechtigt sind. Sie kommen aus Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe steht und der Religionswechsel auch. Bei uns in Deutschland ist das anders, und das soll auch anders bleiben. Auch deshalb ist Deutschland ja ein Land der Ziele, der Träume geworden: weil Deutschland anders ist als die Länder, in denen das eigene Volk verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet wird. Deshalb, liebe Freunde, müssen wir für das kämpfen, was uns wichtig ist.

Wir als CDU Rheinland-Pfalz haben vorgeschlagen – ich bin dankbar, dass das in den Leitantrag aufgenommen worden ist –, dass wir verpflichtende Integrationsvereinbarungen vorsehen, dass wir im Bund und in den Ländern Integrationspflichtgesetze anstreben, damit klar ist, dass Sprach- und Integrationskurse, dass das, was uns wichtig ist, kein Angebot zur Güte ist, sondern dass das für jeden zu gelten hat. Das sollte, glaube ich, klar und deutlich zu Anfang gesagt und eingefordert werden.

(Beifall)

Ich will das abschließend noch konkretisieren: Es geht um Chancen, um Perspektiven in unserer Gesellschaft. Schauen Sie sich die Ergebnisse der gestrigen Wahlen in Frankreich an: Der Front National hat eine enorme Unterstützung von Jugendlichen bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich ist enorm hoch, auch die Desintegration vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Wir sollten diesen Fehler nicht machen und deshalb in der Kita, in der Schule, in der Berufsschule, in der Hochschule und auf dem Arbeitsmarkt deutlich machen, welche Regeln bei uns gelten und sagen: Wenn man diese Regeln einhält, hat man auch Chancen und Perspektiven.

Ich richte meinen Blick hierbei ganz klar auch auf die Frauen. Ich frage mich immer: Wo sind denn die rot-grünen Feministinnen, die für die gendergerechte Sprache sprechen, aber Vollverschleierung und Frauen, die keine Deutschkurse besuchen dürfen, als kulturelle Vielfalt abtun?

(Beifall)

Während die Grünen sich für gendergerechte Flüchtlingszelte einsetzen, finden sie es in Ordnung, wenn Mädchen am Schwimmunterricht nicht teilnehmen dürfen, und das aus nur einem Grund: weil sie Mädchen sind. Das wollen wir nicht gelten lassen. Frauen und Männer sind in unserem Land gleichberechtigt.

(Vereinzelt Beifall)

In unserem Land sind Frauen auch Vorgesetzte. Frauen sind auch Lehrerinnen. Und wenn Männer aus den Händen von Frauen kein Essen entgegennehmen möchten, zum Beispiel in Flüchtlingseinrichtungen – das sind die allerwenigsten –, dann halte ich es mit Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie hat gesagt: Wenn ihr aus der Hand von Frauen kein Essen annehmt, weil Frauen angeblich unrein sind, Jungs, dann seid ihr halt schon satt.

(Beifall)

Man muss deutlich machen, was bei uns gilt. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir von Anfang an klarmachen, was uns wichtig ist, wenn wir uns ernst nehmen, aber auch die Menschen, die zu uns kommen, wenn wir die Mehrgenerationenhäuser weiterentwickeln zu Integrationshäusern, wenn wir Integrationslotsen unterstützen und wenn wir die Zahl der Integrationskurse verdoppeln, wenn es genügend Sprachangebote gibt, dann kann es, glaube ich, gelingen. Aber dazu müssen wir deutlich machen, dass man nicht zufällig in irgendeine wertneutrale Gesellschaftsordnung hineinstolpert. Man muss von Anfang an wissen, dass wir uns gegenseitig verpflichten, damit ein gutes Zusammenleben gelingen kann.

Deshalb bedanke ich mich sehr herzlich, dass unsere Anregungen aus Rheinland-Pfalz aufgenommen worden sind. Nur so werden wir der kommenden Generation sagen können: Es war damals keine leichte Zeit, aber wir haben die Verantwortung und die Herausforderungen angenommen und von Anfang an die Weichen richtig gestellt. Deshalb bitte ich Sie, diesem Leitantrag des Bundesvorstands zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich sage schnell, wer jetzt noch redet: Als Nächster Reiner Haseloff, dann Karin Maag, dann Arnold Vaatz, dann Thomas Strobl, dann Professor Wolfgang Reinhard, dann Annette Widmann-Mauz, dann Carsten Linnemann, dann Volker Bouffier. – Das Wort hat nun Ministerpräsident Haseloff. Bitte schön.

Reiner Haseloff: Herzlichen Dank, Herr Tagungspräsident. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin sehr, sehr dankbar, dass es uns in den letzten Tagen, vor allen Dingen am gestrigen Tag gelungen ist, zu dieser abschließenden Karlsruher Erklärung zu kommen. Unabhängig davon, dass die Abstimmung noch aussteht, bin ich froh über diesen Kompromiss, weil er zum Ausdruck bringt, dass wir unter Führung der CDU auf Bundesebene, aber auch in den entsprechenden Ländern, das Heft des Handelns in der Hand haben und es geschafft haben, trotz der Anfangsschwierigkeiten, Ordnung ins System zu bringen und das Thema innere Sicherheit, das gerade uns als Union sehr stark betrifft, das unser Markenzeichen ist, nach vorne zu bringen.

Auf der anderen Seite ist es auch eine wichtige Botschaft, dass wir in den vielen Kommunen nicht nur den Ehrenamtlichen, sondern auch den hauptamtlich Beschäftigten, den Landräten, Bürgermeistern und Oberbürgermeistern klarmachen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen, dass

wir wissen, dass das Asylrecht in Deutschland unangetastet ist, dass es aber ganz klar auch Integrationsgrenzen gibt, die sich an den natürlichen Ressourcen in den Kommunen festmachen. Ich denke, das ist die Botschaft unserer Erklärung. Wir sagen: Wir lassen euch nicht allein. Wir wissen, dass es natürliche Grenzen gibt. Diese Grenzen behalten wir im Blick. Der Bund, aber auch die Länder, helfen den Kommunen bei der Finanzierung und sorgen vor allen Dingen dafür, dass Integration wirklich gelingen kann. Auf der anderen Seite muss es möglich sein, dass wir mit unseren Anstrengungen ein Zeichen in Richtung Europa geben: Wenn wir als Deutschland uns nicht überfordern wollen, brauchen wir unbedingt die europäische Solidarität und den europäischen Gedanken insgesamt, wenn es darum geht, diese internationale Herausforderung zu bewältigen. Es geht an dieser Stelle nicht ohne Europa. Deswegen unterstützen wir auch ganz klar alle Aktivitäten der Bundeskanzlerin, wenn es darum geht, alle 28 im Boot zu halten bzw. dafür zu sorgen, dass die internationalen Zuständigkeiten ausgefahren werden und die Konfliktherde bewältigt werden.

Ein Thema ist mir noch ganz wichtig: Wir befinden uns in Wahlkämpfen, auch in den drei genannten Ländern, und wir haben es dort in der politischen Auseinandersetzung auch mit einer politischen Kraft zu tun, die rechts von der CDU steht und demzufolge für uns nicht zum demokratischen Spektrum gehört. Wir haben immer gesagt, dass im demokratischen Spektrum rechts von der CDU kein Platz sein darf. Deswegen sind wir als Union aufgefordert, auch in den Wahlkämpfen klar Flagge zu zeigen und zu beweisen, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen, für innere Sicherheit sorgen, erfolgreich integrieren,

(Vereinzelt Beifall)

wissen, wo unsere Grenzen sind, und damit der AfD keine Luft zu lassen. Lassen Sie uns in den Wahlkämpfen gemeinsam darum ringen! Ich freue mich auf gute Wahlkampfaktivitäten mit dir, liebe Angela, und mit den anderen Wahlkämpfenden, mit Julia Klöckner und dem Kollegen Wolf. Ich denke, dann werden wir erfolgreich sein. Wir setzen 2016 ein Zeichen, damit wir als Union auch bei den anderen Landtagswahlen und vor allen Dingen bei der Bundestagswahl 2017 vorne sind und weiterhin Regierungsverantwortung tragen. Das braucht Deutschland, das braucht Europa. – Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön, lieber Herr Haseloff. – Als Nächste spricht Karin Maag, Baden-Württemberg.

Karin Maag: Liebe Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Frau Bundeskanzlerin hat das Bild der CDU und von Deutschland in 25 Jahren gezeichnet. Nach der Rede, bei der wir alle mitgenommen wurden, hoffe ich, dass wir zumindest noch einen langen Teil der nächsten 25 Jahre mit unserer Kanzlerin gehen werden, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe mich auch gemeldet, weil die Diskussion in der Vorbereitung auf diesen Parteitag kontrovers war, auch bei mir in Stuttgart. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die die Flüchtlinge aufnehmen, die sich kümmern. Gemeldet haben sich logischerweise auch diejenigen, die sich Sorgen machen. Mir ist es wichtig, dass wir mit allen reden und dass vor allen Dingen, lieber Herr Haseloff, rechts von uns niemand steht, der uns bei den Normalen dieser Welt in irgendeiner Form die Wählerinnen und Wähler abspenstig macht.

Ich will jetzt aber auch eines sagen: Wir haben, um es konkret zu machen, in Stuttgart 6 408 Flüchtlinge – Stand letzte Woche – aufgenommen. Das kostet 2016 40 Millionen Euro. Fakt ist aber auch – das ist mir jetzt ganz wichtig: Es kommen ausschließlich Syrer und Iraker. Die Menschen aus dem Westbalkan sind nicht mehr darunter. Das BAMF arbeitet, was Stuttgart angeht, nach Aussage des Ersten Bürgermeisters deutlich schneller, und es kommen definitiv weniger Menschen. Das heißt, es funktioniert, was wir im Bund vorgeben.

Mir ist auch wichtig: 30 Prozent derjenigen aus dem Westbalkan leben noch in den Unterküften. Aber da müssen wir Grün-Rot – bei mir in Baden-Württemberg – und Rot-Grün in die Pflicht nehmen und sagen: Ihr habt die Aufgabe der Rückführung. Bitte tut das Notwendige dazu!

Was will ich damit konkret sagen? Der Kurs unserer Bundeskanzlerin mit Ordnen, Steuern und Reduzieren wirkt. Das sage ich all denjenigen, die sich im Hinblick auf die Wahlen in drei Bundesländern im nächsten Jahr Sorgen machen, ob das alles noch rechtzeitig funktioniert. Wir haben bei den Menschen ohne Bleibeperspektive eine schnellere Rückführung. Wahr ist aber auch: Wir haben eine internationale Krise, die wir nicht vorrangig mit nationalen Maßnahmen regeln können. Da kommt es ganz zentral – auch das ist hier heute schon gesagt worden – auf Europa an.

Liebe Julia Klöckner, eine nationale Aufgabe – da bin ich bei dir – ist sicherlich die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive. Da will ich vor allen Dingen die Frauen und Mütter mitnehmen. Das, was früher bei den Gastarbeiterfamilien passiert ist – Frau Bundeskanzlerin hat es angesprochen –, war falsch. Wir müssen dafür sorgen, dass die Frauen, die Mütter Deutsch lernen und Integration in den Familien vor Ort gelebt wird. Dort werden die Werte vermittelt, die hier wichtig sind, dort werden Toleranz, Menschlichkeit, Gleichberechtigung und Respekt vermittelt. Deswegen sage ich vor allen Dingen auch den Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament: Wenn es darum geht, Kontingente zu diskutieren, ist es ganz zentral, auf die Familien zu setzen, sie zu bevorzugen und dort das Notwendige zu veranlassen, damit Toleranz und Menschlichkeit gelebt werden. Wenn wir dies alles berücksichtigen, dann bin ich sicher, dass von diesem Parteitag das Signal ausgehen wird: Wir nehmen alle mit.

Landrat Schnaudigel ist gerade bei uns vorbeigekommen und hat gesagt: Uns in Karlsruhe geht es in etwa so, wie es Frau Wetterich gerade formuliert hat.

Mir ist als Baden-Württembergerin vor den Wahlen 2016 nicht bang. Mit dieser Kanzlerin und mit unserem Spitzenkandidaten Guido Wolf packen wir es. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist der Kollege Arnold Vaatz. Danach kommt Thomas Strobl. – Arnold Vaatz, bitte.

Arnold Vaatz: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Das Asylrecht ist ein Kernbestandteil unseres Grundgesetzes. Es ist selbstverständlich und konstitutiv für die Bundesrepublik Deutschland. Gerade aus diesem Grund ist es eine der wichtigsten Verpflichtungen jeder Regierung und jeder demokratischen Partei in unserem Land, das Ja aus Überzeugung zum Asylrecht in der deutschen Öffentlichkeit nicht zu demontieren.

Asyl genießt derjenige, der aufgrund politischer Verfolgung zu uns flieht. Meine Damen und Herren, jemand, der allerdings die Grenze von Griechenland nach Mazedonien, von Mazedonien nach Serbien, von Serbien nach Ungarn oder nach Kroatien, von Kroatien nach Slowenien oder von Österreich nach Deutschland überquert, der flieht nicht mehr vor Verfolgung, und zwar, weil in dem Land, das er zuerst betreten hat, keine politische Verfolgung herrscht. Es ist dringend erforderlich, dass der Gedanke, der für das Schengen-Abkommen konstitutiv ist, dass nämlich in dem Land, in dem ein Flüchtender zum ersten Mal die Europäische Union betritt, über seinen Asylantrag entschieden wird, durchgesetzt wird. Dies, meine Damen und Herren, wird seit einiger Zeit nicht mehr durchgesetzt. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass das Schengen-Abkommen und Dublin III wieder geltendes Recht in Deutschland werden und vollzogen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das Problem, das ich sehe, ist, dass unser Antrag hier keine hinreichende Gewissheit schafft. Aus dem Grunde habe ich mich entschieden, gegen den Leitantrag zu stimmen. Denn sehr viele unserer Bürgermeister erwarten von uns ein klares Signal, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Sie haben im vergangenen Jahr erlebt, dass sie fast täglich mit neuen Zahlen konfrontiert worden sind, und haben festgestellt, dass die Umsetzung der Vorschläge, die wir bis dahin gemacht hatten, um die Flüchtlingskrise einzudämmen, nicht im Entferntesten den entsprechenden Erfolg brachte. Heute ist es verfrüht, davon zu reden, dass unsere bisherigen Maßnahmen gegriffen hätten. Solange noch pro Tag 3 000 Flüchtlinge bei uns landen, ist die Frage berechtigt, ob es wirklich so weitergehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe eine weitere Anmerkung zu machen.

Ich stelle fest, dass unsere Nachbarländer, der ganze Ostblock von Polen bis nach Ungarn, in Bezug auf die Flüchtlingskrise völlig andere politische Grundsätze verfolgt als wir. Ich stelle fest, dass unsere westlichen Nachbarn, Frankreich, Luxemburg, Belgien, nicht im Entferntesten prozentual so viele Menschen aufnehmen wie wir. Die Menschen fragen zu Recht: Welche Garantien wollen wir geben, dass sich diese Dinge in Zukunft wirklich verändern?

Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich das Signal, das von unserem Antrag ausgeht, für zu schwach.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die Möglichkeit schaffen, auch an unseren Grenzen Menschen zurückzuweisen, die erkennbar nicht politisch verfolgt sind.

Meine Damen und Herren, ein Land in Europa hat zu einem relativ frühen Zeitpunkt versucht, das Schengen-Abkommen zu erfüllen, indem es seine Außengrenzen gesichert hat: Das ist Ungarn.

(Vereinzelt Beifall)

Ungarn wurde daraufhin in einer Weise behandelt, wie ich es mir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr vorstellen konnte.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in Europa die gute Praxis, dass alle halbe Jahre die Ratspräsidentschaft wechselt. Jetzt ist die Ratspräsidentschaft bei Luxemburg. Der luxemburgische Außenminister Asselborn ist der Koordinator der Außenminister in Europa. Er hat zu vermitteln, er hat zusammenzuführen. Er hat allerdings diese Vermittlungs- und Zusammenführungsaufgabe so wahrgenommen, dass er den ungarischen Ministerpräsidenten Orban mit Kim Il-sung verglichen hat. Das ist eine bodenlose Frechheit von diesem Mann, der niemals in seinem Leben eine Diktatur erlebt hat.

(Beifall)

Ich halte es für wichtig, dass diejenigen, die sich bemühen, das Schengen-Abkommen einzuhalten, von uns nicht bekämpft, sondern bestärkt werden. Es wäre unaufrichtig, wenn wir die Tatsache, dass die Flüchtlingsflut langsam zurückgeht, und diese Tatsache ganz offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass etliche Länder auf dem Balkan ihre Grenzen geschlossen und Grenzkontrollen wieder eingeführt haben, jetzt als Erfolg unserer Politik werten. Nein, es ist auch der Erfolg der Balkanländer, die auf diese Weise eine stärkere Kontrolle und ein stärkeres Reglement in die ganze Prozedur hineingebracht haben. Sie verdienen Anerkennung und nicht Beschimpfung.

(Vereinzelt Beifall)

Im Übrigen hat Herr Orban sein Land keineswegs abgeschottet, sondern die Grenzübergänge sind selbstverständlich nach wie vor offen. Er hat nur verhindert, dass über die grüne Grenze eine unkontrollierte Einwanderung erfolgt. Auch das haben wir in Deutschland leider niemals gewürdigt. Ich bitte darum, dass wir das in Zukunft tun, wenn wir die Solidarität in Europa wirklich abrufen wollen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arnold Vaatz. – Nächster Redner ist Thomas Strobl, danach hält sich bereit Wolfgang Reinhart, ebenfalls aus Baden-Württemberg. Thomas, du hast das Wort.

Thomas Strobl: Liebe Freundinnen und Freunde! Unser Land, Deutschland, hat in den vergangenen Jahren enorm von der Globalisierung profitiert. Es war Exportweltmeister, Baden-Württemberg vornedran. In der letzten Zeit haben wir spüren müssen, dass Globalisierung auch scheinbar weit entfernte Konflikte zu uns bringt und diese Konflikte ihre Schockwellen mitten ins Herz Europas senden. Der islamistische Terrorismus richtet seinen Hass auf die freie und offene Gesellschaft. Millionen von Menschen fliehen vor Krieg und Elend nach Europa und auch in unser Land, nach Deutschland. In dieser schwierigen Situation schauen die Menschen auf uns, auf die Christlich Demokratische Union. Sie erwarten Antworten von uns, nicht von den anderen. Denn Menschen, die uns fragen: „Können wir eigentlich in Deutschland noch in Sicherheit leben?“, antworten wir mit dem Leitanspruch des Bundesvorstandes, mit der Karlsruher Erklärung: Ja. Unsere Demokratie ist wehrhaft und stark. Wir werden den islamistischen Terrorismus mit aller Entschlossenheit und Härte bekämpfen. Wir haben im Bund und in den Ländern viel für die Sicherheit der Menschen getan. Ein starker Staat und Sicherheit gehören unverbrüchlich zum programmatischen Kern der CDU –

(Vereinzelt Beifall)

weil wir überzeugt sind, Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, weil wir wissen, Sicherheit ist eine Voraussetzung für die Freiheit, und weil wir deshalb im Gegensatz zu unseren politischen Mitbewerbern auch unseren Sicherheitsbehörden nicht mit Misstrauen begegnen.

(Beifall)

Zehntausende Polizistinnen und Polizisten, lieber Rainer Wendt, halten tagein, tagaus ihren Kopf für unsere Sicherheit hin. Sie sind bei Fußballspielen im Einsatz, sie begleiten Demonstrationen, sie fahren Streife, sie kommen zu den Bürgern, sie wagen sich in den Antiterrorereinsatz, sie arbeiten nachts, sie arbeiten am Wochenende, sie arbeiten im Schichtdienst – und dafür gebührt ihnen nicht Spott, Häme oder Misstrauen, sondern es gebührt ihnen Dank, Anerkennung und Respekt.

(Beifall)

Deswegen sage ich: Die Christlich Demokratische Union steht hinter unserer Polizei. Wir werden unseren Polizistinnen und Polizisten Personal, Mittel und Möglichkeiten geben. Das ist, kurz gefasst, die Botschaft des Leitantrages, der Karlsruher Erklärung: mehr Mittel, mehr Möglichkeiten, mehr Personal für unsere Polizei.

(Beifall)

Zweitens. Die Flüchtlingsfrage ist ein gordischer Knoten, der leider nicht mit einem Hieb durchschlagen werden kann. Es braucht nationale und internationale Maßnahmen. Europa darf nicht im Kleinen groß und im Großen klein sein. Ein Europa, das – das macht mir große Sorgen – es nicht schafft, Flüchtlinge zu verteilen, eine humanitäre Notsituation zu meistern – das ist ja nicht nur eine Herausforderung für Deutschland und Schweden, sondern das ist eine europäische Herausforderung –, ein solches Europa wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr als ihr Europa empfunden. Von einem solchen Europa beginnen sich die Menschen abzuwenden. Und das erste Opfer wird der grenzenlose Reiseverkehr sein. Wir haben Europa über Jahre hinweg aufgebaut – niemand mehr aus einer solchen Überzeugung als wir christlichen Demokraten. Das dürfen wir uns jetzt nicht kaputt machen lassen. Wir müssen zusammenhalten in einer solchen Situation.

(Beifall)

Wir sollten nicht glauben, dass wir alle Wünsche erfüllen können, die sich auf Deutschland richten. Wir müssen den Zuzug von Migranten ordnen, steuern, reduzieren. Ja, es müssen weniger werden. Dazu gehört, dass wir ganz deutlich unterscheiden zwischen denen, die unserer Hilfe bedürfen, und denen, die offensichtlich nicht schutzbedürftig sind. Letztere müssen wir dann auch sehr konsequent in ihre Heimatländer zurückführen. Das war von Anfang an unsere Linie gewesen. Das findet sich im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, das ja erfolgreich Wirkung zeigt.

Das unterscheidet uns im Übrigen von den Grünen. Die Politik der Grünen ist im Kern darauf gerade nicht angelegt. Die Grünen waren gegen die sicheren Herkunftsstaaten. Sie waren gegen die Sachleistungen.

Sie waren gegen die Leistungskürzungen für abgelehnte Asylbewerber. Sie sind gegen konsequente Rückführungen. Sie waren dagegen, dagegen, dagegen. Die Grünen haben verhindert, verlangsamt, verzögert. Die Grünen sind bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation nicht ein Teil der Lösung, sie waren und sind ein Teil des Problems. Deswegen müssen die von den Regierungen weg: 2016 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und 2017 auch in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Dass die Grünen ein Teil des Problems und nicht Teil der Lösung sind, gilt im Übrigen auch für den wichtigen Bereich der Integration. Wir dürfen die Probleme bei der Integration nicht tabuisieren. Integration braucht Zeit, kostet sehr viel Geld und macht sehr viel Arbeit. Vor allem aber wird Integration nur gelingen, wenn wir als aufnehmende Gesellschaft eine klare Vorstellung davon haben, was wir brauchen und was wir nicht brauchen und wenn wir klare Ansagen machen. Wir müssen gleich zu Beginn formulieren und konsequent durchsetzen, was unsere Gesellschaftsordnung ausmacht. Das Grundgesetz steht über der Religion. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Jeder kann seine Meinung frei äußern. Jeder kann nach seiner Fassung glücklich werden, solange man die Gesetze respektiert. Auf diesen Respekt gibt es keinen Rabatt, gibt es für niemanden Rabatt. Vor dem Gesetz sind alle gleich. Die Gesetze macht in Deutschland nicht der Prophet, sondern das Parlament.

(Beifall)

Angesichts des Flüchtlingszustroms sagen manche: Deutschland wird sich verändern. – Andere sagen sogar: Deutschland müsse sich verändern. – Ihnen gibt unser Antrag, die Karlsruher Erklärung, eine klare Antwort, die lautet: Unsere Heimat ist ein großartiges Land. Selbstverständlich entwickeln wir uns immer weiter und verändern uns. Unsere Heimat ist ein großartiges Land mit einer weltoffenen Identität, die gerade nicht an die Herkunft anknüpft. Die unbedingte Achtung der Würde eines jeden Menschen, die europäische Integration, die Demokratie, der Rechtsstaat, die gleichberechtigte Stellung der Frau, unsere christlich-jüdische Geschichte sind die zentralen Elemente unserer Kultur. Wenn jemand damit ein Problem hat, dann muss sich nicht Deutschland, sondern dann muss sich derjenige, der hier dauerhaft bleiben möchte, ändern.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Konrad Adenauer hat einmal gesagt: Es gibt hundert gute Gründe, die CDU zu wählen. Nehmen Sie die drei besten und wiederholen Sie sie immer wieder.

Erstens. Wir, die CDU, stehen mit einem starken Staat zum Schutze unserer Heimat. Zweitens. Wir werden den Flüchtlingsstrom spürbar reduzieren. Drittens. Integration heißt für uns: nicht nur fördern, sondern auch fordern.

Dafür steht Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Dafür stehen die Innenminister der Union in unseren Ländern. Dafür steht die CDU, und dafür steht der Leitantrag des Bundesvorstands, die Karlsruher Erklärung, die durch Ihre Mithilfe noch einmal besser geworden ist und für deren Zustimmung ich hiermit werben möchte.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsident: Vielen Dank, Thomas Strobl, für deinen Wortbeitrag und auch für deinen Einsatz bei der Erarbeitung des Leitantrages. – Als Nächstes hat sich Professor Dr. Wolfgang Reinhart zu Wort gemeldet. Dann hält sich Annette Widmann-Mauz bereit.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Herr Präsident! Verehrte Freundinnen und Freunde! Gestern hat die Kanzlerin im ZDF erklärt: Wir werden den Flüchtlingsstrom reduzieren, und wir müssen ihn spürbar verringern. – Heute haben wir einen Antrag vorliegen, der als Karlsruher Erklärung eine Antwort auf die vielen Fragen gibt, die uns in jüngster Zeit bewegen und auch die deutsche Gesellschaft spaltet.

Ich möchte vorab sagen, wir haben zehn gute Jahre in der Union hinter uns. Wir hatten ein großartiges Bundestagswahlergebnis, das wir ausschließlich der Kanzlerin zu verdanken hatten. Wir haben Umfragen, wo wir noch vor wenigen Monaten bei einer Zustimmung von über 45 Prozent lagen. Dieses neue Thema hat die Statik nicht unerheblich verändert. Deshalb, glaube ich, ist es gut, wichtig und richtig, dass wir uns heute mit diesem Antrag befassen. Freund Arnold Vaatz hat vorhin gesagt, er könne nicht zustimmen. Ich will hier erklären: Ich werde zustimmen, weil der Antrag in die richtige Richtung geht. Ich glaube, dieser Antrag muss von uns unterstützt werden, weil er in die richtige Richtung geht, und wir müssen weiter daran arbeiten.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Bundesinnenminister für seine klare Haltung danken, die er in den letzten Wochen und Monaten mutig an den Tag gelegt hat. Herr Innenminister, ich finde, auch das muss an einem solchen Tag gesagt werden.

(Beifall)

Wo stehen wir? An diesem Wochenende gab es Umfragen, die zum Ergebnis hatten, dass 62 Prozent in Deutschland Obergrenzen wollen. Ich werde diesen Begriff nicht in den Mund nehmen, weil er stilisiert wurde, als sei man für oder gegen die Kanzlerin. Das ist heute nicht die Frage. Es wurde heute viel von Europa gesprochen. Unser Freund Elmar Brok ist unter uns. Er weiß am allerbesten, dass wir die Ursachen bekämpfen müssen und dass wir nur mit Europa Antworten geben können. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir in den letzten Monaten immer das europäische Recht eingehalten? Die Stärke Europas war immer die Herrschaft des Rechts. Ich glaube, wir müssen bei allen Fragen von Dublin und Schengen wieder zu Herrschaft des Rechts in Europa zurückkehren.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir an unsere große Leitlinie, unser christliches Menschenbild, denken. Als Jesus Christus geboren wurde, hatte dieser Planet 200 Millionen Bewohner. Als Adenauer unser erster Bundesvorsitzender wurde hatten wir zwei Milliarden Bewohner auf diesem Planet. Heute sind es 7,5 Milliarden, alsbald zehn Milliarden. Meine Freundinnen und Freunde, wir werden nicht alle Probleme nach dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ in Deutschland lösen können. Wir müssen vor Ort darangehen. Deshalb will ich den Satz wiederholen, den ich für unsere Landtagsfraktion in Baden-Württemberg öffentlich gesagt habe: Wir werden dem Fisch in Deutschland weniger geben können, wir müssen die Angel vor Ort geben. Nur dann werden wir auf dem richtigen Weg sein.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir, nachdem allein in diesem Jahr über 1 Million Flüchtlinge zu uns kommen, natürlich humanitäre Hilfe leisten und den Berechtigten helfen. Aber wir müssen auch entlarven, dass diese Landesregierung in Baden-Württemberg, Grün-Rot, in keiner Weise ihre Hausaufgaben gemacht hat. Bei dem Thema Rückführung sind sie hoffnungslos überfordert und haben das Recht nicht vollzogen. Auch das gehört zur Wahrheit in diesem Land.

(Beifall)

Deshalb wird es nur gehen, wenn wir die Außengrenzen entsprechend schützen. Dazu gehört natürlich Solidarität in Europa. Meine Damen und Herren, wenn es um die Verteilung von Wohltaten gegangen ist, war Europa immer stark und einig. Aber wenn Lasten zu verteilen sind, dann sehen wir derzeit, dass Europa uneinig ist. Aber wir müssen diese Probleme im Konsens von Europa lösen. Nur dann werden wir weiterkommen. Meine Damen und Herren, deshalb wird es nötig und wichtig sein, dass wir den Zustrom natürlich auch dadurch begrenzen, indem wir ehrliche, faire Quoten in Europa haben.

Kontingente sind der richtige Weg. Die Kanzlerin hat heute mit einem Signal und gestern Abend in Interviews deutlich gemacht, dass wir den Flüchtlingsstrom reduzieren und spürbar verringern müssen. Wir sind nicht pessimistisch, aber wir müssen realistisch sein, wenn wir diese Herausforderung lösen wollen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört – das ist nach meiner Meinung das Bemerkenswerte an dem vorliegenden Antrag; ich werde ihm zustimmen, weil er in die richtige Richtung

geht –, dass wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Leistungen und Standards schaffen. Auch dafür müssen wir kämpfen und uns einsetzen. Es kann nicht sein, dass 300 000 zugewanderte Flüchtlinge nicht einmal registriert sind. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kernkompetenz der Union bei Sicherheit, Stabilität, Ordnung und Einhaltung des Rechts wieder gewahrt wird.

1992 habe ich als junger Abgeordneter am Wahlabend erlebt, dass die Republikaner rund 12 Prozent erzielt hatten. Daraufhin gab es eine parteiübergreifende Initiative, die zum Ziel hatte, Artikel 16 zu ändern. Das war damals sinnvoll. Genauso sinnvoll ist es heutzutage, das Recht anzuwenden. Damit wir keine Parallelgesellschaften bekommen, ist es höchste Zeit, dass wir all denjenigen, die vor Ort Tag und Nacht im Einsatz sind – den Helfern, den Kommunen und den Ehrenamtlichen –, eine Zielrichtung geben und ihnen deutlich machen, dass wir an ihrer Seite stehen und sie nicht allein lassen. In diesem Sinne zeigt der Antrag aus Karlsruhe in die richtige Richtung. Deshalb werde ich ihm zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Danke, Wolfgang Reinhart. – Jetzt hat das Wort unsere Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Annette Widmann-Mauz. Als nächster Redner hält sich dann Carsten Linnemann von der MIT bereit.

Annette Widmann-Mauz: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich war letzte Woche in Washington. Es ging eigentlich um Gesundheitsfragen. Aber niemand hat sich dafür interessiert. Alle haben sich mit Blick auf Deutschland und Europa nur für Angela Merkel interessiert. Unsere Vorsitzende und Bundeskanzlerin gilt in der Welt als Garant für Stabilität und Verlässlichkeit, auch in solch herausfordernden Zeiten wie diesen; denn die anderen sehen, wie besonnen, klug und konsequent sowie unermüdlich kämpfend gegen viele Widerstände unsere Bundeskanzlerin die großen Aufgaben anpackt. Genauso wie unsere Vorsitzende steht die Union in unserem Land für Stabilität und Verlässlichkeit. Dafür steht nicht die SPD, die sich lieber mit sich selbst beschäftigt und in der Begriffe wie Stabilität und Verlässlichkeit mittlerweile zu Fremdwörtern geworden sind. Dafür stehen sicherlich auch nicht diejenigen, die sich als Populisten und Radikale am rechten Rand positioniert haben, Ängste schüren und nur Parolen skandieren. Wer die Ängste der Menschen in unserem Land ernst nimmt, der sieht es als seine Aufgabe an, sie den Menschen zu nehmen. Dazu braucht es politische Führung und die Geschlossenheit bei der Umsetzung der Maßnahmen, die dafür notwendig sind.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Union war sich in kritischen Situationen ihrer Verantwortung für das Ganze immer bewusst. Deshalb trauen ihr die Wählerinnen und Wähler die Bewältigung der nun anstehenden Herausforderungen besser zu. Ich will deutlich sagen: Viele Ängste, denen wir in unseren Wahlkreisen immer wieder begegnen, lassen sich nehmen. Wir haben in vielen Bereichen Maßnahmen beschlossen – davon war heute oft die Rede –, die bereits Wirkung zeigen, egal ob es um die Reduzierung der Zahl der vom Balkan Zugewanderten oder um die Beschleunigung der Verfahren geht. Vertrauen in Handlungs- und Lösungskompetenz hat neben den konkreten Ergebnissen unserer Politik viel mit Aufrichtigkeit zu tun. Denn wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass es Situationen gibt, in denen es nicht nur um unser eigenes Handeln und Können geht, sondern auch darum, dass andere, auf die wir keinen direkten Einfluss haben, ihren Teil zur Lösung des Konflikts beitragen.

Damit sind wir beim Thema Europa. Ich sage ganz offen: Mich verärgert und beschämt, in welchem Maße nationale Egoisten in Europa wieder Platz greifen, insbesondere bei unseren östlichen Nachbarn, ob in Ungarn, Polen, im Baltikum, in Tschechien oder der Slowakei. In diesen Ländern leben noch viele Menschen, die sich sehr wohl daran erinnern, was Diktatur und Verfolgung bedeuten, welche Auswirkungen geheime Staatspolizeien haben und wie sie Menschen terrorisieren können. Die dort lebenden Menschen erinnern sich noch gut, wie sie selbst entschieden haben, ob sie flüchten sollen oder ob es noch Hoffnung in ihrem Heimatland gibt. Vor

diesem Hintergrund finde ich es bedauerlich, wenn sich Menschen, die sich der europäischen Idee verpflichtet fühlen, heutzutage wegdrehen, wenn andere Hoffnung in diese europäischen Länder setzen. Lassen Sie uns an dieser Stelle weiterhin mit Nachdruck dafür werben, dass die europäische Idee sowie die humanitären Aufgaben von allen gemeinsam getragen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, einfache Antworten gibt es nicht; auch das haben wir sehr deutlich am heutigen Tag gespürt. Der Weg ist schwierig. Hier dürfen wir uns nichts vormachen. Aber wir können das schaffen, wenn jeder und jede seine bzw. ihre eigene Verantwortung wahrnimmt und mitanpackt. Viele Menschen tun das in unseren Verwaltungen, in den Hilfsorganisationen und bei den Freiwilligendiensten. Sie tun das seit Monaten auf beispiellose Art und Weise. Auch die Frauen-Union setzt Zeichen. Auch unsere Mitglieder unterstützen vor Ort und wenden Zeit auf, um dort zu helfen, wo es nötig ist.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es einen Unterschied macht, ob Christdemokratinnen und Christdemokraten Verantwortung tragen oder ob es andere tun. Ob im Bund oder auf Landesebene, wir sehen den Unterschied beispielsweise zwischen Baden-Württemberg und dem Saarland, wo die Rückführung zu hohen Prozentraten gelingt. In meinem Wahlkreis ist der grüne Oberbürgermeister nicht nur in Flüchtlingsfragen überfordert. Unsere Landräte und Oberbürgermeister packen dagegen die Aufgaben an und geben den Menschen damit die Orientierung, die sie in dieser Zeit brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Ihnen gebührt Dank und Anerkennung, weil sie eine Haltung zeigen, die zu uns passt. Sie geben dieser Haltung Namen, Gesicht und Hände. Das gehört zu unserer Christlich Demokratischen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahl der Flüchtlinge ist groß. 1 Million ist eine ungeheuer große Zahl. Aber hinter dieser Zahl sehen wir die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, und ihre Schicksale. Die Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten, haben den Anspruch, in unserem Land Schutz zu genießen. Das ist für uns nicht verhandelbar. Aber wir müssen ungeheure Anstrengungen unternehmen; denn diese Menschen integrieren sich nicht von allein bei uns. Das Zusammenleben wird nur gelingen, wenn wir denjenigen, die zu uns kommen, zeigen, wie eine demokratische und tolerante Gesellschaft aussieht und wie wir Menschenrechte leben. Wir müssen deutlich machen, dass wir eine Gesellschaft sind, in der die Grundrechte der Menschen, insbesondere die Würde des Einzelnen sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, nicht der Religion untergeordnet werden.

Die Frauen-Union Deutschlands hat im Zusammenhang mit diesem Papier und auch mit dem Papier über den Zusammenhalt eine Reihe von Anträgen gestellt, in denen wir diese Anstren-

gungen auch ganz konkret machen. Dazu gehört zum Beispiel, dass sich die Menschen in Deutschland nicht verhüllen, sondern dass sie sich in einer offenen Gesellschaft auch gegenseitig ins Gesicht schauen.

(Beifall)

Aber ich sage auch ganz deutlich: Wir wollen keine Sittenpolizei, die die Frauen von der Straße holt und damit nur die Bilder provoziert, auf die der sogenannte IS doch nur wartet. Im Ergebnis würde das in den Familien dazu führen, dass die Frauen überhaupt nicht mehr auf die Straße gehen können. Damit wäre jegliche Integration ausgeschlossen.

Nein, meine Damen und Herren, wir werben für Integration. Wir werben für ein tolerantes Miteinander von gläubigen und von nichtgläubigen Menschen auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Wir akzeptieren keine traditionellen Vorschriften, die Frauen aus dem öffentlichen Leben ausschließen.

(Beifall)

Wenn wir keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme wollen, dann müssen wir jetzt dafür Sorge tragen, dass alle, und zwar Frauen und Männer, die dauerhaft bei uns bleiben und hier eine Perspektive haben wollen, schnell in die Lage versetzt werden, unsere Sprache zu sprechen und vor allen Dingen auch einer Arbeit nachzugehen, damit sie für sich und für ihre Familien sorgen können. Das schützt vor Altersarmut, das emanzipiert Frauen, und es ermöglicht im Ergebnis gesellschaftliche Teilhabe.

Wo die Integration von Müttern gelingt, gelingt auch die Integration von Kindern. Sie gelingt uns deswegen, weil wir auf dem Fundament unserer Werte stehen und diese glaubwürdig und selbstbewusst leben und damit auch anderen vermitteln. Auf diese politische Haltung der Union und unserer Bundeskanzlerin – mit den Worten der „Times“ sage ich: der Kanzlerin der freien Welt – bin ich stolz, auf diese Haltung ist die Frauen-Union Deutschlands stolz. Denn diese Haltung macht unser Land stark; sie tut unserem Land gut.

Lassen Sie uns deshalb mit diesem Selbstbewusstsein auch in die kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg gehen. Wir sind dabei. Die Frauen stehen hinter der Sache.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Annette Widmann-Mauz. Nächster Redner ist Carsten Linnemann, Vorsitzender der MIT. Danach hält sich bereit unser Ministerpräsident in Hessen, Volker Bouffier. – Carsten, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Carsten Linnemann: Liebe Freundinnen und Freunde! Der Antrag geht meines Erachtens in die richtige Richtung, aber weitere Schritte müssen definitiv folgen.

(Teilweise Beifall)

Ich finde, wir haben einen ganz wichtigen Punkt herausgearbeitet, nämlich dass wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Helferinnen und Helfern, den Bürgermeistern und den Landräten in Deutschland sagen: Wenn der Zustrom so anhält, sind wir überfordert. Ich glaube, dass das ein wichtiges Signal ist, nicht nur für die Basis, sondern auch für die Länder der Europäischen Union. Denn die Entwicklung bereitet uns allen Sorgen. Ich glaube, dass die Europäische Union vor einer Zerreißprobe steht. Es kann doch nicht sein, dass Länder wie die Slowakei gerne bereit sind, die Subventionen in Empfang zu nehmen, aber gleichzeitig vor den Europäischen Gerichtshof gehen, um gegen die Aufnahme von 2 500 Flüchtlingen zu klagen. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall)

Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, dass wir uns ehrlich machen und sagen, dass wir überfordert sind, wenn das alles so bleibt. Das ist auch wichtig gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland. Wenn ich Bürgerstunde in meinem Wahlkreis habe, kommen viele Bürger zu mir und sagen: Herr Linnemann, manchmal habe ich Angst, meine Ängste zu artikulieren, weil ich befürchte, dass mich mein Gegenüber in die rechte Ecke stellt. – Ein solches Klima möchte ich in Deutschland nicht haben. Ich möchte, dass die Mitte der Gesellschaft das sagt, was sie denkt. Und das ist, glaube ich, auch in dieser Debatte wichtig.

(Beifall)

Aber ich sehe eine Gefahr, auch eine Gefahr heute; das sage ich ganz offen und ehrlich. Wir reden heute fast nur über das Thema Flüchtlinge. Das halte ich für hochgradig gefährlich. Das Thema ist wichtig. Aber eines ist doch klar: Ohne ein starkes Land, ohne einen starken Mittelstand, ohne eine starke Arbeitnehmerschaft und ein starkes Unternehmertum, ohne eine starke Grönderbasis haben wir gar nicht das Geld, um diese aktuelle Herausforderung zu finanzieren.

(Teilweise Beifall)

Deshalb müssen wir uns mehr mit den Fragen der Zukunft beschäftigen: Wie wollen wir in Zukunft leben? Was machen wir denn, wenn die Niedrigzinsphase anhält? Was machen wir mit den Lebensversicherungen und mit der betrieblichen Altersvorsorge? Auf diese Fragen wollen die Leute Antworten von uns, damit sie wieder Vertrauen haben in die Versicherungssysteme. Was machen wir für das Investitionsklima in Deutschland und für die Wettbewerbsfähigkeit? Wir müssen auch einmal darüber reden, dass Menschen mit wenig Einkommen und auch der gesamte Mittelstand wieder Eigentum erwerben können. Das sind alles Themen, die auf die Agenda gehören. Deswegen dürfen wir nicht nur über das Thema Flüchtlinge reden.

Eines ist auch klar: Natürlich haben wir eine Verantwortung gegenüber den 1 bis 1,5 Millionen Flüchtlingen, die dieses Jahr zu uns kommen. Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber allen Menschen, die in Deutschland leben, und gegenüber zukünftigen Generationen. Auch das muss ausgesprochen werden.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube nach wie vor, dass der Mittelstand in Deutschland gut aufgestellt ist. Wir sind innovativ im Automobilbereich, im Automobilzuliefererbereich, im Maschinenbau, im Anlagenbau, im Elektrobereich und in der Chemie. Ich glaube auch, dass wir dank Frau Wanka auf einem guten Wege sind, dass der Mittelstand die digitale Welt sozusagen inhaliert und dass wir eine entsprechende Verzahnung hinbekommen, Stichwort Industrie 4.0. Auf der anderen Seite müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass von den 50 größten Weltmarktführern Deutschlands im Mittelstand in den letzten 50 Jahren nur drei entstanden sind. Das ist zu wenig. Wir brauchen gerade im Bereich der Digitalisierung Gründer. Dafür brauchen wir ein Gründerklima.

Ich will ein Beispiel nennen. Ich habe vor ein paar Tagen in Berlin einen Gründer getroffen, der sich im Internetbereich selbstständig gemacht hat. Er sagte mir: Herr Linnemann, in den ersten Monaten habe ich in einem Schuhkarton die ganzen Quittungen gesammelt. Vielleicht war das nicht korrekt, aber ich hatte einfach keine Zeit, mich um die Bürokratie zu kümmern. – Ich glaube, diesen jungen Menschen müssen wir ein Zeichen geben, dass wir uns für ein Gesetz einsetzen, in dem geregelt wird, dass sie sich in den ersten ein, zwei, drei Jahren der Gründung nicht mit Bürokratie beschäftigen müssen. Sie sollen sich zu 99 Prozent mit ihrem Business beschäftigen und nur zu einem Prozent mit Bürokratie.

Der gleiche Gründer hat mir dann gesagt: Ich wollte mein Unternehmen erweitern und habe eine Finanzierungsrunde gemacht. Es waren viele Amerikaner, die mir Geld gegeben haben; denn der Risikokapitalmarkt in Deutschland ist noch nicht so ausgeprägt. Die Amerikaner haben mir aber gesagt: Wenn du dich weiter entwickeln willst, dann musst du zunächst einmal nach New York gehen und dort dein Geschäftsmodell ausprobieren. Dein Headquarter musst du auch dorthin verlegen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es sollte doch unsere Aufgabe sein, zu versuchen, junge Gründer in Deutschland zu halten. Sie sollen sich nicht in New York oder in San Francisco selbstständig machen, sondern in Karlsruhe, in Pforzheim oder in Berlin. Das ist doch entscheidend.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns wieder zutrauen, Ziele anzugehen und zu sagen: Wir möchten im Jahr 2020 das attraktivste Land der Welt sein, wenn es um das Gründerklima geht.

Ein zweites Beispiel: die Demografie. Ich finde es klasse – aber da müssen wir auch noch mehr tun –, dass die Union es geschafft hat, das Thema Flexirente zu besetzen. Wir haben als Mittel-

standsvereinigung hier Druck gemacht, dass wir zu einem Mentalitätswechsel kommen, dass wir Menschen nicht verbieten, im Alter zu arbeiten, und dass wir Hürden abbauen. Das machen wir jetzt. Wir geben den Menschen faktisch die Freiheit zurück, die sie benötigen, um selbst entscheiden zu können, wie lange sie arbeiten, ohne dass der Staat sagt, dass jetzt Schluss ist. Deswegen ist die Flexirente ein Erfolg. Wir müssen auch darüber reden.

(Teilweise Beifall)

Das dritte Beispiel – damit komme ich zum Schluss – umfasst das Thema Bildung. Mit Blick auf den Industriestandort Deutschland sagen wir gerade in der heutigen Zeit, dass wir die duale Ausbildung stärken müssen. Aber alle Statistiken zeigen: Dort, wo es noch den Meisterbrief gibt, wird dual ausgebildet; dort, wo es den Meisterbrief nicht mehr gibt, wird nicht mehr dual ausgebildet. Jetzt sollten wir meiner Meinung nach selbstbewusster sein und nicht nach Brüssel fahren und sagen, dass wir am Meisterbrief festhalten. Wir müssen vielmehr sagen: Wir wollen den Meisterbrief weiter ausbauen; denn in den Gewerken, in denen wir ihn abgeschafft haben, findet heute keine duale Ausbildung mehr statt. Die Abschaffung war ein Fehler. – Das sollten wir zugeben und sagen: Der Meisterbrief ist ein Bildungsstandard und kein Handelshemmnis.

(Teilweise Beifall)

Ich komme jetzt zum Schluss. – Deswegen brauchen wir in Deutschland wieder eine Debatte über diese Strukturreformen. Ich halte das für zentral. Wir können nicht von einer Krise in die andere schlittern und nicht nur Tagespolitik machen, sondern wir müssen mal wieder über den Tellerrand hinausschauen und über Strukturreformen reden.

Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir sagen: Der letzte große Parteitag, auf dem wir über Strukturreformen geredet haben, war der im Jahre 2003, als wir uns in Leipzig getroffen und uns für ein einfaches Steuersystem ausgesprochen haben sowie die Eigenverantwortung im Gesundheitsbereich großschreiben konnten. Sie erinnern sich: Es gab einmal jemanden, der sogar dafür sorgen wollte, dass man die Steuererklärung auf einem Bierdeckel machen kann. Soweit muss es nicht kommen. Ich würde es mir zwar wünschen, aber noch mehr wünsche ich mir, dass wir den Mut haben, nicht erst im übernächsten Jahr, wenn Wahlkampf ist, sondern schon jetzt, heute – die Mittelstandsvereinigung hat viele Anträge gestellt -, und spätestens im nächsten Jahr wieder über Strukturreformen und Eigenverantwortung, über die Steuervereinfachung und über die sozialen Sicherungssysteme zu reden, damit sie eine Zukunft haben; denn nur, wenn wir das machen, unterscheiden wir uns auch wieder von anderen Parteien. Das machen wir im Moment zu wenig.

(Teilweise Beifall)

Es tut weh, wenn man das sagt, aber es ist so.

Wir dürfen nicht einzig und allein den personellen Unterschied herausstellen. Es ist wichtig, dass wir uns auch in der Sache unterscheiden. Die Unterscheidbarkeit – auch zur SPD – muss wieder da sein. „Wahlen“ kommt von „Wählen“, und wählen kann ich nur, wenn es Unterschiede gibt.

(Teilweise Beifall)

Dann wird auch wieder klar, welchen Markenkern wir haben und was die Erkennungsmelodie der Union ist. Das ist zentral wichtig, und wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann. – Jetzt spricht unserer stellvertretender Bundesvorsitzender, Ministerpräsident Volker Bouffier, zu uns. Danach hält sich Herr Eugen Abler aus dem Landesverband Baden-Württemberg bereit.

Volker Bouffier: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Parteitag hat gleich zu Beginn ein überzeugendes und grandioses Bekenntnis zu unserer Bundesvorsitzenden Angela Merkel abgelegt.

Im Vorfeld dieses Parteitags ist unglaublich viel darüber geschrieben worden, wie das heute ausgehen würde. Meine Damen und Herren, das, was hier passiert ist, war keine Inszenierung; das war ein klares Bekenntnis zu unserer Bundesvorsitzenden und zu unserer Bundeskanzlerin.

(Beifall)

Der eine oder andere könnte jetzt auf die Idee kommen, zu sagen: Typisch Parteitag! Raumschiff! Das, was draußen passiert, haben sie irgendwie ausgegrenzt. – Meine Damen und Herren, wir können beides, und wir tun beides: Wir stehen hinter unserer Vorsitzenden, und wir geben konkrete Antworten auf die Fragen, die die Menschen in unserem Land haben.

Wir haben in diesem Jahr weit über eine Million Menschen aufgenommen. Das war nicht einfach. Ich berichte aus dem Land Hessen – andere haben ähnliche Zahlen; gerade in den letzten Wochen und Monaten: Jeden Tag tausend Menschen aufzunehmen, Obdachlosigkeit zu vermeiden und die Menschen menschenwürdig zu versorgen, ist keine Kleinigkeit, sondern eine Riesenleistung. Das, was in Deutschland geleistet wurde, ist aus meiner Sicht beispielhaft und etwas, worauf wir in Deutschland stolz sein können. Meine Damen und Herren, ich kenne kein anderes Land, in dem das so gelungen ist, ohne dass die Gesellschaft auseinandergefliegen ist und wir schwerwiegende Auseinandersetzungen gehabt haben. Wir verkennen nicht die Herausforderungen und wissen auch um die Schwierigkeiten, aber dass uns das gelungen ist, ist Anlass zur Freude und auch zum Stolz.

(Beifall)

Zu Recht sind in allen Reden die stillen Helfer in diesen Wochen gelobt worden: die hauptamtlichen, aber vor allen Dingen die vielen ehrenamtlichen. Sie tun das mit Empathie und mit Herz. Wenn es um Flüchtlinge geht, ist es auch richtig, dass wir das mit Empathie tun.

Nur mit Herz geht es aber auch nicht. Gerade dort, wo Erstaufnahmeeinrichtungen sind und wo immer mehr Menschen ankommen, spüren die Menschen, dass unser Leistungsvermögen nicht unbegrenzt ist, und sie fragen uns: Wie geht es weiter? Was wird aus unserem Land?

In dem Leitantrag, für den ich hier werbe, geben wir darauf klare Antworten. Die wichtigste Antwort ist doch, dass wir klar sagen: Wir wissen, dass wir die Menschen nur dann menschenwürdig unterbringen können, wenn unser Leistungsvermögen nicht überstrapaziert wird. Deshalb ist die klare Antwort in diesem Antrag: Ja, die Zahlen müssen spürbar und deutlich zurückgehen. – Ich wiederhole hier das, was ich auf dem Parteitag der hessischen CDU gesagt habe: Dieses Programm enthält die Vorstellungen dafür, wie uns das gelingen soll. Die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende hat heute erneut dargelegt, wie sie dies erreichen will.

Meine Damen und Herren, wer in Europa etwas erreichen will, der braucht zu Hause eine starke Unterstützung, und deshalb ist dieser Parteitag eine Ermutigung. Ich wünsche mir sehr, dass es Angela Merkel gelingt, unsere europäischen Partner und Freunde so zu bewegen, dass die europäische Solidarität auch und gerade in dieser Frage den Namen auch verdient.

(Beifall)

Oft wird darüber gesprochen, wie wir eigentlich damit umgehen, wenn so viele Menschen aus einer völlig anderen Gegend mit anderen Traditionen, Religionen, historischen Erlebnissen und Prägungen in unser Land kommen. Es wäre töricht, nicht darauf einzugehen, dass das eine große Herausforderung ist, und diese Herausforderung braucht eine klare Antwort.

Carsten Linnemann hat eben die Frage gestellt, wie wir erfolgreich bleiben. Er hat die Antwort am Schluss sehr stark auf unsere Wirtschaftskraft konzentriert. Das ist zwar richtig – nur ein starkes Land ist in der Lage, solche Herausforderungen erfolgreich zu meistern –, aber ich will noch einen Schritt weitergehen: Wir werden dieses Land nur dann auf Dauer erfolgreich und friedlich weiterentwickeln, wenn wir einen gemeinsamen verbindlichen Kompass haben. Das gilt für die, die hier sind, und das gilt für alle Menschen, die zu uns kommen.

Wir respektieren die persönliche Würde jedes Menschen, aber wir erwarten von denjenigen, die zu uns kommen, dass sie sich auf dieses Land einlassen und zu gelingender Integration mit beitragen. Das ist eine Angelegenheit auf Gegenseitigkeit. Wir tun viel, und wir müssen viel tun.

Ich will nur ein einziges Beispiel erwähnen – nicht, um uns zu berühren, sondern um deutlich zu machen, worum es geht: Das schwarz-grün regierte Hessen hat einen Aktionsplan aufgelegt, den wir ganz bewusst „Aufnahme und Zusammenhalt der Gesellschaft“ getauft haben. Das um-

fasst von der Sprachvermittlung über Kitas, Schule und Wohnen bis zum Ehrenamt die ganze Palette. Dafür werden wir weit über 1 Milliarde Euro aufwenden. Das fällt uns nicht leicht, aber es ist notwendig, und wir tun dies nicht wegen der Flüchtlinge, sondern deshalb, weil die Menschen, die schon immer hier gelebt haben, und die Menschen, die aus aller Herren Länder zu uns kommen, nur dann eine gemeinsame gute Zukunft haben, wenn wir gemeinsam diese Zukunft bauen.

Das setzt umgekehrt wieder voraus, dass sich diese Menschen auf uns einlassen, und das setzt voraus – das ist mehrfach gesagt worden; ich kann das kurzhalten –, dass unsere Verfassungs- und Werteordnung dieser gemeinsame Kompass ist. Hier darf es keinen Rabatt geben.

Meine Damen und Herren, je früher wir klarmachen, was wir von den Menschen erwarten, die hierherkommen, umso besser ist es für alle. Wie sollen sie denn wissen, wie sie sich hier verhalten sollen, wenn wir es ihnen nicht frühzeitig sagen? Deshalb ist es nicht eine Form von Hybris oder falsch verstandener Überlegenheit, sondern wenn wir sagen, was wir erwarten, und deutlich machen, was diese Gesellschaft zusammenhält, dann helfen wir insbesondere auch den Menschen, die zu uns kommen.

Flüchtlinge brauchen eine helfende Hand, sie brauchen aber auch eine Hand, die ihnen den Weg zum Gelingen der Integration weist. Genau das steht in diesem Programm.

(Beifall)

Diese Herausforderung wird uns noch lange fordern. Wenn wir es klug angehen, dann wird sie uns nicht überfordern. Mit den Beschlüssen dieses Parteitages zeigt die Union, dass wir die Sorgen der Menschen ernstnehmen, dass wir konkrete Antworten geben und dass wir gemeinsam eine Zukunft bauen wollen, die für alle erfolgreich und friedlich ist.

Weil das mit diesem Antrag so zum Ausdruck kommt, werbe ich um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Volker Bouffier, herzlichen Dank für deinen Wortbeitrag. – Als Nächster hatte sich Herr Eugen Abler aus Baden-Württemberg zu Wort gemeldet. Es hält sich Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer bereit.

Ich habe eine Bitte: Mir liegen noch 20 Wortmeldungen vor. Im Interesse einer zügigen Abhandlung dieses Tagesordnungspunktes bitte ich darum, möglichst nicht länger als fünf Minuten zu sprechen. – Vielen Dank.

Eugen Abler: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Mann der Basis und als Vorsitzender eines CDU-Gemeindeverbandes sehe ich einige Ent-

wicklungen in unserer Partei und in unserem Land mit Sorge. Ich habe in Ihrer Rede, Frau Bundeskanzlerin, ein klares Bekenntnis zum Lebensschutz vermisst. Sie haben heute das „C“ als Bekenntnis zu gottgegebener Würde bezeichnet, dann dürfen wir aber nicht schweigen, wenn jährlich allein nach offiziellen Angaben Hunderttausende Kinder im Mutterleib getötet werden. Ohne die Tötung von sieben bis acht Millionen ungeborenen Kindern hätten wir keinen Fachkräftemangel und bräuchten keine Einwanderung. Auch das jüngst beschlossene Gesetz zur Sterbehilfe öffnet Tür und Tor, dass Menschen durch die Hand und nicht an der Hand von Menschen sterben. Wenn wir den Begriff Nächstenliebe mit Inhalt füllen wollen, müssen wir das höchste Gut, nämlich das menschliche Leben, von der Zeugung bis zum natürlichen Tod schützen, sonst können wir das „C“ aufgeben.

Zum Stichwort Griechenland. Hier habe ich eine ganz andere Haltung. Bei der Debatte um das zweite Hilfspaket für Griechenland sagten Sie, Frau Bundeskanzlerin: Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid. Dabei ist die sogenannte Rettung Griechenlands ein einziges Abenteuer und kann nur unter dem Bild „Gutes Geld schlechtem Geld nachwerfen“ gesehen werden.

(Teilweise Beifall)

Wir vernichten Volksvermögen. Das ist falsch verstandene Solidarität, auch in einer Schicksalsgemeinschaft. Ein Grexit auf Zeit wäre der richtige Weg und mehr Chance als Risiko. Dann kann die Drachme abgewertet werden, und dann können mit gezielter Unterstützung der EU die Selbstheilungskräfte Griechenlands wirken. Eine Vergemeinschaftung von Schulden in der EU führt uns in den Abgrund. Sie bestraft die Soliden und belohnt die Bankrotteure. Kehren wir zurück zu den Grundsätzen solider Finanzpolitik.

Letztes Stichwort: Flüchtlinge. Meine Sorge ist, dass hier der Staat die Kontrolle verloren hat. Viele Anträge werden nicht bearbeitet, mehrere Hunderttausende Flüchtlinge sind nicht registriert, sind als Illegale irgendwo im Land. Wir haben keinen Überblick mehr. Mit Sätzen wie „Es gibt keine Obergrenze beim Asyl“ und „Wir schaffen das“, haben wir Erwartungen geweckt, die wir nicht erfüllen können. Im Rahmen unserer Willkommenskultur, die zwar sehr human ist, aber erst zu den Flüchtlingsströmen geführt hat, werden Gesetze außer Kraft gesetzt. Wozu wurden diese Gesetze gemacht?

Geschichtlich betrachtet sind Einwanderungsgesellschaften Konfliktgesellschaften. Das Asylrecht ist ein hohes Gut. Wir müssen aber zwischen Asylberechtigten und der großen Zahl anderer Flüchtlinge unterscheiden. Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass die Zuwanderer unsere Arbeitskräfte- und Demografieprobleme lösen könnten. Der dänische Arbeitgeberverband hat erst vor kurzem zugegeben, dass die Integration von Asyleinwanderern in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert sei. Erdogan fordert seine Landsleute in Deutschland auf, sich einer Integration zu widersetzen. Es wird verschwiegen, dass wir laut Bundeskriminalamt eine wesent-

lich höhere Kriminalität unter den Flüchtlingen als in der sonstigen Bevölkerung haben. Wenn Asylbewerber mit Hartz-IV-Empfängern, die viele Jahre in die Sozialkassen eingezahlt haben, gleichgestellt werden, widerspricht das dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Bürger.

Rund 80 Prozent der Flüchtlinge sind Moslems. Sie haben meist keine realistische Vorstellung von Menschenrechten und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Ordnung; Frauen sind nicht gleichberechtigt. Der Islam kennt keine Toleranz gegenüber anderen Religionen. Der Islam strebt ein islamisches Europa an. Wir Christen sind die Ungläubigen, die man belügen, täuschen und töten darf. Der Islam und wir haben nicht den gleichen Wertekanon. Der Zustrom bringt eine tiefgreifende Veränderung unserer Gesellschaft mit sich. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben den Islam zum Bestandteil Deutschlands erklärt, obwohl er im Widerspruch zu unserem Grundgesetz steht.

Meine Anregungen zur Problemlösung in Stichworten: Anreize zurückfahren, das heißt, Sachleistungen statt Geldleistungen. Familiennachzug für drei Jahre aussetzen. Zuwanderung aus sicheren Drittstaaten verweigern, die Bundeswehr kann die Bundespolizei bei ihren Aufgaben unterstützen. Wenn die Bundeswehr nach Syrien geht, dann meines Erachtens nur zur Mithilfe beim Bau von international geschützten Zonen, deren Betrieb Deutschland finanziell unterstützt. Die Einrichtung von Transitzentren an den europäischen Außengrenzen wurde schon häufig genannt. Falls sich Deutschland zum Beispiel mit 10 Milliarden Euro am Aufbau von Flüchtlingszentren beteiligt, ist das viel billiger, als im eigenen Land über einen langen Zeitraum Flüchtlinge zu unterstützen und die Bildung von Parallelgesellschaften zu fördern. Gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge im EU-Raum; Staaten, die sich weigern, müssen wir einfach den Geldhahn zudrehen. Konsequente Abschiebung der rund 600 000 abgelehnten Asylbewerber, gegebenenfalls mit Rückkehrprämie, vor allem jener, die mit unseren Gesetzen in Konflikt geraten. Eine europaweite Harmonisierung des Asylrechts würde uns weiterhelfen. Schließlich sollten wir nicht in der Türkei den Schlüssel zur Problemlösung sehen. Wir brauchen jeden Fall eine Korrektur in der Flüchtlingspolitik. Die Richtung muss stimmen, sonst sind alle Anstrengungen vergeblich.

Nehmen wir den großen Zuspruch für die AfD ernst. Besinnen wir uns auf unsere Werte, auf unsere christlich-abendländische Kultur, auf einen Patriotismus im guten Sinne. Es geht um viel. Es geht um unsere Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, möglichst die 5-Minuten-Vorgabe einzuhalten. – Jetzt hat das Wort unsere Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland. Als Nächster hält sich Elmar Brok bereit.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir leben – und das spüren wir alle, die wir vor Ort Verantwortung tragen – in Zeiten, die kompli-

ziert sind und die viele Menschen als unsicher empfinden. Deswegen schauen heute auch viele Bürgerinnen und Bürger auf diesen Parteitag und erwarten von uns, dass wir ihnen ein Stück weit Führung und Halt in diesen unsicheren Zeiten geben. Genau das haben wir mit dem jetzt vorliegenden Entwurf eines Beschlussantrages getan, und all das haben wir heute auch in der Rede unserer Vorsitzenden erlebt.

(Beifall)

Wir sagen nicht „Wir schaffen das“, weil wir blauäugig sind, sondern wir sagen „Wir schaffen das“, weil wir das schaffen wollen und – das ist der große Unterschied zu anderen in diesem Land – weil wir, weil unsere Verantwortlichen Tag für Tag hart dafür arbeiten und beweisen, dass wir es schaffen können. Denn, liebe Freundinnen und Freunde, wenn ihr euch in Deutschland umschaut, dann seht ihr, dass dort, wo Christdemokratinnen und Christdemokraten Verantwortung tragen, die Aufgabe gelingt, dort stemmen wir das, was vor uns liegt. Es ist bei uns im Saarland möglich, auch dank der Hilfe so vieler Haupt- und Ehrenamtlicher und vor allen Dingen auch dank eines engagierten Innenministers, dass tagesaktuell registriert wird, dass Anträge innerhalb weniger Wochen bearbeitet werden, dass keine einzige Halle belegt ist. Das alles ist das Ergebnis harter Arbeit, und es ist vor allen Dingen das Ergebnis eines unbedingten Willens, es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Das zeichnet uns Christdemokratinnen und Christdemokraten in diesem Land aus.

Es muss uns auszeichnen, dass wir das auch in Europa schaffen. Ich komme aus einem europäischen Kerngebiet, ich lebe an der deutsch-französischen Grenze. Sie können mir glauben: Für uns ist Europa alles andere als theoretisch, für uns ist es erlebter Alltag. Es macht einen Unterschied, ob Sie mit den Freunden in Frankreich zusammenarbeiten können, die von einem erfahrenen Europäer, einem Vertreter der Konservativen, geführt werden, der gemeinsam mit uns dafür sorgt, dass Menschen in dieser Region, vor allen Dingen junge Menschen, eine gemeinsame Zukunft finden, oder ob Sie einen Vertreter der Front National auf der anderen Seite haben, der als allererstes erklärt, er werde jede Form von grenzüberschreitender Zusammenarbeit einstellen.

Das macht den Unterschied aus in Europa. Deswegen dürfen Rechtspopulisten bei uns im Land, dürfen Rechtspopulisten in Europa nicht das Sagen bekommen. Das ist eine historische Verantwortung, die wir als CDU in diesem Land haben.

(Beifall)

Ja, es kommt darauf an, dass wir nicht nur dafür sorgen, dass die Menschen, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf haben und versorgt werden. Es kommt darauf an, dass auf lange Sicht auch die Integration gelingt. Liebe Freundinnen und Freunde, deswegen ist es richtig, dass wir in diesem Antrag auch dem Thema Integration einen so großen Raum geben. Eines ist aber auch

richtig: Die Frage der Integration richtet sich nicht nur an die, die zu uns kommen. Sie richtet sich auch an uns selbst; denn wir müssen sagen, was wir wollen, für was wir stehen und was für uns unverzichtbar ist. Ich will eines ganz deutlich sagen: Mir ist in meiner beruflichen Laufbahn bisher, unter anderem auch als Bildungsministerin, noch keine muslimische Familie untergekommen, die sich bei mir beschwert hat, dass der Martinsumzug im Kindergarten Martinsumzug heißt und die Weihnachtsfeier in der Schule Weihnachtsfeier.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn dies geschehen ist, dann waren es atheistische Kreise oder Gutmenschen, die gemeint haben, sie müssten in vorausweisendem Gehorsam Positionen räumen, liebe Freundinnen und Freunde. Etwas mehr Selbstbewusstsein steht uns gut zu Gesicht in diesem Punkt.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Carsten Linnemann hat mit Blick auf die Zukunft gesagt: Ja, wir müssen uns von den anderen Parteien, wir müssen uns von der SPD unterscheiden. Genau das haben wir heute Morgen erlebt und heute Morgen getan. Bei der SPD ist es so, dass die Kolleginnen und Kollegen dort zunächst einmal ihren Vorsitzenden abwatschen, um ihm anschließend stehende Ovationen zu bereiten. Bei uns ist es so, dass wir für unsere Vorsitzende aufstehen, wenn wir wissen und sicher sind: Wir stehen an ihrer Seite; wir stehen hinter ihr. Sie kann sich auf uns verlassen. – So, wie sie sich auf uns verlassen kann, können sich die Bürgerinnen und Bürger auf die CDU verlassen. Das ist das große Signal des heutigen Parteitags, und das, liebe Freunde, ist das Signal, das wir in Deutschland brauchen, um mit Fug und Recht sagen zu können: Ja, wir wollen das schaffen. Ja, wir werden das schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, vielen Dank. Das war eine Punktlandung, genau fünf Minuten.

Das Wort hat nun Elmar Brok. Dann hält sich der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, bereit. – Elmar, the floor is yours.

Elmar Brok: Thank you very much, David. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde den Ansatz in der Rede der Bundeskanzlerin und auch in unserem Papier zur Migration richtig, weil er von den Ursachen ausgeht. Wir wissen, dass in den Kommunen und in den Ländern von Ehrenamtlichen und Polizisten Unglaubliches geleistet wird. Die Verringerung des Flüchtlingsstroms aber können wir nur dort erreichen, wo die Ursache für den Flüchtlingsstrom besteht. Wenn man das nicht in den Vordergrund der Debatte stellt, werden wir dieses Problem nicht lösen. Vor deutschen Grenzen anzuhalten und zu zählen, wird uns auch nichts nutzen, weil das nicht durchhaltbar ist.

Ich glaube, dass der Ansatz, über den zu wenig diskutiert wird und der darin besteht, den Krieg in Syrien und im Irak durch die internationale Koalition zu beenden, der richtige Ansatzpunkt ist. Hier gibt es erste Fortschritte. Es gibt 12 Millionen Flüchtlinge in und um Syrien und Irak. Es gibt 60 Millionen Flüchtlinge auf dieser Erde. Wenn wir nur diesen einen Teil in Angriff nehmen wollen, dann bedeutet das, Krieg zurückzudrängen, Krieg zu beenden, um auf diese Art und Weise Fluchtursachen zu bekämpfen, Menschen wieder in ihre Heimatdörfer zurückzuführen. Was die Bundeswehr durch die Unterstützung der Peschmerga macht, sind erste Ansätze, damit Räume wieder frei werden, die Stadt Sindschar frei wird und von Jesiden wieder besiedelt werden kann. Das sind die entscheidenden Ansatzpunkte.

Wir müssen uns einmal, wenn wir klagen, vor Augen führen, dass in einem zerrissenen Land wie Libanon, das 4 Millionen Einwohner hat, 1,4 Millionen Flüchtlinge leben, und auch dort gesagt wird: Wir schaffen das. – Besser wäre es aber, wenn dort die Menschen wieder über die Grenze in ihre Heimat gehen könnten. Wenn sie dort bleiben sollen, um schnell wieder in ihre Heimat zu können, dann müssen wir dort eben solche Abkommen wie mit der Türkei machen. Hier sehen wir doch schon die ersten Veränderungen. Die Zahl der Flüchtlinge, die von der Türkei herüberkommen, wird doch geringer. Es scheint doch so zu sein, dass der Druck, der von Brüssel und auch von der Frau Bundeskanzlerin aufgebaut worden ist, den Deal mit der Türkei zu machen, uns entscheidende Entlastungen bringt. Wir sollten doch würdigen, dass schon erste Erfolge sichtbar sind. Genauso ist es mit Afrika. Der Klimagipfel ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt. Wenn die Menschen wegen des Klimawandels weggehen, wenn die Gewalt des terroristischen Islamismus von Pakistan bis Nigeria geht, dann werden wir diese Fluchtbewegungen noch viele, viele Jahre haben. Wenn es uns nicht gelingt, mit einer anderen Afrikapolitik, mit einer Veränderung der Situation in Nordafrika und einem Deal mit Libyen, damit die vorbereitete EU-Mission tätig werden kann, um die Schleuser zu bekämpfen und in den Häfen deren Schiffe zu enteignen, werden im Frühjahr von dort aus neue Fluchtbewegungen entstehen.

Wir müssen natürlich auch unsere Partner fair beurteilen. Wir haben Schwierigkeiten wegen der ungeheuren Menge von Menschen, auf die man nicht vorbereitet war. Es ist eine Herausforderung, administrativ damit fertig zu werden; das BAMF ist ein Hinweis darauf. Wir können aber doch nicht sagen: Die Griechen sind auf sich allein gestellt. – Es ist doch ein Konstruktionsfehler von Dublin, dass sie dort 1,5 Millionen Menschen Flüchtlinge bewältigen müssen. Wir müssen eine gemeinsame Außenkontrolle der Grenzen finanziell und personell auf die Beine stellen, um Flüchtlinge aus dem Land herauszuhalten, die nicht berechtigt sind, zu kommen. Ich glaube, wenn sie schon hier sind – berechtigt oder nicht berechtigt –, ist es schwierig, das wieder in Ordnung zu bringen. Es ist deswegen eine gemeinsame Aufgabe, von Frontex bis zur Registrierung und der Bekämpfung von Schleppern.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass dies unsere gemeinsame Aufgabe ist. Wir haben Schengen als einen großen Gewinn für unsere Menschen empfunden. Es geht nicht nur um die Freizügigkeit der Menschen, der jungen Menschen, die dadurch Europa erleben. Es ist auch ein ungeheurer Vorteil für unsere Wirtschaft. Man muss sich einmal die Kosten vorstellen, die entstünden, wenn wir die Grenzkontrollen wieder durchführten und auch der freie Warenverkehr dadurch verhindert wird. Es ist billiger, Europa jetzt so auszustatten, dass die Bewältigung der Flüchtlinge an den Grenzen erfolgen kann. Ich glaube, dass dies ein Ansatzpunkt ist, von dem wir ausgehen können, dass er zukunftsfähig ist und dieses Europa wieder voranbringt.

Wenn man in Polen und anderen Ländern damit Schwierigkeiten hat, dann ist zu sagen: Für Quoten waren wir Deutschen vor fünf Jahren auch noch nicht, als sie wegen Lampedusa vorgeschlagen wurden. Der Punkt ist, dass in kommunistischen Diktaturen, wo Leute abgeschottet wurden, die Menschen keine Fremden kannten oder zumindest weniger. Da besteht die meiste Angst davor. Das ist ein urmenschlicher Trieb. Wir sehen das ja teilweise in unserem eigenen Land. Deswegen müssen wir Vertrauen aufbauen und mit ganz Europa auf vernünftige Weise darauf reagieren.

Wir sollten an diesem Punkt auch an unser Grundgesetz erinnern. In der Präambel steht, dass wir in einem geeinten Europa dem Frieden der Welt dienen sollen. Ich glaube, Frau Parteivorsitzende, dass das, was mit dem Antrag jetzt zustande gebracht worden ist, in der Tradition und der Aufgabenstellung unseres Grundgesetzes steht. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Brok. – Nun spricht Paul Ziemiak von der Jungen Union. Anschließend hält sich Herr Matern von Marschall aus dem Landesverband Baden-Württemberg bereit.

Paul Ziemiak: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Junge Union hat in den letzten Wochen seit dem Deutschlandtag dafür gestritten, dass wir ein Zeichen von diesem Parteitag senden, dass wir eine Begrenzung brauchen. Wir haben auch dieses Wort benutzt. Warum haben wir das getan? Wenn ich in meinen Heimatkreisverband schaue, in den Märkischen Kreis, dann sehe ich, dass wir 7 000 Flüchtlinge haben. Alleine in unserem Kreis sind es dreimal so viele wie in Polen. Wir haben vom Land Nordrhein-Westfalen, Rot-Grün geführt, acht Planstellen für 600 Flüchtlingskinder, wovon nur zwei besetzt sind.

Das macht uns Sorgen. Wir sagen: Das kann auf Dauer so nicht bleiben.

Wir haben gestern im Bundesvorstand darüber diskutiert, welches Signal ganz konkret von diesem Papier, von diesem Parteitag ausgeht. Wir als Junge Union haben nicht an Begrifflichkeiten festgehalten, sondern es ging uns um den Inhalt, um die Sache. Deshalb haben wir jetzt die Formulierung, dass von diesem Parteitag das Zeichen ausgeht, dass ein weiterer Flüchtlingsstrom

in der Höhe, wie in diesem Jahr, auf Dauer Staat und Gesellschaft überfordern wird. Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das ist ein wichtiges Signal für alle Kommunalpolitiker in diesem Land; und ich finde, es ist gut so.

(Vereinzelter Beifall)

Auf der anderen Seite sprechen wir über Europa ohne Grenzen. Wer, liebe Frau Bundeskanzlerin, sollte mehr für ein Europa ohne Grenzen streiten als die junge Generation? Wir wollen das, wissen aber auch, dass sich alle an die Regeln halten müssen und wir Solidarität üben müssen. Es kann nicht sein, dass Kroatien seine Grenzen öffnet, nur um die Flüchtlinge gleich weiterzuleiten Richtung Deutschland. Wir wollen eine europäische Lösung, und wir streiten dafür, weil wir zuversichtlich sind, dass wir diese Krise bewältigen können.

Warum sage ich, dass wir diesem jetzt guten Papier zustimmen sollten? Weil wir uns von anderen Parteien dadurch unterscheiden, dass wir in diesem Saal genau die Debatte führen, die die Menschen in Deutschland führen. Das unterscheidet uns von anderen. In diesem Saal diskutieren wir das, was die Gesellschaft in Deutschland diskutiert. Deshalb sind wir eine Volkspartei, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sind keine Fantasten, wie die von der linken Seite, die sagen: „Wir brauchen uns nicht zu kümmern, das geht alles gut.“ Wir sind aber auch keine Populisten von der rechten Seite, wie die von der AfD, die ihre Politik auf die Ängste und Sorgen der Menschen ausrichten und keine Lösungen anbieten. Wir unterscheiden uns von beiden. Deswegen sind wir eine Volkspartei, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelter Beifall)

Zur Begrenzung gehört, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben oder keine Flüchtlinge sind, abgeschoben werden. Schauen wir auf mein Bundesland, auf Nordrhein-Westfalen: Die rote Ministerpräsidentin Kraft sagt, dass sie nicht einmal die gesetzlichen Möglichkeiten, für die sie selbst gestimmt hat, nutzt. Liebe Freunde, wenn wir so Politik machen, wenn wir nicht einmal das umsetzen, was wir für richtig halten, werden wir diese Krise mit Sicherheit nicht lösen.

(Vereinzelter Beifall)

Deswegen stehen wir zusammen hier, und die Junge Union kämpft dafür. Wenn es eine Partei gibt, die diese Flüchtlingskrise lösen kann, dann ist das die Christlich Demokratische Union mit unserer Bundeskanzlerin und mit inhaltlicher Unterstützung der Jungen Union auf diesem Parteitag. – Liebe Freundinnen und Freunde, ich danke euch sehr.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Paul Ziemiak, super, das waren vier Minuten. – Nun Herr Matern von Marschall aus Baden-Württemberg. Dann hält sich Herr Dr. Andreas Nick aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz bereit.

Matern von Marschall: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Lieber Herr Ziemiak, ich freue mich, dass Sie so uneingeschränkt die Position unserer Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Merkel, unterstützen. Das ist ein großes und ermutigendes Zeichen nach Wochen intensiver Debatten. Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Ich bin überzeugt, die Bundeskanzlerin hat in geradezu hervorragender Weise uns allen, jedenfalls den meisten von uns, die wir direkt gewählte Abgeordnete sind, erklärt, was politisch geboten ist, was gemacht werden muss. Es ist vollkommen richtig: Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen, aber wir sollten nicht Ressentiments befeuern, die da sind. Ich glaube, es ist vollkommen sinnlos, nach rechts zu schießen, in der Hoffnung, wir könnten auch dort Stimmen ergattern. Zurückblickend auf 1992 – das ist vorhin schon gesagt worden – ist vollkommen klar: Wenn wir Parolen schwingen und Versprechungen abgeben, die wir nicht einhalten können, dann wird das nicht uns nutzen, sondern denjenigen, die wir gerade nicht im Parlament haben wollen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Krise nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Insbesondere bin ich überzeugt, dass die von der Bundeskanzlerin vorbereitete Lösung mit der Türkei sichtbare Ergebnisse zeitigen wird; denn – Elmar Brok hat es gesagt – sie zeitigt schon jetzt sichtbare Erfolge.

Was Angela Merkel uns erklärt – das ist etwas, was ich mit Blick in die Zukunft und insoweit auch mit Blick auf die Junge Union sehr bedeutend finde –, ist, dass wir die Symptome rückwärts verfolgen müssen, um zu ihren Ursachen zu gelangen und diese bekämpfen zu können. Das ist das eigentlich Entscheidende. Wir haben natürlich die Aufgabe, die Symptome zu heilen – die Flüchtlinge, die in dieses Land kommen, sind letztlich die Symptome von Ursachen in anderen Ländern –, das heißt, diesen Menschen hier Unterstützung zu bieten. In der Kausalität rückwärts zu gehen, letztlich zurück zur Wurzel der Probleme, ist die entscheidende Aufgabe. Ich glaube, Angela Merkel ist in aller Welt dafür bekannt, dass sie die Probleme auf dem ganzen Erdball ernst nimmt und versucht, sie am Ort ihrer Entstehung zu heilen. Das habe ich während der UN-Vollversammlung in New York gemerkt. Dort war sie eine der begehrtesten Gesprächspartnerinnen. Das konnte man auch auf dem Klimagipfel in Paris merken, auf dem wir diesen wunderbaren Erfolg erzielt haben. Ich sage noch eines: Angela Merkel hatte schon vor 20 Jahren eine Vision von der Zukunft des globalen Denkens. Sie hat die Wirkungszusammenhänge schon

vor 20 Jahren erkannt. Die erste dieser Klimakonferenzen fand in Berlin statt, und niemand Geringeres als die junge Bundesumweltministerin Angela Merkel hat sie geleitet. Vor wenigen Tagen hat sie in Paris mit dieser Vision schlussendlich, nach 20 Jahren, Erfolg gehabt.

Bauen wir also weiter darauf, dass wir die Probleme Europas nur gemeinsam lösen können, und zwar – das ist auch das Motto unseres Parteitags – für Deutschland und Europa. Alleine können wir sie nicht lösen.

(Vereinzelter Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Nächster Redner: Dr. Andreas Nick aus Rheinland-Pfalz. Dann hält sich bereit Peter Weiß aus Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Andreas Nick: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Ich will aus der Perspektive des Außenpolitikers noch ein oder zwei Aspekte ergänzen. Der Historiker Herfried Münkler hat vor einigen Tagen daran erinnert, dass die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, die Folge eines Problems sind, aber nicht das Problem selbst. Er hat darauf hingewiesen, dass die Vorstellung, man könne dieses Problem notfalls mit Mauern, Zäunen oder einem optimierten Grenzregime von sich fernhalten, nicht viel mehr ist, als eine weitere Selbsttäuschung einer gealterten Gesellschaft. Lieber Paul Ziemiak, ich füge hinzu: Das gilt auch dann, wenn Anträge dieser Art von der Jungen Union kommen. Deshalb ist es gut, dass dieser Antrag zurückgezogen worden ist und in dem Beschlusspapier des Vorstands aufgegangen ist. Wir müssen schon aufpassen, dass wir durch unsere Diskussion nicht zur Verunsicherung beitragen. Permanente Notstandsrhetorik ist alles andere als hilfreich. Sie trägt vorrangig dazu bei, dass es zu einem Verlust an Vertrauen in die Politik und zur Radikalisierung der öffentlichen Debatte kommt.

(Vereinzelter Beifall)

Wer glaubt, die Probleme seien vorrangig an der bayerisch-österreichischen Grenze zu lösen oder vorrangig mit den Mitteln der Bundespolizei, der hat, glaube ich, die eigentliche Dimension des Problems, mit dem wir konfrontiert sind, nicht verstanden.

(Vereinzelter Beifall)

Natürlich ist es keine faire und humanitäre Lösung, dass Menschen ihr Leben und das Leben ihrer Kinder riskieren müssen, um die Ägäis oder das Mittelmeer zu überqueren, dass sie sich in die Hände von Schleppern oder den langen und beschwerlichen Weg der Balkanroute begeben müssen. Deshalb müssen wir in Zusammenarbeit mit der Türkei die EU-Außengrenzen besser sichern, gleichzeitig aber auch die Situation und die Lebensperspektive der Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon und in Jordanien verbessern helfen. Ich war selbst im Frühjahr in einem Flüchtlingslager an der türkisch-syrischen Grenze mit einigen Kollegen unterwegs. Wir müssen aber auch entsprechende Kontingente, Perspektiven für die legale Einreise in die EU schaffen. Wahr

ist auch: Wir werden Schengen dauerhaft nur aufrechterhalten können mit denen in Europa, die auch zu einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik bereit sind, und wir werden erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden und die terroristische Bedrohung durch den IS zu beseitigen.

Lassen Sie mich noch zwei grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Debatte machen. Ich glaube, es ist gut und richtig, dass wir in dieser großen Volkspartei mit aller Kraft und auch mit aller Leidenschaft um den besten Weg und die besten Problemlösungen ringen. Aber wir dürfen uns dabei nicht auseinandertreiben lassen in Christliche und liberal Orientierte auf der einen Seite und Nationalkonservative auf der anderen Seite, und auch nicht die Diskussion in einer destruktiven und unerbittlichen Art und Weise führen, wie es in den letzten Wochen in Teilen der Fall war, leider auch in Teilen unserer Bundestagsfraktion. Deshalb ist es gut, dass wir auf diesem Parteitag eine Einigung erzielen und mit der Karlsruher Erklärung ein breites Fundament für eine Politik nach vorne schaffen. Ich wünsche mir allerdings auch, dass dann aber auch Schluss mit der Debatte zu einigen Schlagworten wie „Obergrenze“ und „Grenzschließung“ ist und wir die Position in der Partei und auch in der Fraktion in Berlin gemeinsam vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Diese kritische Anmerkung muss ich doch noch machen: Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, dass jedenfalls Einzelne mit dieser Diskussion ganz andere Ziele verfolgen. Ich sage hier deshalb in aller Klarheit: Wer die Grundachse der CDU verschieben will, wer im Kern eine deutschnationale oder gar rechtspopulistische Partei will, den wird sein Weg, wie schon einige andere, ganz weit aus dieser Christlich Demokratischen Union hinaus führen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn die Identität der CDU als christlich orientierte, weltoffene und liberale Volkspartei steht nicht zur Disposition. Wir werden sie stets mit allem Engagement und aller Leidenschaft verteidigen.

Eine letzte Anmerkung aus der Sicht des Außenpolitikers. Der französische Politologe Dominique Moisi, Sohn eines jüdischen Überlebenden von Auschwitz, hat vor einigen Wochen treffend beschrieben, wie die Flüchtlingskrise das Bild Deutschlands in der Welt verändert hat. Er schreibt, die Flüchtlinge „träumen von Deutschland – nicht von einem beliebigen europäischen Land, sondern speziell von Deutschland –, ebenso wie vor über einem Jahrhundert die europäischen Armen auf der Flucht von dem Elend, und manchmal vor Pogromen, von Amerika geträumt haben.“ Er weist darauf hin, was für eine „dramatische Veränderung“ dies darstellt. Er hat das Bild eines lächelnden Flüchtlingskindes, dessen Kopf in München durch die Mütze eines Polizisten geschützt wird, mit dem Bild des jüdischen Jungen im Warschauer Ghetto verglichen, das Sie alle kennen.

Liebe Freunde, wenn unser Land heute als Sinnbild für die Hoffnung auf Frieden und Sicherheit, für Freiheit und Lebenschancen steht, sollte uns dies zuallererst ein Stück weit mit Stolz und Dankbarkeit erfüllen. Das ist doch Ausdruck eines ungeheuren Vertrauenskapitals, das unser Land erworben hat.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Verehrter Kollege, das Stichwort „Vertrauenskapital“ ist gut. Aber wir überziehen, weil wir noch ganz viele Wortmeldungen haben.

Prof. Dr. Andreas Nick: Ein letzter Satz. – Es ist Ausdruck eines Vertrauenskapitals, Ausdruck von Soft Power, von etwas, was mir als Außenpolitiker bei weltweiten Gesprächen immer wieder begegnet, nämlich ein ungemein positives Bild von Deutschland, von einem wirtschaftlich starken, freien und friedlichen Land, um Gerechtigkeit und Humanität bemüht und bereit, sich seiner Verantwortung zu stellen. Das ist nicht selbstverständlich, sondern es ist auch das Ergebnis der politischen Leistung der CDU in sieben Jahrzehnten des Dienstes für unser Land, von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel. Wir haben allen Grund, darauf stolz zu sein. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich möchte darauf hinweisen, dass die Rednerliste zur allgemeinen Aussprache jetzt geschlossen ist. Wir haben nämlich noch 17 Wortmeldungen und hinterher noch die Einzelberatungen. Ich bitte also alle, die jetzt noch reden, sich vielleicht doch, wenn es geht, auf drei Minuten zu beschränken.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn sich jeder Redner auf seinen zentralen Gedanken konzentriert, ist das für die zuhörende Versammlung noch erfreulicher.

Ich sage mal schnell, wer die Nächsten sind: Peter Weiß, Thomas Rachel, Dieter Dombrowski, Hans-Peter Liese, Wolfgang Schäuble und dann noch ein Schwung anderer Redner. – Jetzt aber erst einmal Peter Weiß. Bitte.

Peter Weiß: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Gestern, am Sonntag, habe ich eine E-Mail eines der am längsten gedienten Ortsvorsitzenden aus meinem Wahlkreis, aus einem schönen Schwarzwaldtal, erhalten, wo die CDU in der Regel bei jeder Wahl 60 Prozent und mehr erreicht. Er hat mir geschrieben, er wolle mir eine Rückmeldung für diesen CDU-Bundesparteitag hier in Karlsruhe geben. Er schreibt zu Beginn in der Mail: „Die Linie von Angela Merkel ist weiterhin richtig!“ Diese E-Mail hat mir gezeigt: Das, was im Vorfeld dieses Bundesparteitages zum Teil medial aufgebauscht wurde, als gesagt wurde, da würde sich ein tiefer Graben zwischen der Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Parteibasis der CDU auftun, schlichtweg nicht stimmt.

Klar, es gibt in einer großen Volkspartei unterschiedliche Auffassungen, auch zum Thema der Flüchtlingspolitik. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass das, was Angela Merkel getan hat und tut, im Kern das ist, was zum Programm und zur Identität der CDU als Volkspartei gehört.

(Teilweise Beifall)

So unterschiedlich die Auffassungen in einer großen Volkspartei sein mögen – was uns eint, ist die Programmatik unseres Namens, nämlich eine Christlich Demokratische Union zu sein. Ich freue mich, dass das im Antrag zur Karlsruher Erklärung zum Ausdruck kommt. Ein solcher Name ist ein hoher Anspruch, vor allen Dingen an unsere humanitäre Auffassung, an das, was aus den christlichen Grundlagen unserer Politik resultiert. Es bedeutet eben, dass Menschen, die um Leib und Leben fürchten müssen, die verfolgt werden, insbesondere Menschen, die wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt werden, selbstverständlich Schutz und Aufnahme bei uns finden können, wenn sie keine andere Perspektive für sich sehen. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, dass diejenigen, auf die das nicht zutrifft, konsequent nach Hause geschickt werden können. Ich finde, das ist eigentlich die Leitlinie, die aus dem Programm der CDU resultiert. Deswegen ist für mich das Wichtigste an der Karlsruher Erklärung, dass sie die humanitäre Verpflichtung, die wir haben, klar und deutlich benennt.

Weil sicherlich eine größere Zahl von Menschen, die zu uns hierhergekommen sind, auf längere Zeit hierbleiben, weil sich die Konflikte in ihren Heimatländern nicht so schnell lösen lassen, ist es wichtig, dass wir sofort mit der Integration beginnen, dass also sofort mit dem Lernen der deutschen Sprache begonnen wird, dass sofort geprüft wird, ob eine Vermittlung oder eine Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt möglich ist. Deswegen halte ich es für eine der richtungweisendsten Entscheidungen unserer Bundeskanzlerin, dass sie Frank-Jürgen Weise, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, auch zum Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bestellt hat, weil ich der Überzeugung bin: So, wie Weise es geschafft hat, die Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu entwickeln, so wird es ihm auch gelingen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge so zu organisieren, dass es seine Aufgaben schneller und besser erfüllen kann, so wie wir es von ihr erwarten.

Deshalb, meine lieben Freundinnen und Freunde, glaube ich, dass uns mit der Karlsruher Erklärung eines gelingt: deutlich zu machen, dass wir, die Union, nicht der einen oder anderen Modemeinung hinterherrennen, sondern einen klaren Kompass haben. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Wir stehen dazu, dass wir gleichzeitig für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen wollen. Wir stehen dazu, dass wir die erste Integrationspartei in Deutschland sind. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagespräsidium: Danke schön. – Thomas Rachel, danach Dieter Dombrowski. – Jetzt spricht Thomas Rachel, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises und Staatssekretär im Bildungs- und Forschungsministerium.

Thomas Rachel: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit dem aktuellen Flüchtlingsstrom nach Deutschland und Europa stehen wir geradezu vor einer historischen Aufgabe. Hier wird sich – nicht nur bei uns hier in Deutschland, sondern in Europa – erweisen müssen, ob das gemeinsame Fundament, das vor allem ein klares Wertefundament sein muss, auch in Zukunft Bestand hat.

Europa ist zwar in der Lage, den Krümmungsgrad einer Gurke oder die PS-Zahl von Staubsaugern zu bestimmen und sich darauf zu einigen. Ich denke aber, das reicht nicht. Von Europa erwarten wir gerade in dieser historischen Stunde Einigkeit; denn nur gemeinsam können wir die Flüchtlingsaufgabe bewältigen. Dafür brauchen wir eine gesamteuropäische Lösung.

Es kann doch nicht sein, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken und einige der EU-Staaten einfach wegschauen. Flüchtlinge sind Menschen, Flüchtlinge haben ein Gesicht, Flüchtlinge sind Opfer und keine Bedrohung.

(Vereinzelt Beifall)

Deutschland und Schweden haben in den letzten Monaten bewiesen, dass sie bereit sind, von gemeinsamen europäischen und christlich-abendländischen Werten nicht nur zu reden.

Sie haben gezeigt, dass sie diese humanitäre Herausforderung lösen wollen, und sie leben insofern auch diese Werte. Deutschland und Schweden agieren unter höchster Belastung. Beide Länder haben zusammen 50 Prozent aller Flüchtlinge in Europa aufgenommen, während sich andere europäische Staaten dieser nötigen Solidarität zu entziehen suchen. Das ist in meinen Augen nicht akzeptabel. Es kann nicht sein, dass Solidarität in der EU nur beim Verteilen von Geldern und Hilfskrediten beschworen wird und diese Solidarität bei humanitären Wertefragen von einigen verweigert wird.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Ihnen gilt hier ein großer Dank, dass Sie sowohl durch Ihre Worte als auch durch Ihr Tun dafür gesorgt haben, dass unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, sich dieser humanitären Verantwortung in vorbildlicher Weise stellt.

(Vereinzelt Beifall)

Die Union hat schon in den vergangenen Jahren immer eine Politik mit Herz und Verstand gemacht. Beides gehört untrennbar zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht vorstellbar. Das Herz sagt: Wir sind hier gefordert; wir können uns nicht einfach wegducken. Der Verstand sagt: Es gibt hierfür politisch keine einfachen Lösungen, allen populistischen Parolen und Schlagwor-

ten zum Trotz. Wir müssen die Sorgen der Menschen angesichts der Flüchtlingszahlen ernst nehmen, aber dürfen ihnen nicht den Mut nehmen. Das entscheidet sich auch daran, wie wir diese Diskussion führen.

Lassen Sie uns deshalb, liebe Freunde, gemeinsam uns nicht um bloße Worte oder Etiketten streiten. Entscheidend ist der realistische Blick auf die komplexen Herausforderungen und Probleme selbst. Uns muss an dieser Stelle klar sein: Eine rein gesinnungsethische Debatte greift zu kurz. Wir haben auch den verantwortungsethischen Blick, der uns an die Grenzen der gesellschaftlichen Möglichkeiten erinnert. Wenn wir die Balance zwischen Herz und Verstand, zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik auch bei dieser Frage beachten, dann bin ich mir sicher: Ja, wir werden das gemeinsam schaffen, zum Wohle unseres Landes, zum Wohle der Menschen, die uns anvertraut sind, weil wir es schaffen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, Thomas Rachel. – Danach Dieter Dombrowski und dann Peter Liese.

Dieter Dombrowski: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Dieter Dombrowski. Ich bin Kreisvorsitzender der CDU Havelland, in Brandenburg Landtagsabgeordneter, auch Kreistagsmitglied und Gemeindevertreter. Ich bin vor einigen wenigen Wochen nach über 20 Jahren wieder zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Ich habe unseren Mitgliedern gesagt: Liebe Mitglieder, bevor Sie mich wählen oder nicht wählen, bedenken Sie bitte, dass ich den Kurs von Angela Merkel in humanitären und Flüchtlingsfragen vollinhaltlich unterstütze.

(Beifall)

Ich bin dennoch mit 90 Prozent gewählt worden. Ich finde, das ist ganz ordentlich, wenn man das so lange macht als Kreisvorsitzender. Von daher kann ich voller Überzeugung auch für meinen Kreisverband Havelland sprechen, wenngleich ich sagen muss: Sorgen gibt es natürlich auch bei uns. Die Fragen, die sich in den Kommunen stellen, müssen beantwortet werden. Aber keinesfalls kann es sein, dass einzelne Mitglieder von uns so tun, als wäre die Bundeskanzlerin unseres Landes eine Monarchin und nicht eine Regierungschefin von drei Parteien, die diese Regierung tragen, und die auch noch mit dem Bundesrat klarzukommen hat. Sie wissen alle, wie schwierig das ist.

Das müssen wir den Leuten erklären. Ich denke aber, wir sind ein wirtschaftlich und demokratisch starkes Land. Und – Angela Merkel hat es vorhin gesagt – wenn wir es nicht schaffen als Union, wer soll es dann schaffen? Rot-Rot-Grün wird es jedenfalls nicht besser machen, sondern die würden unser Land völlig ruinieren.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, die Reaktion der Delegierten auf die Rede von Angela Merkel war völlig eindeutig: Wir haben alle gestanden, wir haben geklatscht. Aber was uns auch gelingen muss: Wenn wir wieder zu Hause sind, müssen wir diesen Mut, diese Überzeugung, diesen Optimismus weitergeben an unsere Mitglieder und auch an die Bürgerinnen und Bürger in den Wahlkreisen; denn sie waren nicht bei diesem Parteitag. Sie werden etwas in den „Tagesthemen“ sehen und in der Zeitung lesen. Aber unsere Aufgabe ist es, die Überzeugung rüberzubringen, dass nur wir es schaffen können und kein anderer.

Ich selbst bin ehemaliger Flüchtling aus der DDR. Sie kennen die deutsche Geschichte genauso gut wie ich, und Sie wissen, dass die Union die Partei der Deutschen Einheit ist. Der Umgang mit Flüchtlingen, aber auch die Erfahrungen einer Mauer mit Stacheldraht, Minen, Selbstschussanlagen und Maschinenpistolen kennen wir; sie sind bei uns wach. Ich bin in einem Ehrenamt, auch Bundesvorsitzender, bei der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Unter diesem Dachverband sind rund 40 Verbände, große und kleine, verbunden. Wir haben eine besondere Sensibilität für alles, was mit Flüchtlingen und Grenzen zu tun hat. Ich kann mir nicht vorstellen, in einem Europa oder in einem Land zu leben, in dem an der Grenze wieder geschossen wird. In Bulgarien, meine Damen und Herren, ist es geschehen, dass dortige Grenzbeamte Schüsse auf Flüchtlinge abgegeben haben. Ein 18-jähriger Afghane ist dabei getötet worden. Von daher muss man die Forderungen nach einer Sicherung der Grenzen sehr absichten gegenüber dem, was wir meinen: dass man dort wieder Grenzübergänge benutzt. Keinesfalls besteht die Alternative darin, eine Mauer zu errichten oder Hindernisse, die schon die Menschen in der DDR nicht daran gehindert haben, sie unter Einsatz ihres Lebens zu überwinden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich richte jetzt das Wort an unsere Bundestagskollegen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Die werden sicher mit Spannung zuhören, aber nicht ganz so lange. Es wollen noch sehr viele reden.

Dieter Dombrowski: Frau Staatsministerin Grütters macht eine großartige Arbeit als Bundesbeauftragte für Kultur und Medien. Sie ist auch zuständig für die Stasi-Unterlagen-Behörde und vieles andere mehr. Ich möchte Sie, die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, bitten, nicht zuzulassen, dass das geschieht, was SPD-Kreise wollen: dass die Stasi-Unterlagen-Behörde auseinandergenommen wird. Ganz besonders möchte ich Sie bitten, darauf zu achten, dass die SPD-Fantasien nicht Wirklichkeit werden, dass der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn nächstes Jahr im Frühjahr nur noch für zwei Jahre bestellt werden soll. Wir vertrauen auf die Partei der Deutschen Einheit, und wir erwarten von der Union und ihren Mandatsträgern, dass sie dafür sorgen, dass Aufarbeitung ungebremst weitergehen kann. Dafür gibt es genügend Bedarf. Bitte seien Sie aufmerksam, und lassen Sie das nicht zu. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Peter Liese und dann Wolfgang Schäuble.

Dr. Hans-Peter Liese: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte am Anfang ganz kurz etwas wiederholen, was der Kollege Matern von Marschall aus dem Bundestag gesagt hat. Die Bundeskanzlerin ist jetzt auch da. Da sich jetzt alle über das Abkommen von Paris freuen – da haben natürlich viele mitgewirkt –, sage ich aus voller Überzeugung: Es gab niemand, keine Persönlichkeit, die in den letzten 20 Jahren so viel dafür gearbeitet hat, dass wir an dieser Stelle angekommen sind, wie unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Deshalb ganz besonders herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für die Arbeit in diesem wichtigen Bereich!

(Beifall)

Zum Thema Flüchtlinge. Es ist sehr wichtig, dass wir heute von diesem Parteitag, wie der Antrag das vorsieht, ein Signal an die Basis, insbesondere an die Kommunen, geben, dass wir eine spürbare Verringerung der Zahlen wollen. Dazu steht viel Konkretes im Antrag drin. Ich möchte einen Punkt herausgreifen. Ich bin nicht nur Europaabgeordneter, sondern auch Arzt. Es steht etwas über das Thema Abschiebungshindernisse durch medizinische Faktoren drin. Ich habe sehr viel Verständnis, dass jeder Mensch die bestmögliche medizinische Behandlung haben möchte, und die ist in Deutschland natürlich viel besser als in anderen Teilen der Welt. Aber ich habe auch in einem Entwicklungsland gearbeitet und weiß, dass zum Beispiel auf dem westlichen Balkan die medizinische Versorgung immer noch besser ist als in vielen anderen Teilen der Welt. Deswegen müssen wir da leider sehr, sehr streng sein, wenn es sonst keinen Grund gibt. Wenn die medizinische Versorgung nicht exzellent ist, aber eine Basisversorgung im Herkunftsland vorhanden ist, dann darf das nicht dauerhaft ein Abschiebehindernis sein.

Das ist ein Beispiel mehr dafür, dass wir die Ursachen vor Ort bekämpfen müssen, dass wir nicht allen Menschen in Deutschland helfen können, sondern Perspektiven vor Ort schaffen müssen. Ich bin sehr dankbar, dass der Bundesvorstand einen Vorschlag, den der Kollege Elmar Brok und ich eingebracht haben, aufgenommen hat, wenn auch nur als Prüfungsauftrag.

Aber wir möchten, dass das Thema Fluchtursachenbekämpfung zentral zum Beispiel bei einer Stabsstelle im Bundeskanzleramt und auch auf europäischer Ebene immer wieder in den Fokus gerückt wird, auch wenn wir über die aktuelle Krise vielleicht nicht mehr reden; denn die Situation in den Flüchtlingslagern in der Nähe von Syrien, in denen die Familien damit konfrontiert wurden, dass es für sie nur noch 800 Kalorien am Tag zu essen gibt, also weniger als die Hälfte, die man braucht, darf sich nicht wiederholen. Jeder Mensch, der ein bisschen Herz hat, möchte nicht, dass die Menschen im Mittelmeer ertrinken oder im Winter an der Grenze Europas erfrieren. Jeder Mensch, der ein bisschen Verstand hat, weiß auch, dass die Lösung nicht darin bestehen kann, dass wir nicht alle Flüchtlinge in Deutschland und in Europa aufnehmen können. Deswegen müssen wir die Fluchtursachen bekämpfen.

Zum Schluss ein Wort über Europa. Ich stimme allen zu, die sagen: Wir brauchen eine bessere Verteilung in der Europäischen Union. Manche Argumente, die von osteuropäischen Staats- und Regierungschefs formuliert werden, sind unerträglich. Wenn zum Beispiel der sozialdemokratische slowakische Ministerpräsident sagt, dass wir nur Christen aufnehmen, dann ist das eine Pervertierung des christlichen Gebots der Menschenliebe. Es steht nicht in der Bibel, liebe deinen Nächsten, sofern er Christ ist, sondern dort steht, liebe deinen Nächsten. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

Auf der anderen Seite bitte ich um Verständnis, dass das nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Es waren auch deutsche Politiker, auch Verantwortliche in der deutschen Bundesregierung, die viele Jahre gesagt haben: Europa soll sich aus dem Asylrecht heraushalten, es ist eine nationale Angelegenheit. Das haben wir immer wieder gehört. Mich macht es noch heute betroffen, dass unser Freund Hans-Peter Friedrich vor zwei Jahren, als er noch Bundesinnenminister war und vor Lampedusa über 200 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, lapidar gesagt hat: Lampedusa liegt in Italien. – Ich glaube, man konnte schon damals ahnen, dass wir ein gemeinsames europäisches Problem haben. Deswegen war es falsch, das Problem lange als Problem Italiens oder Griechenlands anzusehen. Jetzt sind wir auf dem richtigen Weg. Wir müssen die Zögerlichen überzeugen und, wenn es notwendig ist, auch überstimmen. Ich bitte nur darum, dass das nicht von heute auf morgen geht und wir einen langen Atem brauchen. Das Ziel muss eine bessere, gemeinsame europäische Asylpolitik sein. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Wolfgang Schäuble. Danach Thomas Stritzl, Thomas de Maizière, Michael Schreiber, Peter Hauk, Christean Wagner, Thomas Mann und dann noch ein ganzer Schwung. – Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einige wenige Bemerkungen machen. Die Bundeskanzlerin hat heute Vormittag in ihrer Rede darüber gesprochen, dass uns so viele große Probleme und Krisen beschäftigen, wie wir es lange nicht gewohnt waren. Ich muss gestehen, ich bin schon einige Jahre dabei, aber ich kann mich an eine solche Fülle von großen Herausforderungen nicht wirklich erinnern. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verunsichert sind. Natürlich ist das – Angela Merkel hat mich liebenswürdigerweise zitiert – ein Rendezvous mit der Globalisierung. Wir alle kennen die Berichte und Reden, die uns seit Jahren sagen, dass zig Millionen Flüchtlinge auf der Welt unterwegs sind und dass wir von den Entwicklungen in allen Teilen der Welt betroffen sind. Aber jetzt erleben wir, dass die Globalisierung konkret ist und dass sie uns betrifft. Ich als Finanzminister erlebe das schon ein paar Jahre. Man kann Finanzmärkte nicht mehr national regulieren. Wir können zwar regulieren, aber das nützt nichts. Dann werden die Geschäfte in Shang-

hai oder Buenos Aires oder sonst wo getätigt. Globale Regelungen zustande zu bringen ist außerordentlich schwierig. Das gilt übrigens auch bei der Besteuerung. Google versteuert sein Einkommen in Europa in Irland. Von da aus geht es zu den Bahamas oder sonst wo hin. Deswegen ist die Antwort: Wir können all diese Herausforderungen nur meistern durch ein stärkeres Europa. Das gilt bei der Migration, das gilt bei der Terrorbekämpfung und auch in allen anderen Fragen.

(Beifall)

Deswegen haben diejenigen nicht recht – nirgends in Europa –, die glauben, in diese Verunsicherung müssen wir zurück, in den Schutz der nationalen Identität und Grenzen. Das ist keine Lösung im Zeitalter der Globalisierung. Europa muss besser und stärker werden. Ja, Europa ist manchmal langsam und mühsam. Das ist wahr. Aber ich habe in diesen Wochen gelegentlich gedacht: Mein Gott, das Tempo, in dem sich Europa bewegt, ist meistens immer noch größer als das Tempo, indem sich Rot-Grün bewegt.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe ein Recht dazu, das zu sagen; denn ich habe schon Anfang der 90er-Jahre für die Anpassung unseres Asylrechts an die Genfer Flüchtlingskonvention gestritten. Das war schon damals unendlich mühsam. Wenn ich an die Debatten denke, die wir nach den terroristischen Angriffen erleben, wo es um Freiheit und Sicherheit geht, dann ist das alles Blödsinn. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Die Kunst von Regierenden ist, dass miteinander in einem richtigen Verhältnis zu halten.

(Beifall)

Sicherheit ohne Freiheit haben wir in Deutschland zweimal gehabt: unter Braun und unter Rot. Das ist nichts. Freiheit ohne Sicherheit, wenn sich die Menschen nicht mehr auf die Straßen trauen, ist auch nichts. Deshalb bedingen sich Freiheit und Sicherheit gegenseitig. Hierzu einige konkrete Beispiele.

Erst jetzt, in der vergangenen Woche, ist es im Europäischen Parlament unseren Freunden von der Europäischen Volkspartei gelungen, durchzusetzen, dass man auch die Daten von Flugpassagieren sammeln und austauschen darf, weil man sie braucht, um Reisebewegungen von potenziellen Gefährdern zu überwachen, um Anschläge zu verhindern. Jetzt erst werden wir Zahlungsverkehr auch in Europa kontrollieren können, um die Terrorismusfinanzierung ein Stück weit stärker bekämpfen zu können. Wenn ich an die Debatten über die Vorratsdatenspeicherung denke – über 20 Jahre: Der Rechtsstaat hat nicht die Aufgabe, die Verbrecher vor Entdeckung zu schützen, sondern er hat die Aufgabe, Verbrechen zu verhindern. Dazu muss er vorher wissen, was geplant ist und nicht erst, wenn es passiert ist.

(Beifall)

Über Migration ist viel geredet worden. Ich bin froh, dass wir uns auf eine gemeinsame Linie verständigt haben. In Wahrheit sind wir uns doch alle einig. Wir wissen, dass wir es uns an den nationalen Grenzen nicht leisten können, was Europa leisten muss. Wir wollen ein Europa ohne Grenzkontrollen aufrechterhalten. Wir wissen auch, dass das nur geht, wenn Europa seine Außengrenzen einigermaßen unter Kontrolle hat. Sonst ist das alles nicht zu schaffen. Das ist übrigens auch nicht neu.

(Beifall)

Wir haben die Regelung der Genfer Flüchtlingskonvention. Daran haben wir unser Grundgesetz, Artikel 16 a, angepasst. Sie besagt, dass jeder Mensch, wenn er in seiner Heimat wegen Naturkatastrophen, Krieg, Seuchen oder sonst etwas nicht leben kann, dann hat er natürlich einen Anspruch darauf, Zuflucht zu finden. Was wären wir für Menschen, wenn wir einem, der von zuhause fliehen muss, nicht aufnehmen und Schutz gewähren. Das ist die Verpflichtung der zivilen Völkergemeinschaft in der Genfer Konvention. Die leisten wir.

(Beifall)

Daran darf es keinen Zweifel geben. Aber das andere ist, dass jedes Land, in diesem Fall Europa, eine Chance haben muss, daran mitzuwirken, wie viele auf Dauer zu uns kommen können; denn sie müssen integriert werden. Das erfordert entsprechende Leistungen. Natürlich ist Politik nicht nur Gesinnungsethik. Heute Morgen war Herr Geisler hier. Jetzt ist er nicht mehr hier; denn sonst könnten wir wieder die Debatte über den Unterschied von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik führen. Das Gute zu wollen, reicht nicht aus. Wer Regierungsverantwortung trägt, muss auch dafür sorgen, dass die Verhältnisse einigermaßen so geordnet sind, dass Freiheit, Gutmütigkeit und menschliche Zuwendung geteilt werden können und dass sie nicht durch eine Überforderung zerstört werden. Das bedingt sich gegenseitig.

(Beifall)

Deswegen müssen wir, wenn wir einen europäischen Raum ohne Grenzen haben, das Asylrecht in Europa auch europäisieren. Das geht übrigens nach den europäischen Verträgen. Dafür muss man nur das Sekundärrecht ändern. Wir brauchen keine Vertragsänderung. Man muss es nur machen.

Natürlich ist es wahr, dass man dann auch über Asylverfahren und Standards reden muss. Natürlich ist es wahr, dass eine gemeinsame Politik die Außengrenzen schützen muss, dass sie die Flüchtlinge ein Stück weit verteilen muss und dass man Solidarität üben muss. Aber dann muss man sich auch über die Standards, die Verfahren und die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention verständigen. Diejenigen, die wegen Krieg oder Naturkatastrophen von zu Hause geflohen sind, können nicht auf Dauer bleiben und müssen wieder nach Hause zurückkehren, wenn die Ursachen ihrer Flucht beendet sind. Wir müssen den Familiennachzug aussetzen; denn

sonst holen die jungen Leute, die zu uns geschickt werden, die ganze Familie nach. Dieses Modell müssen wir beenden; denn sonst verlieren wir jedwede Kontrolle. Das geht nicht zusammen.

(Beifall)

Das alles ist auf europäischer Ebene zu schaffen. Europa wird – wenn ich diese Bemerkung noch machen darf – in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik größere Verantwortung übernehmen müssen. Wer die Debatten in der Welt und insbesondere den amerikanischen Vorwahlkampf verfolgt, wird sich keine Illusion darüber machen, dass uns die Amerikaner wie in früheren Jahrzehnten die Last abnehmen werden, für Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu sorgen. Auch für Afrika werden die Europäer mehr Verantwortung zeigen müssen, als uns lieb ist. Deswegen brauchen wir ein starkes Europa, wenn wir diese Aufgaben erfüllen wollen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich auch sagen: Damit Europa seine Aufgaben erfüllen kann, muss es auch wirtschaftlich stark sein. Viele Politiker in Europa glauben noch immer – diesen Unsinn müssen wir beenden –, dass sich mit Geld, das man irgendwoher bekommt, die Probleme der eigenen Wettbewerbsfähigkeit überspielen lassen. Mithilfe der Geld- und Finanzpolitik, also durch noch mehr Schulden, kann man nicht nachhaltiges Wachstum begründen. Das ist nur durch Wettbewerbsfähigkeit, vernünftige Infrastruktur und Investitionen möglich. Wer das nicht leistet, wird Arbeitslosigkeit ernten. Wer glaubt, dass hohe Schulden zu Wachstum führen, der soll sich Deutschland anschauen. Wir haben es geschafft, den Bundeshaushalt ohne neue Schulden zu finanzieren, und haben trotzdem die höchste Beschäftigungsquote seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn es an zu geringen Schulden liegen würde, dass manche Länder nicht ausreichend Wachstum und zu viel Arbeitslosigkeit haben, dann kann ich nur sagen: Ich könnte in diesem Zusammenhang einige Länder aufzählen – das werde ich nicht tun, weil das undiplomatisch wäre, die dann, wenn das stimmen würde, eine viel geringere Arbeitslosigkeit und ein viel höheres Wachstum haben müssten. Ich sage in aller Freundschaft: Wenn Sigmar Gabriel auf dem SPD-Parteitag sagt, unsere Finanzpolitik in Europa sei schuld an dem Erstarken des Front National in Frankreich, dann verrät er unsere gemeinsame Politik. Ich kann verstehen, dass er dem Affen Zucker geben wollte. Aber genutzt hat es nichts. Wahr ist es jedenfalls nicht, liebe Freunde.

(Beifall)

Schuld am Erstarken von populistischen und demagogischen Bewegungen, ob am linken oder am rechten Rand, ist die Unfähigkeit der Politiker, die Probleme der Menschen zu lösen. Wenn wir unseren Arbeitsmarkt nicht in Ordnung gebracht hätten, dann hätten wir noch ganz andere Probleme am linken und rechten Rand. Man muss die Dinge richtig sehen. Natürlich hat die ge-

meinsame europäische Währung das Problem der zu großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften. Aber, liebe Freunde, das Problem können wir nicht dadurch lösen, dass die Stärkeren schwächer werden. Das Problem muss doch dadurch gelöst werden, dass die Schwächeren in Europa stärker werden, damit die Unterschiede nicht mehr so groß sind.

(Beifall)

Viele in Europa haben bis heute nicht begriffen, dass in der globalisierten Wirtschaft der Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze viel härter geworden ist und noch viel härter werden wird. Deswegen werden wir uns alle anstrengen müssen. Wir brauchen ein starkes Deutschland in einem starken Europa. Wer Deutschland schwächt, schwächt auch Europa. Das ist die Wahrheit. Alles andere sind bequeme Sprüche, die Zukunftschancen verspielen.

Wir müssen alles daran setzen, dass wir auch in Deutschland stark bleiben. Wir befinden uns im Augenblick in einer ordentlichen Lage. Wir haben übrigens Wort gehalten. Das hat allerdings in kommunikativer Hinsicht nicht mehr viel Wert. Als wir vor der Bundestagswahl versprochen haben, den Bundeshaushalt ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen aufzustellen, hat uns das kaum jemand geglaubt. Wenn wir heute davon reden, dann wird uns gesagt: Fällt euch nichts Neues mehr ein? – Es ist aber nicht so schlecht, wenn man ein paar Jahre das macht, was man versprochen hat, und damit eine Linie verfolgt, auf die sich die Menschen verlassen können.

(Beifall)

Wir dürfen uns aber nicht auf den Erfolgen ausruhen. Der Wettbewerb verändert sich rasend schnell. Deswegen ist es wichtig, dass wir mit unseren Aufwendungen für Forschung und Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Bildung und Wissenschaft in Deutschland an der Spitze Europas liegen. Aber wir müssen mehr für Forschung, Investitionen, Bildung und Erziehung machen. Wir werden uns eine weitere Steigerung der Konsum- und Sozialausgaben nur in einem sehr begrenzten Ausmaß leisten können; das muss ich auch auf diesem Parteitag sagen. Unser Bundeshaushalt ist zu mehr als 52 Prozent durch Konsum- und Sozialausgaben geprägt. Diese Rate ist nicht steigerungsfähig, wenn wir auch in Zukunft wirtschaftlich stark bleiben wollen. Das müssen wir berücksichtigen, solange es uns so gut geht, und nicht erst dann, wenn wir wieder in einer Krise sind.

(Beifall)

Dazu brauchen wir übrigens starke Bundesländer. Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir die Landtagswahlen am 13. März gewinnen. Des Weiteren ist es wichtig, dass wir im Bundesländer-Finanzausgleich die Anreize so setzen, dass jeder, der in Deutschland Entscheidungen über Ausgaben trifft, auch die Verantwortung für die Ausgaben hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das große Problem in der Euro-Zone genauso wie in Deutschland ist, dass Geld ausgegeben wird und dass andere dafür haften. Wenn man das Geld anderer Leute ausgeben kann, dann sind selbst die Schwaben nicht so geizig, wie von uns Baden-Württembergern immer zu Unrecht behauptet.

(Vereinzelt Beifall)

Das nennt man Ordnungspolitik oder Moral Hazard in der internationalen Ökonomie. Die Aufgabe der Politik ist, nicht die Wirtschaft zu schuhriegeln, sondern die Rahmen so zu gestalten, dass sich vernünftiges, sinnvolles Wirtschaften lohnt und anderes nicht durch Subventionen ausgeglichen wird. Das kann nur die CDU, liebe Freunde. Deswegen müssen wir noch stärker werden, und zwar sowohl im Bund als auch in den Ländern. Dazu leistet dieser Parteitag einen wichtigen Beitrag. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Wolfgang Schäuble. Der Parteitag hat lang anhaltenden Applaus gespendet. Das zeigt, dass Ihre Worte auf besondere Zustimmung gestoßen sind. Nun hat das Wort Thomas Stritzl aus Schleswig-Holstein. Anschließend spricht zu uns Thomas de Maizière.

Thomas Stritzl: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede unserer Bundesvorsitzenden fand ich schlichtweg begeistert.

(Beifall)

Dem vorgelegten Antrag kann man, glaube ich, mit sehr gutem Gewissen zustimmen. Er bildet den Sprachbogen dafür, dass wir als Volkspartei, egal was zuvor öffentlich gesagt wurde, gemeinsam das gleiche Ziel erreichen wollen. Er nimmt die Sorgen der Menschen auf und hält unser Europa im Mittelpunkt des Lösungswegs und damit uns alle zukunftsfähig. Dass wir das heute so gemeinsam beschließen können, haben wir im Wesentlichen unserer Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin zu verdanken. Person of the Year nennt sie das Time Magazine. Ich glaube, sie hat durch ihr Handeln in den letzten Monaten den Weg offengehalten, auch wenn sie dafür massiv gescholten wurde. Vorhin wurde die sogenannte Ungarn-Entscheidung erwähnt. Wenn diese Entscheidung nicht zu diesem Zeitpunkt gefallen wäre, sondern sich die Flüchtlingswelle ungebremst auf Deutschland zubewegt hätte, dann wüssten wir, was in der inneren politischen Tektonik dieser Republik für eine Diskussion entbrannt wäre. Deswegen war diese Entscheidung richtig.

Einige sagen, es waren ein paar Selfies zu viel. Vorher war allerdings der Brand des Flüchtlingsheims in Heidenau. Da ist Angela Merkel gescholten worden, dass sie nicht gleich vor Ort war. Der SPD-Bundesvorsitzende war dort und hat öffentlich von „Pack“ geredet. Zu den Leipziger Demonstrationen wird er sich sicherlich noch äußern.

Angela Merkel war zunächst an dem Ort in Nordrhein-Westfalen, wo Integration nicht geklappt hat. Die Selfies waren richtig. Die Bilder von brennenden Flüchtlingsheimen haben es bis in die „New York Times“ geschafft. Ich sehe in der internationalen Presse lieber Selfies einer Bundeskanzlerin als brennende Flüchtlingsheime in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Sie ist kritisiert dafür worden, dass sie gesagt hat, sie trete nicht ein in einen Wettbewerb, wer das unfreundlichste Gesicht in Europa macht, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Auch dies ist richtig.

Worum geht es? Das hat Wolfgang Schäuble eben gesagt. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Zukunft. Alle großen Studien sagen uns: Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, dann werden wir in Zukunft viele Menschen brauchen, die von außen zu uns kommen, um bei uns zu wirtschaften. Dies ist nicht nur ein deutsches Problem; das haben alle anderen entwickelten Industrienationen ebenfalls. Wir werden in absehbarer Zeit nicht nur in einem Wettbewerb um Rohstoffe stehen, sondern in einem Wettbewerb um die besten Köpfe dieser Welt. Menschen, die heute 15 Jahre alt sind und die in eine Ausbildung gehen, kann man in 20 Jahren nur für unsere Volkswirtschaft gewinnen, wenn sie in Deutschland nicht nur Geld verdienen können, sondern wenn sie sich hier auch besonders wohlfühlen. Deswegen ist es gut, dass diese Menschen heute sagen, dass sie Deutschland mit Sympathie und nicht mit dem Bild unserer jüngeren leidvollen Geschichte verbinden. Auch hier hat die Kanzlerin Großes geleistet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, dass wir den Mut haben, diesen Antrag kräftig zu unterstützen.

Zum Schluss möchte ich noch einen kleinen Wunsch äußern. Ich habe mal in der Schule gelernt, dass im Himmel mehr Freude über einen reuigen Sünder herrscht als über 99 Gerechte. Insofern freue ich mich morgen auf einen speziellen Redebeitrag. – Danke.

(Heiterkeit und Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Stritzl. Das Wort hat nun unser Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Anschließend hält sich bereit Herr Michael Schreiber aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Thomas de Maizière: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Als Thomas Strobl und ich den ersten Entwurf für diesen Antrag gemacht haben, da war uns klar, dass das Thema Kampf gegen den Terror an die erste Stelle kommt. Jetzt sind schon einige Tage nach dem 13. November vergangen. Aber hier ist wenig über Terrorbekämpfung geredet worden. Natürlich wurde darüber geredet von Thomas Strobl als einem Mit Antragsteller und von Wolfgang Schäuble.

Wenn man Innenminister ist oder Innenminister war, dann bleibt die Sorge um das hohe Gut Sicherheit groß. Das ist auch verständlich. Wenn Sicherheitsbehörden und Innenminister für Sicherheit vorsorgen, gibt es viel Unterstützung beim Vorliegen einer gefährlichen Situation. Es gibt weniger Unterstützung, wenn sie angeblich nicht mehr vorliegt. Deswegen kann ich nur sagen: Bleiben wir wachsam! Wir haben viel gemacht. Die Vorratsdatenspeicherung, das Fluggastdatenabkommen und die Maßnahmen im Haushalt wurden bereits erwähnt. Wir haben für unsere Sicherheitsbehörden – auch dank Wolfgang Schäuble – so viele Stellen bekommen wie seit Jahren nicht mehr. Das ist gut. Die Zeit des Personalabbaus beim Bund und bei den Ländern ist vorbei. So sollte es auch sein.

(Beifall)

Die Terroristen wollen Menschen töten; aber sie wollen damit auch unsere Freiheit und unsere Art zu leben angreifen. Dem dürfen wir nicht nachgeben. Allerdings ist die Sorge vor einem Terroranschlag auch ein Wert; denn dies zeigt, dass die Menschen es wertvoll finden, dass wir in Freiheit leben. Deswegen ist diese Sorge richtig, und sie muss uns bei unserer Arbeit tragen, auch wenn ein Terroranschlag scheinbar weit weg ist.

Ich würde gerne der deutschen Bevölkerung sagen: Wir sorgen dafür, dass es in Deutschland keinen Terroranschlag gibt. – Ich kann es nicht, ich will es nicht, und ich werde es nicht tun. Wir können nur sagen: Wir sind wachsam. Wir tun, was uns möglich ist. Sicherheitsbehörden brauchen dazu Unterstützung. Aber wir werden mit dieser Terrorlage leben müssen, ohne uns zu verändern: in unserer Art zu leben, in unserem Stolz und in unserer freiheitlich-demokratischen Lebensführung. Das ist die beste Antwort auf Terroristen.

(Beifall)

Nun zum Thema Flüchtlinge. Natürlich müssen wir eine Balance finden zwischen unserer humanitären Verantwortung und dem Vermeiden von Überforderung. Wir haben uns wahrlich unserer humanitären Verantwortung in diesem Jahr gestellt. Der Antrag, den wir jetzt vorlegen und den wir zur Annahme empfehlen, findet die richtige Balance zwischen humanitärer Verpflichtung und dem Vermeiden von Überforderung, und zwar durch ein Bündel von Maßnahmen und nicht nur durch eine einzige Maßnahme.

Ich habe beim Zuhören und beim Durchgehen der Anträge einmal überlegt, wie man diese gliedern und ordnen kann. Ich habe versucht, das in 15 Punkten zusammenzufassen. Keine Sorge, es geht ganz schnell. Fünf Punkte international, fünf Punkte europäisch und fünf Punkte national. Was sind die Maßnahmen, mit denen wir uns unserer humanitären Verantwortung stellen und Überforderung vermeiden können? Ich zähle diese Punkte in der kürzest möglichen Form auf.

Auf internationaler Ebene. Erstens. Kampf gegen den Terror, eingebettet in eine politische Lösung des Syrien-Konflikts. Zweitens. Hilfe für die Menschen in den Flüchtlingslagern. Drittens.

Unterbindung der illegalen Migration durch Verhandlungen mit der Türkei. Viertens. Schutz der europäischen Außengrenzen. Fünftens. Bekämpfung der Schleuser. Das ist das, was wir international tun müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt zu dem, was wir europäisch tun müssen. Sechstens. Gemeinsames europäisches Asylsystem in Europa und damit Verringerung der Anreize, nach Deutschland zu kommen. Siebtens. Verteilung der Schutzbedürftigen in Europa. Achstens. Volle Wiedereinführung von Dublin, solange es kein anderes System gibt. Neuntens. Festhalten an Schengen so lange wie möglich. Zehntens. Zeitlicher und inhaltlicher Vorrang des europäischen Außenschutzes vor nationalen Maßnahmen.

In Deutschland. Elftens. Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nichtschutzbedürftigen. Zwölftens. Rückführung derjenigen, die nicht schutzbedürftig sind. Dreizehtens. Begrenzung des Familiennachzuges. Vierzehntens. Integration der Schutzbedürftigen und fünfzehntens – dazu sage ich später noch ein paar Worte – gesellschaftlicher Zusammenhalt gegen Populismus, Hass, Gewalt und Parallelgesellschaften. Das ist in kürzester Form, was wir an Maßnahmen machen müssen.

(Beifall)

Noch ein paar Worte zur Integration. Ich glaube, wir können die Integration so vieler Menschen bei uns, die schutzbedürftig sind, nicht mit den Maßnahmen hinbekommen, mit denen wir üblicherweise Probleme lösen. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Wir müssen im nächsten Jahr die Zahl der Integrationskurse verdoppeln. Die Kultusminister der Länder müssen viele Lehrer finden, die Deutsch unterrichten. Dafür haben wir super Voraussetzungen: Deutsch als Fremdsprache, vier Jahre Studium, Qualifizierung. Das ist zwar alles wunderbar. Aber wenn wir die Anforderungen so hoch halten, dann sind wir nicht mehr flexibel genug, um die vor uns liegenden Probleme zu lösen. Deswegen sage ich: Nutzen wir die Integration als Chance für eine neue Flexibilisierung unseres Landes.

(Beifall)

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Es geht um die berufliche Qualifizierung. Unser ganzes Bildungssystem beruht auf der formalen Qualifizierung. Wenn jemand eine formale Qualifizierung hat, dann ist er geeignet, einen Beruf auszuüben.

Bei Flüchtlingen – denkste! – wird das so nicht gehen. Dort gibt es keine beruflichen Qualifizierungen. Die prüfen wir lange. Wir müssen dafür sorgen, dass sie rein in Arbeit kommen, und dann gucken wir, wie die berufliche Erfahrung ist. Ich glaube, dann wird bei der Integration ein Schuh daraus – nicht umgekehrt.

(Teilweise Beifall)

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Integration – auch davon war heute noch nicht die Rede – ist die Geduld. Ich muss sagen: Wir müssen diejenigen, die hier sind, und diejenigen, die untergebracht werden, zu Geduld auffordern. Ja, viele Unterkünfte sind nicht bequem, ja, es ist eng, ja, es fehlen manchmal sanitäre Anlagen, ja, die Verfahren dauern lange. Wenn unser Land aber eine Million Flüchtlinge schultert, dann geht das, ehrlich gesagt, nur, wenn diejenigen, die zu uns kommen, mehr Geduld aufbringen, nicht gewalttätig werden, sich nicht gegen andere wenden und das tun, was nötig ist, damit wir über ihre Verfahren schnell entscheiden und schnell zur Integration der Schutzbedürftigen kommen. Geduld ist für alle ein guter Ratgeber.

(Beifall)

Der nächste Punkt ist der Umgang mit diesem Thema. Das treibt mich schon lange um. Liebe Freunde, weit über die Rechtsextremisten hinaus nutzen diejenigen, die unsere Flüchtlingspolitik kritisieren, eine Sprache des Hasses. Es ist ein Verlust an Umgangsformen uns gegenüber, den Medien gegenüber und anderen gegenüber entstanden, der mich besorgt. Manchmal frage ich mich: Wie dünn ist eigentlich die Zivilisationsschicht, die wir im Umgang miteinander haben? Wo ist die Kinderstube geblieben? Was ist da eigentlich los?

(Beifall)

Auch hier kann man viel erklären: Das hat mit Unsicherheit, Angst und vielem anderen mehr zu tun. – Ich weiß nicht, warum. Wir können es nicht hinnehmen, dass wir so miteinander diskutieren, dass von Personen, die weit weg von rechtsextremen Kreisen sind, Politiker als Hochverräter, Journalisten als Lügenpresse und Asylbewerber als Viehzeug bezeichnet werden. Wir wollen in unserem Land zivilisiert und anständig miteinander umgehen, und das müssen wir auch in der Flüchtlingsdebatte beweisen.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss und zur Veränderung. Die Kanzlerin, Julia Klöckner und Thomas Strobl haben davon gesprochen, und ich will auch ein paar Sätze dazu sagen.

Ich weiß, dass viele Sorgen vor Veränderungen haben, weil es uns so gut geht und wir in stabilen Verhältnissen leben. Mein Gesellschaftsbild und mein Verständnis vom Menschen und von der Gesellschaft sind so, dass die Freiheit und die Ausübung der Freiheit immer zu Veränderungen führen. Das ist ganz normal. Kinder werden groß und verändern sich. Es ist etwas Wunderbares, zu sehen, wie sich Kinder verändern. Übrigens: Die Eltern ändern sich im Verhalten zu Kindern hoffentlich auch.

Das heißt, es geht nicht um die Frage, ob wir uns verändern, sondern es geht um die Frage, wie wir uns verändern. Wer Veränderungen leugnet, der wird verändert. Nur wer Veränderungen annimmt, ist imstande, den Veränderungsprozess zu prägen, und nur wer stark ist, kann Veränderungen prägen.

Unser Leitbild ist unsere Leitkultur. Wir haben bei den Vorbereitungen lange überlegt und sind stolz darauf, dass wir in diesen Antrag wieder hineingeschrieben haben, dass wir uns zur Leitkultur bekennen. – Darauf sind wir stolz, und damit wollen wir selbstbewusst umgehen.

(Beifall)

Ob sich unsere Gesellschaft zum Negativen verändert, liegt – Annegret Kramp-Karrenbauer hat das am Beispiel der Moslems gesagt – nicht so sehr an denen, die zuwandern und zu uns kommen, sondern vor allen Dingen an uns und daran, wie stark wir sind. Je stärker wir den Veränderungsprozess prägen, umso weniger geht er in eine Richtung, die wir nicht wollen. Dazu ist Selbstbewusstsein als stolze Demokraten und als Christliche Union und nicht Verzagtheit angesagt, und dazu fordere ich uns auf.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank an Thomas de Maizière für seine Rede, aber natürlich auch für seine Arbeit.

(Beifall)

Der nächste Redner ist Michael Schreiber. Danach spricht Peter Hauk und danach Christean Wagner. – Wir haben für Wolfgang Schäuble und Thomas de Maizière eine Ausnahme gemacht, sodass sie hier aufgrund ihrer Regierungsverantwortung länger sprechen konnten; das ist ja klar. Ihr alle tut dem Parteitag einen Gefallen, wenn sich jeder konzentriert, seine zentralen Gedanken nennt und sich an die Redezeit von drei Minuten hält. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Schreiber: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, vielen Dank, dass ich das Wort ergreifen darf. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende Dr. Merkel, Sie haben heute Morgen einige wichtige Aussagen getroffen, für die ich Ihnen ganz herzlich danken möchte.

Dazu gehört die Aussage oder Feststellung, dass wir die Zahl der Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland kommen, in der Tat spürbar reduzieren müssen.

Dazu gehört die Feststellung, dass wir die Außengrenzen der Europäischen Union stärker schützen müssen, als das in den vergangenen Wochen und Monaten der Fall war.

Dazu gehört die Feststellung, dass die Politik in den vergangenen Wochen auch einige wegweisende Entscheidungen getroffen hat, die teilweise nur nicht umgesetzt werden, und dass das auch ganz wesentlich ein Versagen von Grün-Rot ist, weil diese Beschlüsse beispielsweise bei der Abschiebung und Rückführung nicht umgesetzt werden.

(Teilweise Beifall)

Dazu gehört die Feststellung, dass wir die Sorgen der Bevölkerung, unserer Wähler, unserer Basis, ernst nehmen müssen.

Frau Bundeskanzlerin, dafür herzlichen Dank.

Frau Dr. Merkel, ich sage Ihnen aber auch: Ich habe in Ihrer Rede einige Feststellungen vermisst, und andere haben Sie nicht hinreichend deutlich gemacht.

Dazu gehört, wie wir es gerade auch von Herrn de Maizière gehört haben, die Feststellung, dass nicht alle, die zu uns kommen, deshalb kommen, weil sie vor Bombenhagel, Mord, Totschlag und Verfolgung fliehen, sondern dass eben auch immer noch viel zu viele Wirtschaftsflüchtlinge dabei sind, die zu uns in die Perspektivlosigkeit kommen. Es ist nämlich in der Tat so, wie Frau Nahles festgestellt hat – ich kann mich kaum erinnern, dass ich Frau Nahles jemals zugestimmt habe, aber wo sie recht hat, hat sie recht –, dass nämlich nur zehn Prozent derer, die aktuell kommen, mittelfristig für den deutschen Arbeitsmarkt aktivierbar sind. Frau Dr. Merkel hierdurch bekommen wir natürlich Verhältnisse, die die Bevölkerung und unsere Integrations- und Aufnahmefähigkeit in der Tat überfordern.

Ich bin schon der Meinung, dass wir das noch etwas stärker herausstellen müssen und dass auch Sie das noch etwas stärker herausstellen müssen, weil wir diesen Zustrom in näherer Zukunft sonst nicht signifikant werden begrenzen können.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Merkel, mir hat in Ihrer Rede auch gefehlt, dass wir noch nicht am Ende dessen angeht sind, was gesetzlich gemacht werden kann und muss, um dem Zustrom Herr zu werden.

Dazu gehört beispielsweise, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie der subsidiäre Schutz, der momentan auch noch ein ganz massives Thema ist, eingegrenzt wird, und dass nicht – übertrieben gesagt – jede vorgeschobene Psychose schon dazu führt, dass ein Abschiebehindernis besteht und eine Duldung erreicht wird.

Zu dem, was mir gefehlt hat, gehört auch, dass wir, wie ich meine, das Thema „Sach- statt Barleistungen“ nochmals stärker besprechen müssen und hierzu weitergehende gesetzliche Regelungen brauchen.

Frau Dr. Merkel, nun komme ich zum Thema Europa. Ich stimme Ihnen uneingeschränkt zu: Das Problem werden wir nur lösen können, wenn wir uns um die europäische Perspektive und eine einheitliche europäische Lösung bemühen. Unbehagen bleibt aber natürlich im Raum, wenn wir feststellen, wie die europäischen Partner derzeit über das Thema denken und reden.

Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie bei diesem dicken Brett, das Sie hier bohren, Erfolg haben. Ich glaube aber auch, dass wir nicht um die Antwort auf die Frage herumkommen

werden, was ist, wenn es nicht gelingt, auf europäischer Ebene für eine vernünftige Verteilung der Flüchtlinge zu sorgen. Die 160 000 Flüchtlinge, deren Verteilung vor einigen Wochen beschlossen worden ist, sind bei Weitem noch nicht verteilt. Diese 160 000 sind auch nur eine ganz kleine Gruppe derer, die derzeit insgesamt kommen.

Frau Dr. Merkel, ich schließe mich deshalb den Ausführungen von Herrn Vaatz vor einigen Stunden an: Der Leitantrag, der heute vorgelegt wird, geht mit Sicherheit in die richtige Richtung, aber es bleiben Zweifel, ob das Signal, das gegeben wird, nach außen kraftvoll genug ist, um den Flüchtlingszustrom signifikant zu reduzieren. Frau Dr. Merkel, das hängt natürlich ganz maßgeblich mit Ihrer Rhetorik der vergangenen Wochen zusammen, und ich hoffe, Ihre Rhetorik der Zukunft wird etwas anders aussehen als in der Vergangenheit.

Ich sage Ihnen aber auch: Wir bräuchten ein kraftvolleres Signal auch nach innen, zu unseren Wählern und zu unserer Basis;

(Vereinzelt Beifall)

denn – hier möchte ich meinem Parteifreund Weiß aus Südbaden ganz eindeutig und nachdrücklich widersprechen – es ist mitnichten so, dass unsere Basis und unsere Wahlbevölkerung Ihren Kurs uneingeschränkt teilen. Hier ist große Skepsis vorhanden. Ich habe die Sorge, dass diese Skepsis immer weiter zunehmen wird und dass es uns durch den jetzt zu beschließenden Leitantrag nicht gelingen wird, das in den Griff zu bekommen.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Es ist mitnichten nicht die CSU, die hier Probleme sieht, es ist auch ein weiter Teil unserer eigenen Basis. Frau Dr. Merkel, deshalb bitte ich Sie herzlich: Nehmen Sie sich das – schließlich gehen wir auf die besinnlichen Tage zu –, was hier, und zwar nicht nur von mir, sondern auch von vielen anderen geäußert worden ist, zu Herzen und überdenken Sie Ihre Rhetorik zu dieser Thematik; denn sie wird maßgeblich den weiteren Kurs bestimmen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Verehrte Delegierte, wir haben noch 16 Wortmeldungen in der allgemeinen Aussprache vor uns. Es ist ja schwer, sich auf drei Minuten zu konzentrieren, deshalb machen wir es einfacher: Jeder soll sich jetzt auf zwei Minuten konzentrieren. Das wäre total nett.

(Teilweise Beifall)

Peter Hauk, übe mal. – Danach kommt Christean Wagner.

Peter Hauk: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir verabschieden heute nach langen Diskussionen und vielen Wochen einen guten Antrag; denn

der Antrag zeigt, dass die CDU handlungsfähig ist und dass die CDU in wesentlichen Fragen geschlossen ist. Darin unterscheiden wir uns von den Roten, von den Grünen und auch von den Schwarzen im Osten. Das ist eine klare Botschaft an die Bevölkerung in Deutschland.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube auch nicht, wie mein Vorredner, dass es an der Rhetorik fehlt. Es fehlt an der Überzeugungskraft von uns allen, es fehlt am Willen zur Einigung, es fehlt am Willen zur Entschlossenheit. Im Vorfeld dieses Parteitages hat diese Partei gezeigt, dass wir in der Lage sind, uns über strittige, kontrovers zu diskutierende Themen zu einigen, weil wir eine Volkspartei sind und weil wir die Kraft dazu haben, einen Antrag zu verabschieden, der einen Konsens beschreibt. Ich halte das für zwingend notwendig, weil damit auch ein Signal an die Öffentlichkeit geht, das Signal, dass wir in der Lage sind, das Thema in den Griff zu bekommen. Das ist ja der Aspekt, warum uns die Menschen ein Stück weit mit Skepsis begegnen. Sie fragen sich, ob wir Politiker in der Lage sind, der Herausforderungen Herr zu werden. Ich glaube, wir sind es. Wir sind es auch deshalb, weil wir eine Parteivorsitzende haben, die sich mit Mut und großem Engagement in die Thematik hineingekniet hat und Führung in den westlichen Demokratien, auch weit über Europa hinaus, übernommen hat. Auch Demokratie trägt Verantwortung, sie hat Verantwortung übernommen. Ich bin deshalb stolz, dass ich dieser Partei angehöre, und ich bin auch stolz darauf, dass Angela Merkel unsere Parteivorsitzende ist.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Das war super. Es sollte zwar nicht der Schluss sein, aber es war ein wunderbarer Schluss. – Christean Wagner ist der nächste, danach kommt Thomas Mann.

Christean Wagner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde, wenn wir die Flüchtlingskrise bewältigen wollen, müssen wir uns über die unbestreitbaren Fakten verständigen. Zu diesen Fakten gehört zuallererst, dass im Jahre 2015 einschließlich der Nichtregistrierten 1 bis 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sein werden. Unbestreitbar ist leider auch, dass gegenwärtig jeder in unser Land kommt, der es will, und zwar in unbegrenzter Zahl, häufig unkontrolliert oder auch illegal. Zu den Fakten gehört, dass viele Bürger unseres Landes verunsichert sind.

In der Jahreshauptversammlung meines CDU-Gemeindeverbandes in der letzten Woche wurden besorgte Fragen gestellt, die wir beantworten müssen. Es wurde gefragt: Setzt sich die ungeordnete Einwanderung im selben Maße auch im Jahr 2016 oder gar 2017 fort? Wo sind die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit, sozialpolitisch, arbeitsmarktpolitisch und gesellschaftspolitisch? Selbst Bundespräsident Gauck hat vor wenigen Tagen vor einer Überforderung unseres Landes gewarnt. Das treibt die Menschen um.

Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Flüchtlinge aus Ländern mit einer völlig anderen Kultur, Religion und Werteordnung kommt, werden Überfremdungängste – man kann sie teilen oder nicht – geäußert. Entstehen Parallelgesellschaften? Gibt es Entwicklungen wie in den Banlieues in Frankreich oder in Brüssel? Ähnliche Sorgen äußert der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Er sagt wörtlich: „Ich habe die Sorge, dass viele Flüchtlinge aus Kulturen kommen, in denen der Hass auf Juden ein fester Bestandteil ist.“ – Das sind Sorgen, die auch aus der aufgeklärten Mitte der Gesellschaft geäußert werden. Deshalb müssen wir sie in hohem Maße ernst nehmen und die entsprechenden Antworten finden.

Zur Lösung der Krise gibt es zahlreiche Vorschläge, die alle in sich plausibel klingen, bei denen ich mich aber eher frage, ob sie in den nächsten zwei, drei Jahren greifen werden, ob sie dazu führen werden, dass in den Jahren 2016 und 2017 die Flüchtlingsströme nach Deutschland massiv zurückgehen. Da habe ich, wenn ich ehrlich bin, erhebliche Zweifel. Einiges wurde dazu von meinem Vorvordner schon gesagt.

Liebe Freunde, wir müssen intellektuell redlich sein. Die genannten Lösungsvorschläge werden in den nächsten drei bis fünf Jahren nicht dazu führen, dass nicht weitere Millionen Menschen unkontrolliert in unser Land strömen. Was ist zu tun? Dazu wenige Sätze: Ich meine, wir müssen in erster Linie in dieser überschaubaren Zeit der nahen Zukunft auf eigene Lösungen setzen. Wir werden uns selbst helfen müssen. Wir werden uns im Sinne des ursprünglichen JU-Antrages entscheiden müssen, wie viele und welche Flüchtlinge wir nach Deutschland einreisen lassen.

Schweden hat in den letzten Tagen erklärt, dass seine Kapazitäten erschöpft seien. Für Schweden gibt es eine Grenze der Aufnahmefähigkeit – und ich füge hinzu, denn es ist eine Lebensweisheit – und für Deutschland natürlich auch. Warum ist es so schwer, das offen auszusprechen? Was heißt das konkret? Das heißt konkret, dass wir jetzt unmittelbar, solange wir die gesamte Problematik auch international nicht in den Griff bekommen, mit polizeilichem Personaleinsatz unsere Grenze, insbesondere die nach Österreich, kontrollieren müssen. Schon an der Grenze müssen diejenigen zurückgewiesen werden, die illegal nach Deutschland einreisen wollen. Wenn wir nach dieser Maxime handeln, liebe Parteifreunde, werden wir es schaffen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Thomas Mann, danach Elke Hannack und Cemile Giousouf. Alle drei versuchen es jeweils in zwei Minuten.

Thomas Mann: Der Versuch ist nicht strafbar, lieber Peter Hintze. – Wir haben heute eine bärenstarke Rede von Angela Merkel gehört. Es gibt dazu eine Aussage, die ich für gut halte, weil sie sich der Tyrannei entgegensetzt und weil sie moralische Führung gibt in einer Welt, in der es

daran mangelt. Das war die Begründung von „Time“-Magazine, warum Angela zur Persönlichkeit des Jahres wurde. Es hat absolut recht. Man darf seine Politik nicht an aktuellen Stimmungen orientieren. Man darf nicht davon abrücken, dass wir eine bestimmte Grundhaltung, eine christlich-soziale Grundhaltung haben, von der wir niemals Abstand nehmen werden. Das hat Angela Merkel deutlich gemacht. Wir werden auch nicht von unseren Werten abgehen, und wir müssen dafür sorgen, dass andere diese Werte übernehmen.

Ich bin froh, dass wir nicht über das Thema sprechen, das uns in den letzten Tagen begleitet hat, dass wir uns zerfleischen werden. Es ist gut, dass wir einen gemeinsamen Antrag verfasst haben. Ich halte es für richtig, gestärkt durch die große Rede von Angie dafür zu sorgen, dass wir nicht mehr wie die Kaninchen auf die Schlange starren, wenn es um die A-Partei geht. Die A-Partei in Deutschland war vor einigen Monaten klinisch tot. Sie ist durch die Adaption von verschiedenen Inhalten gestärkt worden. Das haben wir doch gar nicht nötig. Wer ist denn Frau Petry? Wenn sie den Versuch macht, einmal keine Probleme zu finden und stattdessen sagt, „ich würde gerne eine bestimmte Idee kreieren und weiß nicht weiter“, dann lacht sie. Diese Frau ist eine reine Grinsekatz und nichts weiter. Warum soll man dieser Dame folgen? Viele sind dabei, die Angst haben. Viele sind dabei, die große Probleme haben. Einige von denen können wir gewinnen, nicht alle sind Fremdenhasser. Dann müssen wir aber dafür sorgen, dass sie nicht bei Pegida mitmachen, wenn Galgen gebaut werden und die Namen von Politikern aus unseren Reihen genannt werden. Wenn dort gesagt wird „Wir sind das Volk“, dann ist das falsch. Es ist ein kleiner Teil des Volkes und nichts weiter. Wir müssen einen großen Teil der Leute, die Angst haben, mitnehmen. Wir müssen sie mit in die Erstaufnahmezentren oder die Heime, die wir für unbegleitete Flüchtlinge gesehen haben, mitnehmen. Wir müssen sie auffordern, teilzunehmen und dort Flüchtlinge kennenzulernen, um zu sehen, dass die Meisten nicht Schmarotzer oder Leute sind, die uns beleidigen wollen. Darunter sind viele Leute, die absolut guten Willens sind.

Eine letzte Bemerkung zum Thema Europa kann ich als Europapolitiker sicherlich machen. Wir haben Vieles erreicht: Hotspots, die jetzt arbeiten können. Die Sicherung der Außengrenzen ist der zweite Bereich. Die Liste der sogenannten sicheren Länder ist erweitert worden. Wir gehen gegen Schmuggler vor. Wir wollen Frontex erweitern. Das alles sind wichtige Bereiche. Allerdings gibt es zwischen den Beschlussmöglichkeiten, die wir haben, und der Realisierung noch große Unterschiede. Da haben einige Redner, auch Carsten Linnemann, absolut recht. Aber wer soll das denn angehen? Das sind doch nicht diejenigen, die sich ein wenig auf Parteitag tummeln, sondern diejenigen, die wie Angela Merkel vorgehen und versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten bei den Ländern, die noch nicht dabei sind. Wenn sie letztlich nicht mitgehen, müssen aus meiner Sicht europäische Solidaritätsprogramme wie Europäischer Sozialfonds, Europäischer Regionalfonds und anderes reduziert werden, damit sich die Länder an das gewöhnen, was wichtig ist, nämlich gemeinsam Verantwortung zu tragen.

Lassen Sie mich schließen mit der Äußerung, die ich am 3. Oktober bei uns in Frankfurt in der Alten Oper von unserem Bundespräsidenten gehört habe. Er sagte: Es kann keine Lösung in der Flüchtlingsfrage geben – es sei denn, sie ist europäisch.

Wir Europäer werden dafür sorgen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ein herzlicher Geburtstagsgruß geht an unseren niedersächsischen Freund Mathias Middelberg, der beschlossen hat, seinen Geburtstag heute mit uns auf dem Parteitag zu feiern. Herzliche Grüße, Mathias Middelberg.

(Beifall)

Wir haben aus langen und alten Zeiten liebe Freunde bei uns. Fritz Bohl ist hier, ebenso Christian Schwarz-Schilling – zwei aus den früheren Kohl-Kabinetten. Auch Roland Koch ist hier. Ihnen allen: Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun spricht als Nächstes Elke Hannack, danach Cemile Giousouf.

Elke Hannack: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will für den Antrag des Bundesvorstandes sprechen. Paul Ziemiak hat es gesagt: Wir haben gestern im Bundesvorstand intensiv um Formulierungen gerungen und Kompromisse gefunden. Wir haben Kompromisse gefunden, weil wir es als Volkspartei noch nicht verlernt haben, aufeinander zuzugehen und ehrlich miteinander zu diskutieren. Das, liebe Freundinnen und Freunde, ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Ich finde, darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall)

Aber in den wichtigen Punkten sind wir am Ende doch einig: Menschen, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, müssen wir faire Asylverfahren und die Aufnahme ermöglichen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in der aktuellen Situation nicht die Debatte führen müssen, ob wir es schaffen. Wir müssen die Debatte führen, wie wir es schaffen. Darauf gibt der Leitantrag an vielen Stellen die richtigen Antworten.

Natürlich wissen wir: Wenn die Einreisezahlen nach Deutschland auch in den nächsten Jahren auf gleich hohem Niveau bleiben, dann dürfen wir die gesellschaftlichen und auch die ökonomischen Risiken nicht ignorieren. Auch das tun wir nicht. Deshalb sagen wir im Leitantrag sehr konkret etwas zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Wir sagen sehr konkret etwas, wie wir die Flüchtlingszahlen reduzieren können. Wir sagen aber auch: Wir können das nicht alleine. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gefordert und müssen ihre Verantwortung für die Versorgung und die Eingliederung von Geflüchteten übernehmen. Das allein entlässt uns aber

nicht aus unserer eigenen Verantwortung. Wir müssen uns natürlich fragen: Welche Voraussetzungen brauchen wir in Zukunft, damit Integration besser gelingt? Wie müssen wir unsere Infrastruktur verbessern? Wahr ist nämlich auch: Wir haben in den vergangenen Jahren einen drastischen Personalabbau im öffentlichen Dienst erlebt. Nicht zuletzt gilt das auch für die 16 000 Stellen, die in den vergangenen zehn Jahren alleine bei der Polizei abgebaut worden sind. Bei den Lehrerinnen und Lehrern hat die GEW bereits 2001 rund 50 000 Lehrer mehr eingefordert für Schulen und Berufsschulen. Viel zu wenig ist seitdem geschehen. Ich sage: Mit einem öffentlichen Dienst, der zu wenig Personal hat, kann man die anstehenden Aufgaben nur schwerlich meistern. Hier müssen wir nacharbeiten. Das tun wir auch; so steht es im Leitantrag.

Wir wollen den Flüchtlingen mit Bleibeperspektive möglichst schnell Teilhabechancen eröffnen. Sie brauchen schnelle und vor allen Dingen gute Zugänge in Bildung, Ausbildung, Studium, Qualifizierung und auch in gute Arbeit. Deshalb muss Integration und muss auch Sprachunterricht so früh wie möglich einsetzen. Auch das haben wir in den Leitantrag geschrieben.

Liebe Freundinnen und Freunde, eine gerechte, eine solidarische Politik muss aber allen Menschen und die Verbesserung ihrer Teilhabechancen in den Blick nehmen, und zwar unabhängig davon, ob sie geflüchtet sind oder ob sie mit oder ohne Migrationsgeschichte hier in Deutschland leben. Dafür werbe ich. Bitte stimmen Sie dem Leitantrag zu. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Cemile Giousouf, danach Kollege Wanderwitz und Kollege Schummer.

Cemile Giousouf: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Auch ich möchte den Antrag des Bundesvorstandes unterstützen. Ich möchte zunächst damit beginnen, Angela Merkel zu danken, der Frau, die vor wenigen Tagen vom renommierten „Time Magazine“ zur Person des Jahres 2015 gewählt wurde.

(Vereinzelt Beifall)

Sie ist die erste Frau, die nach 29 Jahren diese Auszeichnung erhalten hat. Die ganze Welt gratuliert uns dazu. Merkel zeige mit Menschlichkeit, Großzügigkeit und Toleranz, wie deutsche Stärke genutzt werden könne, um zu retten, nicht um zu zerstören.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, so stehen wir heute international da, wir als CDU. Mit Angela Merkel an der Spitze haben wir in der Flüchtlingsfrage die moralische Führung in Europa übernommen. Das ist ein riesiger Respekt, eine riesige Aufgabe, aber auch ein riesiger Ansporn – ein Ansporn im Übrigen, der bei unseren Anhängern längst angekommen ist. Die übergroße Mehrheit unserer Anhänger, nämlich über 60 Prozent – so das jüngste ZDF-Politbarometer –, unterstützt unsere Bundeskanzlerin in ihrem Flüchtlingskurs. Wir sollten uns also den Er-

folg nicht von rechten oder linken Irrläufern kaputtreden lassen. Noch mehr Unterstützer findet Angela Merkel derzeit mit 71 Prozent bei den Grünen. Die lade ich herzlich zur konstruktiven Zusammenarbeit ein; am besten treten sie gleich unserer Partei bei.

Da sind wir auch schon beim Kern meiner Botschaft heute: Die Menschen wollen über Flüchtlingspolitik und Integration keinen Streit, sondern Antworten auf die drängenden Fragen. Da fangen wir nicht bei null an. Liebe Freunde, es war die CDU, die die Weichen für die Integrationspolitik in diesem Land gestellt hat. Es war die CDU, die die erste Staatsministerin für Integration ins Amt berufen hat. Wir haben die Integrationskurse organisiert, da haben uns die Grünen noch eine Zwangsgermanisierung vorgeworfen. Seit zehn Jahren investieren wir in Bildung und Frühförderung. Aber jetzt müssen wir Integration von der Stunde null schaffen. Wir müssen schneller und effizienter handeln, als wir es bisher getan haben, und diese Aufgabe mit Leben füllen. Selbstverständlich brauchen wir für diesen Prozess einen gemeinsamen Wertekanon. Ein Einwanderungsland, wie wir es sind, braucht gemeinsame Regeln, eine Leitkultur. Auch hier war es die CDU, die diese Debatte begonnen hat. Das ist unser Verdienst. Wir sind die Integrationspartei, liebe Freunde. Wir fangen nicht bei null an.

Der Antrag des Bundesvorstandes bindet die Aufgaben der Zukunft bestens zusammen. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken, um die konkreten Probleme vor Ort gemeinsam zu lösen! Stimmen Sie heute dem Antrag des Bundesvorstandes zu! Es gibt keine besseren Vorschläge, weder bei uns noch von der Opposition. Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Marco Wanderwitz, dann Uwe Schummer, dann Ute Hoffmann, dann Jan Welzel – und, wenn es geht, kurz, knackig und auf den Punkt. – Kollege Wanderwitz führt uns das jetzt einmal vor.

Marco Wanderwitz: Lieber Peter Hintze, ich werde mich herzlich bemühen. Ich habe auch nur zwei kleine Punkte. – Zum einen: Sie haben alle leider dieser Tage und in den letzten Wochen un-schöne Bilder aus meiner schönen sächsischen Heimat viel zu oft sehen müssen. Uns Sachsen tut es unheimlich weh, dass es auch diese Bilder gibt, dass es viele Menschen gibt, die Hass in ihren Herzen tragen und schlimme Dinge tun, für die es keine Rechtfertigung geben kann. Ich möchte Sie aber darum bitten, auch zu sehen, dass es in unserem schönen Bundesland wie überall in der Bundesrepublik Deutschland viel bürgerschaftliches Engagement gibt und dass diese Verblendeten in der Minderheit sind.

Deswegen sage ich auch in Richtung der Vertreter der Medien: Bitte schauen Sie genau hin, wenn Sie nach Sachsen schauen, und bitte berichten Sie so, dass die vielen, vielen Menschen, die in den Dörfern und Städten leben und eben nicht diese Meinung vertreten, es nicht ganz so schwer haben in der nächsten Zeit.

(Vereinzelter Beifall)

Das zum einen. Den zweiten Punkt hat mir unser Bundesinnenminister Thomas de Maizière fast schon abgenommen. Aber nun stehe ich schon einmal hier; deshalb möchte ich ihn ganz kurz ansprechen: Sie hören auch aus dem politischen Sachsen hier und da Botschaften – wir haben das vorhin von dem Kollegen Hauk aus Baden-Württemberg gehört –, die im Rest der Bundesrepublik Deutschland etwas schwer zu verdauen sind. Deshalb möchte ich an dieser Stelle sagen: Es gibt auch in Sachsen viele Politiker in der CDU, die die Meinung vertreten, dass der Kurs, den unsere Bundeskanzlerin fährt, ausdrücklich richtig ist. Ich gehöre dazu und möchte das deutlich sagen. – Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, auch für die Prägnanz. – Jetzt Uwe Schummer, dann Ute Hoffmann und dann Jan Welzel.

Uwe Schummer: Hass entsteht immer dann, wenn man sich nicht kennt. Deshalb ist es wichtig, Menschen kennenzulernen. Ich möchte über eine unserer wesentlichen Erfahrungen als christliche Demokraten am Niederrhein berichten: Als wir vor vielen Jahren gemeinsam angefangen haben, das Abrahamsfest zu feiern, und zwar mit den christlichen Gemeinden in unserer Heimatstadt, mit der muslimischen Gemeinde und mit der jüdischen Gemeinde, haben wir an Abraham festgemacht, dass wir in der Tiefe des Glaubens gemeinsame Wurzeln haben, an denen wir gemeinsam andocken können. Letztendlich führte diese konkrete Erfahrung, führte dieses Miteinander dazu, dass Hass zurückgedrängt werden konnte.

Wenn man gemeinsam im Glauben zusammensteht, dann braucht man natürlich so etwas wie einen Kompass. Wir verteilen seit vielen Jahren das Grundgesetz in deutscher Sprache, in den letzten Jahren an der Moschee und an den Flüchtlingsheimen auch in arabischer Sprache. Dadurch sind Lesegruppen entstanden, in denen Arabisch gelesen wird und Deutsch vermittelt wird, nicht nur mit dem Koran, sondern auch mit dem Betriebssystem unserer parlamentarischen Demokratie, mit der Verfassung, der wir alle miteinander verpflichtet sind. In der Präambel steht: In „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ verpflichten wir uns „in einem geeinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ Es folgt der erste Artikel: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

In der Präambel steht eben nicht: Die nachfolgenden Grundsätze und Grundwerte gelten in den nächsten Jahren für bis zu 500 000 Menschen zusätzlich. – Grundsätze, Grundwerte gelten für alle Menschen, egal woher sie kommen, egal wohin sie gehen.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist Verfassungspatriotismus. Daran wird deutlich, dass wir als christliche Demokraten Verfassungspartei sind.

Etwas Ermunterung habe ich von der Basis mitbekommen, von der Kreisfeuerwehr, von der Freiwilligen Feuerwehr. Der Kreisbrandmeister des Kreises Viersen sagte mir, dem Abgeordneten dieser Gemeinde mit ungefähr 30 000 Einwohner, in die etwa 2 500 Flüchtlinge kommen werden: Wir kennen die Situation vom Anfang der 90er-Jahre; wir können das Problem lösen, und wir schaffen das. Das ist Ermunterung von der Basis. Auf die sollten wir hören, und die müssen wir mitnehmen. Das ist Rückenwind für den Antrag und Rückenwind für Angela Merkel.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke. – Jetzt Ute Hoffmann, dann Jan Welzel und danach Peter Beuth.

Ute Hoffmann: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte! Wir wurden heute Morgen ganz ausführlich von der Presse zum Thema Flüchtlinge gefragt: Was macht Frau Merkel richtig? Was macht Frau Merkel falsch? – Ich sehe in der politischen Berichterstattung in den Medien leider nur noch dieses eine Thema. Herr Schäuble hat es richtigerweise angesprochen: Wir stehen vor Riesenherausforderungen, für die wir Lösungen finden müssen. Ich fände es ganz gut, wenn auch diese Herausforderungen nicht nur am Rande behandelt würden, wenn überhaupt. Ich wünsche mir, dass wir auch zu diesen Themen einmal befragt werden, dass wir auch darüber etwas lesen können.

Gerade die jungen Menschen in Deutschland machen sich sehr große Sorgen wegen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Bedingt durch die Finanzkrise wurden einfache Stellen gestrichen. In den Ländern war kein Geld vorhanden, um diese Stellen neu zu besetzen. Wir haben eine Jugendarbeitslosigkeit von 30 bis 40 Prozent in Europa. Zu Recht machen sich auch unsere jungen Menschen hier Sorgen; denn wenn wir dieses Problem nicht langfristig lösen, werden wir dieses Problem irgendwann auch in Deutschland haben. Ich fand es deshalb richtig, dass Frau Merkel heute Morgen am Schluss ihrer Rede dieses Thema Europa gebracht hat. Ich möchte mit ihren Worten schließen: Wenn es uns in Europa gut geht, geht es uns auch in Deutschland gut. – Danke.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, auch für die klare und präzise Aussage. – Jetzt Jan Welzel, danach Peter Beuth und danach Jutta Eckenbach. – Bitte folgt euren Vorrednern und fasst euch kurz.

Jan Welzel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zwei kurze Anmerkungen als Kommunalpolitiker. Erstens. Es ist gut, dass die CDU mit der gemeinsamen Erklärung die Kurve gekriegt hat; alles andere wäre schädlich gewesen. Zweitens. Ich finde es gut, dass Angela Merkel Politik erklärt und den Menschen sagt, wo die Herausforderungen liegen, und den Menschen nicht Sand in die Augen streut und sie nicht einlullt. Das ist das, was ich heute Morgen aus der Rede mitgenommen habe.

Liebe Parteifreunde, das möchte ich Ihnen heute mit auf den Weg geben: Es bringt nichts, wenn wir die Ängste betonen. Ängste werden nicht gewählt. Es wird der gewählt, der die Herausforderungen am besten definieren und Lösungen präsentieren kann.

(Vereinzelter Beifall)

Noch etwas, meine Damen und Herren: Wir müssen hier als Demokraten einer demokratisch legitimierten Regierungschefin den Rücken stärken, damit sie mit den Putins und Erdogans dieser Welt zurechtkommt. Meine Damen und Herren, ich möchte mit diesen Herrschaften nicht verhandeln. Da bleibe ich doch lieber bei der Personalpolitik. Da kennt man sein Steckenpferd. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Vorbildlich. – Jetzt Peter Beuth, dann Jutta Eckenbach und Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Peter Beuth: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nicht die Argumente wiederholen, sondern dem Parteitag einen einzigen Punkt in Erinnerung rufen: Wir haben uns in den letzten Wochen mit Begriffen und Ähnlichem auseinandergesetzt, auch in unserem Bundesfachausschuss Innenpolitik. Wir haben uns natürlich mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt.

In den letzten Wochen ist mir vor allen Dingen ein Thema zu kurz gekommen: Meine Damen und Herren, beschäftigen wir uns gelegentlich doch auch einmal mit den Sozialdemokraten in diesem Land. Wenn ich mich richtig erinnere, dann haben die Sozialdemokraten vor wenigen Tagen einen Parteitag abgehalten. Im Gegensatz zu uns, die wir die wichtigen Fragen dieses Landes miteinander besprechen und wegweisende Beschlüsse fassen, haben Sie sich nicht damit befasst. Wir haben die Sorgen der Menschen ernst genommen. Wir haben uns mit den Herausforderungen beschäftigt, die sich aus dem Terrorismus ergeben. Wir haben uns mit den Integrationsfragen, die sich aus den Problemen mit den Flüchtlingen ergeben, beschäftigt. Wir bieten Lösungen für die Frage, wie wir die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren können. Wir wollen unsere Außengrenzen schützen. Wir wollen den Schleusern das Handwerk legen. Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, mit denen sich die CDU Deutschlands auf ihrem Parteitag auseinandersetzt. Welche wegweisenden Beschlüsse haben eigentlich die Sozialdemokraten in diesem Land beizutragen? Welche Lösungen schlagen denn die Sozialdemokraten vor? Es gibt keine. Wichtige Themen wie Terror und Flüchtlinge kamen in den Tagen nach dem Parteitag überhaupt nicht vor. Ich finde, es ist wichtig, dass wir das einmal deutlich machen. Sogar Herr Stegner, dieser Sympathieträger der SPD, ist still gewesen; auch das finde ich außerordentlich bemerkenswert. Meine Damen und Herren, es ist unsere Leistung als CDU Deutschlands, als Volkspartei, dass wir die Probleme, die den Menschen auf dem Herzen liegen, ernst nehmen,

dass wir sie aufnehmen. Sozialdemokratische Maulhelden, die es überall im Lande gibt, beschreiben die Probleme, aber sie leisten keinen Beitrag zur Lösung, wie wir heute hier. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt Jutta Eckenbach, dann Elisabeth Winkelmeier-Becker und Bianca Seeger.

Jutta Eckenbach: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem Antrag und zu dem, was wir, wie ich hoffe, heute beschließen, ein paar Worte sagen. Zunächst einmal bedanke ich mich aber recht herzlich bei unserer Bundeskanzlerin für eine engagierte Rede, die sie heute Morgen hier gehalten hat. Sie hat uns alle auf den richtigen Weg gebracht und, wie ich hoffe, die CDU in Gänze mitgenommen.

Als Sozialpolitikerin und Arbeitsmarktpolitikerin des Deutschen Bundestages sind mir nicht nur die Flüchtlinge wichtig, sondern auch die Menschen, die seit vielen Jahren langzeitarbeitslos sind. Mir ist wichtig, beide Gruppen zu integrieren, sie mitzunehmen und in Arbeit zu bringen; denn das benötigen wir dringend für die soziale Stabilität in unseren Kommunen. Aber auch da sind wir als CDU sehr gut aufgestellt.

Ich glaube, wir als CDU haben es geschafft und werden es weiterhin schaffen, die soziale Balance zu halten. Wir haben heute im Laufe des Tages von vielen Rednern gehört, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Ja, das sind wir. Wir werden das schaffen. Ich hoffe, dass morgen nicht in der Zeitung steht, dass die CDU in der Aussprache vier Stunden diskutiert hat, sondern morgen in der Zeitung zu lesen ist: Die CDU ist auf dem richtigen Wege, mit ihrer Kanzlerin Angela Merkel. – Herzlichen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön für die kurze, pointierte Rede. – Es folgen Elisabeth Winkelmeier-Becker, Bianca Seeger, Dr. Maximilian Krahe. – Lisa Winkelmeier-Becker scheint nicht im Saal zu sein. Dann Bianca Seeger.

Bianca Seeger: Meine Damen und Herren! Lieber Vorsitzender! Ich möchte aus dem Land Nordrhein-Westfalen unter anderem darüber berichten, dass wir es – trotz der tollen Anträge – immer noch nicht geschafft haben, alle Dinge umzusetzen. Unsere Anträge zum 1. November, die schon in Gesetzen umgesetzt wurden, waren wunderbar. Wir spüren vor Ort die ersten Auswirkungen, Gott sei Dank. Aber man muss den Menschen im Einzelnen und differenziert erklären, dass es nicht die CDU und die Bundesregierung sind, die nicht vorangehen, die keine Gesetze auf den Weg bringen, keine Lösung finden, sondern die Länder, die nicht das umsetzen, was wir von ihnen einfordern. Daher bitten wir ganz massiv, noch mehr Druck insbesondere auf die rot-grün regierten Länder auszuüben, damit sie die sehr guten Maßnahmen, die schon beschlossen wurden und demnächst beschlossen werden, auch umsetzen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Dr. Maximilian Krah, danach Kai Wegner, danach Jenovan Krishnan.

Dr. Maximilian Krah: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und liebe Freunde! Ich bin mit 19 in die CDU eingetreten und seitdem immer ehrenamtlich aktiv. Insofern spreche ich hier vor allen Dingen in Verantwortung für die Mitglieder an der Basis in Dresden-Zschachwitz. Wir haben in der letzten Zeit vernommen, dass sehr viel über Worte gestritten und diskutiert wurde. Niemand sollte sein Gesicht verlieren. Aber die Mitglieder vor Ort wollen Taten sehen. Sie wollen konkrete Handlungen sehen, damit wir mit den Problemen, die sich aus der Flüchtlingskrise ergeben, fertigwerden. Wir brauchen die Möglichkeit, unsere Sicherheit und unsere Stabilität selbst herzustellen, und dürfen uns nicht auf Herrn Erdogan verlassen. Die Basis erwartet eine kraftvolle Politik der CDU.

Wir sind die Europa-Partei. Wir sind von Konrad Adenauer und Helmut Kohl geprägt worden. Sie haben uns zwei Grundsätze gegeben: „keine Experimente“ und „keinen deutschen Sonderweg“. Das Experiment der offenen Grenzen, das wir zurzeit erleben, ist ein deutscher Sonderweg. Ich kann leider die Hoffnung so vieler hier, dass andere europäische Länder uns helfen werden, damit fertigzuwerden, nicht teilen. Dresden schaut nach Osteuropa, und in Osteuropa kann ich diese Bereitschaft nicht erkennen. Auch Frankreich hat durch den Front National ganz andere Probleme und wird sich keine weiteren Probleme aufhalsen.

Zweitens sind wir die Partei des Rechtsstaats. Das Asylverfahrensgesetz und das Grundgesetz geben uns jetzt schon die Möglichkeit, unberechtigt einreisende Migranten an der Grenze abzuweisen. Ich bedaure, dass wir diese Möglichkeit nicht wahrnehmen.

Die Menschen vor Ort erwarten, dass wir zu diesen Prinzipien stehen: keine Experimente, keine Sonderwege, Ausnutzung dessen, was rechtlich möglich und geboten ist. Ich sehe zwar, dass der Antrag so, wie heute über ihn abgestimmt werden soll, in die richtige Richtung geht, dass er schon ein Stück besser ist als das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben. Aber wenn in den nächsten Monaten weiter täglich Tausende Zuwanderer über die offenen Grenzen zu uns kommen, wird das nicht reichen. Deshalb kann der Antrag heute nur eine Etappe sein; aber wir sind nicht hier, um eine Etappe zurückzulegen – die Erwartungen sind höher. Deshalb bitte ich Sie, gerade bei der Abstimmung über die beiden Änderungsanträge ein mutiges Zeichen zu setzen, damit aus dem Vorschlag des Bundesvorstandes ein Antrag und ein Beschluss wird, der auch die Zustimmung unserer Basis und unserer Wähler findet. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir haben noch drei Redner: Kai Wegner, Jenovan Krishnan und Ernst Brenning.

Kai Wegner: Herr Vorsitzender! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freundinnen und Freunde! Auch ich möchte mich natürlich ganz herzlich für die klare, zukunftsweisende Rede unserer Bundeskanzlerin bedanken. Ich möchte mich aber vor allem als Berliner für eine ganz besondere Passage in dem Antrag bedanken, lieber Peter Tauber: In Zeile 515 sagen wir – wenn es so beschlossen wird, was ich mir sehr wünsche –, dass wir die Wanderungsbewegungen in die großen Städte und die Ballungsräume verhindern müssen und eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge auf ganz Deutschland vornehmen müssen. Ich glaube, dass das wichtig ist; denn wenn wir die Akzeptanz der Menschen erhalten wollen, wenn wir die Integrationsfähigkeit erhalten wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass es auch in Ballungsräumen noch Möglichkeiten gibt, Turnhallen für den Schulsport unserer Kinder zur Verfügung zu stellen, liebe Freundinnen und Freunde. Wenn irgendwann einmal alle Turnhallen in unseren Städten geschlossen sind, wird die Akzeptanz für Flüchtlinge, wird die Akzeptanz dafür, diese Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, gegen null laufen. Das sind einfache Konzepte, die meistens die Sozialdemokraten haben. Wir dürfen das aber nicht zulassen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, wenn wir im Sinne dieses Antrages entsprechend handeln, dann werden wir das, liebe Frau Bundeskanzlerin, schaffen. Ich glaube, wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen; das haben Sie deutlich gemacht. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen es vor allem schaffen, weil es außer uns keine andere Partei schaffen kann. Dafür wünsche ich Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, ganz viel Erfolg, viel Rückhalt und viel Tatkraft in den nächsten Wochen und Monaten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nächster ist Jenovan Krishnan, Letzter ist dann Ernst Brenning.

Jenovan Krishnan: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Vater ist vor über 30 Jahren aus Sri Lanka nach Deutschland gekommen, weil dort ein Bürgerkrieg herrschte. Er kam hierher, kannte die deutsche Sprache nicht, wusste nicht, wie er sich zu verhalten hatte, wusste nicht, was er hier in Deutschland machen sollte. Ich habe ihn neulich gefragt: Wie ging es dir? Hattest du Angst, hattest du Sorge? – Und er sagte zu mir ganz klar: „Jeno, wer aus Angst und Sorge Entscheidungen trifft, der kommt im Leben nicht voran.“ – Man muss ein klares Ziel vor Augen haben, und dies hatte er. Er hat die Sprache gelernt, er hat sich integriert und wohnt jetzt mit meiner Mutter zusammen im schönen Allgäu.

Meine Mutter hat mich letztens angerufen. Ich hatte dann fünf Anrufe in Abwesenheit. Wenn ich fünf Anrufe in Abwesenheit von meiner Mutter habe, dann heißt das entweder, dass ich etwas ausgefressen habe oder dass irgendetwas passiert ist. Dann habe ich sie zurückgerufen und

gefragt: Mama, was ist los? – Und sie hat zu mir gesagt: Jenö, ich war gerade beim Milchbauern und habe Milch geholt. Ich fühle mich in diesem Moment richtig deutsch. – Das hat mich irgendwie berührt; denn es zeigt: Meine Eltern, die vor 30 Jahren aus ihrer Heimat geflohen sind, fühlen sich hier total heimisch. Das ist ein wichtiges Signal, das wir nach außen senden müssen: Menschen, die hierherkommen, wollen sich integrieren.

(Beifall)

Den Leitsatz meines Vaters habe ich immer beherzigt.

Ich habe nach der Grundschule die Empfehlung für die Hauptschule bekommen. Anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen und zu sagen: „Mann! Warum sitze ich auf der Hauptschule?“, habe ich mich auf den Hosenboden gesetzt und habe darauf hingearbeitet, aufs Gymnasium zu kommen, das Abitur zu machen und ein Studium zu beginnen. Jetzt studiere ich Politikwissenschaften in Frankfurt und bin bereit, Leistung zu erbringen.

Ich glaube, wir müssen auch von den Flüchtlingen fordern, sich zu integrieren, und wir müssen sie auch fördern. Fördern und fordern; Thomas Strobl hat das vorhin sehr gut gesagt, dass wir von den Flüchtlingen fordern und sie fördern müssen. Das haben wir als RCDS auch in den Leit-antrag mit eingebracht: dass die Studienplatzvergabe für Flüchtlinge auf den hohen wissenschaftlichen Standards beruhen muss. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, der nächste Redner ist Herr Ernst Brenning aus Berlin. – Bevor er das Wort ergreift, habe ich die besondere Freude, die Vorsitzende unserer schwedischen Schwesterpartei Moderaterna, Frau Anna Kinberg Batra, bei uns zu begrüßen. Dear Anna, welcome at the German CDU Conference!

(Beifall)

Jetzt Herr Ernst Brenning aus Berlin.

Ernst Brenning: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Ich glaube, die meisten von uns sind froh, dass es heute einen gemeinsamen Antrag zu dem Thema Flüchtlinge gibt. Es ist schlimm, wenn gestritten wird, und am schlimmsten, glaube ich, wenn das auf der höchsten Ebene und öffentlich passiert. Es ist schön, dass das zumindest jetzt nicht mehr der Fall ist. Ich hoffe für uns alle, dass das auch so bleiben kann.

Ich möchte im Wesentlichen eine kurze Anmerkung machen. In einer Passage unter Nummer 11 ist der Begriff „Flüchtlingskrise“ vermerkt. Ich finde, wenn es irgend geht, sollte er herausgenommen werden. Man kann das „Flüchtlingspolitik“ oder sonst wie nennen. Aber wir haben keine Krise, wenn man bedenkt, dass wir etwa 1,2 Prozent Flüchtlinge, bezogen auf unsere Ge-

samtbevölkerung, in diesem Jahr aufnehmen. Da von Überfremdung oder Ähnlichem zu reden, spielt anderen in die Hand, was wir gerade nicht wollen. Die Bundeskanzlerin ist unser sympathisches Gesicht in der Welt. Dafür können wir alle dankbar sein, und mit ihr können wir es, glaube ich, schaffen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich glaube, alle Delegierten teilen meine Meinung: Wir hatten eine sehr, sehr gute Aussprache zu einem sehr wichtigen Thema.

(Beifall)

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, dass wir jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 20 kommen:

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundesvorstandes
„Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“

Gibt es dagegen Widerspruch? – Nicht der Fall.

Als Beratungsgrundlage haben Sie zweierlei. Sie haben einmal den Antrag H des Bundesvorstandes; er liegt an Ihren Plätzen aus. Außerdem brauchen Sie die „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“. Auch das ist verteilt worden.

Die Antragskommission hatte sich nur mit zwei Anträgen zu beschäftigen. Das eine ist der Antrag C 78, das andere ist der Antrag C 79. Möchte jemand zum Antrag C 78 das Wort ergreifen? Dann müsste er sich jetzt bitte melden. – Armin Schuster eilt herbei. Bitte schön, Armin Schuster, zum Antrag C 78.

Armin Schuster: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Leitantrag der Karlsruher Erklärung natürlich zu. Es ist ein starker Antrag. Ich stimme zu, weil ich glaube, dass wir die einzige Partei in Deutschland sind, die heute einen Dreiklang beschließt, den das Volk von uns erwartet: erstens die sozial-humanitäre Flüchtlingsfrage zu klären, zweitens das gesellschaftliche Signal auszusenden: „Wir müssen reduzieren, um uns nicht zu überfordern“, drittens sicherheitspolitisch Ordnung zu schaffen. Thomas de Maizière hat beeindruckend den 15-Punkte-Plan hierzu formuliert.

Ich stimme auch zu, weil es im Bundesvorstand gestern Abend gelungen ist –herzlichen Dank an die MIT, KPV, JU und weitere –, drei für mich sehr konsequente Zusätze hineinzubringen, die ich als deutlich mehr als weiße Salbe bezeichne: Erstens. Das Wort „spürbar verringern“ wird uns sehr stark binden. Zweitens. „Wirksame Maßnahmen“ wird uns sehr stark binden. Drittens. Das gegebenenfalls über Grenzkontrollen zu intensivieren, wird uns sehr stark binden. Das reicht mir im Prinzip, um zu sagen: Jawohl, das ist ein guter Antrag.

Aber ich stimme auch zu, obwohl ich als Innenpolitiker mich nicht komplett in diesem Antrag wiederfinde. Deswegen rede ich, und deswegen unterstütze ich den Initiativantrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schengener Grenzkodex ist sehr, sehr gut. Ich sage oft dazu: Er ist genial – wenn er umgesetzt wird. Der Schengener Grenzkodex bedeutete aber nicht: Wir sichern die Außengrenzen. Das wäre eine extrem kurz gegriffene Beschreibung dessen, was der Kodex möchte. Der Schengener Grenzkodex ist ein Bündel von Maßnahmen, insbesondere in den Binnengrenzräumen. Auch das wird sträflichst vernachlässigt in ganz Europa. Deutschland ist eines der Länder, die das überhaupt noch umsetzen. Ich merke in der Diskussion, die wir heute haben, dass wir uns allzu leicht darauf kaprizieren: Die Außengrenze zu sichern, wäre es. Nein, das ist es nicht. Deswegen unterstütze ich den Antrag, dass wir temporär Grenzkontrollen und Überwachung der grünen Grenze mit als konkreten Schritt in diesen Antrag aufnehmen. Warum? Ich habe vielleicht, Frau Bundeskanzlerin, nicht den langen Geduldsfaden, den Sie haben. Deswegen sind Sie Regierungschefin.

(Beifall)

Ich habe nicht den Eindruck, dass die Europäer sich in den nächsten Monaten so solidarisch zeigen, wie unser Plan das vorsieht. Deshalb hätte ich in diesem Antrag gerne eine Ultima Ratio, ein letztes Mittel, das wir Deutsche uns vorbehalten. Konkret formuliert bedeutet dieses letzte Mittel: Wenn der Zustrom an Flüchtlingen ungehindert so weitergeht wie in den letzten Monaten, weil die anderen Maßnahmen so schnell nicht greifen, dann muss Deutschland zur Rechtsordnung zurückkehren. Das heißt: Wir müssen mehr tun, als Flüchtlinge zu registrieren oder, wenn selbst das nicht geht, sie einfach durchfahren zu lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich erwarte, dass die Bundespolizei und die Bundeszollverwaltung gemäß unserer Rechtsordnung ihren Job machen, den sie auch machen wollen.

Jetzt habe ich eine große Bitte: Auch wenn ich nur Polizist war, finde ich es doch, gelinde gesagt, merkwürdig, wenn man Menschen, die so argumentieren wie wir Innenpolitiker, sage ich einmal, in eine dumpfe Ecke stellt, indem man sagt, das sei Abschottungspolitik, weil wir die Grenze dichtmachen wollten. Kein Innenpolitiker will die Grenze dichtmachen. Wir wollen konsequente polizeiliche Grenzüberwachung, aber nicht das, was ein DDR-System einmal gemacht hat.

Das war Grenze dicht machen. Deswegen ist es fast ein wenig beschämend, wenn uns das vorgeworfen wird. Wir wollen konsequente Grenzüberwachung. Wer aus humanitären Gründen kommt, wird aufgenommen. Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, geht dorthin zurück.

(Beifall)

Diese Maßnahme würde bedeuten: Wenn wir wollen, dass wir 700 000, 500 000 oder 300 000 Flüchtlinge in diesem Land aufnehmen, können wir das. Ich habe nur keine Lust darauf, dass das über illegale Grenzübertritte verwirklicht wird. Ich kann mir vorstellen, dass Deutschland seine Grenzen solange konsequent mit Zurückweisung überwacht, solange wir das, was wir wollen, nicht erreicht haben. In dieser Zeit holen wir uns die Menschen aus den Lagern in der Türkei, aus Griechenland oder aus Italien direkt. Wir ersparen ihnen damit sogar noch diesen unmöglichen Weg über den Balkan.

Deswegen meine Damen und Herren – schwieriger Satz: Ich bin ein gnadenloser Anhänger von offenen Grenzen in Europa, weil ich immer an Grenzen gelebt habe. Ich bin fasziniert davon – ich komme aus dem Dreiländereck –, dass ich das alles genießen darf. Ich glaube, wir brauchen vier Monate, vielleicht fünf, zur Wiedereinführung der stationären Grenzkontrollen, um damit die offenen Grenzen und den Schengener Grenzkodex endlich für uns zu retten. Vielleicht muss man diesen harten Weg einmal gehen, damit alle innerhalb weniger Monate merken, wie schön es ist, wenn man gemeinsam daran arbeitet, Schengen wieder zum Leben zu erwecken, es zu reanimieren. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission Thomas de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Antragskommission: Liebe Freunde, ich möchte dafür plädieren, dass wir diesen Initiativantrag ablehnen.

(Beifall)

Das fällt mir nicht ganz leicht, weil Armin Schuster und ich zu den Innenpolitikern gehören. Wir haben über das Thema oft gesprochen und sind uns auch in vielen Fragen einig. Ich möchte meine Ablehnung kurz begründen.

Lieber Armin, du hast anders geredet als der Wortlaut des Initiativantrages ist. Im Initiativantrag steht: Das bedeutet: Personen, welche aus einem sicheren Herkunftsland oder über einen sicheren Drittstaat illegal nach Deutschland einreisen wollen, müssen schon an der Grenze abgewiesen werden.

(Beifall)

Das ist etwas anderes, als du vorgetragen hast, nämlich viel mehr. Ich lasse alle Rechtsfragen weg. Darüber kann man lange reden. Wir haben darüber auch schon viel geredet. Ich will auf das, was diesem Antrag zugrunde liegt, eingehen. Das ist: Vorrang von europäischen Maßnahmen vor nationalen Maßnahmen. Das ist die Kernbotschaft. So haben wir es in Ziffer 7 formuliert. In Zeile 401 heißt es: Die Schaffung des Schengen-Raumes ohne Grenzkontrollen an den Binnengrenzen gehört zu den großen Errungenschaften der europäischen Integration, die wir

für die Zukunft bewahren und ausbauen wollen. Wir werden den strikten Schutz der Außengrenzen der EU, der zurzeit nicht gewährleistet ist, wiederherstellen und dazu gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex stärken, zu einer europäischen Küstenwache und so zu einer europäischen Grenzschutzpolizei ausbauen.

Jetzt kommt der Satz, auf den ich mich beziehe: Nur wenn das gelingt, wird das Funktionieren des Schengen-Raumes dauerhaft aufrechterhalten werden können.

Was meinen wir damit? Wir sind in der Mitte Europas. Wir sind das Land mit den meisten Nachbarn. Wenn es irgendein Land gibt, das von Schengen profitiert, dann ist es Deutschland. In Finnland kann man darüber ganz anders diskutieren. Es ist Deutschland. Deswegen ist das ein hohes Gut, was wir zu erhalten versuchen müssen und nicht vorschnell ablehnen.

(Beifall)

Armin Schuster hat gesagt – er ist ein schlauer Polizist und ein kluger Innenpolitiker: Der Schengen-Kodex ist viel intelligenter, als er gemeinhin angesehen wird. Genauso ist es. Im Schengener Grenzkodex gibt es den sogenannten Krisenmechanismus. Im Krisenmechanismus ist vorgesehen: Wenn ein Staat bei seinem Grenzschutz versagt, dann können auf Vorschlag der Kommission und mit Mehrheit des Rates Grenzkontrollen durchgeführt werden. Exakt das hat die Europäische Kommission Griechenland angedroht. Exakt das wäre eine denkbare Maßnahme, die aber nicht an der österreichisch-deutschen Grenze stattfindet, sondern irgendwo anders. Hier gibt es sehr interessante Überlegungen.

Frontex. Natürlich sehen wir die Schwächen von Frontex. Deswegen wollen wir Frontex ändern. Morgen wird die Europäische Kommission einen Vorschlag machen, der sehr weit geht. Diesen Vorschlag haben im Wesentlichen mein französischer Kollege und ich drängend vorgetragen, auch in einem Brief vor wenigen Tagen. In dem Vorschlag der Kommission steht – das wollen wir durchsetzen: Wenn ein europäisches Land nicht imstande ist, seine Außengrenzen zu sichern, dann hat Frontex eine Art Selbsteintrittsrecht und übernimmt den Grenzschutz ohne diesen Staat. Das ist wirksamer, als dass wir die Grenzen in einer Weise schließen, die erhebliche Kollateralschäden für die ganze europäische Entwicklung hat.

(Beifall)

Ich habe bei meinen 15 Punkten schon vorsichtig formuliert. In meinem Antrag ist es auch so formuliert. Der Außengrenzenschutz ist nicht gewährleistet. Wir wollen ihn wieder herstellen. Wir wissen, dass Schengen bedroht ist, wenn es nicht funktioniert. Wir sollten von uns aus, nicht als erste und nicht voreilig, Schengen nicht selbst bedrohen und alles dafür tun, dass es bei Schengen bleibt. Deswegen, so leid es mir tut, empfehle ich eine Ablehnung.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Wir hören jetzt kurz die Mandatsprüfungskommission, damit wir wissen, auf welcher Grundlage wir abstimmen.

Florian Weller, Mandatsprüfungskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschland besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 28. Parteitag 1 001 Delegierte stimmberechtigt. Von diesen 1 001 Delegierten waren um 16 Uhr 976 Delegierte anwesend. Der 28. Parteitag ist somit beschlussfähig. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Wir kommen damit zur Abstimmung des Änderungsantrages C 78. – Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag C 78 abgelehnt und das Votum der Antragskommission angenommen.

Annette Widmann-Mauz übernimmt die Abstimmung über den Initiativantrag C 79.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich rufe den Initiativantrag C 79 der Delegierten Marco Wanderwitz, Michael Kretschmer, Yvonne Magwas und weiterer 27 Delegierte auf. Ich darf fragen, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 79 anzunehmen. Ich darf Sie um Ihre Stimmkarte bitten, wenn Sie dem Votum der Antragskommission zustimmen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Aus meiner Perspektive ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich darf mich herzlich bedanken.

(Beifall)

Wir haben jetzt die Änderungsanträge zu dem Initiativantrag H abgestimmt. Bevor wir zur GesamtAbstimmung dieses Gesamtantrages H kommen, kommen wir zu den Empfehlungen der Antragskommission, die zu unserem Antragspaket in der großen Antragsmappe vorliegen. Das sind die Anträge C 3, C 5, C 25, C 36, C 38, C 46, C 47, C 48, C 52, C 56, C 57, C 60, C 61, C 71 und C 72 sowie die Anträge D 91, D 107, D 108, D 113 und D 196.

Das stammt aus den allgemeinen Anträgen und dem Papier des Bundesvorstands „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Die Antragskommission empfiehlt, die von mir genannten Anträge mit dem Beschluss des Antrags H für erledigt zu betrachten. Ich

darf fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir eine solche Zusammenführung vornehmen? Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit haben Sie dem Vorschlag zugestimmt. Ich darf fragen, ob es noch Wortmeldungen zu den genannten C-Anträgen und D-Anträgen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Damit stimmen wir über das Gesamtpapier, über den Antrag H mit den entsprechenden Änderungen und den Empfehlungen der Antragskommission ab. Wer diesem Papier so zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es scheint so, dass wir die Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration einstimmig verabschiedet haben. Ich darf mich herzlich bedanken.

(Anhaltender Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für den Parteitagfriede: Es hat zwei oder drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen gegeben. Das wollen wir der Korrektheit halber noch erfassen. Das fällt aber bei fast 1 000 Delegierten kaum ins Gewicht. Aber in einer Demokratie herrscht völlige Meinungsfreiheit. Auf jeden Fall bleibt das ein Bombenergebnis. Herzlichen Glückwunsch uns allen!

(Beifall)

Serap Güler übernimmt das Tagungspräsidium.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands
und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2013 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz

Ich übergebe das Wort an unseren Bundesschatzmeister Dr. Philipp Murmann.

Philipp Murmann, Bundesschatzmeister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt die Aufgabe, den Spannungsbogen möglichst hochzuhalten und Ihnen den Rechenschaftsbericht kurz vorzustellen, der Ihnen vorliegt. Er befasst sich mit dem Jahr 2013. Sie erinnern sich, dass das ein Bundestagswahljahr war. Ich hatte Ihnen bereits in Köln berichtet, dass die CDU sehr gut durch dieses Bundestagswahljahr gekommen ist. Für die gesamte Partei konnten wir ein fast ausgeglichenes Ergebnis erzielen, was für ein solches Jahr eine positive Nachricht ist. Ich danke allen Unterstützern und Mitgliedern, die aktiv dazu beigetragen haben.

Auch im Jahr 2014 konnten wir unseren Kurs der soliden Finanzen fortsetzen. Der Rechenschaftsbericht 2014 wurde bereits erstellt und testiert sowie vom Bundesvorstand verabschiedet. Da er aber noch von der Bundestagsverwaltung geprüft wird, kann ich Ihnen diesen Bericht heute noch nicht vorlegen. Ich kann aber schon verraten, dass wir aufgrund hoher Wahlkampf- ausgaben für die Europawahl sowie für eine Reihe von Landtagswahlen leider ein Minus von et-

wa 7,7 Millionen Euro ausweisen werden. Das ist natürlich für jeden Schatzmeister schmerzlich. Aber die Höhe dieses Minus konnten wir relativ gut begrenzen, sodass wir insgesamt weiterhin eine stabile Vermögenslage in der Gesamtpartei haben.

Wie sieht es 2015 aus? Im laufenden Jahr liegen wir im Budget. Die Bundesgeschäftsstelle arbeitet daran, dass wir den Etat auch in diesem Jahr einhalten werden und hat einige Sparmaßnahmen durchgesetzt. Ich danke an dieser Stelle Klaus Schüler ganz herzlich für seine sehr gute Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle und dafür, dass er Einnahmen und Ausgaben immer sehr sorgfältig beobachtet.

(Vereinzelt Beifall)

Das geben wir an ihn weiter.

Natürlich sind solide Finanzen eines unserer Markenzeichen, für die wir stehen. Unser Bundesfinanzminister hat es vorgemacht und im dritten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Das motiviert natürlich jeden Schatzmeister, es ihm gleichzutun. Auch wir fühlen uns dem Prinzip eines ausgeglichenen Haushalts verpflichtet. Wir haben uns außerdem vorgenommen, Rücklagen zu bilden, damit wir die nächsten Wahlen gut bestreiten können. Das ist gelungen und ist auch eine positive Nachricht. Allerdings müssen wir ein bisschen in die Zukunft schauen. Da gibt es einige Entwicklungen, die uns Sorgen bereiten.

Wir haben einen Rückgang der Mitgliedsbeiträge über mehrere Jahre zu verzeichnen. Das betrifft insbesondere Sie in den Kreisverbänden vor Ort, schmälert aber auch die Berechnungsgrundlage für die staatliche Parteienfinanzierung. Das trifft mit ziemlicher Wucht die Bundespartei. Vor diesem Hintergrund haben wir uns nach 26 Jahren entschlossen, Sie zu bitten, die Abführung der Beiträge an die Bundespartei moderat anzuheben. Darüber wurde bereits diskutiert. Ihnen liegt nun ein Kompromissvorschlag vor. Ich bitte Sie herzlich, diesem Vorschlag zuzustimmen. Ich weiß, dass eine Erhöhung nicht nur Begeisterung auslöst. Aber es ist im Sinne der Zukunftsfähigkeit wichtig, dass wir nun das nachholen, was wir über 26 Jahre nicht getan haben.

Wir haben weiterhin das Ziel im Auge, Rücklagen für die nächste Bundestagswahl und die kommenden Landtagswahlen zu bilden. Ich verspreche Ihnen, dass wir sehr darauf achten werden, dass die sparsame Haushaltsführung auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Liebe Freunde, als Bundesschatzmeister liegt mir natürlich besonders daran, allen Spendern und Unterstützern zu danken. Sie haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir als große ehrenamtliche Bewegung, im Grundgesetz verankert, unserer Aufgabe nachkommen können. Wir haben im letzten Jahr ein gutes Spendenergebnis erzielt. Auch in diesem Jahr wird das Ergebnis gut sein. Es ist allen zu danken, die dazu beigetragen haben. Ich danke insbesondere meinen Kollegen: den Schatzmeistern auf Ortsebene, Kreisebene, Bezirksebene

und Landesebene. Wir sind eine große Gemeinschaft und jeder versucht an seiner Stelle, dafür zu arbeiten, dass die CDU insgesamt stark bleibt. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt allen Schatzmeistern, die anwesend sind.

Ich möchte appellieren dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht nur Kirchen und Vereinen spenden und klarmachen, dass eine Spende an eine demokratische Partei dazu beiträgt, die Demokratie im Land voranzubringen. Natürlich werben wir dafür, dass es eine Spende für die CDU ist, denn wir setzen uns für unsere Werte ein. Auch wenn nicht alle Spender mit unseren Entscheidungen einverstanden sind – das kann man nachvollziehen – gibt es zum Glück viele, die uns auf unserem Weg unterstützen. Wir alle werden daran arbeiten, das weiterhin erfolgreich zu gestalten. Auf diesem Weg noch einmal herzlichen Dank. Ich rufe Ihnen allen zu, dass wir Ihre Unterstützung weiterhin brauchen, damit die CDU und auch Deutschland stark bleiben.

Zusammenfassend: Die Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Es gibt zwar einige Risiken und Unsicherheiten – diese gibt es immer im Leben – aber insgesamt sind wir gut vorbereitet. Wir sind wachsam. Ich bedanke mich bei allen, insbesondere beim Finanzbeauftragten, beim Revisionsbeauftragten, den Wirtschaftsprüfern und unseren ehrenamtlichen Rechnungsprüfern, die gleich ihren Bericht abgeben werden.

Ganz herzlichen Dank Ihnen allen, dass Sie mir zugehört haben. Ich wünsche uns noch einen interessanten Abend und hoffe auf Ihre Unterstützung. Danke sehr.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank an den Bundesschatzmeister, Herrn Philipp Murmann, für seinen Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2013.

Ich darf an dieser Stelle fragen: Gibt es zu dem Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters sowie dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013 zustimmen möchten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Wir fahren fort mit dem TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte um den Bericht und gebe das Wort an Herrn Peter Jacoby.

Peter Jacoby: Frau Tagungspräsidentin! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ein Bericht der Rechnungsprüfung soll kurz und präzise sein. Er soll sich konzentrieren auf das Wesentliche. Dem komme ich mit Blick auf die Uhr sehr gerne nach.

Ich möchte damit beginnen, dass sich auch im zu Ende gehenden Jahr 2015 die Rechnungsprüfer, Frau Störr-Ritter, Herr Rzepka und ich, regelmäßig mit den Verantwortlichen der Bundesgeschäftsstelle getroffen haben: mit dem Bundesgeschäftsführer, dem Bundesschatzmeister und dem Finanzbeauftragten. Wir haben uns getroffen, um Einnahmen und Ausgaben zu überprüfen und um uns über die Liquidität und die Erstellung des Rechenschaftsberichtes gemeinsame Gedanken zu machen, und das unter Vorlage entsprechender Unterlagen, die dazu notwendig sind. Vor diesem Hintergrund will ich ganz kurz etwas sagen zu den Rechenschaftsberichten 2013 und 2014, zu dem laufenden Jahr 2015, dem Etat 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019.

Der Rechenschaftsbericht 2013 ist bereits als Drucksache des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Er liegt Ihnen vor, wobei darauf hinzuweisen ist, dass das durch Wahlkampfausgaben bedingte Defizit der CDU-Gesamtpartei 300.000 Euro beträgt. Die CDU-Bundespartei weist ein wahlkampfbedingtes Defizit von rund 3,7 Millionen Euro aus. Es handelt sich bei dem Jahr 2013 bekanntlicherweise um das Jahr der Bundestagswahl.

Der Rechenschaftsbericht 2014 der Gesamtpartei und der Etat 2016 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2019 der Bundespartei haben die Zustimmung des Haushaltsausschusses und der Rechnungsprüfer gefunden. Sie wurden im November im Bundesvorstand verabschiedet. Der uneingeschränkt testierte Rechenschaftsbericht 2014 der Gesamtpartei wurde fristgerecht an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet. Dabei ist das Ergebnis der Gesamtpartei im Jahre 2014 durch hohe Wahlkampfausgaben geprägt, die sich aus der Europawahl, den drei Landtagswahlen und den in neun Bundesländern stattgefundenen Kommunalwahlen ergeben haben. Insgesamt liegt das Defizit bei rund 7,7 Millionen Euro.

Betrachtet man die Einnahmeseite, ergeben sich Licht und Schatten. Erfreulich ist die Tatsache, dass das Spendenziel der Bundespartei im Jahre 2014 leicht übertroffen wurde. Andererseits – darauf hat der Bundesschatzmeister eben hingewiesen – sind entsprechend der Entwicklung der Mitgliederzahlen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen der Gesamtpartei auch im Jahre 2014 zurückgegangen. Hier ist leider ein ständiger Rückgang seit dem Jahre 2005 zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist für die Finanzsituation der Gesamtpartei und natürlich für die Bundespartei durchaus besorgniserregend, weil sie insgesamt ansteigend ist und auch die Einnahmen der staatlichen Teilfinanzierung negativ beeinflusst.

Auf vergangenen Parteitagen hatten die Rechnungsprüfer deshalb bereits angemahnt, dass sowohl das System der Beitragstarife als auch die innerparteiliche Finanzverteilung zwischen Bundesebene und Länderebene überprüft werden sollte. Dass diese Anregungen nun aufgegriffen wurden, ist ausdrücklich zu begrüßen. Unabhängig davon muss die Bundesgeschäftsstelle auch in der Zukunft sicherstellen, dass die Ausgaben nicht über die zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Maße hinausgehen. Ein Beispiel will ich in dem Zusammenhang nennen. Trotz zahlreicher Sponsoringeinnahmen kostet ein Bundesparteitag rund 2,6 bis 2,8 Millionen Euro, wobei

der Ort des Parteitages durchaus einen gewissen Einfluss auf die Kosten selbst hat. Deshalb wiederholen wir als Rechnungsprüfer die bereits in den Vorjahren gemachten Empfehlungen, dass zukünftig der Ort der Bundesparteitage nicht nur an politisch gewünschten Orten stattfindet, sondern dass auch der Kostenfaktor betrachtet werden muss. Die mittelfristige Finanzplanung gibt die vorhandenen Spielräume entsprechend vor.

Für das aktuell laufende und zu Ende gehende Jahr 2015 hat der Bundesschatzmeister bereits etwas zu den Spendeneinnahmen der Bundespartei gesagt. Sie haben sich in diesem Jahr in der Tat gut entwickelt, sodass mit einem überplanmäßigen Ergebnis zu rechnen ist. In 2015 ist nach derzeitigen Erkenntnissen auch mit einem insgesamt leicht überplanmäßigen Ergebnis zu rechnen.

Lassen Sie mich, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, abschließend sowohl dem Bundesfinanzbeauftragten Alexander Bär sowie den für Finanzfragen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle herzlichen Dank sagen für ihre korrekte Arbeit, für ihre jederzeit gute Zusammenarbeit mit den Rechnungsprüfern. Ich denke, alle Beteiligten zusammen leisten ihren Beitrag zu einer soliden Finanzwirtschaft. So soll es auch in der Zukunft sein. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und insbesondere Herrn Jacoby für seinen Bericht. – Ich darf an dieser Stelle das Wort wieder Peter Hintze übergeben.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

Antrag des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken –
Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“

Bevor ich dem Kommissionsvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden das Wort gebe, möchte ich für diejenigen, die der Antragsberatung inhaltlich folgen wollen, sagen: In unserem dicken Antragsbuch, das jeder von Ihnen sicherlich zu Hause gründlich studiert hat, finden Sie ab Seite 171 alle Anträge, Änderungsanträge und Voten der Antragskommission zu dem gründlich ausgearbeiteten Vorschlag von Armin Laschet und seiner Kommission. Ich bitte ihn jetzt um sein einführendes Wort.

Armin Laschet: Herr Tagungspräsident! Frau Bundesvorsitzende! Liebe Freunde! Als der Bundesvorstand nach der Bundestagswahl 2013 vor zwei Jahren beschlossen hat, drei Programmkommissionen einzusetzen, die über die Zeit nach 2017 nachdenken sollten, war eine Idee, eine Kommission zum Thema Zusammenhalt der Gesellschaft zu bilden. Wenn man sieht, was sich alleine in diesen zwei Jahren verändert hat, welche Bedeutung plötzlich das Thema des Zusammenhalts der Gesellschaft gewonnen hat, dann merkt man, wie schnell die Veränderungen in unserer Gesellschaft sind.

Wir haben damals an drei große Megatrends gedacht, die die Gesellschaft verändern: Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel. Bei der Digitalisierung haben wir auch die Kommission von Thomas Strobl zur Zukunft der Arbeit. Aber wir müssen auch darüber nachdenken, was es eigentlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft bedeutet, wenn sich das wirtschaftliche Leben in Plattformen entwickelt, wenn beispielsweise bei Uber ein Transport vom Ort X zum Ort Y angeboten wird und jeder Privatmann sagen kann: Ich biete diese Leistung an; ich fahre zwei bis drei Stunden am Tag, und keine Gewerkschaft, kein Arbeitgeber, keine sozialen Sicherungssysteme sind an diesem Prozess beteiligt.

Ein anderes Beispiel ist Airbnb. Auf dieser neuen Plattform können Sie Wohnungen und Hotelwohnungen mieten. Privatleute bieten dort etwas an, und all unsere bisherigen Gesetze wirken hier nicht.

Eine Studie der Universität Oxford sagt: Bis zu 600 Berufe, die wir heute kennen, könnten in Zukunft wegfallen. – Was heißt eine solche Veränderung, die wir mitgestalten wollen, die Tatsache, dass alle geregelten Formen, die wir kennen, nicht mehr vorhanden sind, für den Zusammenhalt einer Gesellschaft?

Was heißt es, wenn eine Gesellschaft immer älter wird? Wenn die geburtenstarken Jahrgänge, diejenigen, die in den 60er-Jahren geboren wurden, in den Ruhestand gehen, gehen jedes Jahr über 1 Million Menschen in den Ruhestand. Das sind immer mehr als die Zahl der neugeborenen Kinder. Was heißt es für eine Gesellschaft, wenn die Älteren plötzlich alles dominieren?

Ich komme zur Globalisierung. Was heißt es, wenn Unternehmen ihre Produkte rund um die Uhr und rund um den Globus liefern müssen? In den letzten zwei Jahren haben wir erlebt, wie die äußere Globalisierung uns plötzlich massiv betreffen kann; die Bundesvorsitzende hat das heute Morgen beschrieben. Früher konnte man noch sagen – bei Goethe steht das im „Faust“: Was stört es uns, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen? Heute sind die Auswirkungen eines Krieges in Syrien in jedem Dorf und in jeder Stadt zu spüren, weil die Menschen über unser Leben informiert sind und sich auf den Weg machen. Deshalb spüren wir die Auswirkungen der äußeren Globalisierung plötzlich bei uns im Land.

Ich glaube, so viel, wie in diesen Wochen, haben wir in Deutschland noch nie über Außenpolitik diskutiert. Wir können heute viel besser erklären, dass das Leben in der Einen Welt und außenpolitische Fragen unmittelbar mit der Kommunalpolitik und dem Leben in unseren Städten, Dörfern und Gemeinden zu tun haben. Deshalb sage ich: Eine der Chancen dieser Flüchtlingskrise ist, dass man sich entscheiden muss, also nicht laviieren kann, und dass die Bevölkerung etwas anderes von uns erwartet, als dass wir den ganzen Tag jammern, verzagt sind und sagen: Mein Gott, die Stimmung schlägt um. – Wenn die Stimmung umschlägt, dann müssen wir es sein, die sagen: Wir wollen die Stimmung mit unserem Menschenbild prägen. Wir wollen in eine gute Richtung zeigen. Wir wollen so agieren, wie wir eben beschlossen haben, und die Leute nicht noch verrückter machen.

(Teilweise Beifall)

Es geht hier deshalb auch um die Frage: Was heißt es denn für unser Land, wenn wir vier Millionen Muslime im Land haben? – Ich finde, hier ist jetzt einmal unser Selbstbewusstsein gefragt. Wir müssen wieder lernen, unser christliches Menschenbild zu erklären,

(Vereinzelt Beifall)

diese wunderbare Botschaft, dass der Mensch Person, Individuum und Gemeinschaftswesen ist. Das ist der ganze Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Der Mensch ist zur Freiheit berufen, er ist selbst Wesen, was Prozesse gestalten kann, aber es gibt soziale Rahmenbedingungen, durch die er auch Teil der Gemeinschaft ist.

Ich erinnere mich an einen wunderbaren Spruch von Norbert Blüm, als er in den 60er-Jahren die Pflegeversicherung eingeführt hat. Sein großer Widersacher war damals Hans-Olaf Henkel. Dieser hat ihm damals gesagt: Jeder soll doch für sich selbst sorgen. Es geht die Sozialkassen nichts an, ob man den Pflegebedürftigen hilft. – Norbert Blüm hat dann gesagt: Jeder Mensch ist ein Individuum und kann sein Leben gestalten. Aber es gibt einen Punkt, an dem er auch die Gemeinschaft braucht. Als kleines Baby hat sich auch der Hans-Olaf Henkel nicht selbst gewickelt.

Diese Botschaft ist wahr. Wir brauchen am Beginn des Lebens die Eltern, die uns ins Leben führen und erziehen. Das ist CDU-Politik: Von Anfang an ist jemand da, der einem ins Leben hilft. Wir wissen heute: Am Ende Lebens ist auch der größte Mensch, der Millionen oder Milliarden bewegt hat, vielleicht darauf angewiesen, dass ihm einer am Krankenbett eine Hand hält und dass jemand da ist. Auch dann ist er also nicht auf sich allein gestellt. Das ist das christliche Menschenbild in einer solidarischen Gesellschaft.

(Beifall)

Insofern sagen wir: Dieses christliche Menschenbild ist das Beste, was die CDU dieser Welt anbieten kann. Zu diesem christlichen Menschenbild können in unserer Partei schon immer – seit der Gründung auch jüdische Gläubige Ja sagen. Wir haben schon immer jüdische Mitglieder gehabt. Zum christlichen Menschenbild, wie wir es erklären, können auch Muslime Ja sagen. Zum christlichen Menschenbild können auch Menschen, die vielleicht gar keiner Religion mehr angehören, Ja sagen, weil es eine gute Botschaft für diese Welt ist. Es muss uns doch nicht ängstlich machen, dies wieder selbstbewusster vorzutragen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren 95 Prozent aller Menschen Mitglied einer christlichen Kirche. Heute sind es noch 59 Prozent – mit sinkender Tendenz. Trotzdem ist die Botschaft richtig.

Ich finde, wir als christliche Partei müssen das lauter in die Welt hineinsagen: Wir treten für dieses Menschenbild an. Wir kämpfen auch für das Weihnachtsfest und verklusulieren das nicht in „Fröhliche Festtage“, sondern diese Geburt Christi, die bald vor uns steht, war für die Welt gut, und es täte der Welt gut, wenn sich mehr Menschen an diese Regeln halten würden, die das Christentum dieser Welt bietet.

(Beifall)

Dies haben wir auch im Antragstext beschrieben, und ich will jetzt deshalb an dieser Stelle auch zu einer Änderung etwas sagen, die wir gleich diskutieren werden.

In einem langen Passus wird die Bedeutung der Kirchen beschrieben, und wir betonen in diesem Papier: Ohne die Kirchen würde unser Land nicht nur spirituell verarmen, es würde auch sozial kälter würde.

In einem weiteren langen Passus wird die Bedeutung des Judentums für unser Land beschrieben. Unter anderem steht dort: „Die jüdischen Gemeinden bereichern Deutschland gesellschaftlich und kulturell“. Darüber hinaus wird dort der Gedanke betont, dass sich die Menschen, die eine Einwanderungsgeschichte haben, aber deutsche Staatsbürger sind, auch zu dieser besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judentum bekennen müssen.

Das ist eine lange und wichtige Passage, die, wie ich finde, klarer als in unserem Grundsatzprogramm ist.

Wolfgang Schäuble hat 2006 gesagt: „Der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft“. – Das sage ich hier nur, damit die Legendenbildung ein Ende hat. Diesen Satz haben viele gesagt, auch Angela Merkel und Christian Wulff. Der Erfinder dieses Satzes ist aber Wolfgang Schäuble. Er hat daraus den Schluss gezogen: „Wir brauchen eine deutsche Islamkonferenz, die das Verhältnis von dieser Religion zu unserem Gemeinschaftswesen genauso klärt, wie das mit den christlichen Kirchen geklärt ist“, und in diesem Prozess sind wir.

Einige haben gesagt, dass sie diesen Satz nicht teilen können. Deshalb hat die Antragskommission hier einen Kompromiss vorgeschlagen, der lautet: Die bei uns lebenden Muslime sind heute ein Teil Deutschlands. Dazu gehört inzwischen auch ein Islam, der auf der Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gelebt wird.

Ich glaube, diese Klarstellung war wichtig. Zu Deutschland gehört nicht der Scharia-Islam, zu Deutschland gehört nicht ISIS, und zu Deutschland gehört nicht der Salafismus. Die gläubigen Menschen aber, die dem Islam angehören, sind Teil der deutschen Gesellschaft, und ich würde mich freuen, wenn der Parteitag diesem Gedanken, den Wolfgang Schäuble 2006 vorgebracht hat, folgen würde.

(Teilweise Beifall)

Für uns wird die Familie aus dem christlichen Menschenbild abgeleitet. Ich habe das eben an den Beispielen der Geburt, der Erziehung durch die Eltern und des Endes des Lebens erklärt. Aber auch dazwischen brauchen Familien Unterstützung. Gerade junge Menschen müssen ermutigt werden, sich für Kinder zu entscheiden.

Wir als Christdemokraten haben eingeführt, dass Erwerbsarbeit und Erziehungsarbeit gleichermaßen anerkannt werden. Wir haben ein Wahlversprechen 2013 durchgesetzt, dass auch Müt-

ter, die vor 1991 Kinder erzogen haben, diese Erziehungsleistung in der Rente anerkannt bekommen. Ich finde, dafür müssen wir uns nicht entschuldigen. Das war eine große Leistung für Mütter, die in diesem Land Kinder erzogen haben, als es noch wenige soziale Leistungen gab.

(Beifall)

Bei den Beiträgen zur Renten- und Pflegeversicherung muss sich widerspiegeln, was Eltern leisten.

Mein zweites wichtiges Thema ist die Bildung. Wir wollen, dass Deutschland zur Aufsteigerrepublik wird, dass der große Mythos der Nachkriegsgeneration, dass es den Kindern besser gehen sollte als den Eltern, dass derjenige, der sich anstrenge, den Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern schaffen konnte, auch unsere Verheißung in der heutigen Zeit ist. Dabei ist die deutsche Sprache ganz wichtig. Gerade angesichts der vielen Flüchtlinge, über die wir heute diskutiert haben, möchte ich Ihnen eine ganz interessante Geschichte erzählen. Als wir 2007 in Nordrhein-Westfalen verpflichtende Sprachtests eingeführt haben, haben wir gedacht, dass das eine Idee ist, um Migrantenkinder zu fördern, damit sie beim Schulstart die gleichen Chancen haben. Dann aber haben wir festgestellt, dass das Kind des türkischen Rechtsanwalts fließend Deutsch spricht, aber manches deutsche Kind nicht mehr richtig Deutsch spricht, weil ihm nicht vorgelesen wird, weil den ganzen Tag der Fernseher läuft und weil vielleicht auch keine gemeinsamen Mahlzeiten mehr stattfinden. Das Kind aber, dessen Eltern ihm nicht helfen können, die vielleicht in zweiter oder dritter Generation von Sozialhilfe leben, hat ebenso eine Aufstiegschance verdient. Insofern ist unser Programm nicht nur ein Programm für Flüchtlinge. Ich vermute, so manches Flüchtlingskind wird blitzschnell in der Kita Deutsch lernen, während manch andere Kinder genau die Unterstützung brauchen, über die wir sprechen.

(Teilweise Beifall)

Der dritte und letzte Punkt, den ich herausheben will, ist die Frage des Ehrenamtes. 23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich. Das trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei, auch das wollen wir würdigen und fördern. Stellen Sie sich aber die Flüchtlingssituation – 1 Million Menschen sind gekommen – ohne das Ehrenamt vor. In Deutschland wäre der Staat mit noch so vielen Verordnungen, Bürokratie und Erlassen – die Sozialdemokraten wollen immer alles ministeriell verordnen, möglichst viele Beamte und Bürokratie, Verordnungen bis ins Letzte – nicht in der Lage gewesen, die Situation zu stemmen. Deshalb sagen wir einen großen Dank an all die vielen Menschen, die in ihrer Freizeit so vielfältig dem Staat helfen, diese große Aufgabe zu meistern.

(Teilweise Beifall)

Versetzen Sie sich einmal für eine Zehntelsekunde in einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling. Mit 18 Jahren oder kurz danach fällt er aus der Jugendhilfebetreuung und ist auf sich

allein gestellt. Er ist aber immer noch 18 Jahre alt. Wer Kinder hat, der weiß, dass ein 18-jähriger Hilfe braucht. Er braucht einen Rat, er braucht vielleicht bei einer Bewerbung jemanden, der ihm dabei hilft. Es gibt viele ehrenamtliche Projekte, die genau das machen. Sie übernehmen Patenschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. An diesem Beispiel sehen wir: Wir können im Jugendhilferecht regeln, was wir wollen. Es gibt dennoch Situationen, in denen die Eins-zu-eins-Betreuung von Mensch zu Mensch genau das ist, was dem christlichen Menschenbild entspricht, und das kommt auch in unserem Programm vor.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, weil auch das in dem Papier mit einigen Änderungsanträgen versehen ist. Was ist mit einem Einwanderungsgesetz? Nun verkündet Herr Oppermann von der SPD jeden Tag, wir bräuchten ein Einwanderungsgesetz. Da er Jurist ist, weiß er genau, dass dieser Satz so formuliert Unsinn ist. Wir haben ein Einwanderungsgesetz. Es heißt: Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung. Es ist zehn Jahre alt. Dazu haben wir unzählige Verordnungen irgendwo versteckt. Frau Nahles hat eine Liste der Mangelberufe, mit denen man einreisen kann. Wenn Einwanderungswillige einen der 70 Berufe haben, können sie heute schon einreisen. Wir haben also schon ein Einwanderungsgesetz. Wir plädieren dafür, alle Vorschriften, die es gibt – es sind viele –, in einem Gesetz klar zusammenzufassen. Mehr steht in dem Antrag nicht drin. Das wäre ein großer Schritt für die Zeit nach 2017.

Nun haben manche gefragt: Passt das denn in die Zeit? Wir haben 1 Million Flüchtlinge, warum brauchen wir ein solches Gesetz? – Ich finde, wir müssen deutlich machen, dass Asyl und Einwanderung zweierlei sind. Asyl ist für Schutzbedürftige, für Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Ein Einwanderungsgesetz, so wie es Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsvereinigung und Junge Union immer wieder gefordert haben, nutzt unseren Interessen. Wir wählen aus, wer unter welchen Bedingungen kommen darf. Wenn man jetzt klarstellt, dass Asyl das eine und Einwanderung im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes das andere ist, dann haben wir auch in der jetzigen Diskussion zu etwas mehr Klarheit beigetragen. Auch dabei kann der Leitantrag helfen. – Vielen Dank. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Armin Laschet, für deine Rede und deine Arbeit an diesem wichtigen Papier. Dank auch an die Mitglieder seiner Kommission.

Wir haben jetzt eine Reihe von Wortmeldungen, die ich thematisch aufrufe. – Als Erste spricht Sylvia Pantel aus Nordrhein-Westfalen zum Antrag D 52.

Sylvia Pantel: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Antrag geht es um die Vollverschleierung. Auf dem letzten Bundesparteitag haben wir das schon einmal thematisiert. Ich freue mich, dass wir zu dem Ergebnis gekommen sind, dass Integration, ohne dass ich jemanden erkennen kann – den Sicherheitsaspekt lasse ich außen vor –,

nicht funktionieren kann, dass Vollverschleierung ein Zeichen von „Ich will nicht mit dir reden, ich bin nicht auf Kommunikation ausgelegt“ verstanden wird. Wir sagen, das kann nicht sein. Wir wollen eine Leitkultur nach vorn bringen. Dazu gehört, dass ich jemanden sehe und mit ihm reden kann. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wir dürfen nicht zulassen, dass Frauen in ihren Rechten eingeschränkt werden. Deshalb freue ich mich, dass von diesem Parteitag ausgeht, dass wir einer Vollverschleierung nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Dazu gibt es das entsprechende Votum der Antragskommission „Vollverschleierungen, die die Identität von Frauen nicht erkennen lassen, widersprechen der offenen Gesellschaft, in Deutschland wollen wir uns alle offen ins Gesicht sehen können“. Das ist hier aufgenommen. Zu dem Änderungsantrag gibt es sonst keine Wortmeldungen.

Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung. Dann ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Nächster Redner ist Günter Krings zum Antrag D 89.

Günter Krings: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freude der CDU, der Antrag – das will ich vorweg nehmen, lieber Armin – ist ein guter Antrag. Es gibt aber nur wenige Anträge, die man nicht noch verbessern könnte. Manchmal geht das, indem man viele Ergänzungen vornimmt. Ich glaube allerdings, dass unsere Anträge nicht an zu geringer Länge leiden. Deshalb haben wir als Bezirksverband Niederrhein den Vorschlag gemacht, einen Halbsatz zu streichen. Wir glauben, dass der Antrag dadurch besser wird und besser in die Zeit passt. Er betrifft das Thema, das Armin Laschet als letztes aufgerufen hat. Wir wollen hiermit ein ganz neues Einwanderungsgesetz ankündigen.

Wir haben gerade bei der Karlsruher Erklärung, die wir fast einstimmig verabschiedet haben, im Vorfeld der Lösung der Flüchtlingskrise um die richtige Wortwahl und die richtigen Ansätze gerungen.

Damit haben wir uns natürlich mit einem ganz besonderen Tatbestand der Einwanderung befasst. Wir sollten gerade bei diesem Parteitag aufpassen, dass wir dieses klare Signal jetzt nicht verunklaren. Die Formulierung im Antrag – wir wollen ein widerspruchsfreies Einwanderungsgesetz – ist garantiert gut gemeint. Das heißt aber noch nicht, dass sie auch gut ist. Wir halten sie aus drei Gründen für falsch.

Erstens würden wir ansetzen, ein Problem zu lösen, das sich aktuell und auch in den nächsten zwei, drei Jahren nicht vordergründig stellt; denn unser Problem ist derzeit nicht eine mangelhafte Regelung der Arbeitsmigration. Wir haben eine Flüchtlingskrise zu lösen. Wir haben in diesem Jahr mit 1 Million Asylsuchenden umzugehen.

Zweitens ist dieser Halbsatz zum Einwanderungsgesetz falsch, weil er den irreführenden Eindruck erweckt, man könne insgesamt Migrationsfragen, die uns zurzeit bedrücken, im Bereich der humanitären Migration mit einem Einwanderungsgesetz lösen. Das wäre schön, ist aber nicht der Fall. Wir können bei Regulierung und Reduzierung, was wir wollen, mit einem Einwanderungsgesetz nichts anfangen. Was wir brauchen, was wir auch in der Karlsruher Erklärung gesagt haben, sind exekutive Maßnahmen und vor allem die Anpassung des europäischen Rechts. Das bedeutet viel Arbeit für uns im Bundestag und auf anderen Ebenen. Deswegen ist das Thema „neues Einwanderungsgesetz“ die falsche Baustelle.

Drittens ist es unseres Erachtens falsch, weil die Forderung nach einem gänzlich neuen Einwanderungsgesetz auch ein falsches, negatives Bild von der jetzigen Rechtsordnung vermittelt. Wir haben in Deutschland – das hat uns die OECD bescheinigt – eines der modernsten Einwanderungsgesetze weltweit. Es gibt wenige Staaten, die das so intelligent, so gut organisiert haben. Wir tun nämlich eines: Wir organisieren Arbeitsmigration auf einen konkreten Arbeitsplatz. Wir alle wissen, dass Integration gut funktionieren kann, wenn sie von einem Arbeitsplatz ausgeht. Würden wir aber Migration in die Arbeitslosigkeit zulassen, wäre das ein Bärenienst für das Thema Integration. Das machen andere Staaten, etwa Kanada; sie schwenken aber langsam auf das deutsche Modell ein. Deshalb sollten wir nicht das Gegenteil tun.

Ich bin sicher, dass Armin Laschet und viele andere genau das auch nicht wollen. Sie wollen eine Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Ich habe nur die Sorge – da muss man einmal etwas skeptisch und realistisch sein –, dass wir im Bundesrat mit rot-grüner Mehrheit nachher etwas ganz anderes in einem solchen neuen Einwanderungsgesetz stehen haben, als wir es uns alle wünschen. Deshalb sage ich: Lieber Finger weg davon! Das Risiko ist zu groß. Der Gewinn, der darin steckt, ist zu gering. Was wir wirklich brauchen, steht im Rest des Halbsatzes; das teile ich. Wir brauchen praktische Arbeit. Die Botschaften müssen aktiv werden, ebenso wie die Außenhandelskammern; auch die Arbeitsagenturen müssen aktiv werden, und zwar derart, einen konkreten Bewerber im Ausland auf einen Arbeitsplatz zu bringen. Das kann man nicht per Gesetz machen. Das erfordert harte Arbeit, viel Kommunikation, viel Netzwerke.

Es ist eben manchmal so: Nicht alle Probleme können per Gesetz gelöst werden. Manchmal muss man ganz praktisch daran arbeiten. Aus dem Grund gilt der Satz von Montesquieu: „Gibt es keinen zwingenden Grund, ein neues Gesetz zu machen, gibt es den dringenden Grund, ein solches Gesetz nicht zu machen.“ – Lasst uns hier kein neues, gefährliches Fass aufmachen! Deshalb meine Bitte, diesen Halbsatz zu streichen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Zu der Thematik auch noch Norbert Bockstette, Landesverband Oldenburg. Es geht um Antrag D 99. – Bitte schön.

Norbert Bockstette: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Delegierte! Es geht in unserem Antrag darum, dass wir ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen wollen. Wir stimmen da zu hundert Prozent mit dem überein, was Armin Laschet eben vorgetragen hat. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Formulierung der Antragskommission ein wenig zu kurz springt. Wenn wir von einem Einwanderungsgesetz sprechen, dann sollten wir es auch als solches benennen. Was wir brauchen, ist ein Einwanderungsgesetz, das diese Begrifflichkeit auch verdient. Es muss umfassend sein. Deswegen reicht es eben auch nicht – das ist schon angedeutet worden –, wenn die einzelnen Gesetze zusammengefasst werden. Es muss in sich schlüssig sein, und es muss natürlich an den Interessen unseres Arbeitsmarktes und unserer Gesellschaft ausgerichtet sein. Deswegen würden wir uns freuen, wenn die Formulierung der Antragskommission erweitert werden würde, und zwar nach „und besser miteinander verknüpft in einem“ „in sich schlüssigen Einwanderungsgesetz“ – dann im Text entsprechend weiter – geändert werden würde. Wenn sich die Antragskommission dem nicht anschließen kann, dann halten wir unseren Antrag in Gänze so aufrecht. – Vielen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission der Generalsekretär Dr. Tauber.

Dr. Peter Tauber, Antragskommission: Liebe Kollegen! Liebe Freunde! Lieber Günter! Ich will zunächst zu den beiden Wortmeldungen etwas sagen, bevor ich für die Antragskommission noch etwas zu dem vorliegenden Text sage.

Es geht ganz klar nicht, wie suggeriert wird, um ein völlig neues Gesetz. Ich glaube – das ist auch in vielen Redebeiträgen heute schon angeklungen –, wir sollten uns nicht kleiner machen, als wir es sind. Wenn eine Partei in Deutschland in den letzten Jahren etwas für Integration getan hat, wenn eine Partei in den letzten Jahren in Deutschland Zuwanderung gestaltet hat, dann sind wir es gewesen. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen. Deswegen geht es um das spannende Thema: Wenn dieses Thema offensichtlich in Zeiten wie diesen wichtig ist, dann können wir an manchen Stellen noch besser werden.

Der Antrag, den wir heute beraten und den die Kommission unter Leitung von Armin Laschet erarbeitet hat, wirft einen Blick weit über diese Tage hinaus. Wir wollen uns mit der Frage beschäftigen: Wie organisieren wir gesellschaftlichen Zusammenhalt in den nächsten Jahren, ja vielleicht sogar Jahrzehnten? Da wird niemand ernsthaft behaupten, dass wir uns mit der Frage, wie wir Zuwanderung in unser Land organisieren, nicht immer wieder neu beschäftigen müssen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, und das wird auch in Zukunft so sein. Nichts anderes bezweckt dieser Antrag. Insofern ist der Weg, wie ich persönlich finde, zwischen den beiden Wortmeldungen, die wir eben gehört haben, ein ganz wunderbarer Kompromiss, weil er genau das ausdrückt: Wir haben bereits gute Regelungen; die haben wir gemacht, nicht andere. Aber wir werden über neue Regelungen in der Zukunft nachdenken müssen; wir sollten nicht stehen bleiben. Im Text liest sich das so: Es gibt bereits zahlreiche ge-

setzliche Regelungen zur Einwanderung. Diese müssen widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpft, in einem Gesetz zusammengeführt und im Ausland besser kommuniziert werden.

Um nichts anderes geht es. Ich finde, das, was wir vorhin gehört haben, die Sorgen, die damit auch formuliert wurden, tragen nicht, wenn man den Text zugrunde legt. Ich glaube, es ist gut, wenn wir für uns als Union beanspruchen, dass auch in Zukunft alles, was mit Integration, was mit Einwanderung zu tun hat, unsere Handschrift tragen wird. Das soll dieser Antrag bewerkstelligen. Deswegen bitte ich für die Antragskommission noch einmal um Zustimmung.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Für diejenigen, die das nachlesen wollen: Sie finden das auf Seite 198/199 unseres Antragsbuches. Wer dem Antrag in der dort von der Antragskommission vorgelegten Fassung zustimmen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei circa 30 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen ist das so angenommen.

Als Nächste kommt die Kollegin Bettina Wiesmann aus Frankfurt zu D 127. – Bitte schön.

Bettina Wiesmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Im Namen der Antragsteller unseres Initiativantrags, angeführt von Julia Klöckner und Volker Bouffier, möchte ich Sie herzlich bitten, folgender Ergänzung des Familienkapitels im Antrag des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken“ Ihre Zustimmung zu geben. Als neue Ziffer 22 – ab Zeile 417 für die, die das verfolgen wollen – schlagen wir Ihnen, und zwar in der geringfügig von der Antragskommission verkürzten Fassung vor, zu schreiben:

Kinderreiche Familien leisten einen großen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft. Sie tragen besonders zur demografischen Stabilisierung und Fortschreibung des Generationenvertrages bei. Sie wenden deutlich mehr Zeit und Geld für die Erziehung, Pflege und Bildung ihrer Kinder auf und tragen zugleich höhere Opportunitätskosten als Familien mit einem oder zwei Kindern. Unser Ziel ist es, diesen Familien die angemessene Aufmerksamkeit, Sensibilität und Anerkennung zuteil werden zu lassen.

Und dann geht es mit ein paar Beispielen weiter.

Zwei Gründe will ich dafür ganz kurz anführen: Erstens. Als Familienpartei sind uns die verschiedenen Familienformen gleich viel wert. Verbindliche zwischenmenschliche Beziehungen halten Familien und unser Gemeinwesen zusammen. Dieser rote Faden durchzieht das gesamte Familienkapitel dieses Leitanspruchs und auch unsere Politik. Wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen, herrscht diese Verbindlichkeit, die für uns konstitutiv für Familie und familiären Zusammenhalt ist.

Deshalb werden in den Ziffern 20 und 21 des Antrags, also direkt vor der Stelle, von der ich hier spreche, im allgemeinen, grundsätzlichen Teil des Familienkapitels, die Situation und die Lei-

stungen von Alleinerziehenden und Getrennterziehenden ausdrücklich gewürdigt, und es wird beschrieben, wie wir sie besser unterstützen wollen; denn dies sind Familien, in denen Menschen füreinander einstehen. Sie leisten all das, was Familien als innerster Kern für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten.

Mit unserem Antrag für eine weitere Ziffer – Ziffer 22 im Anschluss an diese Passagen – wollen wir diesem berechtigten Anliegen ein zweites, genauso berechtigtes Anliegen an die Seite stellen und explizit nennen. Es geht um das Anliegen, Familien mit drei und mehr Kindern stärker in den Blick zu nehmen und bei ihren Belangen und Herausforderungen zu unterstützen. Der Leit-antrag in der ursprünglichen Fassung spricht zwar die besonderen Bedürfnisse dieser Familien durchaus an. Weit hinten, unter Ziffer 27, bei dem Familienleistungsausgleich, ist von einem – ich zitiere – ab dem dritten Kind steigenden Armutsrisiko die Rede, und es werden Maßnahmen genannt, um dem entgegenzuwirken, wie insgesamt zahlreiche Vorschläge darauf gerichtet sind, gerade Familien mit mehreren Kindern gerecht zu werden. Wir Antragsteller denken dennoch: Um den großen gesellschaftlichen Beitrag der kinderreichen Familien zu würdigen, ist dies nicht genug. Diese Würdigung gehört an den Anfang, zu den einleitenden, grundsätzlichen Bemerkungen, eben als Ziffer 22, wie vorgeschlagen. Das Bild der CDU als Familienpartei wird erst dadurch von vorne bis hinten, vom Grundsätzlichen bis zu den Maßnahmenvorschlägen, rund.

Zweitens, ganz kurz: Drei Landesverbände, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, haben mit C 42 einen umfassenden sonstigen Antrag zu kinderreichen Familien vorgelegt – Sie haben ihn vielleicht gelesen –, erarbeitet von den Landtagsfraktionen als echter Querschnittsantrag, bezogen auf verschiedenste Politikfelder. Er wird morgen beraten und, sollten wir uns dem Votum der Antragskommission anschließen, an unsere Gremien, den Bundesfachausschuss und alle Landtagsfraktionen überwiesen. Sollte es so kommen, würde ich dies als Umsetzungsauftrag empfinden. In Hessen, wo ich herkomme, sind wir auf dem Weg schon ein gutes Stück vorangekommen.

Der Sachantrag, für den ich jetzt hier werbe, bietet die Chance, beide Anträge, den großen, umfassenden Antrag im Familienkapitel der Laschet-Kommission zum einen und den spezifischen, zielgruppenbezogenen Antrag zu kinderreichen Familien zum anderen, sinnvoll miteinander zu verzahnen. Ich bin mir sicher, dass wir damit erstens Familien in unterschiedlichen Konstellationen und Herausforderungen, zweitens unserer Gesellschaft, die auf gelingende Familien in all ihrer Vielfalt gründet, und drittens nicht zuletzt unserer CDU als Familienpartei einen guten Dienst erweisen würden. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung zum Votum der Antragskommission an dieser Stelle und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Für diejenigen, die den Text nachlesen wollen: Er ist zu finden in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 3. Das ist der Initiativan-

trag C 82 der Delegierten Bettina Wiesmann, Volker Bouffier, Julia Klöckner und 27 weiterer Delegierter. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 82 in der Fassung anzunehmen, die dem Text entspricht, den uns eben Frau Wiesmann vorgelesen hat. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist das so angenommen.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung über den Antrag der Kommission von Armin Laschet mit dem Titel „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Wer dem Antrag in der jetzt beschlossenen Form und mit den Vorschlägen der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen ist der Antrag so beschlossen. Herzlichen Glückwunsch an Armin Laschet und seine Kommission. Danke für die gute Arbeit.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den TAGESORDNUNGSPUNKTEN 9 und 15:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
„Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“

Ich übergebe das Wort an unseren Generalsekretär Peter Tauber.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, es sind wieder besondere Zeiten, in denen wir zu einem Parteitag zusammenkommen. Sie sind anstrengend, sie sind fordernd, sie sind ereignisreich. Wer würde das bestreiten wollen? Aber das ist für Christdemokraten in Verantwortung nichts Neues. Von Konrad Adenauer stammt aus dem Jahr 1946 der Satz: „Das Glück des Menschen besteht nicht in Geborgensein und Wohlstand“, sondern darin, „daß man klar und entschlossen zu dem steht, was man als richtig erkannt hat.“ Helmut Kohl hat 1990 gesagt:

„Wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen unserer Geschichte die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten?“

Und es war unsere Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende, die anlässlich des 70. Geburtstages der CDU in diesem Sommer festgestellt hat:

„Wer gestalten will, darf nicht verzagen; der packt an und arbeitet mit Zuversicht für eine gute Zukunft.“

Wir als Christdemokraten tun das seit 70 Jahren für unser Land. Immer, wenn es schwierig wurde in der Geschichte der Bundesrepublik, dann waren wir da. Ich glaube, es tut not, dass wir uns das

immer wieder bewusst machen: Wenn es schwierig war, dann waren wir da. Wir sollten uns auch im 70. Jahr unseres Bestehens in Erinnerung rufen, dass das alles nicht so wäre ohne die Männer und Frauen, die im Herbst und im Sommer 1945 in einem Land, das in Trümmern lag, diese Union gegründet haben. Wo stünden wir heute, hätte Konrad Adenauer nicht die Westbindung, die Aussöhnung mit Frankreich, die Wiederbewaffnung oft gegen heftigen Widerstand, manchmal auch in der eigenen Partei, durchgesetzt? Wo stünden wir ohne Helmut Kohls Standfestigkeit bei der deutschen Einheit, beim Streiten für Europa und den Euro? Und wo stünden wir ohne Angela Merkels hohes Ansehen in Deutschland, in Europa, in der Welt bei der Finanz- und Wirtschaftskrise, bei der Staatsschuldenkrise in Europa, beim Krieg in der Ukraine oder auch beim Kampf gegen den Klimawandel? So gab und gibt es immer wieder schwierige Debatten. Es gab immer wieder schwierige Situationen. Man kann feststellen: Wir sind keine Schönwetterpartei. Wir sind dafür da, dass jemand Verantwortung übernimmt, wenn es schwierig ist.

Deswegen nehmen wir uns das Recht heraus, zu sagen: Diese Bundesrepublik, die haben wir als Christdemokraten mitgeprägt. Dass dieses Deutschland heute so ist, wie es ist, das liegt maßgeblich auch an der Arbeit von Männern und Frauen, die der CDU angehört haben, von den Rathäusern vor Ort über die Länderparlamente bis zum Bund und bis nach Europa.

(Vereinzelter Beifall)

Hier ist heute die Partei versammelt, die dafür verantwortlich ist, dass es Rekordbeschäftigung in Deutschland gibt. Hier ist heute die Partei versammelt, die dafür verantwortlich ist, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben. Hier ist heute die Partei versammelt, die dafür verantwortlich ist, dass wir die niedrigste Arbeitslosenquote seit der deutschen Einheit haben. Hier ist heute die Partei versammelt, die nicht nur dafür verantwortlich ist, dass wir nicht nur in den Jahren 2014 und 2015 die schwarze Null im Bundeshaushalt stehen haben, sondern auch dafür, dass das auch für 2016 unser Ziel ist.

Wir als CDU wollen zusammen mit Wolfgang Schäuble das Triple schaffen.

Schauen wir jetzt nach Sachsen-Anhalt. Wie ist es da? Da regiert die CDU, auch da steht die schwarze Null im Haushalt. Wir kämpfen dafür, dass Reiner Haseloff im März gemeinsam mit den Freunden erfolgreich die Staatskanzlei verteidigt und er Ministerpräsident bleiben kann.

(Vereinzelt Beifall)

Schauen wir nach Baden-Württemberg und nach Rheinland-Pfalz. Dort regieren Grün-Rot und Rot-Grün, und da stehen die Nullen nicht im Haushalt, da sitzen sie in der Regierung.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sigmar Gabriel erklärt, die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz sei die Mutter aller Schlachten, dann muss ich schon sagen, dass das ein sehr absurdes Bild ist. Wenn ich mir jetzt die ganzen

Querschläger in der SPD anschau, die Blindgänger und sonstigen Granaten, dann wird mir nicht bange. Rheinland-Pfalz braucht frischen Schwung und neue Kraft, und dafür steht Julia Klöckner.

(Beifall)

Der Naturschutzbund Baden-Württemberg hat erklärt: „Baden-Württemberg ist Wolfenwartungsland.“ Ich weiß nicht, wann die ersten Wölfe wieder durch den Schwarzwald streifen. Aber eine Vorhersage wage ich: Ab 13. März sitzt ein Wolf in der Villa Reitzenstein.

(Beifall)

Dafür wollen wir alles tun, gemeinsam mit den Freunden in Baden-Württemberg.

Jetzt haben sich kurz vor unserem Parteitag auch die Sozis getroffen, haben ebenfalls einen Parteitag durchgeführt. Die neue Generalsekretärin der SPD hat gleich gesagt, ihre wichtigste Aufgabe sei es, die Unterschiede zwischen SPD und CDU ein bisschen deutlicher herauszuarbeiten. Ich finde, wir haben ihr heute einen erheblichen Teil dieser Arbeit abgenommen.

(Beifall)

Wenn sie noch Fragen hat, erkläre ich es ihr gerne noch einmal; denn es gibt große Unterschiede: Erstens. Diese Partei steht geschlossen hinter ihrer Vorsitzenden.

(Beifall)

Der zweite Unterschied ist: Wir haben eine Kanzlerin, die SPD hat noch nicht einmal einen Kandidaten.

(Beifall)

Der dritte Unterschied – ich finde, das ist mit Blick auf das, was wir im Namen tragen, den Gedanken einer Union, das Wichtigste: Es käme keinem Christdemokraten über die Lippen, zu sagen: 75 Prozent reichen mir; die anderen 25 Prozent interessieren nicht mehr. – Unsere Aufgabe ist es, auch wenn wir streiten, am Ende des Tages immer zusammenzustehen und alle mitzunehmen, weil wir als Union wissen: Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir geschlossen, gemeinsam kämpfen. Auch das ist ein Unterschied zwischen uns und Sozialdemokraten, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn ich – wie in den letzten Monaten, in den letzten Jahren – mit Freunden vor Ort, in den Kreisverbänden, diskutiere, dann stelle ich fest, dass es Themen gibt, die uns umtreiben, die immer wieder auf die Tagesordnung kommen, die uns beschäftigen. Eine der Fragen, die uns immer wieder begegnet, ist: Wie halten wir es eigentlich mit dem C, wie wichtig ist es noch, wel-

che Botschaft hat es, was sagt es uns? Ich erlebe dieser Tage, dass es nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Es ist eben ein Unterschied, ob man nur in Sonntagsreden darauf verweist oder ob man ganz konkret sagt: Das, was wir tun, hat etwas mit unseren Überzeugungen, mit dem christlichen Menschenbild zu tun. – Ich finde, dieser Tage merkt man es; man merkt es bei dem, was unser Land leistet, was viele unserer Parteimitglieder leisten, wenn sie Menschen in Not helfen. Darauf können die Deutschen stolz sein, darauf können auch wir als Partei stolz sein.

Es gibt so viel Ehrenamt in unseren Reihen, nicht nur politisches Ehrenamt, sondern auch Ehrenamt für Menschen in Not. Das, finde ich, ist aller Ehren wert und verdient an dieser Stelle eine Erwähnung. Neben vielen Abgeordneten, die helfen – Martin Patzelt, Antje Tillmann und Frank Kupfer haben Flüchtlinge bei sich zu Hause aufgenommen –, sind es die Mitglieder, die oft mit kleinen Gesten einen Beitrag dazu leisten, damit der Satz der Vorsitzenden „Wir schaffen das“ Wirklichkeit wird. Ich habe neulich ein Mitglied getroffen, 85 Jahre alt, 1943 in Hamburg ausgebombt, kinderlandverschickt ins tiefste Hessenland. Als er dort ankam – sie haben oberhessisches Platt gebabbelt –, hat er kein Wort verstanden, aber er ist dort freundlich aufgenommen worden, ist dort heimisch geworden. Ich habe ihn jetzt getroffen und ihn gefragt, ob er es nach über 50 Jahren Engagement in der CDU etwas ruhiger angehen lassen will. Aber er hat gesagt, er legt die Hände nicht in den Schoß; weil er Christdemokrat ist, weil er selber erlebt hat, wie es ist, wenn man fremd ist, engagiert er sich heute für jugendliche Flüchtlinge. Auch er ist eines dieser vielen Vorbilder, die wir in unserem Land haben, auf die wir stolz sein können.

Mein Dank schließt alle Bürgermeister und Landräte ein. Sie alle leisten Außergewöhnliches. Es ist natürlich wahr: Wir stehen vor keiner leichten Aufgabe. Sie wird uns in der Zukunft noch viel abverlangen. Wir haben dazu eine gute Diskussion geführt und einen guten Plan beschlossen, haben klar gesagt, was wir wollen: ordnen, steuern und die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, reduzieren.

Diese Debatte beschäftigt uns nicht nur, weil wir vor diesen Herausforderungen stehen. Bei vielen Wortmeldungen hat man heute gemerkt: Am Ende des Tages geht es um uns selbst. Welches Selbstbild haben wir als Deutsche, die wir solch einer Herausforderung gegenüberstehen? Diese Debatte tut not in einem Land, das sich lange einer Diskussion, was eigentlich unsere Leitkultur, was prägend ist, verweigert hat.

Die Wahrheit ist: Es waren wir Christdemokraten, die schon vor langer Zeit gesagt haben: Eine Gesellschaft, die sich verändert, in der Menschen heimisch werden, die nicht hier geboren sind, braucht eine Diskussion darüber, was verbindlich ist und was verbindend ist. Wir waren es, die gesagt haben: Das alles meint das Wort Leitkultur, das Friedrich Merz damals in die Diskussion eingebracht hat und das wir in unser Grundsatzzprogramm hineingeschrieben haben.

Ich finde es beeindruckend, dass inzwischen viele kluge Menschen, die über Jahre hinweg gesagt haben: „Nein, Deutschland braucht keine Leitkultur, das ist alles überflüssig“, heute in klugen Artikeln in den Feuilletons der Tageszeitungen dieser Republik erklären, das sei doch ir-

gendwie notwendig, man brauche solch ein Leitbild. Wir haben das immer gesagt. Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns als Christdemokraten bewusst sind, dass wir da gerade einen Kulturkampf gewonnen haben. Wir haben immer gesagt, es braucht Verbindliches und Verbindendes, es braucht klare Regeln. Dieses Land ist am Ende des Tages mehr als das, was im Grundgesetz steht. Es gibt viele Dinge, die Deutschland liebenswert machen, die die Väter und Mütter aber nicht in das Grundgesetz hineingeschrieben haben, bei denen wir aber wollen, dass sie bleiben, heute, morgen und in Zukunft. Das immer wieder zu benennen, ist in der Zukunft eine ganz wichtige Aufgabe für uns Christdemokraten.

(Vereinzelt Beifall)

Was sind das für Dinge? Im Grundgesetz steht nicht, dass man unser Land lieben kann, dass man stolz darauf sein kann, in Deutschland zu leben und Deutscher zu sein. Im Grundgesetz steht nicht, dass man aufstehen soll, wenn die Hymne gespielt wird, und dass man den Text vielleicht auch ohne die Zettel mitsingen können sollte; aber ich finde, das ist etwas Selbstverständliches, wenn man stolz auf diese Republik ist. Christdemokraten sind stolz auf diese Republik. Deswegen stehen wir auf, deswegen singen wir die Hymne, und deswegen spielen wir sie übrigens auch – anders als andere Parteien – am Ende unseres Parteitags. Und es ist gut so, dass wir das tun.

(Beifall)

Wenn wir über Werte in der Gesellschaft reden, wenn wir über das reden, was so bleiben soll, weil wir es für wichtig erachten, dann müssen wir uns auch mit denen auseinandersetzen, die vorgeben, das christliche Abendland zu verteidigen, die auch die schwarz-rot-goldene Fahne vor sich hertragen, aber eigentlich ganz andere Botschaften aussenden. Wer gegen Flüchtlinge und Ausländer in diesem Land hetzt, wer Flüchtlingsheime anzündet, wer johlend hinter Galgen bei Pegida herläuft, der hat nicht das Recht, die schwarz-rot-goldene Fahne vor sich herzutragen.

(Beifall)

Es ist die Fahne dieser Republik, es ist die Fahne der Demokraten, und deswegen ist es unsere Fahne. Insofern sind wir gefordert, wenn es darum geht, die Werte, über die wir immer reden, mit Leben zu füllen. Wenn in Kindergärten Laternenfeste statt Sankt Martin gefeiert werden, wenn keiner mehr genau weiß, was Pfingsten eigentlich ist, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Bekenntnis zu unseren Traditionen und Werten schwerfällt.

Es liegt an uns. Wenn Landräte und Bürgermeister sagen, dass sich manche weigern, von einer Frau das Taschengeld ausgezahlt zu bekommen, dann kann die Reaktion nicht sein, künftig einen Mann an die Kasse zu setzen, sondern die Reaktion muss sein: Dann kriegt der an dem Tag kein Taschengeld, weil bei uns die Frauen eben so einen Job machen!

(Beifall)

Dasselbe gilt für den Schwimmunterricht und für viele andere Dinge. Wir haben uns in diesem Land auf ein paar Regeln verständigt, die wir manchmal mühsam erstritten haben. Aber wenn wir sie jetzt nicht selbstbewusst vertreten, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie keiner annimmt und zu seinen eigenen macht.

Die Wahrheit ist: Da geht es nicht nur darum, mit Menschen zu reden, die zu uns kommen und hier heimisch werden wollen. Da müssen wir auch mit manchem Landsmann oder mancher Landsfrau einmal ein ernstes Wörtchen reden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich lese, was Jusos und Grüne Jugend manchmal aufschreiben, wenn es um das Bekenntnis zu dieser Republik geht, dann würde ich manchem Juso und manchem in der Grünen Jugend dringend einen Integrationskurs empfehlen. Das will ich an dieser Stelle einmal so deutlich sagen.

(Beifall)

Der Antrag der Jungen Union – da sieht man einen weiteren Unterschied zu den Sozialdemokraten: wir haben die bessere Jugendorganisation –

(Beifall)

sieht zum Beispiel vor, die Nationalhymne ins Grundgesetz aufzunehmen, was ich persönlich gut finde. Ich finde es gut, dass wir uns damit beschäftigen, wie wir es in unserem Land schaffen, Zusammenhalt zu generieren. Für Christdemokraten sind Schwarz-Rot-Gold eben keine beliebigen Farben.

Ich will Ihnen noch eine Geschichte erzählen, die mich sehr bewegt hat. Ich habe im Rahmen der Aktion „Helfende Hände“ der Bundeswehr mit meiner Kompanie ein Wochenende in einer Flüchtlingsunterkunft in Offenbach mitgeholfen, und dort waren viele Kinder untergebracht. Wenn man die Kinder malen lässt, dann malen sie manchmal nicht das, was deutsche Kinder malen würden – Blumen, Bienen, Häuser –, sondern sie malen schlimme Dinge. Sie malen zum Teil das, was sie erlebt haben. Die Bilder sind schrecklich. Wenn sie keine schrecklichen Bilder malen, dann malen sie alle nur eins: Sie malen schwarz-rot-goldene Fahnen. Und obwohl ich mir ziemlich sicher bin, dass die Kinder die Bedeutung unserer Farben gar nicht kennen – sie wissen nichts vom Lützower Freikorps, vom Hambacher Fest, vom Paulskirchenparlament; sie wissen nicht, dass diese Farben von Beginn an für Freiheit, für Sehnsucht, für Hoffnung standen –, haben sie doch, wenn vielleicht auch nur unterbewusst, diesen Farben, indem sie sie malen, ihre eigentliche Bedeutung zurückgegeben. Ich finde, das ist etwas, was Hoffnung und Mut macht: wenn ganz selbstverständlich diese Farben, die deutschen Farben, auch heute, auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die Farben der Freiheit, der Sehnsucht und der Hoffnung sind, für uns als Deutsche, aber auch für den einen oder anderen, der bei uns heimisch werden wird.

Jetzt ist die spannende Frage, wenn das so ist und wenn sich vieles ändert: Was machen wir als Christdemokraten dann wieder – nicht nur in Regierungsverantwortung, sondern auch als Partei? Ich denke in diesen Tagen, ehrlich gesagt, oft an Helmut Kohl, und ich denke an die Zeit, als ich in die CDU eingetreten bin. Ich bin 1991 Mitglied unserer Partei geworden. Ich kann nicht behaupten, dass ich im jugendlichen Alter von zarten 16 Jahren alles verstanden habe, was die, die damals Verantwortung für unser Land und für unsere Partei getragen haben, entschieden und getan haben. Aber ich hatte ein Gefühl: Ich hatte das Gefühl, dass da ein Kanzler und ein Parteivorsitzender ist, der nicht nur zutiefst von dem überzeugt ist, was er tut, weil er das, woran Christdemokraten lange geglaubt haben, nämlich die deutsche Einheit, nun verwirklichen kann. Vielmehr hat er auch – im Gegensatz zu vielen anderen, die damals politische Verantwortung trugen – nicht gezagt, nicht gezaudert, sondern er hat den Menschen Zuversicht gegeben. Auch wenn er das damals so nicht gesagt hat, bei mir als jungem Menschen kam damals an: Diese deutsche Einheit ist ein Geschenk, und sie wird viel Arbeit erfordern – die Vorsitzende hat dazu vorhin auch etwas gesagt –; aber wenn wir uns alle Mühe geben, dann können wir das gemeinsam schaffen. Das ist nichts Neues im Selbstverständnis von Christdemokraten, sondern das ist ebenfalls etwas, was seit 70 Jahren für uns gilt.

Wenn das so ist, dann bleibt die spannende Frage: Was tun wir denn, damit wir alle hier, auch die, die auf den nächsten Parteitag hier sitzen, ebenfalls für sich reklamieren können: „Da ist eine neue Aufgabe, die nehmen wir an; wir werden der Verantwortung gerecht, die uns Menschen übertragen haben“? Ich persönlich glaube, dass wir wieder einmal das machen müssen, was die, die vor uns in der Partei Verantwortung trugen, immer wieder getan haben: Sie waren bereit, dort, wo es notwendig ist, auch die Partei zu verändern. Deswegen ist es nicht Selbstzweck, wenn wir über eine Parteireform reden, sondern es ist notwendig, damit wir unserem eigenen Anspruch, diesem Land zu dienen und erfolgreich Politik zu machen, auch in Zukunft gerecht werden können.

Wir haben uns dazu ein paar Dinge vorgenommen: Wir wollen den Frauenanteil unter den Mitgliedern in einem ersten Schritt auf 30 Prozent erhöhen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist notwendig. Das ist übrigens auch keine völlig neue Idee. Auf einem Parteitag hier in Karlsruhe hat ein Vorsitzender einmal gesagt: „Die Arbeit der Frauen in unserer Partei wird meines Erachtens vielfach nicht genügend gewürdigt.“ – Das war Konrad Adenauer im Jahr 1951. Ich persönlich finde: Leider stimmt der Satz manchmal immer noch, und es wird Zeit, dass sich daran etwas ändert.

(Beifall)

Bei der letzten Bundestagswahl gab es bei uns fast sechs Millionen Deutsche mit einer sogenannten Einwanderungsgeschichte. Man muss kein großer Mathematiker oder Statistiker sein,

um zu wissen, dass diese Zahl weiter steigen wird. Deswegen freue ich mich sehr, wenn ein neuer CDU-Oberbürgermeister Ashok-Alexander Sridharan heißt und der neue RCDS-Bundesvorsitzende Jenovan Krishnan. Das sind neue Landsleute, die in unserer Partei Verantwortung übernehmen. Aber wir werden mehr von ihnen brauchen. Wir werden sie einladen müssen. Für mich kann nicht die entscheidende Frage sein, woher jemand kommt oder welche Hautfarbe er hat, sondern die entscheidende Frage muss sein: Ist er bereit, in unseren Reihen für eine gute Zukunft dieser Republik zu arbeiten? Wenn er das ist, dann ist jeder und jede uns herzlich willkommen. Wir brauchen Männer und Frauen, die für diese Republik eintreten – gestern, heute und auch morgen. Deswegen ist das ein zweiter wichtiger Punkt der Parteireform.

(Beifall)

Jeden Monat treten 1 000 Bürgerinnen und Bürger in die CDU ein. Es sind Jüngere, aber es sind auch ganz viele Ältere, was mich freut. Wir haben inzwischen viele Ältere im Ruhestand, die sagen: Jetzt will ich noch einmal etwas tun, jetzt mache ich mit, jetzt trete ich in die CDU ein. – Das ist übrigens auch etwas, was uns von anderen unterscheidet. Otto Wulff und Philipp Mißfelder haben die Zusammenarbeit der Senioren-Union und der Jungen Union auf den Weg gebracht. Deswegen bin ich Otto Wulff auch dankbar für sein Engagement im Rahmen der Parteireform. Da ist nicht in jeder Zeile von den Senioren die Rede, aber die Senioren sind für uns Verpflichtung, das, was sie erarbeitet haben, in unserer Partei weiterzutragen, die Jungen in die Pflicht zu nehmen, für dieselben Werte zu streiten. Das haben wir gemeinsam getan. Das ist ein ganz wichtiges Signal und eine wichtige Botschaft in unsere Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht allein um die 1 000 neuen Mitglieder; es geht auch um die 450 000, die schon da sind. Wir alle müssen das gemeinsam machen, damit es am Ende für unsere Partei gut wird. In der Kommission gab es viele weitere Vorschläge. Wir wollen einen Mitgliederbeauftragten auf allen Ebenen als Wahlamt einführen, bis in den Bundesvorstand hinein. Wir haben natürlich auch über die Finanzen gesprochen, und es ist die Wahrheit – der Bundesschatzmeister hat dazu schon ausgeführt: Wenn wir erfolgreich Politik machen wollen, dann müssen die Ortsverbände, die Kreisverbände, die Landesverbände, aber natürlich auch die Bundespartei dazu in der Lage sein. Über die Frage eines Mindestbeitrags, aber zum Beispiel auch über die Frage eines Mitgliederprinzips haben wir schon trefflich gestritten. Ich persönlich glaube, dass alle diese Fragen, die auch mit einer Stärkung der Beteiligung unserer Mitglieder einhergehen, in den Kompromissen und Vorschlägen, die wir erarbeitet haben, jetzt beides erlauben. Wir können einerseits vor Ort entscheiden, was wir tun wollen: Wollen wir das Mitgliederprinzip oder das Delegiertenprinzip beibehalten? Und wir sagen andererseits sehr klar in Richtung unserer Mitglieder: Wir trauen euch etwas zu. Wir wollen, dass ihr mitarbeitet. Wir laden euch ein, mit zu entscheiden und mit zu diskutieren. Das, finde ich, ist ein starkes Signal, das auch von diesem Parteitag ausgehen sollte.

Die Schritte sind notwendig, weil wir eine organisationsstarke und kampagnenfähige Volkspartei bleiben wollen. Ich bin davon überzeugt: Die CDU-Mitgliedschaft hat einen Wert. Die Demokratie lebt von Mitgliedern, die sich zu ihren Überzeugungen bekennen. Deswegen müssen wir das selbstbewusst nach außen vertreten. Es lohnt sich, CDU-Mitglied zu sein.

Zum Schluss. Es sind wieder besondere Zeiten, in denen wir zu unserem Parteitag zusammenkommen. Wer wolle das bestreiten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Christlich Demokratische Union die Volkspartei bleibt. Ich meine, die CDU ist eine großartige Partei. Deshalb hat die „FAZ“ bei der Vorstellung unseres Kommissionspapiers zu Recht geschrieben:

Etwas Besseres als die Parteien ist für die politische Willensbildung noch nicht erfunden worden.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Sinne haben wir viel vor. Es sind viele Aufgaben, die wir noch gar nicht im Blick haben. Alles, was wir schon heute diskutiert haben, was uns aber auch in den letzten Jahren beschäftigt hat, sollte uns die Zuversicht und Kraft geben, dass wir die Probleme und Herausforderungen, die wir noch gar nicht kennen, auch gemeinsam meistern werden. Ich vertraue darauf, allein weil ich in diesem Jahr über hundert Kreisverbände besucht habe und so viele tolle Mitglieder, engagierte Kreisvorsitzende, ehrenamtliche Funktions- und Mandatsträger unserer Partei getroffen und kennengelernt habe. Ich lade Sie ein, mitzumachen. Wir sind auf einem guten Weg: nicht nur bei der Parteireform, nicht nur bei vielen inhaltlichen Diskussionen. Wir werden morgen zwei weitere Kommissionen auf den Weg bringen.

Bei aller Selbstreflexion, bei aller Kritik, die uns gut ansteht – Demut ist eine der schönsten christlichen Tugenden –, glaube ich, kann man am Ende des Tages eines immer sagen: Wir sind stolz darauf, Christdemokraten zu sein. Wir sind stolz darauf, diesem Land zu dienen. Das werden wir auch weiter mit ganzer Kraft tun. Hurra!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Peter Tauber, herzlichen Dank für deine Rede. Herzlichen Dank auch im Namen des Parteitags für deine engagierte Arbeit, für deinen Ausdauerlauf durch die Politik, für dein Engagement. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir auch in den nächsten Jahren.

Wir kommen jetzt zum Antrag „Meine CDU 2017. Die Volkspartei“, weil es zur Aussprache des Generalsekretärs keine Wortmeldungen gibt. Ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor: Wir haben die Wortmeldezettel mit den Punkten und Anträgen, zu denen es Gesprächsbedarf und Änderungsbedarf gibt. Ich frage zunächst einmal: Die erste Wortmeldung kommt von Sylvia Pantel zu Ziffer 9 des Antrages A 27. Gibt es einen Delegierten im Raum, der eine Wortmeldung zu einem Punkt früher hat? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sylvia Pantel zum Mikrofon. Sie hat das Wort.

Sylvia Pantel: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Delegierte! Ich habe gestern einen empörten Anruf unserer Senioren-Union erhalten. Dort wurde gesagt, dass die Überschrift „Meine CDU 2017. Die Volkspartei!“ sehr einladend und toll ist, aber wir verstehen überhaupt nicht, warum man auf den Antrag aus Hannover, der noch einmal verstärkt auf die Senioren eingeht, dass man auch diese als willkommen ansieht, nicht eingegangen ist und ihn abgelehnt hat. Herr Tauber, Sie haben gerade gesagt, die Senioren sind uns Verpflichtung. Das sollte man dann auch in unserem Papier lesen können. Deshalb würde ich auf jeden Fall noch eine Passage hinzufügen, die sich auf unsere Senioren bezieht oder auf diejenigen, die mitarbeiten wollen. Als Volkspartei schätzen wir das Wissen und die Berufserfahrung unserer älteren Mitbürger und Parteimitglieder. Wir rufen Menschen aller Altersgruppen auf, sich für unser Land in der CDU zu engagieren. Ich kann auch länger CDU-Mitglied sein. Wenn ich mit 16 Jahre eintrete und auch mit 36 Jahren CDU-Mitglied bin, gehöre ich aber nicht zu den Senioren. Ich bitte um eine Veränderung oder Ergänzung, dass sich Senioren und zukünftig zusätzlich ältere – wir sagen: die junge Generation ab 65 – weiterhin oder neu in unserer Partei engagieren. Herzlichen Dank.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das ist ein kluger Vorschlag. Wer diesem Änderungs- und Erweiterungsantrag folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so als beschlossen an.

Der nächste Gesprächswunsch ist zu Ziffer 26 des Antrages A 107 bzw. A 111. Gibt es früher Gesprächsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Walter Goda das Wort. Bitte schön.

Walter Goda: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Vielen Dank, dass ich das Wort ergreifen darf. Mit dem Änderungsantrag A 111 wollen wir das Aufnahmeverfahren der CDU komplett umdrehen und es auch beschleunigen, was Wunsch der Bundes-CDU ist und in dem Antrag steht, der vorgelegt wird. In jedem Verein ist es üblich, dass man Mitglied wird. Nur bei besonderen Gründen kann der Vereinsvorstand einer Aufnahme widersprechen. Genau das sollten wir auch bei der CDU auch machen, um endlich zu schnelleren Verfahren zu kommen. Der Antrag des Bundesvorstandes führt Umlaufverfahren ein und verkürzt die Frist. Das Problem wäre damit nicht mehr so groß, aber es bleibt. Unser Antrag löst das Problem. Schade finde ich, dass der Bundesvorstand diese Chance nicht erkannt hat. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Antrag A 111. Danke.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich möchte dazu Folgendes bemerken. Jeder von uns hat in seinem Kreisverband schon einmal erlebt, dass es gut ist, wenn man über einen Aufnahmeantrag etwas länger nachdenkt.

(Vereinzelt Beifall)

Darüber hinaus gilt an dieser Stelle: Der Antrag A 111 ist unzulässig, weil die Aufnahme neuer Mitglieder ausschließlich über eine Widerspruchslösung erfolgen würde. Für eine Aufnahme ist

jedoch eine eindeutige Entscheidung der Partei erforderlich. Wir haben mit der Formulierung, so wie sie von der Antragskommission vorgeschlagen wird, deutlich gemacht, dass Aufnahmeverfahren beschleunigt werden müssen. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dem folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Einige wenige Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? – Bei einigen Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission so gefolgt.

Der nächste Gesprächswunsch ist bei Ziffer 29 der Anträge A 121, A 117, A 122. Gibt es zuvor noch Änderungswünsche zu den Voten der Antragskommission? – Das sehe ich nicht. Dann möchte ich sagen: Es haben sich Dr. Urban Lanig aus Baden-Württemberg, Peter Bausenhardt, ebenfalls Landesverband Baden-Württemberg, und Raphael Tigges aus dem Kreisverband Gütersloh gemeldet. Dr. Lanig, Sie haben das Wort.

Dr. Urban Lanig: Verehrte, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Parteivorsitzende! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Parteimitglieder und Parteifreunde! Dass unsere Partei finanziell nicht gut dasteht und für die vorausliegenden Aufgaben und Herausforderungen eine finanziell gesicherte Grundlage nötig ist, ist uns allen und mir als Schatzmeisters eines CDU-Ortsverbandes mit kleiner bescheidener Kasse täglich Brot und bekannt. Die vorgesehenen Beitragssteigerungen für unsere Mitglieder in der untersten Beitragsstufe um 60 Prozent, nämlich von fünf auf acht Euro pro Monat, sind zu hoch und deswegen kontraproduktiv.

(Beifall)

Ich komme aus einem ländlich geprägten Landkreis, in dem gerade CDU-Rentner und – Rentnerinnen geringe Sozialabgaben entrichten konnten. Die Frauen sind mit Aufopferung ihrer Aufgabe als Mutter und Hausfrau nachgegangen und bekommen damit wenig Rente.

Für diese Gruppen ist die Steigerung zu hoch. Ein Familienbeitrag mit entsprechender Reduzierung ist vorgesehen. Aber die Lasten trägt ausschließlich der arme Kreisverband. Dies kann nicht sein. Der volle Beitrag an die Bundes-CDU muss nämlich auch bei reduziertem Beitrag für die Familien und die Rentner abgeführt werden. Der Schwarze Peter bleibt bei der CDU vor Ort.

(Beifall)

Mit 2 300 Mitgliedern, die wir im Main-Tauber-Kreis haben, müssen wir in Zukunft 27.600 Euro allein an die Bundes-CDU abführen. Wir hatten einmal 750 000 CDU-Mitglieder unter Helmut Kohl. Vor zwei Jahren waren es nur noch 468 000. Jetzt sind es gerade einmal 448 000, Tendenz fallend, gerade wegen der Flüchtlingsfrage. Wenn wir Volkspartei bleiben wollen, können wir diese Erhöhung so nicht machen. Was wir finanziell herausholen, werden wir durch Mitgliederschwund wieder verlieren.

(Beifall)

Hier spreche ich auch pro domo. Ich habe vier Kinder und eine Ehefrau. Alle sind Mitglieder in der CDU und ihren Untergliederungen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Familienpartei sollten wir uns auch auf diesem Gebiet den neuen, hoffentlich zahlreichen Parteimitgliedern – ich bitte Sie, im eigenen Familienkreis zu werben – empfehlen. Wir sollten diese Erhöhung noch einmal überdenken. Ich bitte den Vorstand und auch Sie, hochverehrte Frau Bundeskanzlerin, sich unserem Problem noch einmal anzunehmen und an die etwas ärmeren Landstriche zu denken. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Peter Bausenhart hat das Wort.

Peter Bausenhart: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Zunächst bin ich froh über den Leitantrag „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“. Er ist gut. Mehr zu tun im digitalen Bereich und den sozialen Netzwerken, ist ebenfalls gut. Da müssen wir viel machen. Wir müssen das aber „sowohl als auch“ tun und nicht „anstatt“. Gerade bei uns sind Leute mit niedrigem Einkommen und niedrigen Beitragssätzen aktiv in der CDU.

Ich komme aus einer Kleinstadt mit 25 000 Einwohnern. Seit ich denken kann, haben wir eine Zweidrittelmehrheit der CDU im Gemeinderat.

(Vereinzelt Beifall)

Wir leben bei uns die Volkspartei. Wie machen wir das? Wir haben so gut wie jeden Gastwirt und Vereinsvertreter – sowohl Vereinsvorsitzende als auch Vereinsmitglieder – bei uns als Mitglied. Wir kämpfen und werben vor Ort für die CDU, um unsere Gedanken in die Gesellschaft und insbesondere in die bürgerlichen Schichten hineinzubringen. Posten über soziale Netzwerke allein reicht nicht aus. Bei einem monatlichen Mindestbeitrag von acht Euro kommen wir auf einen Jahresbeitrag von 96 Euro. Das werden viele Vereinsvertreter nicht mehr verstehen; denn diese zahlen für ihren Verein einen Jahresbeitrag von 30 bis 50 Euro.

(Beifall)

Ich bitte Sie, den Anträgen des Kreisverbandes Alb-Donau/Ulm zuzustimmen. Wir sehen eine moderate Erhöhung um 1 Euro, also sechs Euro statt acht Euro vor. Ich bitte Sie, den Antrag der Antragskommission A 117 abzulehnen und die Anträge A 121 und A 122 anzunehmen. Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Zu diesem Komplex spricht nun Raphael Tigges. Bitte schön.

Raphael Tigges: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Ich bitte den Parteitag, den Vorschlag der Antragskommission A 117 abzulehnen. Ich bin Stadtverbandsvorsitzender in Gütersloh, eines Verbandes mit 650 Mitgliedern, und auch Mitgliederbeauftragter des Kreisverbandes Gütersloh. Aus meiner Sicht kommt der Antrag, die Beiträge zu erhöhen, zur Unzeit.

(Beifall)

Wir verlieren altersbedingt oder aus inhaltlichen Gründen bereits Mitglieder. Es wird immer schwieriger, Mitglieder und Personen an unsere Partei zu binden und Neue zu gewinnen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Daher sollten wir die Eintrittshürde möglichst gering halten. Eine Erhöhung um 60 Prozent ist nicht wenig. Es liegen mehrere Anträge vor, so A 126, der die Beibehaltung des bisherigen Beitragssatzes fordert. Wir bitten, diesen zu unterstützen. Uns sind acht Mitglieder, die jeweils fünf Euro zahlen, lieber als fünf Mitglieder, die jeweils acht Euro zahlen.

(Beifall)

Das oberste Ziel sollte sein, die gute, aktive Parteiarbeit vor Ort nicht durch eine unattraktive Beitragsgestaltung zu torpedieren. Vielen Dank.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Für die Antragskommission hat unser Freund Ulf Thiele das Wort.

Ulf Thiele, Antragskommission: Sehr geehrtes Tagespräsidium! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Wir haben sowohl in der Parteireformkommission als auch in der Antragskommission und auch in der Runde der Generalsekretäre und der Landesgeschäftsführer über diesen Punkt sehr intensiv diskutiert. Das Argument, das komme zur Unzeit, ist mehr als einmal gefallen. Aber dieses Argument wird zu jeder Zeit, in der über die Erhöhung der Beiträge diskutiert wird, kommen. Mich erinnert diese Debatte – das soll nicht despektierlich klingen – an meine Zeit, in der ich als Gemeinderat in Uplengen tätig war. Jedes Mal, wenn der Gemeinderat eine Gebühr zu lange nicht angefasst hatte und ihm dann von der Verwaltung vorgerechnet wurde, dass es nun für eine Erhöhung Zeit sei, kam sofort eine Diskussion über Sozialverträglichkeit auf. Deshalb braucht man eine kluge Lösung. Wir haben darum lange gerungen. Die Wahrheit ist: Die Tatsache, dass wir den Mindestbeitrag der CDU Deutschlands seit 19 Jahren nicht verändert haben, führt insbesondere dazu, dass die kleinen und mittleren Kreisverbände, die finanziell schwächer sind, ihre Kapazitäten in den Kreisgeschäftsstellen herunterfahren müssen, dass sie ihre Kampagnefähigkeit verlieren und dass sie nach und nach handlungsunfähig werden. Das ist der Impuls und der Grund dafür, warum wir in der Parteireformkommission auch über die Frage der Höhe der Mindestbeiträge diskutiert haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine Erhöhung notwendig ist. Die Tatsache, dass wir einen niedrigeren

Mindestbeitrag und eine niedrigere Beitragsstaffel haben als Sozialdemokraten, Freidemokraten, Grüne und Linke, gibt zumindest einen Hinweis darauf, dass hier Handlungsbedarf besteht.

(Zuruf: Wir sind eine Volkspartei!)

Was haben wir gemacht? Nach intensiver Diskussion haben wir zunächst einen Weg gesucht und gefunden, wie die Kreisverbände – genauso wie in der Vergangenheit – nicht in ihre Mitgliederbestände eingreifen müssen. Die im Votum der Antragskommission enthaltene Formulierung über einen verminderten Orientierungsbeitrag von fünf Euro – das ist eine Einzelfallentscheidung – spiegelt genau das wider, was in der Vergangenheit stattgefunden hat, nämlich dass mit der Aufnahme der Mitglieder zu einem entsprechenden Beitragssatz ein Vertrag geschlossen wurde, der gültig bleibt. Das heißt, Sie müssen entgegen den Diskussionen, die in den letzten Wochen häufig in den Verbänden geführt wurden, den Beitrag für den Mitgliedsbestand nicht zwingend anheben, es sei denn, Sie wollen das. Ich weiß, dass es Kreisverbände gibt, die das gerne wollen. Das ist das Erste.

Das Zweite betrifft die Höhe. Die acht Euro entsprechen unter Berücksichtigung des Inflationsausgleichs ungefähr dem Wert des Mindestbeitrages, den wir hatten, als die fünf Euro festgelegt wurden. Wir gehen sozusagen auf den Kaufkraftgegenwert des Mindestbeitrages der CDU zurück, der vor 19 Jahren beschlossen wurde, nicht mehr und nicht weniger. Das tun wir insbesondere, um den kleinen Verbänden zu helfen. Dann haben wir parallel dazu die Diskussionen der letzten Parteitage aufgegriffen und geben zum ersten Mal den Kreisverbänden die Möglichkeit, rechtssicher einen Familienbeitrag einzuführen. Es waren übrigens die Landesverbände – genauso wie ich als Generalsekretär der CDU Niedersachsen –, die davor gewarnt haben, das in das Umlagesystem einzubeziehen, weil die Verrechnung der Umlagen so kompliziert würde, dass das nicht machbar ist.

Die Kreisverbände, die einen Familienbeitrag aus sozialen Gründen einführen wollen, werden das in Zukunft, wenn Sie dem Votum der Antragskommission folgen, tun können.

Dann haben wir eine Formulierung gefunden, die bei den Jüngeren hilft. Außerdem können die Kreisverbände im Einzelfall aus sozialen Gründen weiterhin noch niedrigere Beiträge als die fünf Euro bei der Aufnahme von Mitgliedern festlegen. Das ist dann eine Einzelfallentscheidung. Sie haben also relativ viel Handlungsspielraum. Sie müssen nicht in den Bestand eingreifen. Aber für neue Mitglieder gehen wir wieder auf die Situation zurück, die wir vor 19 Jahren hatten, als die Beitragsstaffel eingeführt worden ist. Ich glaube, das ist vertretbar. Daher bitte ich Sie herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Vielen Dank, Ulf. – Wir haben noch eine etwas verspätete Wortmeldung. Aber wir wollen, dass jeder zu Wort kommt. Albrecht Schütte, bitte schön.

Dr. Albrecht Schütte: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Albrecht Schütte. Ich komme aus dem Rhein-Neckar-Kreis und bin dort Vorsitzender eines Gemeindeverbandes.

Der Durchschnittsbeitrag unseres Gemeindeverbandes liegt bei 60 Euro im Jahr. Das entspricht dem Durchschnittsbeitrag des Kreisverbandes sowie unseres Landesverbandes. Ich rede hier nicht vom Mindestbeitrag, sondern vom Durchschnittsbeitrag. Das heißt, es geht konkret darum, ob wir den Mindestbeitrag auf 60 Prozent oberhalb des Durchschnittsbeitrags ansetzen wollen.

Eines ist klar: Der Bundesverband kann es sich einfach machen. Er bestimmt die Abführung, und wir können vor Ort am besten selber entscheiden, wie wir mit unseren Mitgliedern umgehen und welchen Beitrag wir festlegen.

(Teilweise Beifall)

Es sieht doch konkret so aus – viele haben es eben angesprochen –, dass wir vor den Gemeinderatswahlen händeringend Kandidaten suchen. Wir haben Mitglieder, die für uns im Regen stehen, die Plakate kleben und mit den Menschen diskutieren, warum es richtig ist, die CDU zu wählen.

(Teilweise Beifall)

Ich kann doch nicht von jemandem, der im Monat 2.000 Euro brutto hat, 96 Euro Jahresbeitrag verlangen.

(Teilweise Beifall)

Soll ich einer Krankenschwester sagen, dass sie jetzt 15 Euro im Monat, also 180 Euro Jahresbeitrag, zahlen soll? Entschuldigen Sie, aber damit kann ich nicht nur keine Werbung für die CDU machen, sondern die Leute fragen mich dann, ob ich noch ganz normal bin.

(Teilweise Beifall)

Lassen Sie uns vor Ort bitte die Arbeit machen! Wir schaffen das; wir unterstützen Sie. Aber machen Sie es uns nicht unnötig schwer. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Ulf Thiele hat noch einmal das Wort für die Antragskommission.

Ulf Thiele, Antragskommission: Vielen Dank. – Glauben Sie nicht, dass ich Sie nicht verstehen kann. Ich war selber einmal Kreisvorsitzender.

(Zurufe: Oh!)

Wir haben diese Diskussion sehr intensiv auch mit vielen Kreisverbänden geführt.

Ich will Ihnen zwei Punkte nennen. Erstens. Es schwang die Idee mit, dass man die Beitragshöhe vor Ort selber regeln könnte. Das ist in der Form, wie es in zwei Anträgen gefordert wurde, nicht zulässig. Denn das Parteiengesetz und im Übrigen auch unsere eigenen Statuten verlangt von uns, dass wir das Gleichbehandlungsprinzip beachten. Das bedeutet vom Grundsatz her: Der Korridor, innerhalb dessen die Kreisverbände die Möglichkeit haben könnten, selber Regelungen zu treffen, ist relativ begrenzt. Wir haben keinen Antrag vorliegen, den wir hier diskutieren könnten, mit dem wir einen solchen Korridor definieren könnten. Die Delegation auf die Kreisverbände, so, wie hier gefordert und gerade angedeutet, ist nicht möglich; sie wäre unzulässig.

Zweitens. Ich möchte noch einmal dafür werben, dass wir Mindestbeiträge für die Mitglieder festlegen, die in Zukunft in die CDU eintreten. Die Kreisverbände sollen nicht in die Situation gebracht werden, dass sie bei jedem neuen Mitglied höhere Kosten und höhere Ausgaben als Einnahmen haben. Das ruiniert mittelfristig insbesondere die kleinen und mittelgroßen Kreisverbände. Das führt dazu, dass wir unser Personal nicht mehr bezahlen können, dass wir unsere Leistungen, die sich aus dem Parteiengesetz ergeben, nicht mehr erbringen können: Rechnungslegung, die Organisation von Listenaufstellungen etc.

Lassen Sie uns bitte wenigstens den Schritt gehen, den wir als Kompromiss in der Antragskommission gefunden haben, nämlich dass wir wieder auf das Niveau gehen, das vor 19 Jahren, als die Beitragsstaffel eingeführt wurde, von einem Parteitag festgelegt worden ist. Ich denke, dass das vertretbar ist. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Danke. – Das Wort hat jetzt unser Generalsekretär Peter Tauber.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Ich möchte zur Klarstellung noch ein paar Punkte sagen, bei denen ich nicht ganz sicher bin, ob wir alle von denselben Voraussetzungen in dieser Diskussion ausgehen.

Ich weiß, wie schwierig es ist, wenn man mit Mitgliedern, die schon lange treu dabei sind, darüber redet, ob sie einen höheren Obolus leisten können, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen. Ich bin selber noch stellvertretender Vorsitzender in meinem Stadtverband. Ich habe das bis vor kurzem jahrelang gemacht. Das ist nicht so leicht. Man würde sich von manchem wünschen, dass er ein bisschen mehr zur Unterstützung beiträgt. Aber es gibt auch andere, die mehr tun. Das ist bei jedem individuell unterschiedlich. Die Wahrheit ist: Die Beitragsstaffelung, die wir haben, soll das abbilden.

Es ist so, dass es nicht um die geht, die schon 30 Jahre treu dienen. Bei denen müssen Sie nicht an der Tür klingeln und ihnen sagen, dass sie ab morgen acht Euro zahlen müssen. Das ist falsch. Wir haben vielmehr eine Regelung gefunden, die den Bestand nicht berührt.

Wir reden über die Frage, was passiert, wenn einer sagt, dass er sich vorstellen könnte, morgen mitzumachen. Sollen wir dem dann sagen, dass er für fünf Euro dabei ist? Sollen wir ihm sagen, dass er sich erst einmal verdienstmäßig einschätzen soll? Das wollen wir ja weiterhin tun. Darauf beruht ja der Mindestbeitrag, über den wir reden. Man muss deutlich sagen, dass die Mitgliedschaft in der CDU einen gewissen Wert hat und dass man dafür etwas bekommt. Man ist nicht nur mit tollen Menschen zusammen, mit denen man politisch arbeiten kann, sondern man kann auch auf viele Angebote zurückgreifen, die die Partei macht. Um das aber zu gewährleisten, brauchen wir von denen, die heute neu dazukommen, künftig einen höheren Mindestbeitrag, nämlich acht Euro.

Wenn Sie sich bei jemandem fragen – beispielsweise bei einem Studenten –, ob er diesen Beitrag stemmen kann, dann haben Sie nach wie vor die Möglichkeit, individuell einen niedrigeren Beitrag anzusetzen. Das ist eine Regelung, die wirklich im Interesse vieler Verbände vor Ort ist. Sie ist gar nicht so sehr für uns relevant. Ich bitte Sie daher, noch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht klug ist, von denen, die neu hinzukommen, acht Euro für die Mitgliedschaft zu verlangen. Für die, die schon lange dabei sind, ändert sich zunächst überhaupt nichts.

Wenn das die Sorge ist, die viele haben, nämlich dass man morgen loslaufen muss und die verdienten Parteifreunde daraufhin überprüfen muss, was sie an Beitrag zahlen, dann kann ich diese Sorge zerstreuen. Das ist nicht Gegenstand des Antrags. Es geht explizit um die, die morgen neu dazukommen.

Ich hoffe, dass das etwas zur Klarheit beigetragen hat und dass es dem einen oder anderen die Zustimmung erleichtert. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, dann kommen wir zur Abstimmung. Diese teilen wir in zwei Teile auf. Zunächst Ziffer 29, die Zeilen 390 bis 404. Darin geht es um die Frage des Mindestbeitrags. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist die Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Dann setzen wir die Abstimmung mit der Abstimmung über den Antrag A 124 fort. Dieser beinhaltet, dass der Mindestbeitrag nicht auf acht Euro, sondern auf sieben Euro festgesetzt werden soll. Ich will noch einmal betonen, was Ulf Thiele gesagt hat: Dass das von den Kreisverbänden eigenverantwortlich gemacht werden kann, also dass wir unterschiedliche Mindestbeiträge in Deutschland haben, ist rechtlich nicht möglich. Wer dem Antrag, den Mindestbeitrag auf sieben Euro festzusetzen, folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Auch das ist eine Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Dann bleibt jetzt noch die Möglichkeit, über den Mindestbeitrag von sechs Euro abzustimmen. Ich will noch einmal klar sagen: Die Kosten haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Wir haben in den letzten Jahren in den meisten Kreisverbänden Neuaufnahmen realisiert, deren Beiträge deutlich über sechs Euro oder auch acht Euro hinausgehen. Ich denke, es ist ein Gebot der Vernunft und der Redlichkeit, dass wir jetzt auch darüber reden, dass wir in Zukunft eine gesicherte Finanzierung brauchen.

Wer einem Mindestbeitrag von sechs Euro die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Wer enthält sich? – Herzlichen Dank. Damit haben wir einen Mindestbeitrag von sechs Euro festgelegt.

(Teilweise Beifall)

Wir kommen zum zweiten Teil der Abstimmung bei Punkt 29. Es geht um die Selbsteinschätzung. Wer dort dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit haben wir den Punkt so beschlossen, wie wir das hier gerade gesagt haben.

Der nächste Änderungspunkt ist die Ziffer 31. Es geht um die Anträge 149 bis 151 und um das Mitgliederprinzip. Gibt es bis zu diesem Punkt Änderungs- und Gesprächsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe nun Walter Goda, danach Elisabeth Winkelmeier-Becker, Christian Haardt und Günter Krings auf. Wir beginnen mit Walter Goda. – Bitte schön.

Walter Goda: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierten! Wir sind klar für das Mitgliederprinzip, wo immer es Sinn macht, und verfahren bei uns im Kreisverband Vechta auch schon seit Jahren danach. Die Anträge A 151, A 167 und andere haben das Ziel, dass die ganz normalen Kreisparteitage vor Ort nicht zwingend in Mitgliedervollversammlungen abgehalten werden müssen, sondern auch als Delegiertenparteitage stattfinden können, wenn sich die Mitglieder dafür entscheiden.

Die Antragskommission hat sich bereits ein Stück weit in die richtige Richtung bewegt, fordert aber, dass diese Entscheidung alle zwei Jahre neu von den Mitgliedern mit Zweidrittelmehrheit entschieden wird. Das halte ich – ich entschuldige mich für die Ausdrucksweise – für Quatsch. Dann können wir diesen Passus auch gleich streichen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben bei uns die große Sorge, dass Kreisparteitage in Mitgliederversammlungen abzuhalten sind, weil das enorme finanzielle und vor allem organisatorische Probleme mit sich bringt, die bei Kreisverbänden jenseits von 1 500 Mitgliedern einfach nicht von der Hand zu weisen sind.

(Vereinzelt Beifall)

Leider war es aus juristischen Gründen nicht möglich, hier eine feste Größe einzubringen, beispielsweise, bis 1 500 Mitgliedern Urwahlen und darüber hinaus Delegiertenwahlen durchzuführen. Das haben wir versucht, aber das ging leider nicht. Deswegen bitte ich Sie: Streichen Sie den Passus, dass nach zwei Jahren neu zu entscheiden ist. Wir haben vor Ort Wichtigeres zu tun, als unsere Mittel und unsere Organisationskraft in solche Parteitage zu stecken. Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen A 151 bzw. A 167. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt ist Elisabeth Winkelmeier-Becker an der Reihe.

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Lieber Peter! Lieber Tagungspräsident! Auch ich möchte zum Thema „Mitgliederprinzip oder Delegiertenprinzip“ sprechen. Wir haben hier den Vorschlag des Bundesvorstands, der natürlich das Ziel hat, die Partei moderner und basisdemokratischer zu machen. Mein Anliegen ist aber, darauf hinzuweisen, dass wir sehr unterschiedliche Kreisverbände haben. Das, was bei einem Sinn macht, passt bei den anderen eben nicht, sondern führt dort zu Problemen und zu einer geringeren Beteiligung und Repräsentativität und deshalb nicht zu einem Gewinn an Demokratie. Deshalb möchte ich Sie und euch bitten, es weiterhin der Entscheidung der Kreisverbände zu überlassen, ob sie sich dem Mitgliederprinzip anschließen oder beim Delegiertenprinzip bleiben wollen.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte das am Beispiel meines Kreisverbandes kurz ausführen: Ich darf die Vorsitzende des größten Kreisverbandes der CDU sein, nämlich des Kreisverbandes CDU Rhein-Sieg. Wir haben etwas über 5 800 Mitglieder, und die Ausdehnung vom Nordwesten bis zum Südosten beträgt circa 120 Kilometer, wofür eine Fahrzeit von etwa eineinhalb Stunden nötig ist. Bonn wird durch unseren Kreisverband fast umschlossen; wir umragen sie also – sehr zur Freude der Bonner.

Die Wahl des Veranstaltungsortes wird zum Politikum, mit dem man Ergebnisse manipulieren kann. Es ist nämlich ganz klar: Wenn ich die Veranstaltung im äußersten Südosten durchführe, dann werden die Kritiker aus dem Nordwesten vielleicht nicht kommen. So kann ich manipulieren und das Ergebnis beeinflussen. Das kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall)

Daneben muss ich mich dafür rüsten, dass alle über 5 800 Mitglieder zur Versammlung kommen. Das heißt, ich muss dafür die Beethovenhalle mieten. Dann ist allerdings mein Budget für diesen Ausgabenposten auch schon aufgebraucht, und das nächste Mal kann ich ins Siegburger Fußballstadion gehen. Es kann aber gut sein, dass doch nur 300 Leute kommen. Allein diese Kosten und der organisatorische Aufwand sind immens. Dieses Geld brauchen wir für die andere Parteiarbeit.

(Teilweise Beifall)

Ich bezweifle auch, dass die Zusammensetzung immer besser wird. Wir haben bei den Delegierten zum Beispiel das Frauenforum zu beachten. Wenn ich eine offene Mitgliederversammlung durchführe, ist nicht gesagt, dass auch 30 Prozent Frauen dabei sind, und es ist auch nicht gesagt, dass die Veranstaltung bunter, vielfältiger und jünger wird. Im Gegenteil: Es kann auch sein, dass die kommen, die immer kommen, und das sind dann nicht gerade die, um die es uns verstärkt geht.

Dabei möchte ich ganz klar sagen: Es ist nicht die Angst vor der Basis, die uns zu dieser Einschätzung führt. Wenn es um die Ausstellung von Mandaten geht, wird bei uns im Kreisverband seit 20 Jahren durch ein Mitgliedervotum entschieden; denn hier sind die Bereiche viel kleiner. In diesem einen Kreisverband sind vier Landtagswahlkreise. Hier kann man das tun und erwarten, dass die Leute zu dieser einen Veranstaltung kommen.

Alles in allem bitte ich Sie, den Kreisverbänden die Entscheidung darüber zu überlassen, was besser zu ihnen passt. Bei den Kreisverbänden wird die Arbeit gemacht, und wir wissen, wie unsere Leute ticken und wie wir Demokratie in der Basis am besten leben. Deshalb überlassen Sie uns bitte die Entscheidung darüber. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Elisabeth, vielen Dank. – Christian Haardt hat das Wort.

Christian Haardt: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebes Tagungspräsidium! Liebe Delegierte! Mein Name ist Christian Haardt, ich bin Kreisvorsitzender aus Bochum, und mich treibt an dieser Stelle eigentlich nur eines um. Guido Wolf hat heute Morgen von der rot-grünen Bevormundung gesprochen. Was hier mit diesem Antrag des Bundesvorstandes passiert, ist nichts anderes – Entschuldigung – als eine Bevormundung der Kreisverbände.

(Teilweise Beifall)

Ich verfare in meinem Kreisverband – das haben die Mitglieder so entschieden – in einigen Stadtbezirksverbänden nach dem Mitgliederprinzip, in anderen Stadtbezirksverbänden nach dem Delegiertenprinzip, und ich möchte meinen Mitgliedern nicht das Recht nehmen, auch künftig zu entscheiden, wie wir das auf Kreisebene organisieren. Ich will das auch anderen Kreisverbänden nicht vorschreiben. Diejenigen, die überall nach dem Mitgliederprinzip verfahren, mögen das weiterhin tun, diejenigen, die, wie wir, gemischt verfahren, mögen das Vorgehen auch beibehalten, und auch bei denjenigen, die aus bestimmten guten Gründen sagen, dass sie das Delegiertenprinzip bevorzugen, soll das so bleiben.

Ich bitte einfach auch um die Solidarität der anderen Kreisverbände, dass wir uns diese Rechte hier nicht nehmen lassen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Günter Krings hat das Wort, und Peter Hauk bereitet sich bitte vor.

Günter Krings: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin auch Vorsitzender eines Kreisverbandes. Er ist aber deutlich kleiner als der von Elisabeth Winkelmeier-Becker. Wir haben etwa 600 Mitglieder.

Wir haben das Mitgliederprinzip vor Jahren eingeführt – daran habe ich mitgewirkt –, weil wir meinen, dass das zu uns passt. Wir sind so groß, dass kein Weg in der Stadt länger als eine halbe Stunde dauert, wenn man mit dem Auto oder dem Bus fährt.

Für uns passt das, für uns ist das gut. Wir haben es in Etappen gegen Widerstände erkämpft. In meiner JU-Zeit war ich daran beteiligt. Ich würde es immer wieder so machen. Ich möchte aber nicht, dass der Bundesparteitag, dass die Bundes-CDU das allen Kreisverbänden vorschreibt, denn es sollte der Ebene vor Ort überlassen werden.

(Teilweise Beifall)

Aus diesem Grund bin ich in meinem Kreisverband und dort, wo man die positiven Erfahrungen eines Mitgliedersystems hören möchte, gern bereit, das vorzutragen und die Vorzüge darzustellen. Ich bin aber stolz darauf, dass unsere Partei von unten nach oben organisiert ist. Diese Entscheidung sollte beim Kreisverband bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Peter Hauk hat das Wort, und Marc Henrichmann bereitet sich bitte vor.

Peter Hauk: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tagungspräsident! Ich bin Vorsitzender des Bezirksverbandes Nordbaden mit Sitz in Karlsruhe und relativ großen, auch mitgliederstarken Kreisverbänden. Bei denen gibt es unterschiedliche Regelungen. Einige haben ganz normale Mitgliederversammlungen, andere haben Delegiertenversammlungen. Ich bin froh darüber, weil die Heterogenität der Kreisverbände damit eine gewisse Repräsentanz erlaubt. Wir bekennen uns zu Recht zu einer repräsentativen Demokratie. Das kann auch in einer Partei sinnvoll sein, damit die Partei insgesamt breit vertreten ist.

Wir haben heute früh viel von Grundwerten gesprochen. Ich kann der Parteivorsitzenden in allen Punkten zustimmen: Ja, es ist wichtig, dass wir uns an unsere christlichen Grundwerte erinnern. Dazu gehört allerdings auch das Thema der Subsidiarität.

(Teilweise Beifall)

Damit gibt es keine Bevormundung von oben, sondern Wachsen von unten. Deshalb ist es richtig, dass die Kreisverbände selber entscheiden, ob sie Delegierte wählen oder Mitglieder nominieren wollen. Das ist deren Entscheidung, und das soll auch so bleiben. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Marc Henrichmann, bitte. Patrick Schnieder bereitet sich bitte schon einmal für die Antragskommission vor.

Marc Henrichmann: Meine Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich freut die Solidarität der Kreisverbände. Wir haben heute viel über Bevormundung und Wahlfreiheit gesprochen. Genau das ist gelebte Wahlfreiheit. Jeder hat die Möglichkeit, es so zu tun oder zu lassen, wie er es für richtig hält. Bei uns im Münsterland sind die Wege nun einmal ein bisschen weiter, und wir haben auch keine großen Veranstaltungshallen. Es ist beispielsweise kaum umsetzbar, bei einem Parteitag ohne Wahlen zu kalkulieren, wie viele kommen werden. Wenn wir das Delegiertenprinzip haben, dann können wir abschätzen, und die Vorsitzenden kümmern sich darum, dass ihre Delegierten aus den Stadt- und Gemeindeverbänden auch kommen. Das haben wir beim Mitgliederprinzip nicht. Das ist aber vielleicht gar nicht das große Problem. Das größere Problem ist, dass wir es ja jetzt schon machen. Wir haben die Wahlmöglichkeit. Das Parteiengesetz räumt Wahlmöglichkeiten in diesem Bereich ein.

Wenn wir eine Aufstellungsversammlung haben, machen wir genau das. Das ist eine Besonderheit. Dann mobilisieren wir mit dem Thema die Mitglieder und beziehen sie ein. Dann stehen auch mehrere Hundert Mitglieder auf der Matte, die wählen wollen. Dann bauen wir Zelte an, was mit entsprechendem Kostenaufwand verbunden ist. Das können wir machen, aber wir können es nicht jedes Jahr machen, weil wir nicht genau kalkulieren können und weil uns die Kosten aufgrund mangelnder Planung weglaufen.

Ich glaube, wir im Münsterland haben genau wie Sie alle in den letzten Jahren unter Beweis gestellt, dass wir verantwortlich damit umgehen, dass die Mitgliederbeteiligung nichts ist, was wir von oben aufoktrojiert bekommen müssten. Wir haben gezeigt, dass wir eigenverantwortlich und mit Weitblick das tun. Genau diese Solidarität wünsche ich mir jetzt auch in dieser Frage. Ich wünsche mir, dass Sie genau das tun, was Sie gerade mit Ihrem Applaus den Vorrednern bestätigt haben, nämlich an einem Strick zu ziehen und damit den Wunsch ausdrücken, dass wir über solche Dinge demnächst vielleicht frühzeitiger reden, wenn Veränderungsbedarf besteht. Ich meine: Wahlfreiheit ist das Thema. Ändern müssen wir nichts, es ist gut so, wie es ist. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir haben noch eine Wortmeldung bekommen. Uwe Becker aus dem Landesverband Hessen. Bitte, Herr Becker, Sie haben das Wort.

Uwe Becker: Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Mein Name ist Uwe Becker. Ich bin Kreisvorsitzender in Frankfurt am Main. Das ist ein Kreisverband mit rund 3 000 Mitgliedern. Wir sind stolz darauf, dass wir nicht nur Frankfurt, sondern – das darf ich als Landesvorsitzender der KPV Hessen sagen – viele starke und selbstbewusste Städte, Kreise und Gemeinden haben. Das Prinzip, dass wir daran festhalten, dort die Entscheidungen treffen zu

lassen, wo die Menschen am besten einschätzen können, was für sie gut und richtig ist, ist eines der Grundprinzipien, für die die Christlich Demokratische Union seit Jahrzehnten einsteht.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir darüber reden, wie die Sozialdemokraten und die Grünen an jeder Straßenecke versuchen, mit neuen Geboten, neuen Verboten und Vorgaben die Menschen zu gängeln, dann sollten wir an der Stelle, wo es um die Organisation unserer Partei geht, nicht die Fehler der anderen nachmachen. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir die Kreisverbände, die das Mitgliederprinzip handhaben wollen, dies auch tun lassen, und die Kreisverbände, in denen sich das Delegiertenprinzip seit Jahren und Jahrzehnten bewährt hat, so entscheiden lassen, wie sie es tun möchten. Deswegen hat der Kreisverband Frankfurt den Antrag A 159 gestellt, dass ein Kreisverband oder auch der Kreisparteitag entscheiden kann, wie er es künftig machen möchte. Das Vertrauen in die Basis, das Vertrauen in die starken Kreisverbände und in unsere Christlich Demokratische Union sollten wir heute auf dem Bundesparteitag haben und deswegen im Sinne der Eigenständigkeit der Kreisverbände entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Becker. – Das Wort für die Antragskommission hat jetzt unser Freund Patrick Schnieder, der Generalsekretär der stolzen CDU in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall)

Patrick Schnieder: Herr Tagungspräsident! Meine Damen, meine Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Die Antragskommission hat sich gerade mit diesen Punkten sehr intensiv beschäftigt, und das aus zwei Gründen. Zum einen ist das, was vorgeschlagen worden ist, natürlich ein Kernbestandteil der Reform, weil wir die CDU-Mitgliedschaft stärken wollen, weil wir einen Mehrwert für Mitglieder schaffen wollen und mehr Mitwirkungsrechte einrichten wollen. Zum anderen ist natürlich auch das diskutiert worden, was wir hier heute erlebt haben. Deshalb hat die Antragskommission einen Kompromiss vorgeschlagen, für den ich hier werben möchte, der beide Seiten im Blick hat: zum einen die grundsätzliche Einführung des Mitgliederprinzips, um diesen Mehrwert auch generieren zu können, und zum anderen Ausnahmemöglichkeiten, die den Kreisverbänden vor Ort die Möglichkeit einräumt, das Delegiertenprinzip beizubehalten.

Ausnahmemöglichkeiten sind in dem Kompromissvorschlag, den Sie in den Unterlagen finden, aufgeführt. Ich glaube, wir können beidem gerecht werden, einmal dem Ansinnen der Kommission, dem Antrag, der vorliegt, und zum anderen der Möglichkeit der Kreisverbände, zu entscheiden. Letztlich bleibt die Entscheidung auf Kreisverbandsebene, ob sie das Mitglieder- oder Delegiertenprinzip anwenden wollen.

Ich werbe dafür, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist keine Mehrheit. Wer ist dagegen? – Unser Freund Peter Tauber hat das Wort.

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, ich möchte einen Vorschlag machen. Wir haben jetzt über das Thema hinreichend diskutiert. Wir haben noch eine Fülle von anderslautenden Anträgen zu diesem Thema. Nach dieser Abstimmung bin ich persönlich der Meinung, es ist das Klügste, wenn wir bei der bestehenden Regelung bleiben.

(Beifall)

Sollte einer der weiteren Antragsteller jetzt – das muss ich der Form halber sagen – darauf bestehen, dass sein Antrag abgestimmt wird, möge er sich bitte melden. Ansonsten verfahren wir, wie ich gerade vorgeschlagen habe. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag von Peter Tauber. Wer dem Vorschlag folgen möchte, dass es beim Status quo bleibt und es an dieser Stelle keine Änderung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist eine Mehrheit. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall.

Dann gehen wir weiter mit Antrag A 200. Das Wort hat Andrea Müller. – Bitte schön, Frau Müller.

Andrea Müller: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Union. Für dieses ehrenamtliche Engagement – auch in der CDU – habe ich in diesem Jahr drei Viertel meiner 28 Urlaubstage verwendet. Es sei angemerkt, dass ich dies sehr, sehr gerne getan habe. Allerdings meine ich: Wenn die CDU Volkspartei bleiben möchte, die auch unter den Delegierten zum CDU-Parteitag den Querschnitt der Bevölkerung abbildet, müssen wir es auch Arbeitnehmern und Selbstständigen ermöglichen, an CDU-Parteitagen teilzunehmen, ohne dass sie hierfür ihren Urlaub verwenden oder im schlimmsten Fall ihr Unternehmen für zwei oder, wie es im nächsten Jahr der Fall ist, für drei Tage schließen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Andernfalls wird aus unserem Parteitag nämlich, wie es aktuell bereits der Fall ist, ein großes Treffen von Berufspolitikern. Man könnte beispielsweise Parteitage freitags beginnen lassen und sonntagsmittags enden lassen und hätte so den Vorteil, dass man sonntagsabends pünktlich zum Tatort zu Hause ist.

(Vereinzelt Beifall)

Der Wunsch nach freien Sonntagen, um diesen im Kreise seiner Familie verbringen zu können, ist durchaus nachvollziehbar. Jeder Kommunalpolitiker allerdings weiß, dass auch an Sonntagen gerade in der Adventszeit politische Termine stattfinden. Da verbringt man doch lieber seinen wohlverdienten Urlaub ohne politische Termine im Kreise der Familie. Aus diesem Grund bitte ich, dem Votum der Antragskommission nicht zuzustimmen, und dem Antrag A 200, Parteitage am Wochenende stattfinden zu lassen, zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Bevor Nadine Schön das Wort erhält, möchte ich Ihnen Folgendes zur Kenntnis geben: Wir haben in der Antragskommission vorhin noch einmal zusammengesessen und beraten, auch über den Initiativantrag von Kristina Schröder und weiteren Delegierten. Wir haben uns für folgendes Votum entschieden: Gremiensitzungen und Parteiversammlungen der CDU müssen bereits bei der Einladung mit festen Anfangs- und Endzeiten versehen werden. Bei der Terminplanung ist besondere Rücksicht auf familien- und arbeitsfreundliche Sitzungszeiten sowie auf die Sonn- und Feiertagsruhe zu nehmen. Auch die CDU-Fraktionen werden ermutigt, ihre Sitzungszeiten in dieser Weise zu gestalten.

Damit wollen wir den Initiatoren dieses Initiativantrags und auch dieser Wortmeldung ein Stück weit entsprechen. Das Votum ist geändert worden. Wir würden also über diese von mir gerade vorgelesene Fassung abstimmen. Zuvor hat aber Nadine Schön das Wort. – Bitte schön, Nadine.

Nadine Schön: Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Antragskommission und den Antragsteller will ich uns gern daran erinnern, dass wir heute sehr viel über das C in der Union gesprochen haben. Für uns als Christdemokraten ist der Sonntag der Tag der Ruhe. Der Sonntag soll der Familie gehören. – Diese Aussagen sollten keine Sonntagsreden bleiben. Wie oft sind wir als Parteimitglieder am Sonntag unterwegs für unsere Partei – auf Festen, auf Veranstaltungen, bei Terminen. Dann sollten wir doch wenigstens, da, wo wir es selbst in der Hand haben, nämlich bei Sitzungen, bei Klausurtagungen und auch bei Parteitagungen vor Ort, in unseren Kreis- und Ortsverbänden, immer überlegen: Muss diese Klausurtagung sein? Muss der Parteitag wirklich auf einem Sonntag liegen? Es wäre extrem kontraproduktiv, wenn wir heute einen Antrag beschließen würden, in dem wir sagen: Der Bundesparteitag muss an einem Wochenende stattfinden. Deshalb bitte ich dem Votum der Antragskommission zu folgen und den Antrag der Antragsteller abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lese den Absatz, über den wir gleich abstimmen werden, noch einmal vor: Gremiensitzungen und Parteiversammlungen der CDU müssen bereits bei der Einladung mit festen Anfangs- und Endzeiten versehen werden. Bei der

Terminplanung ist besondere Rücksicht auf familien- und arbeitsfreundliche Sitzungszeiten sowie auf die Sonn- und Feiertagsruhe zu nehmen. Auch die CDU-Fraktionen werden ermutigt, ihre Sitzungszeiten in dieser Weise zu gestalten.

Wer diesem Vorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Herzlichen Dank. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Punkt, zu Ziffer 55, Antrag A 240. Gibt es bis dahin von Ihrer Seite noch andere Punkte, die angesprochen werden müssen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Marcel Grathwohl das Wort. – Bitte schön.

Marcel Grathwohl: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Rahmen von „CDU 2017“ sehr viel über Mitgliedereinbindung gesprochen. Wir haben sehr viel über Stärkung der Vereinigungen gesprochen. Deswegen fordern wir als Junge Union Bundesverband in diesem Antrag eine starke Stimme der Vereinigungen auf dem CDU-Parteitag. Es gibt in vielen CDU-Landesverbänden und -Bezirksverbänden die gute Tradition, dass die Vereinigungen Delegierte entsenden. Dies halten wir auch hier für sinnvoll. Wir bitten um Ihre Zustimmung für Antrag A 240, damit zukünftig Junge Union, Frauen-Union, KPV, Senioren-Union, Mittelstandsvereinigung und CDA eigene starke Stimmen zum CDU-Bundesparteitag entsenden können. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission hat Detlef Gottschalck das Wort. – Bitte schön.

Dr. Detlef Gottschalck, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, und zwar aus folgendem Grund: Wir alle wissen, dass wir insgesamt schon 1 000 Delegierte – 1 001 Delegierte, um genau zu sein – hier haben. In dem Moment, wo wir Grundmandate für bestimmte Vereinigungen zusätzlich einführen würden, würden wir das bisher in unserem Statut vorgesehene Prinzip, dass wir nach der Stärke der Mitgliedschaften in den regionalen Verbänden, in den Landesverbänden gehen, infrage stellen und müssten vermutlich, um dann wieder zu einer entsprechenden Gleichbehandlung zu kommen, die Anzahl der Delegierten noch einmal erhöhen. Ob das eine so sinnvolle Maßnahme in Zeiten der doch explodierenden Kosten für solche Veranstaltungen ist, sei dahingestellt. Die Frage ist auch, ob das notwendig ist.

Die Antragsteller haben unter Beweis gestellt, dass es nicht nur zu diesem Tagesordnungspunkt, sondern auch zu anderen Tagesordnungspunkten durchaus kräftige Stimmen aus den Vereinigungen auch in diesem Plenum gibt. Es hat vor einigen Jahren eine Berechnung gegeben, wie viele der 1 000 Delegierten gleichzeitig Mitglied einer Vereinigung sind. Da ist man auf die schöne Zahl von 1 685 Mitgliedern gekommen. Ich vermute einmal, dass sie zum Teil gleich in mehreren Vereinigungen Mitglied sind; sonst kann das ja nicht klappen. Mit anderen Worten:

Die Vereinigungen sind, so glaube ich und so ist das Votum der Antragskommission, sehr stark in diesem Plenum vertreten. Deswegen sollten wir bei unserem bewährten Prinzip bleiben, dass die Anzahl der Delegierten ansonsten nach der Stärke der Landesverbände bemessen wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Mit einigen Gegenstimmen ist dem Votum so gefolgt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Schlussabstimmung. Wir stimmen ab über unser Papier „Meine CDU 2017“ mit den Änderungen, die wir jetzt vorgenommen haben und den Voten der Antragskommission, wie sie Ihnen in den Unterlagen vorliegen. Wer diesem Papier zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei doch einigen wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen, aber mit einer breiten ordentlichen Mehrheit ist das angenommen. Herzlichen Glückwunsch, Peter Tauber und uns allen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt unsere Freundin Annette Widmann-Mauz für die Satzungsanträge. – Bitte schön.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU

Bevor wir in die Beratung darüber eintreten, bitte ich um ein wenig Aufmerksamkeit für einige Hinweise. Wir beraten und stimmen zunächst ab über die Anträge zum Statut und zur Geschäftsordnung der CDU. Das sind die B-Anträge, die Sie in Ihrem Antragsbuch ab der Seite 87 finden. Mit den B-Anträgen werden im Wesentlichen die Inhalte des Antrags „Meine CDU 2017. Die Volkspartei“ in Satzungsrecht der CDU umgesetzt. Zusätzlich finden Sie dort einige Anträge zur Änderung des Statuts, die ganz allgemein, also ohne Bezug zu dem entsprechenden Papier sind. Diese B-Anträge beginnen auf der Seite 112 der Antragsbroschüre.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Anträge zur Anpassung des Beitragsanteils nicht unter B aufgeführt sind. Diese finden Sie als G-Anträge. Wir werden sie unmittelbar nach den B-Anträgen, die wir jetzt beraten, behandeln.

Ich rufe jetzt auf den Antrag B 1. Hier geht es um das Aufnahmeverfahren. Die dazugehörigen Anträge B 2 bis B 8 sind auf den Seiten 87 bis 90 der Antragsbroschüre zu finden. Mir liegen kei-

ne Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Ich darf um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 9 zur Beratung auf. Dabei geht es um das Antragsquorum. Das sind die Anträge B 10 und B 11. Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich darf um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist auch das so beschlossen.

Ich komme zum Antrag B 12. Wir haben gerade eben, bei den A-Anträgen zum Mitgliederprinzip beschlossen, dass es bei der bestehenden Regelung im Statut bleibt. Damit haben sich auch die Anträge B 12 bis B 27 erledigt. Ich darf fragen, ob das Ihre Zustimmung findet. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen, zumindest sind mir keine Enthaltungen und keine Gegenstimmen aufgefallen.

Damit kommen wir zu dem Antrag B 28. Hier geht es um den Mitgliederbeauftragten. Das sind die Anträge B 29 bis B 41. Die Antragskommission empfiehlt, an dieser Stelle auch den Antrag B 46 zu behandeln und nicht erst bei dem Antrag B 43. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 46 in der Fassung der Antragskommission zum Antrag B 28 anzunehmen, da dies dem Anliegen des Antragstellers entspricht. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Es liegen keine Wortmeldungswünsche vor. Dann lasse ich hier ebenfalls über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B 29 bis B 41 sowie zu dem Antrag B 46 abstimmen. Ich darf um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

Der Antrag B 42 entfällt. Auch das ist eine Folgeänderung zum Mitgliederprinzip.

Ich rufe jetzt den Antrag B 43 auf. Dazu gehören die Anträge B 44 und B 45. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für Ausführungen zum weiteren Verfahren. Wir haben gerade eben die Einführung des Mitgliederbeauftragten als Mitglied des Vorstands beschlossen. Demgemäß müssen wir auch die Bestimmung des Statuts über die Mitglieder des Bundesvorstands, die vom Parteitag gewählt werden, um den Mitgliederbeauftragten ergänzen. Dazu dient der Antrag B 43. Da die Antragsteller des Antrags B 45 die Einführung des Mitgliederbeauftragten der Bundespartei abgelehnt hatten, wenden sie sich mit ihrem Antrag B 45 konsequenterweise auch gegen die Ergänzung des Bundesvorstands um den Mitgliederbeauftragten. Ich schlage Ihnen vor, dass wir zunächst über diese beiden Anträge abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B 43 anzunehmen und den Antrag B 45 abzulehnen. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. Besteht jemand auf getrennte Abstimmung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission, den Antrag B 43 anzunehmen und den Antrag B 45 abzulehnen, abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie damit einverstanden sind. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

Nachdem wir jetzt den § 29 im Statut um den Mitgliederbeauftragten ergänzt haben, rufe ich jetzt den Antrag B 44 auf. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Antrag zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist das so angenommen.

Ich rufe den Antrag B 47 zur Beratung auf. Es handelt sich wiederum um eine Folgeänderung. Eine Vorschrift über die Zusammensetzung des Bundesvorstands muss um den Mitgliederbeauftragten ergänzt werden. Ich darf fragen, ob Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um Abstimmung bitten. Wenn Sie Empfehlung der Antragskommission zustimmen, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 48 auf. Auch hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich darf Sie deshalb zur Abstimmung bitten. Ich bitte Sie um das Kartenzeichen, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 49 auf. Hierzu gehören die Anträge B 50 und B 52. Hierbei geht es um das Einladungsverfahren. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 53 zur Beratung auf. Auch hier geht es um eine Folgeänderung, die sich aus den Beschlüssen zum Mitgliederbeauftragten ergibt. Entsprechend der Ergänzung des Bundesvorstands um den Mitgliederbeauftragten muss auch die Verweisungsnorm von § 29 Abs. 2 Ziffer 6 in § 29 Abs. 2 Ziffer 7 geändert werden. Zum Antrag B 53 gehört, wenn auch mit einer anderen Intention und ohne Bezug zum Antrag „Meine CDU 2017. Die Volkspartei“, auch der Antrag B 54.

Dazu liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar von Albrecht Schütte aus dem Landesverband Baden-Württemberg. – Herr Schütte, Sie haben das Wort.

Dr. Albrecht Schütte: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier für den Antrag B 54 sprechen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wenn bei der Wahl von fünf stellvertretenden Vorsitzenden mindestens drei Viertel anzukreuzen sind und es fünf Kandidaten gibt, was ja schon mal auf Bundesparteitagen vorgekommen sein soll, dann ist es quasi keine Wahl mehr. Dann könnte man genauso gut sagen: Wenn es nur fünf Kandidaten gibt, sind die fünf gewählt.

Daher bitte ich Sie, mit der Zustimmung zum Antrag B 54 eine tatsächliche Wahl zu ermöglichen. Das birgt zwar das Risiko, dass auch jemand mal nicht gewählt wird; aber ich denke, wir sind als Delegierte schlau genug, um davon sehr weise Gebrauch zu machen. Deshalb werbe ich für den Antrag B 54.

(Vereinzelt Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schütte. – Für die Antragskommission spricht Herr Dr. Gottschalck.

Dr. Detlef Gottschalck, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Diesen Punkt haben wir öfter mal zur Diskussion, weil es auf den ersten Blick in der Tat etwas überraschend ist, dass hier eine bestimmte Vorgabe seitens des Statuts gemacht wird, wie viele Kandidaten man mindestens wählen muss. Das hat aber, wie ich überzeugt bin, einen guten Sinn: Damit stellen wir sicher, dass wirklich aus allen Teilen unserer Partei, aus allen Landesteilen, aus kleinen Landesverbänden, aus großen Landesverbänden, Kandidaten gewählt werden.

Da stehen sozusagen zwei Prinzipien gegenüber: auf der einen Seite die möglichst hohe Repräsentanz aller möglichen Beteiligten, aller möglichen großen und auch kleinen Landesverbände, auf der anderen Seite das Prinzip der demokratischen Auswahl, das an dieser Stelle zugegebenermaßen ein wenig eingeschränkt wird. Gleichwohl gibt es ja noch eine Auswahl.

Das Beispiel, das hier genannt wurde, ist sozusagen ein Extremfall; das muss man zugeben. Aber ich meine, dass die gute Sitte und die gute Erfahrung, die wir damit gemacht haben – die entsprechende Regelung führt zu einer hohen Repräsentanz aller Beteiligten in den jeweiligen Gremien –, diese Einschränkung des Prinzips des freien Delegierten rechtfertigen sollten. Deswegen empfiehlt Ihnen die Antragskommission, auch heute Abend diese Regelung, die im Übrigen, wie gesagt, schon lange im Statut steht und immer mal wieder zur Diskussion steht, beizubehalten. – Vielen Dank.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Gottschalk. – Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag abstimmen und darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Votum der Antragskommission folgen wollen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die erforderliche Mehrheit für eine Statutänderung nicht erreicht und der Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zum Antrag B 55. Dazu liegt mir keine Wortmeldung vor. Deshalb lasse ich auch hier über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie der Empfehlung folgen wollen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir haben jetzt die Beratungen der Folgeänderungen im Statut, nämlich derjenigen aus dem Antrag „Meine CDU 2017“, abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu den weiteren Änderungsanträgen zum Statut. Das sind die Anträge B 57 bis B 71. Sie finden diese ebenfalls in der Antragsbroschüre, auf den Seiten 112 bis 115. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 56, B 57 und B 60 anzunehmen. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Dann darf ich wieder über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag B 65 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 65 an den Generalsekretär sowie an das Netzwerk Integration zu überweisen. Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission, also den Verweis, abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Dann komme ich zum Antrag B 69. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Bundesfinanzkommission zu überweisen. Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Dann lasse ich auch hier über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dann komme ich zu den Anträgen B 58, B 59, B 63, B 64, B 67, B 68, B 70 und B 71. Die Antragskommission empfiehlt, diese abzulehnen. Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie damit einverstanden sind. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dann bedanke ich mich. Wir haben die Abstimmungen über die Änderungen zum Statut, zur Beitrags- und Finanzordnung und zur Geschäftsordnung insoweit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt, wie von mir angekündigt, zur Beratung der Anträge, die in Ihrem Paket mit dem Buchstaben G bezeichnet werden.

Ich rufe jetzt den Antrag G 1 zur Beitragsregelung auf. Wir haben soeben einen Mindestbeitrag von sechs Euro beschlossen. Dementsprechend müssen wir diesen Mindestbeitrag auch unter Ziffer 2 des Antrages G 1 mit aufnehmen. Damit würde sich die Empfehlung der Antragskommission entsprechend ändern. Aus den acht Euro, die ursprünglich in der Empfehlung standen, werden also sechs Euro. Dann darf ich entsprechend dem Votum der Antragskommission um Ihr Kartenzeichen bitten. Wer mit der geänderten Version, also mit einem Mindestbeitrag von sechs Euro, wie es die Antragskommission vorschlägt, einverstanden ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Mir liegt eine Wortmeldung zu den Anträgen G 4 und G 5 vor, und zwar von Peter Hauk aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Ich bitte ihn um das Wort.

Peter Hauk: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die Abführung von Beiträgen. Ich glaube, dass wir bei der bisherigen Situation bleiben sollten, weil es vielen Kreisverbänden gar nicht möglich ist, in einem Schritt die Beitragsabführungen zu erhöhen. Wenn darüber hinaus – zu Recht – Ermäßigungen vorgesehen sind, zum Beispiel für Familienmitglieder und dergleichen, halte ich es für notwendig, nicht die Beitragsabführungen zu senken, sondern die Ermäßigungen an den Bundesverband weiterzugeben.

Ich will die Bundespartei ermuntern, sich über andere Formen der Finanzierung der Bundespartei Gedanken zu machen, nämlich Fragen der Parteienfinanzierung mal wieder aufzugreifen. Ich glaube, die Gelegenheit hierzu ist in einer Großen Koalition günstiger denn je. – Vielen Dank.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Für den Bundesvorstand spricht Philipp Murmann.

Philipp Murmann, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann natürlich verstehen, dass man auf Kreisebene immer verärgert ist, wenn man etwas an einen übergeordneten Verband abführen muss. Dafür haben wir alle natürlich grundsätzlich Verständnis. Ich bitte aber, bei diesem Antrag darüber nachzudenken und mit in die Betrachtung einzubeziehen, dass wir immerhin seit 26 Jahren die Abführung an den Bundesverband nicht verändert haben. Das heißt, vor 26 Jahren, im Jahre 1989, wurde die Beitragsabführung auf 1,25 D-Mark erhöht, seitdem nicht mehr, nur einmal angeglichen bei der Euro-Umstellung auf die 64 Cent.

Insofern holen wir jetzt etwas nach. Warum machen wir das? Weil wir auf Dauer in ein strukturelles Problem hineinlaufen: Wir haben steigende Kosten, wir haben ein demografisches Problem. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Lassen Sie mich aufgrund der fortgeschrittenen Stunde nur ein Beispiel geben. Diese 4 Cent Erhöhung, die wir jetzt in einer gemeinschaftlichen Diskussion besprochen haben, also die Abführung ab 2017 um fünfmal 4 Cent zu erhöhen, führt, wie Sie feststellen, wenn Sie das ausrechnen, zu 2,40 Euro pro Mitglied im Jahr. Angesichts der fortgeschrittenen Stunde erlaube ich mir einen Vergleich: Ein Bier in meinem Lokal um die Ecke kostet auch in etwa 2,40 Euro. Insofern wäre meine große Bitte, dass Sie diesem Vorschlag zustimmen und ein Bier mehr pro Jahr für den Bundesverband zur Verfügung stellen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir hatten gerade vom Kollegen Peter Hauk die Argumentation zu Antrag G 4 und G 5, die sich auf die Ziffer G 1.5 im Antragsbuch beziehen. Da geht es um die Abführung der Beiträge für beitragsermäßigte Familienmitglieder etc. Deshalb würde ich Ihnen gerne vorschlagen, dass wir jetzt über die Ziffer 5, also die Zeilen 20 bis 25, und damit die Ziffer 5 der Empfehlung der Antragskommission abstimmen; denn damit erledigen sich die Anträge G 4 und G 5, die gerade eben vertreten wurden. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann würde ich jetzt über Ziffer 5 in der Version der Antragskommission abstimmen lassen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Dann lasse ich über die weiteren Empfehlungen der Antragskommission, bezogen auf die folgenden Anträge, die sich um die Finanzen drehen – bis zum Antrag

G 26 –, abstimmen. Wortmeldungen liegen mir zu diesen Anträgen bis G 26 nicht vor. Dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag G 27 des Bundesvorstandes. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Albrecht Schütte aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor. – Herr Schütte, Sie haben das Wort.

Albrecht Schütte: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie kennen mich ja schon dem Namen nach. Ein Amt habe ich noch verschwiegen: Ich bin auch Kreisschatzmeister des Rhein-Neckar-Kreises. Es stimmt – aber leider nicht nur für den Bundesverband: Wir haben Inflation, und wir haben weniger Mitglieder aufgrund der demografischen Entwicklung. Das gilt aber für alle Ebenen, und deshalb haben wir auf allen Ebenen das Problem, dass wir an einem immer kleiner werdenden Tischtuch ziehen. Aus diesem Grund kann ich einem Antrag, der die Umlage an den Bundesverband zwar maßvoll, aber über fünf Jahre um circa 30 Prozent erhöht, so nicht folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte die Delegierten, dass wir diesen Mangel, den wir immer haben – wenn es ums Geld geht, haben Sie in jedem einzelnen Verein einen Mangel –, gleichmäßig verteilen und deshalb dem Antrag der Antragskommission nicht folgen, sondern dem des Bezirksverbandes Nordbaden mit der Nummer 30, und dementsprechend die Umlage nicht weiter erhöhen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schütte. – Es liegt mir noch die Wortmeldung von Peter Hauk vor. Ihn bitte ich ebenfalls ans Mikrofon.

Peter Hauk: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegiertinnen und Delegierte! Ich will in dieselbe Kerbe hauen wie Albrecht Schütte. Ich glaube, dass es für viele Kreisverbände nicht einfach, wenn nicht sogar unmöglich sein wird, erhöhte Beitragsabführungen innerhalb kurzer Zeit zu leisten. Wir müssen das Thema Parteienfinanzierung auf andere, weitere Füße stellen. Ich sage ganz offen dazu, dass wir beispielsweise in der Frage der Wahlkampfkostenerstattung dynamisieren müssen. Auch hier bietet sich bei der Lösung eine Große Koalition eher an als Insellösungen, die nur von der Union getroffen werden. Die SPD hat doch das gleiche Problem. Auch die SPD leidet unter Mitgliederschwund, ebenso wie wir – mehr oder minder, nicht alle gleichzeitig – unter geringeren Mitgliederzahlen leiden. Zu meinen, dass die Lasten durch geringere Mitgliederzahlen und erhöhte Belastungen im Ehrenamt aufzufangen wären, ist ein Irrweg. Das findet irgendwo eine natürliche Grenze. Deshalb bitte ich, dass auch der Bundesverband und damit die Parteiführung sich auf andere Dinge besinnen. Sie tun es nur dann, wenn sie etwas enger am Riemen gehalten werden. Deshalb bin ich gegen eine Erhöhung der Beitragsabführung.

(Vereinzelt Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission noch einmal das Wort? – Gut. Die Antragskommission verzichtet. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu der Ziffer 2 – das sind die Anträge G 27 bis G 37 – abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

Nein, hier oben herrscht Unklarheit. Wir wiederholen die Abstimmung noch einmal. Ich bitte um das Kartenzeichen für die Empfehlung der Antragskommission. – Dann bitte die Gegenstimmen! – Das Erstere war eindeutig die Mehrheit.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.

(Widerspruch)

– Das Tagungspräsidium ist sich hier eindeutig klar. Aber wir können die Abstimmung noch einmal wiederholen mit Aufstehen. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, wer für die Empfehlung der Antragskommission ist. – Dann bitte ich die Gegenstimmen, sich zu erheben. – Bitte die Enthaltungen! – Das Tagungspräsidium ist der Auffassung, und zwar eindeutig, dass das Erstere die knappe Mehrheit war.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

Damit ist der Antrag der Antragskommission und des Bundesvorstands in der vorgelegten Form angenommen.

Ich habe damit alle Anträge in dem Antragspapier inklusive des Antrages G 37 erledigt, sodass wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen können. Ich bedanke mich für die disziplinierte Beratung.

(Beifall)

Ich gebe an den Tagungspräsidenten weiter.

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Nun, liebe Freundinnen und Freunde, kommen wir zum angenehmeren Teil des Tages. Es ist mir eine große Freude, Sie nach Abschluss unserer Beratungen am ersten Tag des Parteitages herzlich zum Baden-Württemberg-Abend in die Schwarzwaldhalle einladen zu dürfen.

(Beifall)

Sie haben die Möglichkeit, mit einem Bustransfer zu fahren. Die Busse starten unmittelbar nach Ende des Parteitages am Haupteingang.

Bevor die Plenarsitzung endet, beachten Sie bitte noch folgende Hinweise: Nehmen Sie persönliche Wertsachen und persönliche Papiere unbedingt mit. Parteitagsunterlagen können Sie gerne auf den Tischen liegenlassen. Die müssten dann morgen wieder vorhanden sein. Alles, was entsorgt werden soll – Zeitungen, Leergut und anderes –, legen Sie bitte auf den Boden. Damit erleichtern Sie dem Servicepersonal die Arbeit. Vielen Dank.

Wir tagen morgen pünktlich um 9 Uhr hier wieder in der Halle. Jetzt wünsche ich uns allen einen schönen Baden-Württemberg-Abend in der Schwarzwaldhalle. Bis gleich.

Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluss: 20.01 Uhr)

Dienstag, 15. Dezember 2015

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9.11 Uhr)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen! Schön, dass Sie alle den Baden-Württemberg-Abend so gut überstanden haben.

Wir steigen in die Beratung über die Tagesordnung wieder ein. Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

Sonstige Anträge

Sie finden die C-Anträge in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 117 bis 170 der Antragsbroschüre sowie in der Sammlung der Initiativanträge. Diese sind gekennzeichnet mit dem Buchstaben C.

Bereits gestern haben wir den Antrag H, unsere Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration, beschlossen. Gestern wurden zugleich die Anträge C 2, C 5, C 25, C 36, C 38, C 46, C 47, C 48, C 52, C 56, C 57, C 60, C 61, C 71, C 72 sowie die Anträge C 78 und C 79 aus der Sammlung der Initiativanträge gemeinsam mit dem Antrag des Bundesvorstandes behandelt. Dabei wurde beschlossen, dass sie mit zwei Ausnahmen durch die Annahme des Antrages H als erledigt zu betrachten sind. Die Ausnahmen sind der Antrag C 78, der abgelehnt wurde, sowie der Antrag C 79, den wir gestern angenommen haben. Damit können diese Anträge heute nicht mehr aufgerufen werden.

Wir kommen nun zur Beratung über die weiteren C-Anträge. Um die Beratungen zu vereinfachen und zu beschleunigen, rufe ich die Anträge blockweise auf. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe jetzt die Anträge C 1, C 2, C 4, C 6 und C 10 auf. Das sind die Anträge auf den Seiten 117 bis 124. Zum Antrag C 1 liegt die erste Wortmeldung vor.

Ich bitte Sylvia Pantel, das Wort zu nehmen. Bitte schön, Frau Pantel.

Sylvia Pantel: Einen schönen guten Morgen, Frau Bundeskanzlerin! Auch dem Rest wünsche ich einen guten Morgen. Wir haben als Bundesvorstand der Frauen Union – wohlweislich unseren Koalitionspartner kennend – einen Antrag eingebracht, bei dem es um das Prostituiertenschutzgesetz geht. 2002 wurde von Rot-Grün ein Gesetz zur Prostitution verabschiedet, das dazu geführt hat, dass anschließend die Zeitungen Deutschland als Bordell Europas bezeichnet haben. Wir haben nun vereinbart – auch im Koalitionsvertrag –, ein Prostituiertenschutzgesetz zu verabschieden. Wir waren auf einem guten Weg. Leider versucht unser Koalitionspartner, mit miesen Tricks und allen anderen unlauteren Mitteln die vereinbarten Eckpunkte auszuhebeln. Die Prostituierten sollen nicht so geschützt werden, wie wir das vereinbart haben. Deshalb bitten wir um Unterstützung. Wir wollen die Prostituierten schützen. Beim Menschenhandel hat

man gute Ergebnisse erzielt. In der Sexbranche bzw. Sexindustrie wollen wir auch nicht zulassen, dass Frauen ausgebeutet werden. Deshalb brauchen wir von diesem Parteitag ein starkes Signal. Darum bitte ich Sie. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Frau Pantel, vielen Dank. – Dieses starke Signal werden wir gleich senden. – Wer diesem Antrag und dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Herzlichen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Die nächste Wortmeldung zum Antrag C 7 liegt vor. Gibt es zu den Anträgen C 2, C 4, C 5 und C 6 Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über diese Anträge und das Votum der Antragskommission ab. Wer den Voten der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann hat zu Antrag C 7 Paul Ziemiak das Wort. Paul, bitte sprich zu uns.

Paul Ziemiak: Schönen guten Morgen, liebe Freundinnen und Freunde! Ich bitte euch, für diesen Antrag zu stimmen, der zum Ziel hat, dass ein entsprechender Passus betreffend die Nationalhymne in das Grundgesetz aufgenommen wird das ist ein Symbol, keine Frage, genauso wie die Farben unserer Nationalfahne, die in unserer Verfassung verankert sind. Gerade jetzt, in einer Zeit, wo so viele Menschen zu uns kommen, sollten wir ein Zeichen setzen, dass unsere Nationalhymne das ausdrückt, was wir fühlen und was uns ausmacht. Der Einklang von Einigkeit, Recht und Freiheit spiegelt das wider, was in unserer Verfassung steht. Deswegen gehört eine entsprechende Passage zur Nationalhymne in unsere Verfassung. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bitte um eure Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Paul Ziemiak. – Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen bis C 16. Dann gibt es die nächste Wortmeldung. Gibt es zu einem Antrag vor C 16 eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Anträge bis C 16 ab. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Antrag C 16. Dazu liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar von Susanne Wetterich und Christian Natterer. Susanne Wetterich hat das Wort. Bitte schön.

Susanne Wetterich: Meine Damen und Herren! Es geht hier um die Impfpflicht. Der Antrag besagt, dass man eine Impfpflicht generell einführen sollte. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Das ist auch richtig; denn man kann keine gesetzliche Impfpflicht einführen. Die Meinung teile ich.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass man etwas verbindlicher mit dem Impfen umgehen sollte. Deswegen würde ich die Formulierung vorschlagen: dass bei regionaler Häufung von Erkrankungen und entsprechender konkreter Ansteckungsgefahr nur solche Kinder die Kitas und Kindergärten besuchen dürfen, die nachweislich geimpft sind gegen Diphtherie, Masern, Keuchhusten und die restlichen Krankheiten, wie von der Ständigen Impfkommission empfohlen, und dass die Eltern bei Anmeldung einen Impfpass vorlegen und nicht nur eine Impfberatung nachweisen müssen.

Ich plädiere dafür, dass der Antrag so geändert wird und dann mit positivem Votum verabschiedet wird. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt hat Christian Natterer das Wort. Bitte schön.

Christian Natterer: Guten Morgen, Frau Bundeskanzlerin und Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Wetterich, für die Ergänzung. Darüber müssen wir noch reden. Ich würde Sie trotzdem bitten, dem Antrag der Jungen Union auf Einführung einer Grundimpfpflicht zuzustimmen. Es wurde schon gesagt: Während vor über 15 Jahren bestimmte Kinderkrankheiten wie Mumps, Diphtherie, Röteln, Masern, aber auch Kinderlähmung durch eine flächendeckende Impfquote nahezu von der Bildfläche verschwunden sind, erleben wir heute leider vielerorts wieder eine Zunahme dieser Krankheiten. Die schlimmen Folgen wie Hirnhautentzündung, Gürtelrose und andere werden leider erst viele Jahre danach sichtbar.

Grund dafür – das muss man in diesem Rahmen auch einmal ansprechen – ist eine kleine, aber zunehmend aktive Minderheit von ideologisch motivierten Impfgegnern, die sich stur weigern, ihre Kinder impfen zu lassen. Dies ist aber nicht nur verantwortungslos gegenüber den eigenen Kindern und Mitmenschen. Es ist vor allem auch sehr gefährlich.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist gefährlich für Säuglinge, die aufgrund ihres Alters nicht geimpft werden können. Es ist gefährlich für schwangere Frauen, aber auch gefährlich für impfesistente Menschen, die trotz ihrer Resistenz natürlich angesteckt werden können.

Wir können es im Jahre 2015 als verantwortungsbewusster Staat doch nicht zulassen, dass ausgestorbene Krankheiten wieder auftreten und dass Schulen und Kitas – es wurde eben erwähnt

– wie zum Beispiel vor kurzem in Berlin geschlossen werden müssen, weil gefährliche Krankheiten aufgrund einer zu geringen Impfquote wieder auftreten. Auch die Internationalisierung und der Zuzug vieler Menschen aus Ländern mit geringer Impfquote und einem schlechten Gesundheitswesen sollten uns in dieser Frage zu raschem Handeln veranlassen.

(Vereinzelt Beifall)

Impfen kann natürlich ein Risiko sein; das ist vollkommen richtig. Aber ich glaube, nicht impfen ist das viel größere Risiko. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für den Antrag der Jungen Union. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission hat unsere Freundin Annette Widmann-Mauz das Wort.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen, und zwar aus folgendem Grund: Eine Impfpflicht wäre ein erheblicher Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Einem solchen Eingriff müssen erst einmal mildere Mittel vorangestellt werden. Solange diese nicht ausgeschöpft sind, ist ein solch schwerwiegender Eingriff mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Es gibt viele andere Möglichkeiten: durch freiwillige Impfvereinbarungen, durch die entsprechende Inanspruchnahme von Schutzimpfungen. Dadurch können wir mehr erreichen.

Die Bundesregierung hat sich auch damit nicht zufrieden gegeben, sondern im Präventionschutzgesetz entsprechende Steigerungen der Anstrengungen beschlossen. Diese werden derzeit umgesetzt, indem wir zum Beispiel den Impfschutz bei den Gesundheits- und Routineuntersuchungen für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene jetzt immer regelmäßig überprüfen, damit auch eine Beratung stattfinden kann. Auch Betriebsärzte können jetzt alle Schutzimpfungen vornehmen.

Wir haben neu geregelt, dass bei der Aufnahme in eine Kita die Eltern den Nachweis über eine Impfberatung vorlegen müssen. Auch das ist eine ganz wichtige Ergänzung und Erweiterung der Impfanstrengungen in unserem Land. Medizinische Einrichtungen können bei der Einstellung von Beschäftigten auf entsprechende Impfungen bestehen und die Einstellung davon abhängig machen. Auch die Krankenkassen haben verschiedene Möglichkeiten, durch Bonusleistungen hier voranzugehen. Deshalb sage ich: Es gibt mildere Mittel, die wir zunächst ausschöpfen müssen.

Jetzt hat die Delegierte Susanne Wetterich einen Vorschlag gemacht, der klug ist. Allerdings beschreibt er die geltende Rechtslage. Wir haben heute schon die Möglichkeit, dass Kinder vom Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen ausgeschlossen werden können, wenn eine gewisse

Situation in der Einrichtung vorliegt und dieser Situation auf andere Weise nicht abgeholfen werden kann. Diese Rechtslage besteht bereits. Die Impfberatung als Voraussetzung zum Zugang zu machen, haben wir gerade gesetzlich geregelt.

Der Vorschlag ist gut. Er beschreibt die Rechtslage. Aber den Antrag müssen wir leider ablehnen, weil er so nicht funktionieren kann.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Danke, Annette. – Wir haben noch eine Wortmeldung zu dem Punkt, und zwar Herr Dr. Lanig aus Baden-Württemberg. Bitte schön.

Dr. Urban Lanig: Liebe Parteifreunde! Ich bin der JU sehr dankbar, dass das Thema Impfung gerade für den Kinderbereich aufgenommen wird; denn es ist eine zunehmende Impfmüdigkeit festzustellen. Darüber hinaus würde es uns ganz gut anstehen bei allen rechtlichen Bedenken, dass wir diesen Antrag der JU annehmen und ihn dann prüfen, damit in der Öffentlichkeit wieder eine Sensibilisierung für die notwendigen Impfungen im Kindesalter stattfindet.

Wir haben schon über die Migration gesprochen, über die Gefahren und über die Globalisierung. Unsere Welt wird ein kleines Dorf. Die Impfmüdigkeit wird zu erhöhten Gefahren für die Kinder führen. Deshalb möchte ich als Allgemeinarzt Sie bitten, dem Antrag der JU zuzustimmen, damit wir ein Zeichen setzen und sensibilisieren. Es tut uns ganz gut, wenn wir da etwas progressiv zum Wohle unserer Kinder und auch der Eltern herangehen.

(Vereinzelt Beifall)

In Amerika gilt: Keine Impfung – keine Schule. Montgomery, der Präsident der Bundesärztekammer, hat erklärt, dass die Masern in Deutschland und weltweit längst ausgerottet sein könnten. Die Impfquote beträgt 92,6 Prozent bei der ersten Impfung, bei der zweiten Impfung ist sie leider sehr gering, sodass es die Masern nach wie vor gibt.

Durch die Impfpflicht könnte man zum Beispiel diese Erkrankung, die unwahrscheinliche Schäden des Gehirns und anderer Organe hervorrufen kann – ich will das jetzt nicht näher ausführen –, endgültig bannen. Ich meine, wir sind das unseren Kindern schuldig und dazu verpflichtet. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das letzte Wort in dieser Sache hat noch einmal Annette Widmann-Mauz für die Antragskommission. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Liebe Delegierte, noch einmal: Es geht uns allen darum, dass wir für das Thema sensibilisieren, und deshalb hat die Bundesregierung im Präventionsgesetz ja auch die entsprechenden Maßnahmen vorgesehen, die nach unserer Rechtslage möglich sind und im Juli dieses Jahres verabschiedet wurden.

Ich will Sie aber einfach auch einmal bitten, andersherum nachzudenken: Eine Impfung ist ein erheblicher medizinischer Eingriff, und es gibt auch Menschen, die bestimmte Impfungen nicht vertragen und zum Beispiel allergisch auf sie reagieren.

(Vereinzelt Beifall)

Bei aller Notwendigkeit, dass wir eine höhere Durchimpfungsrate erhalten: Es wäre sicherlich nicht in unser aller Interesse, wenn wir eine Impfpflicht formulieren und die mildereren Mittel der Beratung, der Aufklärung und des Gesprächs nicht nutzen, sondern die Kinder zwangsweise einer Körperverletzung – in diesem Fall wäre es nämlich eine – zuführen würden.

Deshalb bitte ich Sie sehr eindringlich, dass wir die Chancen, die wir haben, auch wirklich offensiv nutzen. Durch die Beratung der Eltern in den Kindertageseinrichtungen und durch die U-Untersuchungen haben wir viel mehr Möglichkeiten, dafür zu werben. Ich glaube, wir sollten nicht so weit gehen, Menschen zwanghaft für einen solchen Eingriff vorzuführen, solange wir alle anderen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft haben.

(Teilweise Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir kommen zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

(Widerspruch)

Thomas Strobl bittet um eine Wiederholung der Abstimmung.

(Teilweise Beifall)

Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich, aufzustehen und die Karte zu heben. – Wer dagegenstimmen möchte, der steht bitte auch auf, während sich die anderen bitte wieder setzen. – Wer möchte sich enthalten? – Die Enthaltungen sind schon mal die Minorität.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Mehrheit zugestimmt hat. Das heißt, der Antrag ist abgelehnt. Wir folgen dem Antrag der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen nun zu den anderen Anträgen, nämlich den Anträgen C 17 bis C 20. Es gibt hier keinen Gesprächsbedarf. Möchte jemand eine Meinungsäußerung zu einem der Anträge C 17 bis C 20 abgeben? – Bitte.

Christian Natterer: Entschuldigung, aber bei der Abstimmung über den Antrag C 16 war es sehr undurchsichtig. Man konnte nicht erkennen, was die Mehrheit war. Ich beantrage hier deshalb geheime Abstimmung.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Gut. Wir bereiten eine schriftliche Abstimmung darüber vor. Wir alle haben die entsprechenden Heftchen vor uns liegen, und ich bitte Sie, diese schon einmal bereitzuhalten. Wir rufen nun die Stimmzählkommission zusammen.

In der Zwischenzeit machen wir mit den anderen Anträgen weiter. Wir folgen aber dem Wunsch, über den Antrag C 16 noch einmal schriftlich abzustimmen.

Zu den Anträgen C 17 bis C 20 liegen keine Wortmeldungen vor. Wer bei diesen Anträgen den Voten der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist in dieser Sache so beschlossen.

Für die folgenden Anträge übergebe ich das Wort Serap Güler.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieben Dank. – Ich rufe die Anträge C 21 bis C 24 sowie C 26 bis C 30 auf. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich gerne darüber abstimmen lassen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Hochhalten der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun die Anträge C 31 bis C 35, C 37 und C 39 sowie C 40 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer kann den Empfehlungen der Antragskommission hier folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das auch so beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 41 bis C 45 auf. Zu dem Antrag C 45 liegt mir eine Wortmeldung von Gitta Connemann vor.

Wir stimmen aber erst einmal über die Anträge C 41 bis C 44 ab. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C 45. Dazu spricht zuerst Hermann Gröhe. – Bitte schön.

Hermann Gröhe: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Hinter dem Antrag zum Thema „Gegen weitere Werbeverbote“ verbirgt sich nicht zuletzt die Diskussion über das Thema „Außenwerbung für Tabakprodukte“. Nun bin ich nicht nur als Bundesgesundheitsminister in dieser Frage

engagiert, sondern ich kann mich auch an den Wahlkampf erinnern, als der Veggie Day ein Thema war. So wie ich weiß, dass viele, die diesen Antrag befürworten, sagen, es geht dabei grundsätzlich um Verbote – das verstehe ich ja –, so halte ich es gleichzeitig für irrational, zu sagen: Dann können wir gar nichts in diesem Bereich machen. Geboten ist vielmehr eine sachgerechte Differenzierung.

Wer sagt, dass wir all diese Stoffe – Alkohol, Zucker, Salz und Tabak – gleich behandeln müssen, der wendet dieselben Argumente an wie jene, die sagen: Wenn du das alles erlaubst, musst du auch Cannabis erlauben. Das ist Quatsch. Differenzierung ist geboten. Wir differenzieren auch bei einem erlaubten Produkt wie Tabak, beispielsweise haben wir 2007 die Werbung dafür in Printmedien verboten, einer klaren rechtlichen Vorgabe der EU folgend.

Differenzierung gebietet, ein besonderes Augenmerk auf die Folgen des Rauchens zu werfen. Jährlich sterben in diesem Land 121 000 Menschen an den direkten Folgen des Rauchens. Wer auf den wirtschaftlichen Aspekt hinweist, dem sei gesagt, dass die Außenbewirtschaft in Deutschland im Bereich der Tabakwerbung – sie macht 4,5 Prozent aus – 70 Millionen Euro umsetzt. Denen stehen Behandlungskosten der Folgen des Rauchens in Höhe von 22,7 Milliarden Euro gegenüber. Das ist ein ziemlich schlechtes Verhältnis. Das Entscheidende aber ist: Unabhängig von der Forderung nach keinen weiteren Verboten haben wir uns 2003 in der Weltgesundheitsorganisation in einem Übereinkommen verpflichtet, dieses Werbeverbot einzuführen. Wir haben es 2004 ratifiziert, es ist seit 2005 in Kraft und wird seit zehn Jahren nicht umgesetzt.

Nun gibt es viele, die meinen, Deutschland müsse nicht überall Vorreiter sein. Bei der Umsetzung dieser Vereinbarung sind wir in der EU zusammen mit Bulgarien als Einzige nicht in der Lage, Völkerrecht umzusetzen. Wir haben uns gestern immer wieder ermutigt, Recht konsequent anzuwenden. Das sollte auch für diese völkerrechtliche Vorgabe gelten. Um Missverständnisse zu vermeiden, rate ich uns, diesen Antrag abzulehnen. Ich kann ihn sowieso nicht so interpretieren, dass er uns auffordern würde, Völkerrecht nicht einzuhalten. Missverständnisse vermeiden wir durch eine klare Ablehnung.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Hermann, vielen Dank. – Jetzt spricht Gitta Connemann aus Niedersachsen.

Gitta Connemann: Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Guten Morgen, liebe Freunde! Wir sind die Partei der Freiheit, deshalb verstehe ich die Skepsis gegen Werbeverbote, die in dem Antrag des Landesverbandes Hamburg zum Ausdruck kommt. Wo aufhören? Wo beginnen? Beim Weißbrot, Bier? Irgendwann vielleicht sogar Werbung für eine Partei? Hinzu kommt, dass wir den Menschen etwas zutrauen. Das unterscheidet uns von den staatlichen Bevormundern bei Rot und Grün, und das ist gut so.

(Teilweise Beifall)

Wir sind aber auch eine Partei des Rechts. Wenn wir unser Wort geben, dann halten wir es auch. So war es immer guter Brauch bei uns in der Union. Dazu gehört die bittere Erkenntnis, dass wir bereits einem Werbeverbot zugestimmt haben, und zwar 2004, als wir im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion ein Tabak-Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation unterstützt haben, weil die Zielsetzung richtig war. Die Zielsetzung ist, Menschen, die der Hilfe bedürfen, gerade Kinder und Jugendliche, vor den Gefahren des Rauchens zu schützen.

Dazu gehört auch die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche durch Werbung überhaupt erst animiert werden, zu rauchen. Deshalb wird geworben. Werbung wirkt. Wir haben gesagt, dass wir Einschränkungen der Werbung wollen. Wir wollen keine Außenwerbung für Tabakwaren, wir wollen eine Einschränkung der Kinowerbung. Dazu haben wir uns verpflichtet. Minister Gröhe hat vollkommen zutreffend darauf hingewiesen.

Mit uns haben sich übrigens 178 andere Staaten verpflichtet, darunter alle Mitgliedstaaten. Nur Deutschland hat in Europa bislang das Verbot der Außenwerbung nicht umgesetzt. Das ist eine traurige Bilanz. Wir haben eine andere Rechtssituation zum Schutz von Kindern und Jugendlichen; denn Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko. Jeder zweite Jugendliche, der heute mit dem Rauchen beginnen wird, wird vorzeitig sterben. Das wollen wir verhindern.

Deshalb verstehe ich die Richtung des Antrags des Landesverbands Hamburg. Ich bin für die Erweiterungen durch die Antragskommission dankbar, die sagt: keine neuen Werbeverbote. Ich weise darauf hin, dass das, was wir im Deutschen Bundestag jetzt beschließen müssen und wollen, nämlich die Umsetzung der Konvention, kein neues Werbeverbot ist, sondern ein altes, das wir umsetzen müssen. Zwecks Klarheit fände ich es besser – da stimme ich unserem Minister zu –, den Antrag abzulehnen. Wir sind aber gezwungen, genau dieses Werbeverbot umzusetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt spricht unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zum Antrag C 45.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Unbeschadet der Frage, was man vom Inhalt dieser Richtlinie hält, halte ich es aus prinzipiellen Gründen für sehr kritisch – das will ich hier hinterlegen –, wenn wir hier einfach entscheiden, welche Richtlinien wir umsetzen und welche nicht. Das ist eine Frage, die sehr prinzipieller Natur ist. Wir treten immer dafür ein, dass andere das tun, was beschlossen ist. Wir treten auch dafür ein, dass Mehrheitsentscheidungen in der EU respektiert werden müssen. Wenn Deutschland jetzt einfach erklärt, das Verbot nicht umzusetzen, dann ist das kein besonders gutes Omen. Deshalb bitte ich darum, darüber nachzudenken, ob das richtig ist.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zum selben Antrag hat jetzt Herr Rudolf Henke aus Nordrhein-Westfalen das Wort. – Bitte schön.

Rudolf Henke: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze ebenfalls das Anliegen, den Antrag C 45 nicht zu beschließen, auch nicht in der Fassung der Antragskommission. Wenn man ihn an irgendein Gremium, zum Beispiel an die Bundestagsfraktion, überweisen will, dann ist das eine andere Frage.

Ich will Ihnen das kurz begründen.

Ich bin Arzt für Innere Medizin und habe auf einer onkologischen Station, also auf einer Krebsstation, gearbeitet. Dort habe ich gesehen, was es heißt, an Lungenkrebs zu sterben. Es gibt wenige wirksame Arzneimittel, mit denen man Lungenkrebs bekämpfen kann. Leider ist für die Mehrzahl der Patienten die Erkenntnis, dass der Lungenkrebs aufgetreten ist, zu spät, um noch eine erfolgreiche Operation durchzuführen. Das heißt: Die einzige Chance, die wir haben, den Lungenkrebs zu besiegen, besteht darin, Prävention zu betreiben, und das wirksamste Mittel zur Prävention ist der Verzicht auf das Tabakrauchen.

Nun bin auch ich wie Sie alle der Meinung, dass der Erwachsene das selbst entscheiden muss in vollem Bewusstsein, was er sich selbst antut. Aber eine Reklame, die darauf ausgerichtet ist, Kinder und Jugendliche zu erreichen, trifft Menschen, die die Reife nicht haben können, diese Entscheidung selbst zu treffen. Deswegen bin ich sehr dafür – nicht nur, weil es eine internationale Verpflichtung ist, auch deshalb, aber auch als Arzt –, dass wir Reklame bannen, die Kindern und Jugendlichen das Rauchen nahebringt. Deswegen bitte ich Sie sehr, sehr herzlich darum, an dieser Stelle die notwendige Differenzierung stattfinden zu lassen.

Wir haben mit Hermann Gröhe ein Präventionsgesetz durch den Deutschen Bundestag gebracht – das war der vierte Anlauf, den wir unternommen haben –, mit dem das Impfen gestärkt wurde, die Prävention gestärkt wurde, mit dem wir uns für Gesundheitsförderung ausgesprochen haben. Mit Hermann Gröhe ist es gelungen, einen Kompromiss zu finden zwischen Verhältnisprävention und Verhaltensprävention. Ich meine, dass wir dem Ruf, den wir uns da erarbeiten, nicht dadurch schaden dürfen, dass wir an dieser Stelle, ohne dass dies eigentlich die Absicht ist, den Kampf gegen das Tabakrauchen schwächen, jedenfalls dort, wo Menschen darüber nicht selbst befinden können. Ich habe nichts gegen Reklamestände auf Parteitagen, wo im Wesentlichen Erwachsene sind. Ich bin aber sehr dagegen, dass man in einer Stadt auf den Schulwegen der Kinder solche Außenreklamen macht. Deswegen: Bitte lehnen Sie diesen Antrag gemeinsam mit uns ab! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Mir liegt noch eine Wortmeldung zu diesem Antrag vor, und zwar von Herbert Reul. – Bitte schön.

Herbert Reul: Liebe Delegierte! Manchmal verstehe ich die Debatten, die hier laufen, nicht so ganz. Ich kenne keinen im Saal, der dagegen ist, Kinder und Jugendliche vor Tabak und anderen gefährlichen Konsumgütern zu schützen. Ich kenne auch keinen, der die Gefahren verharmlosen will. Dieser Antrag hat für mich eine ganz andere Zielsetzung. Es heißt doch nicht, dass wir bestehendes europäisches Recht nicht umsetzen müssen. Das ist doch glasklar. Mit dem Antrag soll vielmehr das Signal gesetzt werden – das finde ich in Ordnung –, dass wir einmal aus der Verboteritis herauskommen.

(Teilweise Beifall)

Ich kann das erzählen: In Brüssel geht es nicht um Tabak oder nicht Tabak, sondern es geht um Tabak, Alkohol, Süßigkeiten – und das geht immer weiter. Da gibt es Leute, die unser Leben von vorne bis hinten reglementieren wollen. Das will ich nicht. Die meisten, die gegen diesen Antrag geredet haben, wollen das auch nicht. Sie haben gesagt, Erwachsene müssten selbst entscheiden können.

Ich bitte darum, die Beschlussfassung zu diesem Antrag jetzt nicht einfach zu verschieben bzw. zu vertagen oder den Antrag abzulehnen. Das würde dem Anliegen nicht gerecht. Vielleicht kann man sich eine kluge Formulierung einfallen lassen, indem man sagt: Europäisches Recht muss umgesetzt werden; wo Gefahren bestehen, muss man sich kümmern. Das ständige Ausweiten von Verboten in der Werbung aber geht uns auf den Keks. Das wollen wir nicht. Das kann man doch einmal formulieren. Dafür muss der Text nur ein bisschen modifiziert werden.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Roland Heintze von der Antragskommission zum selben Antrag das Wort. – Bitte schön.

Dr. Roland Heintze, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde! Lieber Herbert Reul, ich bin dir sehr dankbar für das klare Statement, das du hier abgegeben hast. Ich halte es für extrem wichtig, dass sich die CDU hier klar äußert, wie wir es übrigens schon gestern beim Thema Bevormundung und dem, was Rot-Grün so treibt, gemacht haben. Ich glaube, wir sollten als Parteitag ordnungspolitisch ein klares Signal setzen. Dafür ist dieser Antrag bestens geeignet. Deswegen sollten wir ihm auch zustimmen.

(Teilweise Beifall)

Bei aller Liebe: Den Vorschlag, die Formulierung zu entschärfen und keinen falschen Zungenschlag hineinzubringen – natürlich sind die Anliegen, die hier geäußert wurden, berechtigt –, hat die Antragskommission bereits berücksichtigt. Sie hat hier einen Vorschlag vorgelegt, in dem klar formuliert wird, wo die CDU ordnungspolitisch hin soll, und darüber zweimal beraten. Auch gestern ist das Anliegen in der Antragskommission gescheitert, und zwar mit deutlicher

Mehrheit, den Antrag irgendwo hinzuschieben und wir am Ende nicht mehr wissen, wo er ist. Ich glaube, der CDU steht es gut zu Gesicht, wenn wir dieses Thema eben nicht verschieben, sondern ordnungspolitisch klar Position beziehen. Dazu ist der Antrag bestens geeignet.

(Teilweise Beifall)

Hier wurde auch darauf hingewiesen, wann wo was wie umgesetzt wurde, dass das längst Beschlusslage sei und wir dringend nacharbeiten müssen. Ich muss persönlich sagen, dass ich den Bericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 zum Thema „Medien und Kommunikation“ dann nicht verstehe, weil schon darin steht, dass weitere Werbebeschränkungen und verbote auf nationaler oder europäischer Ebene strikt abgelehnt werden. Wir bestärken hier etwas, was wir schon längst unterstützen. Ich halte es für falsch, dahinter zurückzufallen.

(Teilweise Beifall)

Es wird hier auch gesagt, man habe viel Verständnis dafür, dass Menschen Reklame aufstellen, dass Menschen werben. Bei aller Liebe: Die Werbewirtschaft, die Verlage und alle, die dahinter stehen, machen in Deutschland ungefähr 1 Million Arbeitsplätze aus. Ich halte es für ziemlich wichtig, dass wir als CDU/CSU und als Partei der Wirtschaft noch einmal klarmachen – wir haben das gestern auch in der Rede der Parteivorsitzenden gehört –, dass wir an ihrer Seite stehen, dass wir für diesen Standort stehen. Das hat nichts mit Tabak zu tun. Es geht hier um generelle Werbeverbote. Es geht hier um keine weitere Bevormundung. Ich glaube, wir sind gut beraten, das so zu beschließen, wie es die Antragskommission empfiehlt. Dafür plädiere ich hier klar. – Schönen Dank.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Gut. – Wir kommen dann zur Abstimmung. Die Antragskommission schlägt vor, den Antrag C 45 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen neue Werbeverbote aus – sowohl auf nationaler wie europäischer Ebene.

Diejenigen, die dieser Empfehlung folgen können, bitte ich jetzt um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit einer Mehrheit angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe CDU-Freunde, wir haben heute Morgen zwei Geburtstagskinder unter uns im Saal: Zum einen gratulieren wir herzlich zum Geburtstag Frau Birgit Heitland aus Hessen. Zum Zweiten gratulieren wir dem Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Harry Glawe, zu seinem Geburtstag. Alles Gute von hier oben!

(Beifall)

Michael Kretschmer, Antragskommission: Wir kommen zurück zum Antrag C 16 der Jungen Union. Es geht um die Impfpflicht für Kinder. Es wurde eine schriftliche Abstimmung beantragt. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Wir alle haben mit den Tagungsunterlagen so ein kleines Heftchen bekommen. In der Mitte finden Sie die Stimm Scheine. Wir fangen an mit dem Stimm Schein 1. Sie haben die Möglichkeit, einen Stimm Schein mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission. Das Votum ist Ablehnung. Wer diesem Votum folgen möchte, der muss mit Ja stimmen. Die anderen Optionen ergeben sich daraus. Ich bitte die Stimmzählkommission, sich bereitzumachen. Ich eröffne den Wahlgang. Bitte geben Sie Ihre Stimme ab. Werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Urnen. – Ich kann das gerne noch einmal erklären. Wir haben diesen Stimmblock. In der Mitte finden Sie die unterschiedlichen Stimm Scheine. Wir stimmen ab mit dem Stimm Schein 1, Ja, Nein oder Enthaltung. Ja ist ein positives Votum für die Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Gibt es Delegierte, die ihre Stimme noch nicht abgeben konnten? – Wer seine Stimme noch nicht abgeben konnte, den bitte ich um ein Zeichen. – Können wir den Wahlgang schließen? Hat jeder seine Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte um Auszählung. In der Zwischenzeit fahren wir in der Antragsberatung fort.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Wir machen weiter mit den Anträgen C 49 und C 50. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit sind diese Anträge angenommen.

Ich rufe die Anträge C 51, C 53 bis C 55 sowie C 58 und C 59 auf. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit sind auch diese Anträge durch.

Dann kommen wir zu den Anträgen C 62 bis C 70. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Dann würde ich gerne abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank.

Dann rufe ich die Anträge C 73 bis C 76 auf. Mir liegt ein Wortbeitrag zu dem Antrag C 76 vor, und zwar von Herrn Jan-Bernd Rolfes aus Niedersachsen.

Jan-Bernd Rolfes: Aus Oldenburg. – Liebe Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! In dem Antrag geht es um den schnellstmöglichen Breitbandausbau. Das ist eine Forderung, die wir alle haben. Deswegen verstehen wir nicht ganz, warum empfohlen wird, diesen Antrag abzulehnen. Wir fordern die Bundesregierung auf, mehr finanzielle Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen. Wir schlagen einen höheren Anteil aus den Einnahmen aus der Versteigerung der Funkfrequenzen vor, um unser Ziel – bis 2018 50 Mbit/s auch in der Fläche – erreichen zu können. Darum bitten wir die Delegierten, hier nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, sondern diesen Antrag anzunehmen.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Zu demselben Antrag hat jetzt Nadine Schön von der Antragskommission das Wort. – Bitte schön.

Nadine Schön, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde! Der Antragsteller fordert in seinem Antrag, dass die Mittel aus der Frequenzversteigerung unterschiedlich verteilt werden. Es gibt eine klare Verteilung zwischen Bund und Ländern. Der Bund investiert in ein milliardenschweres Breitbandausbauprogramm. Die meisten Länder tun das auch. Ich denke, es ist unsere Aufgabe als CDU, in jedem Land dafür zu sorgen, dass die Mittel, die den Ländern dafür zur Verfügung stehen, in den Breitbandausbau fließen. Unterm Strich stehen viele Milliarden für den Breitbandausbau zur Verfügung. Deshalb hat die Antragskommission keinen Grund gesehen, warum wir diese Verteilung der Mittel aus der Frequenzversteigerung jetzt noch einmal infrage stellen sollten. Die Breitbandprogramme laufen an. Die Mittel sind eingeplant. Es stehen viele Milliarden zur Verfügung. Eine neue Verteilung bedeutet nicht mehr Geld, sondern einfach nur, dass der Breitbandausbau nicht zügig vorankommt. Deshalb plädieren wir dafür, dass wir den Breitbandausbau genau so belassen, mit den Mitteln, die jetzt zur Verfügung stehen. Deshalb empfehlen wir, den Antrag abzulehnen. Alles andere würde den Breitbandausbau nur stoppen und ist, glaube ich, zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens auch gar nicht mehr möglich. – Vielen Dank.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Ich würde jetzt gerne nur über den Antrag C 76 abstimmen lassen. Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission folgen können, dann bitte ich Sie jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag angenommen.

Jetzt würde ich gerne über die Anträge C 73 bis C 75 abstimmen lassen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag C 77. Hier hat Herr Peter Beuth aus Hessen das Wort.

Peter Beuth: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie ganz kurz für den Bundesfachausschuss Innenpolitik auf den Antrag C 77 mit dem Titel „Schutz von Einsatzkräften verbessern“ aufmerksam machen. Ich möchte gleichzeitig der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung Mut machen, die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag, die vorsieht, den Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie anderer Einsatzkräfte bei gewalttätigen Übergriffen zu verbessern, zügig umzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben am vergangenen Wochenende in Leipzig erneut Gewaltexzesse und Straßenterror erlebt. 69 Polizeivollzugsbeamte, vermutlich auch Einsatzkräfte der Feuerwehren und des Rettungsdienstes sowie 50 Fahrzeuge wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Ich habe eben mit Bodo Löttgen aus Nordrhein-Westfalen gesprochen. Es gibt eine neue Studie, die besagt, dass 90 Prozent der Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen bereits beleidigt oder tätlich angegriffen worden sind.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag macht deutlich: Die CDU Deutschlands akzeptiert Angriffe gegen unsere Polizeivollzugsbeamten, gegen unsere Feuerwehrleute und gegen die Rettungskräfte auf gar keinen Fall. Das wollen wir gesetzlich verankern.

(Beifall)

Natürlich müssen wir uns darum kümmern, dass das Personal stimmt. Natürlich müssen wir uns darum kümmern, dass die Einsatztaktik, die Ausbildung und der Schutz unserer Polizeivollzugsbeamten stimmen, von der Rettungsweste bis hin zur sonstigen Ausrüstung. Aber wir müssen auch die Angriffe gegen unsere Vollzugsbeamten, gegen unsere Einsatzkräfte strafrechtlich sanktionieren. Das ist ein Signal, das dieser Parteitag aussenden sollte; das ist etwas, was wir in unserem Strafgesetzbuch umsetzen müssen und umsetzen wollen. Wer Einsatzkräfte in unserem Land angreift, der greift den Rechtsstaat selbst an. Das wird die CDU Deutschlands niemals akzeptieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer hier den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit wurden hier die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Damit haben wir die Beratungen der sonstigen Anträge abgeschlossen.

Wir kommen zur Beratung der Initiativanträge. Diese liegen Ihnen in der Sammlung der Initiativanträge vor.

Die Anträge C 78 und C 79 wurden bereits im Zusammenhang mit dem Antrag H des Bundesvorstands beschlossen. Auch die Anträge C 81 und C 82 wurden bereits beschlossen, und zwar im Zusammenhang mit dem Antrag D des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Das heißt, diese Anträge können nicht erneut aufgerufen werden.

Ich rufe nun den Antrag C 80 der Delegierten Dr. Carsten Linnemann, Mike Mohring, Christian Freiherr von Stetten sowie 27 weiterer Delegierter mit dem Titel „Vertrauen deutscher Steuerzahler und Sparer nicht auf's Spiel setzen“ auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wenn Sie den Empfehlungen folgen können, bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So sind auch hier die Empfehlungen angenommen.

Ich rufe den Antrag C 83 der Delegierten Dr. Carsten Linnemann, Thomas Jarzombek, Jana Schimke sowie 27 weiterer Delegierter mit dem Titel „Einwanderung in Sozialsysteme verhindern“ auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich auch hier gerne abstimmen lassen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind auch hier die Empfehlungen angenommen.

Ich rufe den Antrag C 84 der Delegierten Ingbert Liebing, Sabine Verheyen, Anke Beilstein sowie 27 weiterer Delegierter mit dem Titel „Kreislaufwirtschaft: Nachhaltig nur mit den Kommunen!“ auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer hier den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen auch hier angenommen.

Ich rufe den Antrag C 85 der Delegierten Thomas Bareiß, Walter Arnold, Joachim Stünkel sowie 27 weiterer Delegierter auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Dann können wir auch hierüber abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Enthaltungen? – Auch hier sind die Empfehlungen angenommen.

Dann rufe ich jetzt den Antrag C 86 der Delegierten Christina Schröder, Nadine Schön, Thomas Strobl sowie 27 weiterer Delegierter auf. Hierzu liegen mir Wortmeldungen vor. Als Erste rufe ich Frau Hedi Thelen aus Rheinland-Pfalz auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hedi Thelen: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Der Antrag ist grundsätzlich gut. Es gibt einen Punkt, der mich und auch andere Kolleginnen und Kollegen stört, und zwar der erste. Den ersten Punkt haben wir gestern in abgewandelter Form angenommen. Wir haben gesagt, wir nehmen bei Parteiveranstaltungen Rücksicht auf den Sonntag. Ich finde das okay. Aber das besagt dieser Antrag nicht; er geht ein Stück weiter. Er besagt: „Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.“

Ich finde, wir sind eine Volkspartei, deren Mitglieder die Chance haben sollten, an einem Bundesparteitag teilzunehmen, das heißt auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich an Werktagen Urlaub nehmen müssen. Würden wir das in dieser Form hier beschließen, hieße das auch, dass wir mit den Bundesparteitagen, auch mit den Delegiertenvortreffen, erst am Montag beginnen könnten. Ich finde, das wäre eine Zumutung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall)

Deshalb bitte ich, den ersten Spiegelstrich in der Fassung zu belassen, die wir gestern beschlossen haben. – Vielen Dank.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt hat Matthias Zimmer aus Hessen zu demselben Antrag das Wort.

Dr. Matthias Zimmer: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dafür, dass wir diesen Antrag annehmen,

(Vereinzelt Beifall)

und zwar deshalb: Wenn es richtig ist, dass die Sonntage, wie es im Grundgesetz steht, der „see-lischen Erhebung“ des Menschen dienen, und wenn es richtig ist, dass wir als CDU immer dafür eingetreten sind, die Familien besonders zu schützen und ihnen an den Sonntagen die Möglichkeit zu geben, einmal zusammenzukommen, dann sollte das auch für die Politik gelten, gerade dann, wenn wir junge Leute, die ehrenamtlich unterwegs sind, motivieren wollen, sich in der Politik zu engagieren.

Ich glaube, das können wir nicht, wenn wir ihnen sagen: Du bist herzlich willkommen, bei uns mitzumachen, aber das bedeutet eben auch, dass viele Sonntage dran glauben müssen und dass du dich dann nicht um deine Familie kümmern kannst. – Ich glaube, das ist der falsche Weg. Das sind wir uns als christliche Partei auch schuldig, dass wir die Sonntage so weit wie möglich von politischen Veranstaltungen freihalten. Deswegen bitte ich darum, den Antrag anzunehmen. – Dankeschön.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Zimmer. – Jetzt hat das Wort Kristina Schröder.

Dr. Kristina Schröder: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir wissen es doch alle: Wer sich politisch engagiert, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, der kann für seine Familie manchmal eine ganz schöne Zumutung sein. Kommunale Parlamente, die Gremien unserer Partei ta-gen nun einmal dann, wenn arbeitende Menschen Zeit haben: am Abend und am Wochenende. Wir haben Sitzungsrituale entwickelt, die nicht immer dazu führen, dass die Sitzungen ganz straff und auf den Punkt ablaufen. Da wird es abends oft spät und am Wochenende lang. Liebe Parteifreunde, bisweilen finden sogar Bundesparteitage am 3. Advent statt.

(Teilweise Beifall)

Einiges davon lässt sich nicht ändern, einiges aber schon, liebe Parteifreunde. Darum geht es heute in unserem Antrag. Wir wollen, dass die CDU Deutschlands als erste Bundespartei den Antrag der Initiative „Eltern in der Politik“ unterschreibt, eine überparteiliche Initiative von Abgeordneten aus allen Fraktionen.

Was heißt das konkret? Es heißt, dass wir keine Sitzungen auf den Sonntag legen. Es heißt, dass wir Veranstaltungen am ganzen Wochenende so gestalten, dass die ganze Familie willkommen

ist. Es heißt, dass wir bei Einladungen grundsätzlich einen Endzeitpunkt angeben, und es heißt, dass wir als Arbeitgeber, als Wettbewerber, als Vorsitzender auf familiäre Belange achten. Wir als CDU nehmen für uns in Anspruch, Familie in den Mittelpunkt zu stellen. Dann müssen wir den Menschen, die sich politisch engagieren, ob haupt- oder ehrenamtlich, auch die Chance geben, für ihre Familien da zu sein, liebe Parteifreunde.

(Teilweise Beifall)

Damit signalisieren wir auch jungen Eltern, die sich bei uns engagieren wollen, dass dies neben Beruf und neben Familie noch möglich ist. Gerade die wollen wir doch auch für unsere Partei gewinnen.

Ich freue mich, dass dieser Antrag bereits im Vorhinein eine breite Unterstützung bekommen hat, vom MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann bis zum stellvertretenden CDA-Vorsitzenden Matthias Zimmer, vom sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff bis zum baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden Thomas Strobl und von Kristina Schröder bis zu Ursula von der Leyen. In diesem Sinne bitte ich auch Sie um Ihre Unterstützung.

(Teilweise Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt hat zu dem Antrag das Wort Carla Neisse-Hommelsheim aus Nordrhein-Westfalen. Liebe Carla, du hast das Wort.

Carla Neisse-Hommelsheim: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Delegierte! Wir haben gestern im Rahmen der Beschlussfassung „Meine CDU 2017“ beschlossen, dass Gremiensitzungen und Parteiversammlungen der CDU bereits jetzt mit der Einladung feste Anfangszeiten und feste Endzeiten haben und bei der Terminplanung besondere Rücksicht auf familien- und arbeitsfreundliche Sitzungszeiten sowie auf die Sonn- und Feiertagsruhe zu nehmen ist. Auch die CDU-Fraktionen werden ermutigt, ihre Sitzungszeiten in dieser Weise zu gestalten.

Ich finde, das ist ein guter Beschluss. Wir haben in der Kommission „Meine CDU 2017“ sehr ausführlich über die ganze Thematik gesprochen. Gerade im Hinblick auf die Teilhabe von ehrenamtlich tätigen Menschen, die sich an Werktagen Urlaub nehmen müssen, ist es wichtig, dass hier auch Ausnahmen gemacht werden können, wie zum Beispiel auf einem Bundesparteitag. Wenn der sonntags anfängt, bedeutet das einen Tag weniger, den man sich freinehmen muss, um daran teilnehmen zu können.

(Teilweise Beifall)

In diesem Sinne bitte ich Sie darum, gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen und den Beschluss, wie wir ihn gestern gefasst haben, zu bekräftigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Liebe Carla, vielen Dank. – Als Nächstes hat das Wort Monica Wüllner aus Baden-Württemberg.

Monica Wüllner: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich finde diesen Antrag im Grunde genommen gut. Mir geht es auch um den ersten Punkt, dass der Sonntag grundsätzlich politikfrei sein soll. Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust, denn zum einen bin ich Mutter, zum anderen bin ich aber auch Arbeitnehmerin. In diesem Konflikt stehe ich hier nicht alleine, sondern in diesem Konflikt stehen hier, glaube ich, die allermeisten.

Jetzt schauen wir uns einmal die Vereinigungen an. Da ist es sogar noch krasser. Da sind noch weniger Berufspolitiker, für die es selbstverständlich ist, an einem Montag und einem Dienstag bei einem Bundesparteitag oder Ähnlichem zu sein. Aber welcher normale Arbeitnehmer und welche normale Arbeitnehmerin kann sich denn mehrere Tage im Jahr freinehmen für die Partei?

(Teilweise Beifall)

Ich schrecke doch nicht nur Eltern ab, wenn ich sage: Wir müssen uns auch einmal sonntags treffen. Ich schrecke doch jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin in diesem Land ab, wenn ich sage: Wir müssen uns soundso viele Tage im Jahr Urlaub nehmen, um Parteiarbeit machen zu können, und da gehört Vereinigungsarbeit nun einmal dazu.

Insofern plädiere ich wirklich sehr dafür, dass wir den ersten Punkt herausnehmen, damit wir Vereinigungen uns weiterhin am Wochenende treffen können, ohne deswegen ein schlechtes Gewissen haben zu müssen, und dass wir Bundesparteitage am Sonntag anfangen können. Das trifft uns in den allermeisten Fällen, so leid es mir ein Stück weit tut, weniger, als ständig Urlaub nehmen zu müssen für die Partei.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Zum selben Antrag hat jetzt Karl-Josef Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte Sie auch in meiner Funktion als Vorsitzender der CDA ganz herzlich bitten, diesen Antrag abzulehnen.

(Teilweise Beifall)

Es ist ja nicht die Frage, dass ich diesen Antrag inhaltlich unterstütze. Auch ich bin Familienvater. Auch ich finde Termine am Sonntag nicht besonders schön. Ich finde es auch völlig in Ordnung, dass wir uns dreimal überlegen sollten, ob wir einen Sonntagstermin planen oder nicht. Dazu haben wir gestern einen Beschluss gefasst. Die Wahrheit ist auch, dass wir sicherlich in der Vergangenheit mit der Festlegung auf Sonntagstermine manchmal etwas oberflächlich umge-

gangen sind. Klausurtagungen müssen nach meiner Erfahrung nicht sonntagabends anfangen, sie können auch montagmorgens anfangen. Denn jeder von uns, der lange dabei ist, weiß, was sonntagabends auf Klausurtagungen passiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber die Wahrheit ist, dass ich zum Beispiel nicht weiß, wie ich ohne Einbeziehung des Sonntags eine Bundesversammlung der CDA machen soll. Meine Sorge ist, wenn wir die Bundesversammlung der CDA freitags und samstags machen müssen, dass dann der Anteil derjenigen unter den Delegierten, die wirklich noch in der Arbeitswelt sind, noch kleiner wird und dass dann diejenigen, die nicht mehr in der wahren Arbeitswelt sind, oder die Funktionäre, die dann aufgrund ihres Status gehen können, die sind, die an solchen Tagungen teilnehmen.

Deswegen ist es, glaube ich, gerade aus Sicht einer Arbeitnehmerorganisation wichtig, dass wir Bundestagungen auch weiterhin an einem Wochenende machen können.

(Teilweise Beifall)

Deswegen befürchte ich, dass die Ausschließlichkeit dieses Antrags in dem Punkt 1, dass wir sonntags grundsätzlich nicht mehr zu Veranstaltungen einladen, zumindest in einer Organisation wie der, der ich vorstehe, einfach nicht geht, wenn wir die Beteiligung derjenigen noch wollen, die wir heute Gott sei Dank noch haben. Ich finde, eine Selbstverpflichtung, sich das mit dem Sonntag dreimal zu überlegen, ist richtig.

Ich finde es auch in Ordnung, dass wir es rechtfertigen müssen, wenn wir auf den Sonntag Sitzungen legen. Dass aber am Sonntag grundsätzlich nichts mehr geht, halte ich aus Sicht einer Bundesvereinigung auch hinsichtlich weiter Anreisewege für äußerst problematisch. Deswegen bitte ich Sie, dass wir diesen Antrag, zumindest den ersten Punkt, ablehnen, obwohl jeder von uns für die Sache ein gewisses Verständnis hat. Schönen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Karl-Josef, vielen Dank. – Als Nächste hat Bettina Wiesmann aus Hessen das Wort.

Bettina Wiesmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bin nicht ganz sicher, ob wir alle über dieselbe Sache sprechen.

Punkt eins. Der erste Punkt des Antrags, der im Zentrum der Auseinandersetzungen steht, den ich unterstütze, lautet: Der Sonntag politikfrei sein sollte. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.

Sitzungen sind keine Politikveranstaltungen. Von denen ist in Punkt zwei die Rede. Wir wünschen uns, wenn Sitzungen am Wochenende stattfinden, dann sollte die ganze Familie willkommen sein. Dies ist die Formulierung, die erlaubt, auch einen Teil einer Bundesversammlung durchaus am Sonntag abzuhalten.

(Beifall)

Punkt zwei. Das Wochenende umfasst nicht nur den Sonntag. Wir reden aber nur vom Sonntag. Warum verwenden wir nicht mehr Fantasie darauf, Bundesversammlungen so abzuhalten, dass sie am Samstagabend zu Ende gehen? Dann könnten wir unser Vorhaben, den Sonntag politikfrei zu halten, durchaus realisieren.

Ich möchte noch auf einen grundsätzlichen Punkt hinweisen. Ich glaube, wir haben unbestreitbar Schwierigkeiten, Menschen aus allen Berufen und Lebenssituationen für die Arbeit in der CDU und in den Parlamenten zu gewinnen. Das liegt auch an Dingen, die wir nicht beeinflussen können. Aber es liegt auch an Dingen, die wir beeinflussen können. Allenthalben nimmt das Tempo, die Verdichtung, die zeitliche Beanspruchung von Menschen durch verschiedenste Verpflichtungen zu. Familienzeit, Zeit für Engagement und auch freie Zeit zur Regeneration – wenn ich das einmal so sagen darf – werden von allen Seiten knapper und immer mehr eingeschränkt. In der Familienpolitik reden wir oft und nicht sehr überzeugend von Qualitätszeit für Familien, weil die Quantität nicht mehr reicht. Ich sagte, nicht alles davon können wir ändern, aber manches doch. Wenn wir uns nicht auf solche Signale verständigen können und wenigstens einen Tag am Wochenende freihalten, und zwar den Sonntag, zu dem wir als CDU ganz besonders stehen, und wenn wir uns nicht dazu durchringen, unsere Gremiensitzungen auch in der Woche so abzuhalten, wie es in der Wirtschaft längst Usus ist, dass man nämlich effizient mit der knappen Zeit umgeht, indem Sie einen Anfangszeitpunkt, an dem man auch beginnt, und einen Endzeitpunkt haben, bis zudem das Wichtige wirklich besprochen ist, dann werden wir Menschen für Arbeit in Partei und Politik nicht begeistern können. Darum geht es uns. Darum muss es uns gehen; denn das ist auch für die Politik in diesem Land und für die Gesellschaft insgesamt wichtig. Deshalb bitte ich sehr, dass wir diesem Antrag doch folgen und dabei anerkennen, dass wir Politik nur unter Umständen und mit Menschen machen können – die brauchen wir alle – und sie so gestalten, dass wir sie mit den vielen anderen Verpflichtungen, die wir auch haben und die auch wichtig sind, vereinbaren können. Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Dann spricht jetzt für die Antragskommission Peter Tauber. Bitte schön.

Peter Tauber, Antragskommission: Da wir sicher alle der Meinung sind, dass es erstrebenswert ist, politisches Engagement familienkompatibel zu machen – wir reden immer über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; ich finde, es lohnt sich mehr, auch über die Vereinbarkeit von Familie und Politik zu reden –, wäre es schade, wenn der Antrag in keiner Form Annahme findet. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in folgender geänderter Form. Den gerade heftig diskutierten ersten Teil wollen wir ersetzen durch das, was wir gestern bereits mehrheitlich in der Parteireform verankert haben. Sie erinnern sich, wir haben einzelne Aspekte in den Antrag „Meine CDU 2017. Die Volkspartei“ übernommen. Deswegen müsste man den ersten Ab-

satz entsprechend ändern: Bei der Terminplanung ist besonders Rücksicht auf familien- und arbeitsfreundliche Sitzungszeiten sowie auf die Sonn- und Feiertagsruhe Rücksicht zu nehmen. – Das heißt, es ist ein Appell. Ich glaube, wir versuchen das sowieso.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man in den Antrag in der geänderten Fassung annimmt, dann ist das ein starkes Signal und entspricht auch dem Antragsteller. Deswegen empfehle ich für die Antragskommission die Annahme in geänderter Form, so wie wir es gestern beschlossen haben. Herzlichen Dank.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Peter, vielen Dank. – Dann würde ich gerne über diesen Vorschlag abstimmen lassen. Wer dem Vorschlag unseres Generalsekretärs, wie er es gerade vorgetragen hat, folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige wenige. Enthaltungen? – Dann ist der Antrag C 86 in der vorhin vorgeschlagenen Form mit breiter Mehrheit angenommen. Glückwunsch.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zum Antrag C 16 zurück. Das Ergebnis der Stimmzählkommission liegt vor. Abgegebene Stimmen 609, zwei ungültige Stimmen, drei Enthaltungen und somit 604 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit wären 303 Stimmen. Der Antrag hat aber nur 271 Stimmen bekommen. Das heißt, das Votum der Antragskommission ist abgelehnt. Diese Partei ist eine impffreudige Partei.

(Beifall)

Ich werde am Montag viel Zustimmung erfahren, wenn ich den Kindergarten meiner Kinder komme. Dort wünscht man sich, dass es eine Impfpflicht gibt. Deswegen bitte ich Sie noch einmal kurz um Ihr Kartenzeichen, damit wir das noch einmal bestätigen. Wer dem Antrag in der ursprünglichen Form folgen will, damit wir uns für eine Impfpflicht aussprechen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen und wir fahren in der Antragsform weiter. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Ich rufe den Antrag C 87 auf, der die Delegierten Wolfgang Merbach, Eva-Maria Wybrands, Dr. Ernst Isensee sowie weiterer 27 Delegierter auf. Ist hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen angenommen.

Ich rufe den Antrag C 88 der Delegierten Albrecht Schütte, Boris Schmitt, Sabrina Kolb sowie 27 weiterer Delegierter auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann

lasse ich auch über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer kann diesen folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind auch hier die Empfehlungen angenommen.

Wir haben die Beratungen zu den sonstigen Anträgen abgeschlossen. Glückwunsch und vielen Dank.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zum nächsten Höhepunkt des Parteitages, nämlich zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Herbert Reul, Du hast das Wort. Wir freuen uns auf Deine Rede. Bitte schön.

(Beifall)

Herbert Reul: Frau Bundeskanzlerin! Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Der Bericht der Gruppe der CDU/CSU aus dem Europäischen Parlament umfasst natürlich vielfältige Aktivitäten, die ich jetzt natürlich nicht vortrage. Diese haben wir schön aufgeschrieben. Darüber gibt es einen schriftlichen Bericht, den Sie lesen können. Dort steht noch nicht einmal alles, was wir machen, sondern nur das Wesentliche.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist die größte Delegation in der EVP-Fraktion und hat nach meiner Einschätzung an Einfluss gewonnen. Wir haben versucht, an wichtigen Stellen politische Akzente zu setzen. Die alte Erkenntnis stimmt: Es klappt immer dann gut, wenn wir alle zusammenhalten. Dann bekommen wir in dieser Fraktion auch bei schwierigen Abstimmungen Mehrheiten hin.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung, insbesondere bei Frau Bundeskanzlerin Merkel. Bei vielen Themen sind ein ordentliches Zusammenspiel und Absprachen wesentliche Voraussetzungen. Ganz herzlichen Dank für viele Absprachen auch bei schwierigen Themen.

In den letzten Monaten wurde die politische Debatte in Deutschland bestimmt durch die Stichworte „Bankenkrise“, „Staatschuldenkrise“, „Griechenland“, „Flüchtlinge“, „Terrorismus“, „Datenschutz“ und „Ukraine“. Wie Sie sicherlich bemerkt haben, ist das alles irgendwann zum Thema auf europäischer Ebene geworden. Besonders interessant war die Entwicklung der Debatte über die Flüchtlinge. Zuerst hat Deutschland diese Debatte ganz alleine geführt. Irgendwann konnte niemand mehr schnell genug sagen, dass dafür Europa zuständig ist, weil es sich hierbei um ein so schwieriges Thema handelt. Ich finde es spannend und hochinteressant – das ist ein Stück der Verantwortung, die wir im Europäischen Parlament wahrnehmen –, dass immer mehr

Fragen die europäische Lösungskompetenz erfordern. Es wird in zunehmendem Maße notwendig, Antworten in Europa zu finden. Über eine dieser Fragen haben wir gestern zentral diskutiert. Dabei kommt es darauf an – das macht es sowohl in der nationalen als auch in der europäischen Politik so schwierig –, dass man nicht nur von morgens bis abends darüber nachdenkt, was man alles machen kann, sondern dass man das auch löst. Ob die Politik auf Zustimmung bei den Menschen stößt, hängt elementar davon ab, ob wir brauchbare Lösungen finden, und nicht davon, wie viele tolle Ideen wir haben. Ein gutes Beispiel dafür ist im Moment Frankreich. Das Aufkommen der Rechtsradikalen und der nationalen Kräfte in Frankreich hat viel damit zu tun, dass die Politik in Frankreich in den letzten Jahren so gut wie nichts hinbekommen hat, dass weder die eine große Partei noch die andere große Partei wichtige Entscheidungen getroffen hat und dass die Menschen deshalb unzufrieden sind. Das hat nichts mit der Flüchtlingsfrage zu tun.

Eine europäische Antwort zu finden, ist nicht immer leicht. Da tun wir uns manchmal schwer. Man muss auch klar sagen: Bei einigen zentralen Fragen geht es nicht um eine europäische Krise oder eine Krise der Institutionen. Vielmehr geht es um die Frage, ob von Solidarität nur die Rede ist oder ob sie auch gelebt wird, ob jeder, der Solidarität einfordert, wenn er sie braucht, Solidarität auch gibt, wenn andere seine Hilfe brauchen. Bei der Ukraine-Krise haben die baltischen Staaten Hilfe eingefordert. Die Polen haben sich lautstark zu Wort gemeldet, als es darum ging, dass sich die NATO kümmern sollte. Die Griechen haben sich ebenfalls sehr lautstark zu Wort gemeldet, als es um ihre Interessen ging. Auch die Franzosen haben Solidarität eingefordert, als es um die Bekämpfung des Terrorismus ging. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Aber bei der Flüchtlingsfrage wird es etwas komplizierter, wenn wir Deutsche Solidarität einfordern. Wir sind nun an einer Stelle angekommen, an der sich entscheiden wird, ob wir es schaffen werden. Hier versuchen wir als CDU/CSU-Gruppe einen Beitrag zu leisten, damit von Solidarität nicht nur immer die Rede ist, sondern diese auch gelebt wird und dass auch schwierige Entscheidungen getroffen werden. Es ist offensichtlich, dass beim Thema Flüchtlinge Nachholbedarf besteht.

Wir haben es als deutsche Gruppe geschafft, dass die gesamte EVP-Fraktion im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage sowohl bei der Finanzierung, Bekämpfung der Schleuserkriminalität und der Sicherung der Außengrenzen durch Frontex als auch bei der Festlegung der Quoten einstimmig entschieden hat. Das war nicht einfach; denn auch hier sind die Interessen sehr unterschiedlich. Wir haben uns aber die Zeit genommen, uns auszutauschen und miteinander zu reden. Es zahlt sich aus, dass wir mit Manfred Weber einen von uns an der Spitze der EVP-Fraktion haben, der diese Debatte sehr strukturiert geführt hat. Am Ende haben wir uns auf eine Position einigen können. Das haben die Mitgliedstaaten leider noch nicht geschafft. Die vorhandenen Defizite müssen beseitigt werden.

Die Fragen, bei denen es um Flüchtlinge geht, betreffen sehr häufig nicht die Kommission oder das Europäische Parlament. Wir haben diesbezüglich alle Entscheidungen getroffen, die es zu treffen galt. Im Moment liegt es daran, dass einige Mitgliedstaaten nicht mitmachen. Es kommt nun darauf an, ob Europa es mit der Solidarität ernst meint oder ob Solidarität nur dann gilt, wenn man etwas bekommen kann. Das wird nicht einfach sein. Aber ich bin der Meinung, dass das lösbar ist. Dafür braucht man nationale politische Führer, die vorangehen und sich kümmern. So traurig es ist, aber in Europa gibt es nicht allzu viele politische Führer, die sich um solche komplexen Fragen kümmern. Einer dieser Führer ist Frau Merkel. Ausgerechnet sie haben wir teilweise in den letzten Monaten davon abgehalten, sich um die wichtige Flüchtlingsfrage zu kümmern, weil wir unsinnige andere Debatten geführt haben; das ist jedenfalls meine persönliche Auffassung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen Angela Merkel, wenn wir wollen, dass die Europäer zu Ergebnissen kommen. Auf europäischer Ebene eine Einigung zu erzielen, ist eine sehr schwierige Arbeit. Aber es ist erforderlich, sie zu leisten; denn ansonsten wird das Projekt Europa nicht funktionieren. Davon haben wir alle nichts. Das gilt nicht nur für das eben ausführlich geschilderte Flüchtlingsthema, sondern auch für viele andere Themen.

Wir als CDU/CSU-Gruppe kümmern uns um alle Themen, insbesondere in den Ausschüssen. Aber ein paar Punkte sind uns besonders wichtig. Der erste Punkt ist der, den ich eben beschrieben habe. Solidarität muss mit Leben erfüllt werden. Der zweite wichtige Punkt ist: Wir haben uns in den letzten Monaten und Jahren darum bemüht, uns bei der Regulierung ein Stück weit zurückzunehmen. Wir wollen nicht, dass alles und jedes reguliert wird. Wir wollen uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das ist sicherlich manchmal ärgerlich und anstrengend. Die Kommission ist meistens auf einem guten Weg. Gott sei Dank tut sich hier etwas. Aber im Moment wird zum Beispiel über die Umetikettierung der Energieeffizienzlabels diskutiert. Ich will Sie damit nicht näher belästigen. Aber es ist unerklärlich, warum dieses gute Projekt ständig verändert werden soll. Muss es jetzt wieder neue Aufkleber geben, die dann in wochenlanger Arbeit eingeführt werden müssen? Es geht doch um die Sache.

Der dritte Punkt, der genauso wichtig ist, betrifft die Stabilitätspolitik. Die Mitgliedstaaten sollten nicht nur darüber reden, sondern sie auch betreiben. Hier muss die Kommission manchmal ein bisschen Hilfe bekommen, um es einmal liebevoll zu formulieren. Wir dürfen neben Flüchtlingspolitik und Terrorismusbekämpfung andere Bereiche nicht vernachlässigen und nicht zulassen, dass bestimmte Mitgliedstaaten schludern, wenn es darum geht, stabile Finanzen zu erreichen, die Haushaltspolitik in Ordnung zu bringen und Strukturreformen voranzubringen. Das gilt übrigens nicht nur für Griechenland, sondern auch für Frankreich und andere Staaten. Die Kommission muss darauf achten, dass das, was beschlossen wurde, auch einge-

halten wird. Wenn Regeln beschlossen werden, gelten sie für alle. Die Kommission ist dafür zuständig, die Einhaltung der Regeln zu überwachen. Manchmal klappt das nicht so, wie wir uns das wünschen.

Bei der Debatte über die Bekämpfung des Terrorismus haben wir darauf gedrungen, dass darüber nicht nur grundsätzlich diskutiert wird, sondern dass auch die praktischen Konsequenzen bedacht werden. Wie ist es um den Datenschutz bestellt? Muss man angesichts der terroristischen Bedrohungen nicht auch Veränderungen bei den Regelungen betreffend den Datenschutz, die Datenermittlung, die Datenerhebung und den Datenaustausch vornehmen? Ist es nicht zwingend notwendig, dass wir alles noch einmal überdenken und prüfen, ob es noch einmal verändert werden muss?

Letzter politischer Punkt. Wir haben uns erfolgreich für eine Änderung des in Europa geltenden Wahlrechts eingesetzt. Das war ein sehr schwieriger Kampf. Wir haben das mit Mehrheit im Europäischen Parlament geschafft, obwohl dieses Thema nicht alle Mitgliedstaaten so interessiert wie uns. Wir treten für eine Sperrklausel von 3 bis 5 Prozent bei Europawahlen ein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wäre allerdings dankbar, wenn diese Sache im Bundestag und in der Bundesregierung entsprechend begleitet wird; denn das muss verbindlich gemacht werden. Der Beschluss des Europäischen Parlaments allein reicht nicht aus.

Noch ein Punkt, mit dem wir uns in Kürze befassen werden. Hier geht es um die Personalaufstellung im Europäischen Parlament. Wie Sie alle wissen, führen wir hierüber gerade eine sehr merkwürdige Debatte, die der Präsident des Europäischen Parlaments angestoßen hat. In Europa gibt es die kluge Tradition, dass alle Ämter nach zweieinhalb Jahren neu besetzt werden, damit sich niemand einem Amt zu sehr verhaftet fühlt. Diese Regelung hat sich bewährt. Nun übt der sozialdemokratische Präsident sein Amt schon zweimal zweieinhalb Jahre aus. Er ist auf die Idee gekommen, dass er es noch länger machen kann. Ob er es kann, weiß ich nicht. Aber er wird es nicht; das ist klar.

(Vereinzelt Beifall)

Wir jedenfalls werden das nicht mitmachen. Wir sind der Auffassung: Die oben geschilderte Regel gilt für alle, auch für Sozialisten, auch für Herrn Schulz. Er hat selber unterschrieben, dass er die Regel einhalten wird. Das ist in Ordnung. Dann halten wir uns auch daran. Herr Schulz fängt nun an, von morgens bis abends zu erzählen, dass es zwingend notwendig ist, dass er das Amt weiter ausübt. Aber kein Mensch ist unersetzlich, auch Herr Schulz nicht. Es gibt noch andere. Auch in anderen Fraktionen gibt es gute Leute, die das können.

(Beifall)

Wir wollen den Wechsel, wie er bei uns immer üblich war, weiterführen. Herr Präsident Schulz hat die Aufmerksamkeit für das Europäische Parlament erhöht. Das bestreitet kein Mensch. Das ist total in Ordnung, und dafür danken wir ihm. Aber es stellt sich die Frage: Was hat er politisch hingekriegt? Ich empfehle uns allen, da einmal genau hinzuschauen. Welches politische Projekt ist nach fünf langen Jahren seiner Amtszeit übrig geblieben? Es gab viele kluge Sprüche. Er hat sich eingemischt und war bei jedem Thema dabei. Das gilt auch für Dinge, die ihn nichts angehen. Dass er in den letzten Wochen Minister de Maizière und Minister Schäuble kritisiert hat, dazu sage ich: Das geht ihn gar nichts an als Präsident des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

Das ist reine Parteipolitik und hat vielleicht etwas mit seinen zukünftigen Karriereplänen in Berlin zu tun.

Sie können davon ausgehen, dass wir relativ klar diesen Weg weitergehen werden. Manchmal ist es anstrengend. Es klappt auch nicht immer alles beim ersten Mal, manchmal erst beim zweiten Mal. Aber meistens klappt es. – Danke.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Herbert Reul, vielen Dank.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Antrag des Bundesvorstandes „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“

Zur Einführung gebe ich das Wort der Kommissionsvorsitzenden Frau Julia Klöckner.

(Beifall)

Julia Klöckner: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich darf Ihnen die Arbeit unserer Zukunftskommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ vorstellen. Vor einem Jahr in Köln durften wir Ihnen bereits das, was der Auftrag für unsere Arbeit war, schon vorstellen. Aus unserer Kommission möchte ich Ihnen heute einiges berichten, natürlich auch das, was wir Ihnen heute als Empfehlung vorschlagen.

Was heißen Wohlstand und Lebensqualität heute? Wie können wir vor allen Dingen Wohlstand und Lebensqualität für die kommenden Generationen erhalten, für diejenigen, die noch nicht geboren sind? Mit dieser Frage haben wir uns sehr intensiv beschäftigt, und wir haben über ein Jahr lang hart gearbeitet. Sie erinnern sich vielleicht an unser doch unterhaltsames Forum in Köln mit Dr. Eckart von Hirschhausen. Als Arzt und als Kenner unserer Gesellschaft konnten wir von ihm, aber nicht nur von ihm, wertvolle Anregungen aufnehmen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen Experten danken, den Mitgliedern der Kommission und auch den ganz vielen Menschen, die sich online beteiligt haben oder sich auf Veranstal-

tungen an uns gewandt haben. Sie alle haben zu dem wirklich sehr guten Gelingen unserer Kommission beigetragen. Ich danke allen Beteiligten. Wir haben sowohl unter der Woche als auch am Wochenende gearbeitet. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Nachhaltigkeit, liebe Freundinnen und Freunde, ist ein wichtiges Thema. Wie aktuell und wie brisant die Fragen der Nachhaltigkeit sind, das hat uns gerade der Klimagipfel in Paris deutlich vor Augen geführt. Wir sind Angela Merkel sehr dankbar, dass sie sich für ein sehr ehrgeiziges Klimaabkommen eingesetzt hat. Nicht nur in der vergangenen Woche in Paris ist Wichtiges passiert, sondern auch in Elmau beim G-7-Treffen.

Wir haben einen Paradigmenwechsel. Wir denken weltweit in Richtung zu mehr Verantwortung. Das ist eine unglaubliche Entwicklung, für die wir sehr dankbar sein müssen. Nachhaltigkeit heißt, heute schon an morgen zu denken. Nachhaltigkeit ist übrigens keine Begriffserfindung der Grünen. Nachhaltigkeit kommt aus der Forst- und Landwirtschaft. Ich begrüße bei dieser Gelegenheit alle Forstwirte, die natürlich jetzt sehr erfreut sind.

(Beifall)

Heute schon an morgen zu denken, obwohl man selbst von der Ernte vielleicht nichts hat: Das ist generationengerechtes und generationenübergreifendes Denken. Unser Planet ist an der Belastungsgrenze. So hat es Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato si“ ganz deutlich gemacht. Er hat zu einem besseren Schutz unserer Erde und unseres, so nennt er es, gemeinsamen Hauses aufgerufen. Das mag etwas pathetisch klingen. Aber es wird ganz konkret im Lebensalltag.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Handelns. Das spricht Papst Franziskus an, und das haben auch wir angesprochen. Unser Antrag „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“, den wir Ihnen heute vorlegen, gibt eine christdemokratische Antwort auf die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Es ist eine andere Antwort als die, die andere Parteien geben. Wir möchten Menschen nicht bevormunden; denn wir glauben nicht, dass einige wenige Politiker besser wissen, wie Menschen ihr Leben zu gestalten haben. Wir setzen auf die Entscheidungskraft der einzelnen Menschen. Aber dazu brauchen wir zum Beispiel für Verbraucherinnen und Verbraucher auch klar nachvollziehbare Informationen, Transparenz und vor allen Dingen auch entsprechende Siegel, die das enthalten, was sie versprechen.

Nun, liebe Freunde, möchte ich gerne zu den Grundsätzen und Prinzipien kommen, die den Antrag geleitet haben.

Erstens. Wir haben in unserem Antrag die Bewahrung der Schöpfung und Zukunftschancen für alle Menschen herausgearbeitet. Dies erreichen wir aber nur, wenn wir die drei Dimensionen

der Nachhaltigkeit im Blick haben. Viele Parteien und auch viele gesellschaftliche Gruppierungen haben sehr häufig den Begriff Nachhaltigkeit im Wortschatz, aber sie verstehen Unterschiedliches darunter. Wir als Union haben ganz bewusst Wert auf die Gleichwertigkeit von drei Begriffen gelegt. Das ist das Dreieck, das Sie kennen: Ökonomie, Ökologie und Soziales. Diese drei Faktoren müssen wir gleichermaßen im Blick haben.

Zweitens. Wir setzen auf ein qualitatives Wachstum, das eben nicht nur darauf ausgerichtet ist, linear immer nur mehr zu produzieren. Wir setzen uns für ein besseres, nämlich für ein nachhaltiges und qualitatives Wachstum ein.

Drittens. Wir sprechen uns dafür aus, dass das Bruttoinlandsprodukt um Indikatoren für Nachhaltigkeit und Lebensqualität ergänzt wird. Zu einem guten Leben gehört auch, ausreichend Zeit zu haben. Wir haben dies eben gesehen, als es darum ging, zu welcher Zeit wir in unserer Partei Sitzungen abhalten sollten. Wir wissen, dass der materielle Wohlstand allein nicht der einzige Indikator für ein gutes Leben ist.

(Beifall)

Viertens. Wir schaffen – das ist urchristdemokratisches Denken – Freiräume für das Handeln und für die Initiative der Menschen. Das unterscheidet uns ganz erheblich von den Grünen und von anderen politischen Mitbewerbern, deren Bevormundungspolitik scheitern muss. Wer darüber nachdenkt, einen Veggieday zu empfehlen, wer darüber nachdenkt, was Menschen essen oder welche Kleidung sie tragen sollen, der muss wissen, dass das scheitern wird. Nachhaltigkeit wird nicht mit der Moraliserungskeule zu erreichen sein. Nachhaltigkeit wird nur durch Einsicht, durch Reflexion und durch eine Gewinnerposition für alle Beteiligten funktionieren.

(Beifall)

Lassen Sie mich den letzten Punkt unserer Grundsätze erwähnen. Wir sind nicht beim Grundsätzlichen stehen geblieben, sondern wir haben ganz konkrete Vorschläge gemacht. Dabei haben wir aus ganz verschiedenen Blickwinkeln geschaut, und wir haben uns auf vier Bereiche konzentriert: die Verbraucher, die Wirtschaft, die globale Ebene und die lokale Ebene. Das will ich in aller Kürze zusammenfassen. Das umfangreiche und detaillierte Papier liegt Ihnen vor. Ich will es zur Einführung nur cursorisch darstellen.

Wir nehmen als Verbraucher eine sehr zentrale Rolle ein. Denn wir nehmen Einfluss auf das, was produziert und was angeboten wird. Auf Dauer wird nichts produziert und angeboten, was nicht auch vom Verbraucher angenommen wird. Wir können nicht auf der einen Seite gute Arbeitsbedingungen für Textilarbeiter ganz konkret in Bangladesch fordern und auf der anderen Seite gleichzeitig T-Shirts für drei Euro kaufen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir Verbraucher sind nicht nur Beifahrer der Globalisierung, wir sitzen auch am Steuer der Globalisierung. Wir müssen die Menschen sensibilisieren, wir müssen für Informationen und für Transparenz sorgen, damit der Verbraucher selbstbestimmt und auf einer guten Grundlage seine Entscheidung treffen kann.

Um das zu konkretisieren: Wir setzen uns zum Beispiel für ein verständliches und einheitliches Textilsiegel, aber auch für ein sogenanntes Meta-Label ein, das die Kriterien der Nachhaltigkeit zusammenführt und sichtbar macht.

Das Problem sind nicht mangelnde Informationen, sondern das Problem für die Verbraucher ist, dass sie zu viele unübersichtliche und unzuverlässige Informationen bekommen. Wir wollen das Ganze sortieren. Manchmal ist weniger mehr, und es muss verlässlich sein.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Verbraucherbildung und die Vermittlung von Alltagskompetenzen gehören auch in die Schule. Gerade junge Menschen wissen viel zu wenig über gesunde Ernährung, woher unsere Lebensmittel stammen, wie man sie zubereitet und wie man Reste verwertet. Deshalb sollten Schüler einen sogenannten Ernährungsführerschein machen, den es bereits gibt. Wir bedanken uns hier herzlich bei den Landfrauen. Es finden punktuelle Projekte in den Schulen statt, aber wir hätten gerne eine strukturelle Begleitung, damit jedem Schüler eine solche Möglichkeit zuteil wird. – Ich grüße ganz herzlich auch die Landfrauen.

(Teilweise Beifall)

Ich komme zu einem weiteren konkreten Punkt, den wir vorschlagen: Stichwort „Mindesthaltbarkeitsdatum“. Das mag klein klingen, aber es trägt dazu bei, dass die Verbraucher eine Information bekommen, durch die sie nicht verwirrt werden. Wir wollen das Mindesthaltbarkeitsdatum für Dauerprodukte, wie Reis und Nudeln, abschaffen, weil viele Verbraucher das mit einem Verfallsdatum verwechseln. Auch damit wollen wir einen Beitrag gegen Lebensmittelverschwendung leisten; denn jedes Jahr landen Millionen Tonnen von Lebensmitteln im Müll, obwohl sie überhaupt nicht verdorben sind.

Liebe Freunde, ich komme zum Aspekt Wirtschaft. Der zweite gewichtige Player, Mitspieler, ist unsere Wirtschaft. Qualität ist bei uns in Deutschland ihr Markenzeichen, und Nachhaltigkeit soll eine weitere Marke, ein weiterer Markenkern von „Made in Germany“ werden.

Deutschlands Unternehmen haben gute Chancen, aus nachhaltiger Wirtschaft auch einen ökonomischen Erfolg zu machen. Schon heute sind wir Marktführer bei Umwelttechnologien und nachhaltigen Produktionsweisen. Das umfasst ziemlich viele Bereiche, zum Beispiel den Energiebereich – das wissen wir –, aber auch die Landwirtschaft und die Industrie; ich denke hier

auch an die neuen Branchen, wie zum Beispiel die Share Economy. Auch hier brauchen wir Qualitätsstandards und klare Regelungen, damit sich tatsächlich ein Mehrwert für die Verbraucher, die Anbieter und auch die Umwelt bietet.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Deutschland soll zum Innovationszentrum für Lebensqualität und Nachhaltigkeit werden. Deshalb fordert unsere Kommission – und das schlagen wir Ihnen vor –, unsere Hightech-Strategie noch stärker darauf auszurichten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind der Meinung, dass die deutsche Wirtschaft so zum Vorbild werden kann, das über nationale Grenze hinausreicht.

Sie sehen noch weitere Punkte in dem Antrag, aber ich möchte jetzt zum vorletzten Punkt kommen, nämlich zur internationalen Dimension. Wir haben es in diese vier Punkte eingeteilt, weil auch die aktuelle Flüchtlingskrise etwas mit unserem Verhalten weltweit zu tun hat.

Die internationale Dimension unseres Handelns ist von enormer Bedeutung. Unsere Vorsitzende hat es gestern in ihrer Grundsatzrede gesagt: Deutschland ist stolz darauf, dass wir Exportweltmeister sind und dadurch Arbeitsplätze sichern, aber es gibt hier und da immer wieder ein Rendezvous mit der Globalisierung. Die aktuellen Flüchtlingszahlen führen uns dies eindrücklich vor Augen. Die Fluchtursachen liegen fast immer auch in den Defiziten einer nachhaltigen Wirtschaft, Politik und Regierungsführung.

Wir müssen uns eingestehen, dass unser Lebensstil dazu beiträgt, dass Menschen in ihren Heimatländern keine menschenwürdige Arbeit finden und die Natur dort übernutzt wird.

Den Klimawandel habe ich bereits erwähnt. Er ist eines der zentralen Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts. Unwetter, Dürren und Überschwemmungen nehmen zu. Liebe Freunde, erinnern Sie sich daran: Auch in Syrien gab es seit 2006 eine langanhaltende, sehr schlimme Dürre, die zu Spannungen geführt und den Krieg mit befördert hat.

Deshalb ist für uns ganz klar – das will ich gerne zusammenfassen: Wir brauchen internationale Anstrengungen und schlagen deshalb erstens vor, dass die Außen-, die Sicherheits-, aber auch Entwicklungs- und Umweltpolitik stärker als bisher verbunden und zusammengedacht werden.

Zweitens. Wir müssen den internationalen Klimaschutz schon in den nächsten Jahrzehnten voranbringen – weg von Kohle, Öl und Gas. Auch das ist ein Ergebnis unserer Kommission.

(Teilweise Beifall)

Drittens. In den globalen Lieferketten müssen Sozial- und Umweltstandards fest verankert werden. Deshalb unterstützen wir mit unserem Antrag ausdrücklich und ganz klar das Textilbündnis unseres Bundesentwicklungsministers Dr. Gerd Müller.

Das war der Aspekt „Globale Ausrichtung“, und jetzt will ich gerne mit einem Aspekt abschließen, der uns alle bei uns vor Ort direkt betrifft. Es geht um die lokale Nachhaltigkeit, um die Städte und Gemeinden.

Ein Schlüssel für Nachhaltigkeit und Lebensqualität liegt natürlich in der Gestaltung unserer Dörfer und auch Städte. Wir als Christdemokraten fordern lebendige Dorf- und Stadtkerne, in denen alle Generationen gut leben können, und Nachhaltigkeit heißt auch, dass es einen Zusammenhalt der Generationen direkt vor Ort gibt, dort, wo man lebt.

(Teilweise Beifall)

Deshalb sind Städte mit kurzen Wegen und einem guten Klima durch Grünflächen sowie „Natur in der Stadt“ unser Ziel.

Ich spreche hier ganz bewusst auch das Thema „Schnelles Internet“ an. Es muss auch auf dem Land flächendeckend ein schnelles Internet geben, genauso wie eine gute medizinische Versorgung und umweltfreundliche Verkehrsverbindungen. Nur so können wir auch nachhaltig auf dem Land leben und dem Zuzug in die Ballungszentren entgegenwirken. Ein nachhaltiges Leben in Deutschland wird nur funktionieren, wenn wir über die ganze Fläche und nicht nur in den Ballungszentren ein gutes Leben haben.

(Beifall)

Wir wollen nicht nur über E-Mobilität reden und Ziele ausgeben, sondern auch den Weg dorthin beschreiben und sagen, wie ein solcher Masterplan funktionieren kann. Wir wollen zum Beispiel ein dichtes Netz an Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge. Unser Ziel ist es, dass es mindestens alle 50 Kilometer eine Ladesäule gibt; denn ansonsten entscheidet sich der Verbraucher nicht für ein solches Fahrzeug. Die Politiker können in Papiere hineinschreiben, was sie wollen: Der Verbraucher entscheidet, ob etwas machbar ist oder eben nicht.

(Beifall)

In Zukunft sollen die Busse nicht statisch ein-, zweimal am Tag jede Haltestelle auf dem Land abfahren, ganz egal, ob jemand einsteigen will oder nicht. Vielmehr sollen sie ihre Routen mithilfe der Digitaltechnik optimal nach den Bedürfnissen der Fahrgäste berechnen. Das dient übrigens nicht nur der Individualität der Menschen, sondern auch der Umwelt.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich noch einen entscheidenden Punkt nennen: Es geht um starke Kommunen. Sie müssen Spielräume haben – nicht nur für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge, sondern auch für zukunftsfähige Investitionen. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag auch –

ich sage es ganz deutlich: Das war nicht unumstritten – eine Schuldenbremse für die Kommunen – nicht, weil wir den Kommunen nicht zutrauen, ordentlich mit Geld umzugehen, sondern weil wir sehen, dass die Kommunen am Schluss alles ausbaden müssen.

Der Bund hält die Schuldenbremse ein, die Länder – ich spreche das Land Rheinland-Pfalz an – halten die Schuldenbremse bisher nicht ein und versuchen, Geld auf dem Rücken der Kommunen einzusparen, indem sie zum Beispiel Gelder aus dem kommunalen Finanzausgleich herausziehen und die Kommunen in eine noch stärkere und dynamischere Verschuldung treiben.

(Beifall)

Letztlich geht es bei den Kommunen um Notwehr, und dafür brauchen wir die Schuldenbremse für die Kommunen. Nur so ist nachhaltiges und solides Wirtschaften mit den öffentlichen Haushalten möglich.

Liebe Freunde, großes Interesse an der Arbeit unserer Kommission – und damit will ich zusammenfassend schließen – gab es übrigens auch von ganz vielen Gruppierungen, die zum Beispiel nicht unter dem Verdacht stehen, der CDU nahezustehen. Aber auch in der Partei besteht natürlich ein großes Interesse daran; denn die Bewahrung der Schöpfung ist ein ureigenes christdemokratisches Thema.

(Vereinzelt Beifall)

Richtig verstandener Wohlstand, Umweltschutz und Fairness – das wollen wir voranbringen. Das geht nicht mit Bevormundung oder Moralisierung, das geht mit Praxisnähe und Lebensnähe.

(Beifall)

So spiegeln 120 Anträge – dafür bedanke ich mich wirklich; denn man schreibt einen Antrag erst dann, wenn man den Hauptantrag gelesen hat und er einen wirklich aufwühlt und beschäftigt und man etwas zum Besseren bringen möchte – die lebhafteste Diskussion in unseren Kreisverbänden und Gliederungen wider. Ich freue mich, dass diese Anträge vor allen Dingen die Linie unserer Kommission voll bestätigt haben und es viele Ergänzungen und Präzisierungen gab. Auch in der Reihe der Onlinebeiträge gab es sehr interessante Ergänzungen und Konkretisierungen.

Mir persönlich ist wichtig: Wir setzen diese Anregungen auch um. Wir produzieren nicht nur Papiere, wir setzen auch Signale der Nachhaltigkeit auf unserem Parteitag. Sie haben gestern auf dem Parteiabend vielleicht bemerkt, dass die Speisen aus der Region kamen und nachhaltig erzeugt wurden. Es gibt Fair-Trade-Kaffee, und kein Lebensmittel geht verloren. Auch die Reste werden verwertet. Wir werden zum Ende des Parteitags heute Mittag einen Stand eingerichtet haben, von dem Sie alles, was übriggeblieben und genießbar ist, mitnehmen können. Wir wissen: Das sind Signale, das ist nicht das große Rad, an dem man an einem solchen Parteitag dreht.

Aber wir sind ein großer Kunde von Messen und Caterern, wenn wir als Partei solche großen Veranstaltungen buchen. Deshalb sollten auch wir das Zeichen setzen: Wenn man will, dann geht das. Papiere müssen lebendig werden. Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit. Die CDU hat schon immer den Takt angegeben, war schon immer Motor für die Entwicklungen unserer Zeit. Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, nicht gegen die Menschen Politik machen, sondern mit ihnen – das ist nachhaltiges Regieren und frühzeitiges Erkennen, wohin die Reise geht. – Herzlichen Dank. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Liebe Julia Klöckner, herzlichen Dank. – Ich übergebe das Wort an Thomas Strobl.

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen und Freunde, es ist mir zunächst einmal ein Bedürfnis, herzlich grüß Gott an die erste stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe zu sagen. Liebe Gerda Hasselfeldt, ich glaube, das auch im Namen von Angela Merkel und Volker Kauder sagen zu dürfen: Wir haben eine tolle Zusammenarbeit mit dir, verlässlich und liebevoll. Das ist eine große Freude, und es macht Spaß, mit dir zusammenzuarbeiten. Herzlich willkommen, Gerda Hasselfeldt, auf dem CDU-Bundesparteitag hier in Karlsruhe!

(Beifall)

Dann geht die Tagungsleitung weiter an –

Wir machen die Pause deswegen, weil wir einen weiteren Gast erwarten, der in Begleitung unserer Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel möglicherweise –

(Vereinzelt Beifall)

Ja, da kommen sie. – Ich begrüße den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer herzlich hier beim CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe.

(Beifall)

Ich begrüße nicht nur den bayerischen Ministerpräsidenten, sondern auch den CSU-Vorsitzenden, und darf Horst Seehofer zu seiner Wiederwahl gratulieren.

(Beifall)

Herzlich willkommen, Horst Seehofer! Ich gebe das Wort dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten. Lieber Horst Seehofer, bitte.

(Beifall)

Horst Seehofer, Vorsitzender der CSU: Lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grüß Gott und danke.

(Vereinzelt Beifall)

Für meine Verhältnisse war das ein sehr freundlicher Empfang. Dafür danke ich.

(Beifall)

Ich wollte gar nicht Platz nehmen. Aber nachdem ich Platz genommen hatte, habe ich gesehen, dass der Pressespiegel der heutigen Presse an meinem Platz lag. Das ist ein Pressespiegel, wie er in meiner ganzen Karriere mir persönlich noch nie vergönnt war. Deshalb gratuliere ich zum Ablauf Ihres Parteitages.

(Beifall)

Nun gibt es nur ein Thema. Mir ist zwar der Rat gegeben worden, über andere Themen zu reden, weil ja bereits über alles diskutiert worden ist. Aber das würde mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht verstanden. Wir haben jetzt zwei Leitanträge. Ihr habt euren gestern mit Einmütigkeit beschlossen. Ich glaube, es gab zwei Gegenstimmen.

(Beifall)

Die CSU hat auch einen Leitantrag beschlossen, mit einer Gegenstimme.

(Heiterkeit)

Die Stimmung war ähnlich gut. Deshalb möchte ich heute die beiden Leitanträge aufeinanderlegen und jedenfalls aus meiner Sicht die Konsequenzen für unsere Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten, die wichtig ist, darlegen, wobei ich von der gemeinsamen Grundüberzeugung ausgehe – sie ist in der CSU so verbreitet wie in der CDU; ich bin ja häufig auch außerhalb von Bayern unterwegs –, dass unsere Mitglieder und unsere Anhänger erwarten, dass wir dieses große Thema vernünftig und klug lösen und dass wir dies gemeinsam als CDU und CSU schaffen. Beides wird erwartet.

(Beifall)

Ich will also beides übereinanderlegen, jedenfalls die Schlussfolgerungen aus meiner Sicht darlegen, und möchte dies verbinden mit unserer Politik auf diesem Feld in Bayern; denn wir sind momentan, jedenfalls was die Ankunft der Flüchtlinge, Asylbewerber und Zuwanderer angeht, das hauptbetroffene Land. Ich möchte dies immer wieder rückkoppeln mit den beiden Leitanträgen. Ich beschränke mich auf drei Punkte, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind für die Akzeptanz in der Bevölkerung und für die Auflösung der historischen Herausforderung, der wir gegenüberstehen.

Auch da möchte ich eines vorwegschicken: Es gibt in dieser Frage keine Schwarz-Weiß-Antwort. Die Flüchtlingskrise hat viele Gesichter; da sind viele Schicksale ganz unterschiedlicher Natur. Deshalb verbietet es sich, mit ganz einfachen Rezepten, mit Schwarz-Weiß-Malerei der Bevölkerung Lösungen und Antworten zu versprechen. Es ist mein und unser Ziel in Bayern – und immer abgestimmt mit der CDU, mit Angela Merkel –, zu überlegen, welche ausbalancierte Antwort wir geben, welche differenzierte Betrachtungsweise wir wegen der Vielfältigkeit des Themas vornehmen müssen als Volksparteien der Mitte.

(Teilweise Beifall)

Ich beginne: Erstens. Bayern ist ein weltoffener Staat, so wie die Bundesrepublik Deutschland auch. Von Abschottung, Frau Bundeskanzlerin, halten wir gar nichts; das haben wir auch nie betrieben. Diese Weltoffenheit gehört nicht nur zur Gegenwart des Freistaats Bayern, sondern auch zu seiner Geschichte. Wenn wir nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in etwa 25 Jahren insgesamt fast zwei Millionen Menschen aufgenommen haben, dann ist dies Ausdruck dieser Weltoffenheit. Ich sage es noch einmal: Wir halten von Abschottung gar nichts – deshalb sollten wir uns diese Frage auch gar nicht vorlegen –; denn die Bayern sind seit Jahrhunderten in ganz Europa, in der ganzen Welt verwurzelt und sind offen gegenüber der Zuwanderung.

Wir haben nicht nur die drei Stämme Franken, Altbayern – zu denen ich gehöre; das bezieht sich nicht aufs Lebensalter, sondern auf die geografischen Wurzeln – und Schwaben, sondern auch die Heimatvertriebenen, insbesondere die Sudetendeutschen, die Spätaussiedler. Ich möchte auf diesem Parteitag der CDU sagen, was ich bei fast jeder Rede in Bayern sage: Wir verdanken unserer einheimischen Bevölkerung unheimlich viel, aber auch jenen, die im Laufe der Nachkriegsgeschichte in einer Größenordnung von Millionen nach Bayern gekommen sind, jenen, die als Heimatvertriebene, Spätaussiedler, Gastarbeiter oder, wie jetzt in der jüngeren Geschichte, als Zuwanderer gekommen sind. Sie haben zum Aufbau unseres Landes sehr viel beigetragen. Dass Bayern blüht, verdanken wir sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch den Menschen, die nach Bayern gekommen sind.

(Beifall)

Wir haben seit Anfang September etwa 650 000 Flüchtlinge und Zuwanderer in Bayern gezählt. Wir haben sie versorgt, untergebracht und in Deutschland weiter verteilt. Ich darf hier wiederholen, was oft öffentlich geäußert wurde – man kann es wegen der inneren Statik unserer Gesellschaft nicht oft genug sagen: Was da in den letzten Monaten von unserer Bevölkerung, von unseren Kommunalpolitikern, von den Kirchen, von den Hilfsorganisationen an Arbeit geleistet wurde, übrigens einer Arbeit, ohne die wir als staatliche Gemeinschaft bei der Versorgung der Flüchtlinge gescheitert wären, ist faszinierend.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sage ich als Ministerpräsident des Freistaats Bayern diesen Menschen Danke. Ich sage auch, ohne jetzt Bayern zu überhöhen – aber ich muss nach unserer Verfassung die Realität in Bayern schildern; das ist ein Verfassungsgebot:

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Es haben unheimlich viele in Deutschland Segensreiches geleistet. Da wir aber das Hauptankunftsland sind, nachdem jetzt die Balkanroute besonders populär ist, darf ich schon für Bayern in Anspruch nehmen, nicht für mich persönlich, dass Bayern hier über viele Monate hinweg eine erstklassige Visitenkarte der Mitmenschlichkeit abgeliefert hat.

(Anhaltender Beifall)

Wenn ich mir die Kernphilosophie unserer beiden Anträge – es ist ja mein Ausgangspunkt, diese übereinanderzulegen – zu dem Punkt „praktizierte Mitmenschlichkeit“ ansehe, dann können wir einen Haken daran machen im Sinne von „erledigt“, weil wir hier politisch übereinstimmen und weil diese Humanität und Solidarität in unserem Lande gelebt wird. Und wir regieren das Land.

Zweitens. In den großen bayerischen Städten haben wir einen Migrantenanteil, der bei etwa 35 Prozent liegt 35 Prozent; das wissen viele nicht: das liegt über dem Anteil vieler Metropolen in ganz Deutschland –, in München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg. Wir fangen wie auch ihr nicht erst heute mit der Integration an, sondern können nach dem, was über viele Jahre hinter uns liegt, sagen: Bayern ist ein Land der gelingenden Integration. Gelingende Integration ist die Voraussetzung dafür, dass es keine Parallelgesellschaften gibt, keine Ghettos, dass keine sozialen Spannungen auftreten, keine gesellschaftlichen Konflikte. Ich nehme für mein Land in Anspruch, dass wir die Integration über viele Jahre gut hinbekommen haben. Wir haben keine größeren Probleme, was die Vergangenheit angeht, und wir haben dies deshalb nicht, weil wir von Anfang an die Richtung der Integration, das, was bei der Integration eingebracht werden muss, klar benannt haben. Das ist übrigens auch übereinstimmender Inhalt beider Leitansätze für die Zukunft.

Ich will schon darauf hinweisen, dass wir zu einem Zeitpunkt, als man dies in Deutschland noch als Zwangsgermanisierung bezeichnet hat – das war in den 90er-Jahren –, als Voraussetzung für die Integration den Erwerb unserer Muttersprache benannt haben.

(Beifall)

Wir haben immer gesagt: Wer bei uns leben will und auch ein Schutzbedürfnis hat, der muss sich an unser Recht und an unsere Ordnung halten, an unsere Leitwerte. Er muss bestrebt sein, seinen Lebensunterhalt mit eigener Arbeitsleistung zu verdienen. Was uns ganz wichtig ist und bleibt für die Zukunft: Wer bei uns leben will und kann, der muss mit uns leben wollen und nicht neben uns oder gar gegen uns. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung.

(Beifall)

Obwohl wir auf einem guten Fundament stehen – ohne größere Probleme –, haben wir als bayerische Regierung uns zu einem sehr frühen Zeitpunkt entschlossen, ein zusätzliches Integrationspaket aufzulegen. Wir haben einen Pakt mit der bayerischen Wirtschaft: 60 000 Ausbildungsplätze und Beschäftigungsverhältnisse. Wir haben ein riesiges Wohnungsbauprogramm aufgelegt: 28 000 Sozialwohnungen zusätzlich. Und wir werden im nächsten Jahr 5 500 Stellen für die Integration in Bayern zusätzlich schaffen, davon fast die Hälfte im Bildungsbereich, weil das Tor zur Integration neben der Sprache die Bildung ist; und innerhalb der Bildung lege ich größten Wert auf die berufliche Bildung, darauf, dass die entsprechenden Fertigkeiten angeeignet werden.

(Beifall)

Das kostet Geld; aber es ist gut angelegtes Geld. Unterlassene Integration zu reparieren, ist weitaus teurer, als sie präventiv durchzuführen.

(Beifall)

Natürlich muss das Geld auch zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich mit großer Liebenswürdigkeit – das muss man ja neuerdings immer dazusagen – bei der Bundesregierung, bei der Bundeskanzlerin und beim Bundesfinanzminister.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Wolfgang Schäuble, das eigentliche Hochamt samt Beflaggung findet heute noch nicht statt. Wenn ich Sie wieder so ansehe, denke ich mir: Ich ahne gerade die große Gefahr, dass es uns an anderer Stelle wieder abgezogen wird.

(Heiterkeit)

Lassen Sie uns wenigstens über die Weihnachtsfeiertage im guten Glauben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bedanke mich dafür. Das ist ja nicht selbstverständlich. Der dynamische Faktor hat mich übrigens etwas überrascht. Er zielt ab auf die Höhe der Flüchtlingszahlen. Das Risiko liegt sehr stark beim Finanzminister.

Aber es geht trotz aller Bundeshilfe nicht ohne eigenes Engagement des Freistaats Bayern wie aller Bundesländer. Wir können das in der Weise, die ich Ihnen beschrieben habe, nur stemmen, indem wir in unsere Rücklagen greifen. Wir haben ja schon seit mehr als zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt. Wir zahlen unsere Altschulden zurück, und zwar kontinuierlich, Jahr für Jahr, trotz Landesbank; auch das haben wir überwunden. Wir konnten jetzt kräftig in die Rücklage greifen. Wir müssen also momentan unsere finanzpolitischen Ziele nicht aufgeben, um die Ausgaben für die Integration zu finanzieren. Wenn man sich überhaupt, aus den Niederungen Bayerns in die Höhen von Baden-Württemberg kommend, einen Rat erlauben darf, dann rate ich

uns sehr, dass wir, wenn wir zum Beispiel vom sozialen Wohnungsbau reden, in der Bevölkerung immer wieder das Bewusstsein schärfen: Wir bauen die Wohnungen für alle, für die Zuwanderer und für die Einheimischen.

(Beifall)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Familie in München drei Jahre auf eine Sozialwohnung wartet, um dann zu erleben, dass andere vorgezogen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen hier wirklich auf das Prinzip der Gerechtigkeit schauen. Wir müssen auch darauf achten – bisher tun wir dies sehr stark, und zwar alle miteinander –, dass wir nicht den einen in unserer Bevölkerung etwas wegnehmen, um es anderen zu geben.

Liebe Freunde, ich habe die späten 80er-Jahre und den Anfang der 90er-Jahre erlebt; es gibt ja in jedem politischen Leben Schlüsselerlebnisse. Damals war die Situation eine völlig andere. Damals gab es von Anfang an eine Konkurrenz um die Arbeitsplätze und um die Wohnungen. Meine Damen und Herren, diese Konkurrenzsituationen müssen wir vermeiden, weil dies natürlich böses Blut schafft und nur Wasser auf die Mühlen der Rattenfänger ist.

Deshalb muss Integration geschehen. Das ist – ich sage es noch einmal – gut angelegtes Geld. Integration muss eine Richtung haben. Integration kann nicht nach dem Beliebkeitsprinzip durchgeführt werden. Ich habe da eine ganz einfache Antwort: Wer bei uns ein Grundrecht auf Asyl wahrnehmen will, der muss auch die Grundrechte anderer achten und respektieren.

(Beifall)

Wir müssen Konkurrenzsituationen vermeiden. Wenn ich in beide Leitträge schaue, würde ich sagen: Wir haben politisch ein ganz hohes Maß an Übereinstimmung. Aber wir müssen wissen: Wir haben da noch verdammt viel zu arbeiten, und das wird eine Arbeit über Jahre. Integration geht nicht im Schnellverfahren. Also, auch hier gilt unter arbeitsökonomischen Gesichtspunkten: Hinsichtlich der politischen Verständigung herrscht Übereinstimmung; Haken dran, aber in der realen Arbeit ist noch eine Menge zu leisten, insbesondere bei unseren Kommunen, die wir natürlich mit Kräften stützen. Dazu kann ich sagen: Es ist erstaunlich, dass die rot oder grün regierten Bundesländer immer für sich in Anspruch nehmen, besonders kommunalfreundlich zu sein. Ich kann für mein Land sagen: Wir erstatten die Kosten für die Unterkunft und für die Versorgung zu hundert Prozent. Das ist unsere Lage.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist nicht ganz so einfach wie der erste und der zweite; aber ich denke, auch da sind wir auf dem richtigen Kurs. Unsere Delegierten, die diesen Antrag mit einer Gegenstimme

beschlossen haben, waren in einer ähnlich aufgeräumten Stimmung wie ihr, was ja gut ist nach diesem Zickzack. Ich weiß gar nicht, was mit unseren Sozialdemokraten ist – der Name kommt schon schwer über die Lippen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube, diese Geschlossenheit war die richtige Antwort. Geschlossenheit, Klugheit und Ehrlichkeit gehören zusammen. Ich bin wie meine ganze Partei der festen Überzeugung – wir hatten da nicht den Hauch einer kontroversen Diskussion –, dass wir die hehren Ziele, die wir haben – Humanität, Mitmenschlichkeit, und zwar praktiziert und nicht nur behauptet, die Integration, die Sicherheit unseres Landes, das Vertrauen und die Zustimmung der Bevölkerung – dauerhaft – Sie haben gerade über Nachhaltigkeit diskutiert; daher sage ich: nachhaltig – nur mit einer Begrenzung werden erreichen können. Das ist meine tiefe, tiefe Überzeugung, die ich aus der Erfahrung Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre gezogen habe. Da stand nämlich am Ende sogar eine Grundgesetzänderung, die ich jetzt nicht vorschlage. Aber mit dieser Grundgesetzänderung – Wolfgang Schäuble war beteiligt; jetzt kommt das zweite Lob: Das ist eine der besten Grundgesetzänderungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, weil sie auch für die heutige Situation passt – war der Spuk der Republikaner vorbei.

Es ist meine Überzeugung, dass es uns ohne eine Begrenzung oder Rückführung oder Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge und ohne Flüchtlingskontingente – wir favorisieren die Begrenzung – nicht gelingen wird, das Problem aus der Sicht der Bevölkerung klug, menschenwürdig und vernünftig zu lösen, und zwar in absehbarer Zeit. Wenn ich in Europa unterwegs bin, treffe ich beinahe niemanden, der nicht auch diese Position vertritt.

Donald Tusk hat ein bemerkenswertes Interview gegeben. Ich zitiere nur einen Satz: „Diese Flüchtlingswelle ist zu groß, um sie nicht zu stoppen.“ Ich kann den Satz nur unterstreichen.

(Beifall)

Deshalb, liebe Angela, bin ich sehr froh, dass ihr die Botschaft – ich glaube, veranlasst durch den Bundesvorstand – in den Leitantrag aufgenommen habt, dass die Deutschen in diesem Jahr sehr viel geleistet haben, dass aber eine derartige Größenordnung und Geschwindigkeit der Zuwanderung von Flüchtlingen auch im reichen Deutschland auf Dauer die Belastungs- und Leistungsfähigkeit übersteigt. Ich will jetzt gar nicht tiefer einsteigen; aber diese Analyse ist richtig. Ich begrüße es ausdrücklich, dass diese Botschaft im Leitantrag festgehalten wurde.

Wer jetzt glaubt, das Thema wäre in den nächsten Monaten eine Nebensächlichkei, dem will ich mal die Zahlen der Flüchtlinge nennen, die in den letzten fünf Tagen jeweils in Bayern angekommen sind: 5 193, 5 434, 3 877, 4 238 und 4 486. Das sind die Zahlen für die letzten fünf Tage.

Ich sage Ihnen – das gehört einfach zum Ehrlichmachen dazu, wenn man mit diesen Dingen tagtäglich zu tun hat: Wenn diese Entwicklung weitergehen würde – Sie sind ja auch für die Reduzierung der Flüchtlingszahlen –, dann hätten wir im nächsten Jahr noch mehr Flüchtlinge als in diesem Jahr; das muss man wissen. Da kommt sofort die Frage: Wie kann das sein, wenn jetzt nicht mehr 10 000 oder 12 000 Flüchtlinge pro Tag kommen, sondern 4 000 oder 5 000? Das liegt schlicht und einfach daran, dass wir in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch Flüchtlingszahlen pro Tag gezählt haben, die man in Hunderten ausdrücken konnte. Erst seit der zweiten Jahreshälfte haben wir die Größenordnung der Tausenden erreicht. Wenn wir aber über ein ganzes Jahr hinweg, wenn auch auf niedrigerem Niveau, die Tausendergrößenordnung erreichen, dann muss man nur das Tagesergebnis mal 30 nehmen und dann mal 12, um sehr schnell zu dem Ergebnis zu kommen: Wir haben dann noch mehr Flüchtlinge als in diesem Jahr.

Ich sage das nicht als Cassandra. Ich sage es, um zu zeigen, dass die Botschaft, die Sie beschlossen haben, nämlich die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren bzw. spürbar zu reduzieren, weil auch ein reiches Land wie Deutschland diese Größenordnungen nicht verkraften kann, richtig und notwendig ist. Deshalb hat unser Generalsekretär den gestrigen Beschluss begrüßt, und ich möchte es bekräftigen: Die beiden klaren Botschaften sind wichtig für die Bevölkerung, sind wichtig für die Basis draußen. Ich sage hier, was ich vor dem CSU-Parteitag genauso gesagt habe: Es gibt kein Land auf dieser Erde, das unbegrenzt Flüchtlinge aufnimmt. – Meine Damen und Herren, auch die Bundesrepublik Deutschland würde dies auf Dauer nicht schaffen.

(Beifall)

Das ist meine Botschaft.

Jetzt muss man ja gleich wieder vieles hinzufügen. Ich bin nämlich entweder das „schnurrende Kätzchen“ oder der „Streithansel“; es ist immer schwarz-weiß, immer entweder-oder. – Wir haben eine sehr differenzierte Position; ich glaube, Sie spüren es. In der Frage der Kontingente bzw. einer Obergrenze gelten unsere Beschlüsse; ich lege gerade zwei gültige Beschlüsse übereinander. Wenn es um „Rückführung“ oder „Reduzierung“ geht, können wir jetzt Sprachwissenschaftler einsetzen, um uns den Unterschied genau zu erläutern; nur ich fürchte, das wird in der Bevölkerung niemanden interessieren. Meine Erfahrung sagt mir: Die Bevölkerung interessiert allein, ob es uns gelingt, die Flüchtlingszahlen spürbar zu reduzieren, und ob uns dies nicht irgendwann, sondern in überschaubarer Zeit gelingt.

(Beifall)

Deshalb wird das Jahr 2016 nach meiner Einschätzung nicht einfacher als das Jahr 2015.

Angela, du weißt es: Wir unterstützen euch in allen Bereichen, sei es die Bekämpfung der Fluchtursachen in Afrika, seien es die Gespräche mit der Türkei, seien es die Rückübernahmeabkommen, die Schutzzonen in Afghanistan und vieles andere mehr, sei es das Asypaket I, das wir vereinbart

haben – zunächst wir beide, dann mit der SPD, die übrigens unseren Text ohne jede Änderung unterschrieben hat; das ist auch mal interessant. Das alles unterstützen wir, ebenso die Einrichtung und Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der Frontstaaten Europas und die Errichtung von Hotspots mit der Aufgabe, zu registrieren, Verfahren durchzuführen sowie die Verteilung auf Europa und auch die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive zu organisieren.

Wir haben auch unterstützt, dass wir, ohne dass es ausgesprochen wurde, im Grunde eine Obergrenze angewandt haben, nämlich bezogen auf den Westbalkan. Da haben wir gesagt: Das sind Menschen ohne Bleibeperspektive. – Regierungschefs des Balkans waren in der Bayerischen Staatskanzlei und haben mir gesagt: Das sind keine Flüchtlinge; da gibt es andere Anreize, nach Deutschland zu kommen. – Deshalb habe ich durchaus eine Neigung – ohne dass ich jetzt Einzelheiten darstellen möchte –, auch einmal zu überlegen, ob wir wirklich alle finanziellen Anreize so belassen müssen, wie wir sie heute in der Bundesrepublik Deutschland haben.

(Beifall)

Ich spreche hier von einem Beschluss aller Ministerpräsidenten unter Führung der Bundeskanzlerin. Im Eingangstext haben wir gesagt: Wir müssen zwischen Menschen, die Schutzbedarf haben, und Menschen ohne Bleibeperspektive unterscheiden. – Dann haben wir, ohne dass es ausgesprochen wurde, für den Westbalkan gesagt: Niemand von dort hat eigentlich eine Bleibeperspektive. – Das war im Kern, ohne dass wir es ausdrücklich niedergeschrieben haben, eine Obergrenze, nämlich null. Die gute Grundgesetzänderung beinhaltet, dass die Vermutung, in einem sicheren Herkunftsstaat nicht vom Staat verfolgt zu werden, von einem Antragsteller widerlegt werden kann. Unser Ziel war immer: keine Bleibeperspektive für Zuwanderer aus sicheren Herkunftsstaaten. Aber es gibt einzelne Fälle, in denen ein Rechtsstaat nach Verfahren in einer Größenordnung von 0,1 oder 0,2 Prozent zu dem Ergebnis kommt: Die Vermutung, dass man nicht verfolgt wird, ist widerlegt, der Asylantrag wird anerkannt.

Im Februar dieses Jahres hatten wir in einem Monat 25 000 Asylanträge aus dem Westbalkan. Dann haben wir die sicheren Herkunftsstaaten beschlossen und manche anderen Änderungen: schnelle Rückführung, freiwillige Abschiebung oder freiwillige Rückführung und Abschiebung. Das alles haben wir beschlossen. Im Oktober waren aus den 25 000 nur noch 4 000 geworden. Heute können wir sagen: Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Westbalkan ist nicht mehr erwähnenswert. Das zeigt übrigens, dass kluge nationale Maßnahmen sehr wohl ihre Wirkung entfalten. Dazu gehörte nicht nur das Paket, das wir verabschiedet haben, sondern auch die Tatsache, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Bayerische Staatsregierung in die Länder gefahren und gemeinsam mit den Regierungschefs aufgetreten ist, um der Bevölkerung dort mitzuteilen: Es macht keinen Sinn, euch nach Deutschland aufzumachen, denn ihr bekommt dort keinen Aufenthaltsstatus.

(Teilweise Beifall)

Das hat funktioniert. Es macht also Sinn, neben den internationalen Maßnahmen immer wieder zu überlegen: Was können wir national tun?

Es gibt in der Politik nicht oft Erlebnisse, wo man wirklich genießt, als Genießer auftritt. Aber die Verabschiedung dieses Paketes im Bundesrat war für mich ein Genuss. Ich habe dort nicht gesprochen. Ich wollte mich einmal einen Vormittag nur hinsetzen und all diejenigen beobachten, die aufgrund eines alten Reflexes, wenn etwas von Bayern kommt, mit Häme und Spott auftreten – das Geld von uns aber gerne annehmen – und sich erst nach einer gewissen Schamfrist dem Thema nähern. Dann brauchen sie noch einmal eine Schamfrist. Baden-Württemberg gehört ganz vorne mit dazu, lieber Guido Wolf. Ich sitze ja – dazu bin ich nach dem Grundgesetz verurteilt – neben Baden-Württemberg. Ich hoffe, dass ich ab Mai einen anderen Partner habe; das wäre sehr gut.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie erleben, dass Sie monatelang mit Kritik, mit Häme, mit Spott überzogen werden, und dann sitzen Sie im Bundesrat, und da sitzen die ganzen Kameraden der SPD und der Grünen Ihnen gegenüber oder an der Seite, und dann fragt der Bundesratspräsident – das war damals Volker Bouffier: „Zustimmung?“, und ganz zaghaft verschämt, mit dem Blick in die Akten, geht eine Hand genau von diesen Leuten hoch, die immer dagegen waren. Ich sage immer: Realität schafft Zustimmung.

(Beifall)

Um es klar zu sagen: Bei diesem dritten Punkt bin ich froh über die Grundbotschaft, über die Bereitschaft, zu reduzieren. Ich trete jetzt nicht in einen Kampf ein, und ich gebe gar nichts auf. Das haben Sie von mir nicht erwartet und ich von Ihnen nicht. Aber wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, diese Reduzierung und Begrenzung wirksam und mit deutlicher Rückführung der Flüchtlingszahlen zu erreichen. Denn politisch abgerechnet wird am Ende über die Zahl der Flüchtlinge, meine Damen und Herren. Das ist die Abrechnung, die am Schluss stattfindet.

(Teilweise Beifall)

Humanität, Solidarität, Integration für Schutzbedürftige und eine kluge, vernünftige Politik der Begrenzung und der Reduzierung, das ist seit vielen Monaten unsere differenzierte Position. Wir sind gar nicht so schlimm, wie Sie es gelegentlich – nicht meiner Partei, aber mir – unterstellen. Meine Damen und Herren, so werden wir auch zum Erfolg kommen. Ich weiß um die Verantwortung in den nächsten Wochen und Monaten. Aber wir müssen auch der Bevölkerung sagen, wohin die Reise geht. Die beiden Leitenträger sagen dies sehr deutlich.

Ich bin jetzt 35 Jahre hauptberuflich in der Politik tätig, 20 Jahre in Regierungsdiensten. Irgendwann hat es mich auch nach Bayern verschlagen. Ich war nicht der beliebteste Kandidat. Aber es ist wie beim FC Bayern: Wenn ein Spieler verletzt ist, kommt halt ein anderer von der Ersatzbank. Wir regieren mit absoluter Mehrheit. Alle Umfragen seit der Landtagswahl 2013 bestätigen uns diese absolute Mehrheit. Wir sind alleine stärker als alle anderen zusammen.

(Beifall)

Gleichwohl weiß ich, dass solche Mehrheiten flüchtig sind und innerhalb von Wochen verloren sein können.

Deshalb, weil wir uns als Partei der Mitte und auch der demokratischen Rechten – Menschen, die auf dem Boden dieses Grundgesetzes stehen – begreifen, betreiben wir eine sehr, sehr differenzierte Politik, auch wenn das gelegentlich anstrengend ist; schwarz-weiß ist viel einfacher. Aber wir haben mit der Balance zwischen den verschiedenen Zielen bei den vielen Gesichtern bisher das Vertrauen der Bevölkerung.

Warum ich Ihnen diesen Aspekt mit den 35 Jahren erzähle, liegt vor allem darin begründet, dass mein ganzes politisches Leben – Sie werden kein anderes Beispiel finden – auch ein Kampf gegen politischen Radikalismus von links und rechts war. Ich fühle mich einem Vermächtnis unserer Vorgänger schon verpflichtet: dass wir alles tun müssen, dass rechts von der Union dauerhaft keine demokratisch legitimierte Partei entsteht.

(Beifall)

Gehen Sie davon aus: Wir tun täglich alles, nicht nur gegenüber Parteien, sondern auch gegenüber diesen vielen rechtsradikalen Gruppierungen, die es gibt, damit der stabilste und demokratischste Rechtsstaat, den wir jemals auf deutschem Boden hatten, nicht gefährdet wird. Das dürfen Sie mir abnehmen. Deshalb werbe ich auch in meiner eigenen Partei immer für eine sorgfältige Sprache und für ein differenziertes Handeln. Auch das ist eine Überzeugung, die man für richtig oder falsch halten kann; aber es ist meine Überzeugung.

Die rechten Dumpfbacken bekämpft man nicht mit ebenso dumpfen Parolen, auch nicht mit einer Olympiade der Überbietung bei der Zuspitzung. Die Rechten bekämpft man nur, wenn man die Probleme der bürgerlichen Bevölkerung löst und ihre Anliegen ernst nimmt, wenn man die Probleme nicht nur schiebt oder verwaltet, sondern sie löst. Der beste Schutz gegen Rechtsradikalismus ist die Lösung von Problemen, die die Menschen beschäftigen. Das ist der beste Schutz.

(Beifall)

Ansonsten geht es Deutschland gut, Bayern noch ein Stück besser.

(Heiterkeit)

Ich habe mich zu bedanken. Wir haben oft in historischen Angelegenheiten dieses Land regiert, und es ist eine historische Angelegenheit; da hast du recht, Angela. Aber wir müssen als Politiker immer auch ein Seismograf der Lebenswirklichkeit sein.

(Teilweise Beifall)

Deshalb haben wir eine doppelte Verantwortung: eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die in Not und mit Schutzbedürfnis zu uns kommen, aber auch eine Verantwortung gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Wir dürfen nie den Eindruck erwecken, als hätten wir

jetzt nur Zeit für das eine und nicht für das andere. Ich habe solche politischen Situationen schon erlebt und auch Diskussionen: Hat man jetzt nur noch Zeit für dieses und jenes? Deshalb möchte ich diese doppelte Verantwortung immer wieder als politisches Credo in die Bevölkerung tragen:

Wir kümmern uns um die Völkerwanderung unserer modernen Zeit – sie wird uns noch etliche Jahre beschäftigen –, aber wir vernachlässigen nicht die Themen, die euch von der Bildungspolitik bis hin zur Digitalisierung der Infrastruktur beschäftigen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall)

Ich wiederhole, was ich vor meinem Parteitag in Anwesenheit der Kanzlerin gesagt habe: Gratulation zu diesen zehn Jahren. Wir führen die Regierung seit zehn Jahren. Es ist kein Schaden für das Land, im Gegenteil. Es sind sehr, sehr gute Jahre für dieses Land gewesen.

(Beifall)

Das habe ich übrigens auch in München gesagt, gelesen habe ich es nicht. Ich wiederhole es heute noch einmal: Wir haben eine exzellente Kanzlerin. Man kann mit ihr durchaus auch diskutieren.

(Lebhafter Beifall)

Ich muss mich immer umdrehen, damit ich das, was um mich herum geschieht, auch im Blick habe. Unsere Kanzlerin vertritt uns erstklassig in der ganzen Welt.

(Lebhafter Beifall)

Sie ist in Deutschland hochgeschätzt. Ich sage ausdrücklich dazu: auch im Freistaat Bayern hochgeschätzt.

(Beifall)

Man kann mit ihr durchaus Diskussionen führen. Wir führen ja nicht die erste Diskussion.

Meine Damen und Herren, damit ich nicht morgen oder heute Abend irgendwo höre, dass das alles ein Kuschelkurs gewesen wäre: Ich habe mit unserem Antrag begonnen, CSU. Ich habe an keiner Stelle gesagt, dass dieser Antrag nicht mehr gültig ist. Das wird das Leitmotiv unserer weiteren Arbeit sein, aber ich glaube, durch Ihren gestrigen Beschluss mit der begrenzten Leistungsfähigkeit auch eines reichen Landes wie Deutschland und einem klaren Bekenntnis zur Reduzierung der Flüchtlinge sollte es möglich sein, gemeinsam die nächsten Wochen und Monate zu gestalten. Deshalb muss man nicht jeden Tag erklären, was der Unterschied ist zwischen einem Kontingent und einer Obergrenze. Hauptsache, es geschieht: Das erwartet die Bevölkerung von uns. Hauptsache, es geschieht.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei der Bundestagsfraktion, bei Volker Kauder. Gerda ist auch da. Manchmal habe ich es mit dir, Volker, leichter als mit Gerda.

(Heiterkeit)

Danke an beide. Gerda ist Niederbayerin. Die Niederbayern haben ein sehr klares inhaltliches Profil.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist auch gut so, Gerda. Auch dir danke.

Ich möchte mich noch bei sämtlichen Bundesministern der Union bedanken. Auch hier können die Bayerische Staatsregierung und auch die Partei nur sagen, dass die Zusammenarbeit bestens funktioniert.

Jetzt haben wir wichtige Wochen vor uns. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass mein Kollege Reiner Haseloff Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt bleibt.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob ihr das im Bundesvorstand erzählt. Das Gleiche gilt für Stanislaw Tillich. Bayern verwendet sich sehr dafür, dass die neuen Bundesländer auch nach dem Jahre 2019 über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen finanziell so ausgestattet werden, dass sich diese Länder sehr, sehr gut in die Zukunft entwickeln können. Reiner Haseloff, ich wünsche dir das.

(Heiterkeit)

Ja, er liegt ja vorne. Wenn jemand vorne liegt, dann braucht er noch einmal Motivation. Es ist sehr schön. Er ist ein fabelhafter Kollege.

(Vereinzelt Beifall)

Freunde, bei aller Diskussion sage ich euch: Wenn man so lange Parteimitglied, Parteisoldat ist, dann hat man über allem noch den Wunsch, dass diese Union die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland weiter bestimmt. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was es bedeuten würde, wenn jetzt die Sozis an der Macht wären. Ich möchte mir das gar nicht vorstellen.

(Beifall)

Bestimmend an der Macht. Julia, alles Gute.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Gott, wäre es schön. Du hast es drauf, Rheinland-Pfalz, unser Stammland, wieder zu erobern.

(Lebhafter Beifall)

Guido, wir Bayern brauchen wieder Nachbarn, einen schwarzen Nachbarn.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, wir für Guido. Auch du hast es verdient. Alles Gute.

(Beifall)

Ich habe als Ministerpräsident mit elf Ministerpräsidenten der Union begonnen. Es ist jetzt kein Schienbeintritt irgendjemandem gegenüber. Es ist in der Politik einfach so aus unterschiedlichen Gründen. Aber ich möchte – wir sind jetzt fünf –, dass diese fünf bleiben und Julia und Guido noch dazukommen. Zu siebt ist es einfacher, auch gegenüber der Bundesregierung.

(Beifall)

Ich danke und wünsche noch einen schönen Restparteitag. Ich möchte anbieten – aber nur, wenn es gewünscht ist –, die Wahlkämpfer zu unterstützen. Wenn Sie der Meinung sind, er soll in Bayern in den Bergen bleiben, dann ist die Aussicht auf Mehrheiten größer, dann fordern Sie uns einfach nicht an. Wir können mit der Zeit etwas anderes anfangen. Aber wenn Sie wollen, helfen wir mit aller Kraft aus Bayern mit, dass wir Reiner Haseloff als Ministerpräsidenten behalten und dass Julia Klöckner und Guido Wolf Ministerpräsidenten werden. Danke.

(Langanhaltender Beifall)

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Wir danken dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer für seine Grußworte. Danke auch für die Glückwünsche, was den Ablauf des Parteitags angeht. Es ist auch inhaltlich ein guter Parteitag.

Ich freue mich, nicht nur den CSU-Vorsitzenden begrüßen zu dürfen, sondern auch den Generalsekretär der CSU. Herzlich willkommen, Andi Scheuer.

(Beifall)

Ich freue mich, dass wir einen weiteren Gast haben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir gleich über den Antrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ beraten werden. Ein ganz herzliches Grüß Gott dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Reiner Hoffmann.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Wir fahren fort in der Aussprache über den Antrag „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“. Es gibt zwei Wortmeldungen. Dr. Thomas Gebhart aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz hat das Wort. Dann folgt Georg-Ludwig von Breitenbuch. – Bitte schön.

Dr. Thomas Gebhart: Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Anfang der 90er-Jahre war es Klaus Töpfer, der in Deutschland das Prinzip der Produktverantwortung eingeführt hat. Alle Verpackungen, die in Deutschland auf den Markt gebracht werden, müssen danach zurückgenommen und nach bestimmten Quoten wieder recycelt werden. Das ist ein marktwirtschaftliches Prinzip. Es hat gewirkt. Die Verpackungsmengen sind zurückgegangen. In Deutschland wurden hochmoderne Recyclingtechnologien entwickelt. Es ist nun an der Zeit, dass wir einen Schritt weitergehen. Es ist an der Zeit, dass wir dieses Prinzip der Produktverantwortung begrenzt ausweiten auf Nichtverpackungen, auf bestimmte Produkte, damit es uns noch besser gelingt, aus Abfällen wieder wertvolle Rohstoffe zu machen. Das macht ökologisch, aber auch wirtschaftlich gesehen Sinn. Ich bin Julia Klöckner außerordentlich dankbar, dass sie diesen Punkt aufgegriffen und klar formuliert hat. Die CDU hat die große Chance, im Bereich der Kreislaufwirtschaft das mit Abstand modernste Programm vorzulegen. Diese Chance sollten wir nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – An der Reihe ist nun Georg-Ludwig von Breitenbuch. Bitte schön.

Georg-Ludwig von Breitenbuch: Ich möchte zu dem Antrag sprechen und ihn unterstützen, weil ich den Geist des von Julia Klöckner eingebrachten Antrags für wichtig halte. Wir bevormunden niemanden. Wir gehen von der Mündigkeit aller aus, egal ob Verbraucher, Landwirte, Waldbauern, Weinbauern oder Jäger. Die Grünen haben sich genau auf diese Gruppen eingeschossen. Ständig wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Wir als CDU sollten mit Fachlichkeit und wissenschaftlicher Unterstützung diesen Gruppen beistehen. Diese Gruppen haben es nicht einfach. Die Milchpreise sind niedrig. Ständig werden neue Themen über diese Gruppen ausgegossen. Deswegen bitte ich darum, diejenigen, die im ländlichen Raum so aktiv sind, so zu stärken, wie es im Antrag gefordert wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Georg-Ludwig von Breitenbuch.

Wir steigen nun in die Antragsberatungen ein. Der erste und einzige Änderungsantrag, zu dem das Wort gewünscht wird, ist zu Ziffer 45 zu finden. Das sind die Anträge E 158 und E 160. Walter Goda hat sofort das Wort. Bis er an das Rednerpult getreten ist, möchte ich Sie fragen, ob es weitere Wortmeldungen zu den Punkten zuvor gibt, also bis zu Ziffer 45. – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir bis zu Ziffer 45, bis zu Antrag E 158 ab. Wer den Voten der Antragskommission seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dann hat Walter Goda das Wort. Bitte schön.

Walter Goda: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! In diesem Absatz geht es um die Umsatzbesteuerung öffentlicher Zuschüsse an Institutionen und Vereine. Die Antragskommission möchte das so geregelt wissen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht erschwert wird. Wir möchten hier die Umsatzsteuerbefreiung erreichen und damit ein Stück weitergehen. In Niedersachsen sind die Finanzämter nun angewiesen, die Umsatzbesteuerung durchzusetzen, was bei vielen Sportvereinen zu ganz erheblichen finanziellen Auswirkungen führt. Hier ist der Konkurs einiger Vereine zu befürchten, zumal Nachforderungen zehn Jahre rückwirkend wirksam werden sollen. In der Regel ist die Stadt oder die Gemeinde Eigentümer des Sportgeländes und verpachtet das Gelände für 1 Euro an einen Sportverein, der die Bewirtschaftung übernimmt. Dafür erhält er von der Gemeinde oder der Stadt einen Zuschuss. Für beide ist das eine gute Sache. Die Aufgabe wird kostengünstig durchgeführt, und der Verein kann mit seinen ehrenamtlichen Kräften vernünftig wirtschaften. Die Umsatzbesteuerung der Zuschüsse ist für den Staat ein durchlaufender Posten, nicht aber für die Kommune und den Sportverein, da gegenzurechnende Vorsteuern nur auf Landesebene zu Buche schlagen. Unverständlich ist zudem, dass es im Kulturbereich eine solche Steuerbefreiung längst gibt, nicht aber für Sportvereine. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu Antrag E 160. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Ingbert Liebing.

Ingbert Liebing, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Das Grundanliegen der Antragsteller aus dem Kreisverband Cloppenburg und dem Kreisverband Vechna ist grundsätzlich berechtigt und entspricht der Philosophie dessen, was die Kommission unter Vorsitz von Julia Klöckner und der Bundesvorstand vorgelegt haben. Wir erklären ausdrücklich: Auch die Umsatzbesteuerung öffentlicher Zuschüsse an Institutionen und Vereine sollte so geregelt werden, dass das bürgerschaftliche Engagement nicht erschwert wird. Es gibt im Moment Probleme bei der Umsatzbesteuerung, wie zu Recht beschrieben. Deswegen sagen wir ausdrücklich: Es muss geregelt werden. Wir haben an dieser Stelle Regelungsbedarf. Wenn man aber gleich sagt, dass es entfallen muss, dann schießt man etwas über das Ziel hinaus; denn es kann selbstverständlich auch Institutionen und Vereine geben, die öffentliche Zuschüsse – auch von Kommunen – bekommen und dann Leistungen erbringen, die im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft stehen. Dann ist selbstverständlich klar, dass Umsatzsteuer fällig werden muss. Es geht darum, das Grundanliegen, so wie wir es in unserem Text beschreiben, zu bestätigen, um bürgerschaftliches Engagement nicht zu erschweren. Wir wollen es fördern und anregen. Hier besteht sicherlich Handlungsbedarf. Aber wir müssen es richtig und mit Augenmaß tun. Deswegen empfiehlt die Antragskommission, es bei der Ursprungsversion zu belassen. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. – Danke.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ingbert Liebing. – Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zu den restlichen Anträgen und Punkten inklusive Antrag E 159. Gibt es Wortmeldungen zu weiteren Änderungsanträgen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Voten der Antragskommission von diesem Punkt an ab.

Wer den Voten folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer den Papieren in der geänderten Form seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, zunächst verabschieden wir den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden, unseren Freund Horst Seehofer.

(Beifall)

Während Angela Merkel Horst Seehofer zum Ausgang begleitet, fahren wir fort.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ich übergebe das Wort an unseren Freund Volker Kauder.

(Beifall)

Volker Kauder: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Heute gegen Ende dieses Parteitages können wir sagen: Wir haben es mit unserem Parteitag wesentlich besser gemacht als die SPD auf ihrem Parteitag.

(Beifall)

Auch nach der Rede von Horst Seehofer können wir sagen: Wir stehen nach diesen zwei Tagen geschlossen hinter unserer Bundeskanzlerin, während die SPD ganz offensichtlich einen Kanzlerkandidaten sucht. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Es ist eine klare Aussage, dass wir als CDU und CSU uns der Verantwortung bewusst sind, in der wir stehen. Während die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag herumstreiten, haben wir gezeigt, dass wir bereit sind und auch willens und fähig sind, eine gute Regierung für dieses Land

zu stellen, die Probleme anzupacken, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und Lösungen zu suchen. Bei uns geht es nicht um uns selbst, sondern um die Menschen in unserem Land. Das unterscheidet uns von der SPD, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die wichtigste Frage ist natürlich: Wie können wir diese große Herausforderung mit den Flüchtlingen bewältigen? Die Bundeskanzlerin und Horst Seehofer haben aber mit Recht darauf hingewiesen, dass dies im Augenblick nicht alles ist und auch nicht alles sein kann. Denn wir haben eine ganze Reihe von anderen Fragen zu besprechen und zu diskutieren, die wichtig sind.

Eine zentrale Frage ist: Wie können wir in dieser schwierigen Situation Europa wieder stabilisieren? Nicht Europa ist das Problem. Europa steht aber sehr schlecht da. Dass Europa so schlecht dasteht, ist das Ergebnis von Eigeninteressen der europäischen Nationalstaaten, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass sich hier wieder der Grundsatz durchsetzt: Nicht Eigeninteresse, sondern Solidarität bestimmt die Zukunft Europas.

(Beifall)

Die Kanzlerin geht aus diesem Parteitag gestärkt in die nächsten Verhandlungen und Besprechungen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten. Es wird ganz entscheidend darauf ankommen, dass sie sich mit ihren Vorstellungen durchsetzen und andere dafür gewinnen kann. Man muss dem einen oder anderen in Osteuropa sagen: Es geht nicht, dass man die finanziellen Möglichkeiten Europas in Anspruch nimmt, aber dort, wo Solidarität auch unter Anstrengungen notwendig ist, versucht, zur Seite zu treten. Das ist nicht das Europa, das wir uns vorstellen und das die Probleme lösen kann.

(Beifall)

Ich glaube schon, dass es richtig und notwendig ist, diesem Europa wieder neuen Mut und neue Kraft zu geben. Denn gerade wir brauchen dieses Europa. Niemand anderer profitiert so sehr von offenen Grenzen und von den Möglichkeiten der Wirtschaft in Europa wie gerade wir.

Dass wir herausgefordert sind angesichts der Entwicklungen in Asien und in Amerika, ist doch offenkundig. Deswegen kann ich nur sagen: Wir werden die Herausforderungen der nächsten Zeit nur dann bewältigen können, wenn wir auch in Zukunft ein wirtschaftlich starkes Deutschland bleiben. Dafür brauchen wir Europa. Dafür brauchen wir aber auch Abkommen, die uns in die Lage versetzen, unsere Vorstellungen von Standards durchzusetzen und nicht nur Standards von anderen zu übernehmen.

Das ist der entscheidende Punkt bei TTIP. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir jetzt nicht schnell die TTIP-Verhandlungen zwischen Europa und Amerika zu einem Ergebnis führen, dann werden wir uns wundern. Es werden dann alle anderen Vereinbarungen abschließen, und am

Schluss wird Deutschland zuschauen und kann nur noch das, was andere beschlossen haben, akzeptieren. Deswegen kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass wir nach den Äußerungen von Gabriel auf dem SPD-Parteitag jetzt endlich vorankommen. Wir brauchen TTIP im Interesse unserer Wirtschaft, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir haben in den ersten zwei Jahren dieser Koalition die Koalitionsvereinbarungen umgesetzt. Das hat den einen oder anderen etwas mit Sorge erfüllt. Aber dazu, was wir vereinbart haben, stehen wir auch. Wir müssen allerdings viel besser über die Themen reden, die wir vereinbart und umgesetzt haben. Wir haben die Mütterrente, wie vereinbart und wie im Wahlkampf versprochen, umgesetzt. Es hat mich daher schon gestört, dass wir es zugelassen haben, dass Frau Nahles erklären konnte, es sei ihre Mütterrente, und dass wir quasi geschwiegen haben. Das war keine strategisch gute Leistung. Die Mütterrente war unsere Erfindung. Wir haben sie durchgesetzt. Dazu müssen wir stehen, und darüber müssen wir auch reden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Jetzt geht es darum, dass wir Deutschland weiterhin stark halten. Wir werden das, was wir im Koalitionsvertrag unterschrieben haben, auch umsetzen, nicht mehr und nicht weniger. Ich muss schon sagen, dass ich manchmal etwas enttäuscht bin, wenn das eine oder andere SPD-Mitglied in der Bundesregierung versucht, das in Gesetzentwürfe hineinzuschreiben, was wir in den Koalitionsverhandlungen gerade nicht miteinander vereinbart haben. Deswegen kann ich nur sagen: Die deutsche Wirtschaft – auch der Deutsche Gewerkschaftsbund muss daran ein Interesse haben – kann sich darauf verlassen, dass das, was wir vereinbart haben, gemacht wird, aber kein Strich darüber hinaus, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir wollen nicht, dass die Wirtschaft sagt, sie könne sich auf das, was wir vereinbart haben, nicht mehr verlassen.

Wir haben natürlich die klare Vorstellung, dass das, was vereinbart wurde, gilt. Das muss auch auf das Verhältnis zwischen dem Bund und den Bundesländern zutreffen. Ich bin diesbezüglich doch manchmal etwas überrascht. Da werden Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern getroffen, da werden Finanzierungszusagen vom Bund gemacht, aber danach sieht es in den Ländern ganz anders aus. Ich finde, hier müssen wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Zukunft ein bisschen besser aufpassen.

Wir haben den Ländern gesagt, wir übernehmen die gesamten Kosten des BAföG. Die dadurch entstehenden Einsparungen sollen in die Bildungspolitik gesteckt werden. Wenn ich höre, dass manche Länder sagen, dass sie das ganz anders machen, dann muss ich sagen: Das ist vereinbarungswidrig, und das muss auch klar und deutlich angesprochen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben ein Asylpaket miteinander vereinbart. Darin steht, dass wir Sachleistungen statt Geldleistungen wollen. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen sagt, dass sie das so nicht macht. Dazu muss ich sagen: Das ist vereinbarungswidrig. Wenn Sachleistungen statt Geldleistungen vereinbart wurden, dann muss auch NRW das umsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

In Zukunft müssen wir stärker darauf achten, dass das auch so gilt.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir sagen, dass wir den Kommunen die Kosten für die Flüchtlinge erstatten wollen, dann erwarte ich, dass dies in allen Bundesländern so gilt, wie Horst Seehofer das für Bayern gesagt hat: Das Geld, das wir den Ländern für die Kommunen geben, muss zu hundert Prozent auch bei den Kommunen ankommen. Nur so können wir in Zukunft bereit sein, noch einmal etwas zu geben – aber nicht, damit die Länder das Geld für sich behalten, sondern bei den Kommunen, dort, wo die Leistungen auch anfallen, muss das Geld ankommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Selbstverständlich gilt, dass wir diesem Land in den nächsten zwei Jahren weiterhin eine gute Regierung stellen wollen. Deshalb tun wir alles, um dieses Land voranzubringen: in Forschung und Innovation, durch die Unterstützung der Wirtschaft und bezogen auf neue Herausforderungen bei den großen Aufgaben; ich denke beispielsweise an Industrie 4.0, wo wir gemeinsame Interessen auch mit dem Gewerkschaftsbund haben.

Daneben geht es hier auch um folgende Fragen, die uns alle umtreiben: Wie geht es mit unserer Automobilindustrie weiter? Wie schaffen wir den Übergang von der bisherigen Antriebstechnologie hin zur E-Mobilität? Hier sind wir durch Google und andere dramatisch herausgefordert, und wir haben noch keine endgültige Antwort. Gerade davon, dass wir hier die richtige Antwort finden, hängt in unserem Land aber sehr viel ab. Deswegen ist die Elektromobilität, die Mobilität der Zukunft, für uns in der Union eine zentrale Herausforderung, und ich sage der Automobilindustrie: Wir werden Sie auf diesem schwierigen Weg nicht alleinlassen, sondern wir werden Sie unterstützen, damit Deutschland auch in Zukunft das Autobauerland Nummer eins bleibt.

(Beifall)

Unsere Fraktion arbeitet sehr gut und freundschaftlich mit der CSU zusammen. Es gibt aber natürlich auch Situationen, in denen es nicht ganz so einfach ist, wobei es für die Gerda dann oftmals schwerer als für mich ist, alle Forderungen, die auf uns zukommen, zusammenzubringen. Ich glaube aber, wir können sagen, dass wir in dieser CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschlossen stehen, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und dass wir wissen: Wir

müssen nicht nur eigene Akzente setzen, sondern unserer Regierung im Deutschen Bundestag auch eine Mehrheit stellen. Das ist auch nicht immer ganz einfach, und in der letzten Zeit war es manchmal auch etwas schwieriger.

Ich kann hier nur sagen: Ja, in einer Fraktion, die aus großen Volksparteien besteht, ist es selbstverständlich, dass man auch andere Meinungen akzeptiert, und das tun Gerda und ich auch. Klar ist aber auch eines: Am Schluss müssen wir dafür sorgen, dass wir unserer Kanzlerin im Parlament die notwendige Mehrheit sicherstellen können. Alles andere führt nicht zu den notwendigen und richtigen Ergebnissen.

(Teilweise Beifall)

So machen wir uns jetzt auf den Weg, um in den letzten zwei Jahren dieser Koalition noch vieles vorzubringen, um den Menschen zu zeigen: „Es war eine richtige Entscheidung, die Union so stark zu machen, dass sie ein starker, führender Partner in dieser Koalition ist“, und um sagen zu können: „Wir haben den Auftrag, den ihr uns gegeben habt, erfüllt.“ So treten wir dann für einen neuen Auftrag an.

Ich glaube, dass wir sagen können: Auch wenn es im Augenblick in der Flüchtlingsfrage Diskussionen gibt, spüren die Menschen, dass es gut ist, dass gerade in dieser schwierigen Zeit die Union regiert. Immer dann, wenn es in den letzten Jahrzehnten schwierig war, war die Union an der Regierung, die das Land wieder nach vorne geführt hat. Immer dann, wenn es ein bisschen leichter war, haben auch Sozialdemokraten ein bisschen Regierungsverantwortung übernommen, mit dem Ergebnis, dass nachher wieder großes Aufräumen angesagt war.

Deswegen glaube ich, dass wir selbstbewusst sagen können: Jawohl, wir wollen dieses Land in eine gute Zukunft führen. Dafür haben wir mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel die inhaltlichen und personellen Voraussetzungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Volker Kauder, wir sagen dir einen herzlichen Dank für deinen Bericht als unser Fraktionsvorsitzender in Berlin, und wir danken dir auch für deinen überragenden Einsatz an der Spitze unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion aus CDU und CSU.

Ich möchte auch noch einen persönlichen Dank hinterherschieben – und ich glaube, ich tue das im Namen vieler der hier anwesenden Delegierten: Wir möchten dir persönlich für einen ganz besonderen Einsatz danken, nämlich für deinen beispielhaften Einsatz für Religionsfreiheit und für den Schutz von verfolgten Christen überall auf dieser Erde. Das ist etwas ganz Besonderes. – Besten Dank.

(Beifall)

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Antrag des Bundesvorstandes „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“
Einführung durch den Kommissionsvorsitzenden Thomas Strobl MdB
Beratung und Beschlussfassung

Ich übergebe an Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Thomas Strobl als der Vorsitzende der Kommission, der uns in den Antrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ einführt.

(Beifall)

Thomas Strobl: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Zunächst darf ich sagen: Die Arbeit in der Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“, bei der wir uns insbesondere Fragen der Digitalisierung gewidmet haben, hat große Freude gemacht. Ich bedanke mich bei allen, die mitgearbeitet haben, bei den Parteifreunden, aber auch bei denen, die uns von außerhalb der CDU ihre Expertise zur Verfügung gestellt haben, und ich möchte sagen: Ich habe selten so viel gelernt wie bei dieser Arbeit.

Die Digitalisierung verändert die Welt, vor allem die Arbeitswelt. Dieser Wandel ist nicht nur ein Wandel, sondern im Grunde genommen eine Revolution, vergleichbar am ehesten mit der industriellen Revolution des vorvergangenen Jahrhunderts, aber mit einem Unterschied: Das Tempo der industriellen Revolution war verglichen mit dem Tempo des digitalen Wandels in den nächsten Jahren das Tempo einer Schnecke.

Die Digitalisierung ist in vielerlei Munde. Was bedeutet sie konkret? Sie bedeutet zum Beispiel autonomes, vollpilotiertes Autofahren, wobei nicht die Frage ist, ob wir das selber wollen, sondern die Frage ist: Wo werden diese Autos produziert? In Asien von Toyota, in Amerika von Google oder weiterhin dort, wo seit jeher die besten Autos produziert werden, nämlich in Deutschland – und vor allem auch in Baden-Württemberg?

Um eine der Chancen der Digitalisierung auch einmal praktisch aufzuzeigen: Wenige Meter von hier entfernt, am KIT, am Karlsruher Institut für Technologie, macht eine junge Forscherin aus einem kleinen Stück Haut von Ihnen mittels 3D-Druck eine Niere. Diese Niere ist noch nicht transplantationsfähig, aber an dieser Niere können beispielsweise Arzneimittelversuche vorgenommen und Arzneimitteleinstellungen überprüft werden.

Jetzt schätzen Sie einmal, wie lange es noch dauert, bis eine solche Niere transplantationsfähig ist. Frau Dr. Scheppers (?) – ich darf ihren Namen nennen – sagt: in zwei Jahren. Das gilt natürlich nicht nur für die Niere, das gilt genauso für die Herzklappe und vieles andere mehr.

Damit sind der schnelle Wandel und die Chancen, die mit der Digitalisierung verknüpft sind, natürlich augenfällig. Das wird in der Industrie, im Handwerk und im Mittelstand eine ganz große Rolle spielen, weil vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an jedem beliebigen Ort und zu jeder beliebigen Zeit erbracht werden kann. Ich war kürzlich in einem produzierenden Unternehmen. Dort ist man nur noch vier Stunden am Tag da, es gibt keine Kernzeit, sondern jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin entscheidet im Grunde genommen, wann er oder sie in der Firma ist. Das funktioniert in dem Betrieb mit 12 000 Beschäftigten.

Das heißt, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es große Chancen, was die Flexibilisierung angeht, aber sie hat, wie alles im Leben, auch Schattenseiten: ständige Erreichbarkeit, auch an den Wochenenden. Wir haben in der Kommission lange über die Frage gerungen: „Bedeutet Digitalisierung eigentlich, 24 Stunden, sieben Tage in der Woche erreichbar zu sein?“ Wir haben nach einer intensiven Diskussion gesagt: Bestimmte Dinge wollen wir aus der analogen Welt in die digitale Arbeitswelt mit hinübernehmen, so soll beispielsweise der Sonntag geschützt bleiben; denn auch in der Digitalisierung brauchen die Menschen einen Tag in der Woche, an dem sie zur Ruhe kommen können. Ich finde, für uns christliche Demokraten ist es gut, wenn wir uns für den Schutz des Sonntags einsetzen.

(Teilweise Beifall)

So sehr wir auch für technische Entwicklungen offen sind, so wollen wir die Technik nicht vergöttern. Die Technik bringt uns Wohlstand und Bequemlichkeit. Das ist sehr viel, aber es ist nicht alles. Technik allein stiftet keinen Sinn. Technik allein bringt keine Liebe. Die Digitalisierung darf nie Selbstzweck sein, sie kann immer nur ein Mittel zum Zweck sein, so wie für uns als christliche Demokraten auch die Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern immer eine dienende Funktion hat. Für uns christliche Demokraten steht der Mensch im Mittelpunkt, niemals die Technik. Mit dieser Distanz sind wir die Richtigen, die sich weltoffen, technikoffen und innovationsoffen, dabei aber immer den Mensch im Mittelpunkt sehend eines solchen Themas annehmen können und die die Arbeit der Zukunft gestalten können.

Arbeit 4.o. Wir wollen mit den bewährten Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft auch die digitale Arbeitswelt gestalten. Was heißt das? Das heißt beispielsweise, dass wir uns nicht einen Gesetzgeber vorstellen, der alles weiß, der den Unternehmern sagt, wie die Digitalisierung funktioniert, wie sie sie betrieblich zu organisieren haben. Wir setzen stattdessen auf betriebliche Lösungen. Wir glauben, dass die Menschen in den Betrieben es besser gestalten können. Wir wollen keine gesetzgeberische Bevormundung, sondern betriebliche und überbetriebliche Lösungen. Die Tarifpartner haben in sieben Jahrzehnten in Deutschland bewiesen, dass sie das gut können. Sie können das auch im Zeitalter der Digitalisierung besser als der Gesetzgeber.

(Teilweise Beifall)

Der Gesetzgeber, der Staat, hat auch seine Aufgaben. Das erste Thema ist die Bildung. Wie sieht es denn heute an den Schulen aus? Ich darf es einmal zugespitzt formulieren: Da sitzen in einer Klasse 20 Schüler, die die Digitalisierung ganz gut begreifen. Vorne steht ein grauhaariger Herr, einer wie ich, und hat ein Stück weiße Kreide in der Hand und quietscht damit auf der Tafel herum, wie es schon zu Schulzeiten meiner Großeltern üblich war. – Das kann aber nicht die Digitalisierung an den Schulen sein, die wir uns vorstellen. Wir müssen die Kreidezeit an den Schulen beenden. Bildung, Bildung, Bildung auch in der Digitalisierung ist ein entscheidender Punkt. Die Schulen müssen beginnen, zu lehren, wie man mit der Digitalisierung umgeht, wie man ihre Chancen nutzen kann und wie man Risiken vermeiden kann.

Dazu – das sage ich als Baden-Württemberger – muss es ein Schulfach geben, das sich mit der Technik der Digitalisierung und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung befasst. Dieses Schulfach heißt Informationstechnologie. Hier in Baden-Württemberg hat im Übrigen die Landesregierung das Fach Informationstechnologie vor kurzem abgeschafft, aus den Lehrplänen getilgt. Ich kann nur sagen: Ich fordere den baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf, die Informationstechnologie wieder als eigenständiges Fach in die Lehrpläne zu schreiben. Wenn er das nicht macht, wird es ab dem 13. März Guido Wolf in die Lehrpläne schreiben.

(Teilweise Beifall)

Digitale Infrastruktur. Da haben wir viel zu tun. Es darf keine weißen Flecken mehr in Deutschland geben. Ich war bei einem Weltmarktführer, der 1 500 Millionen Euro Umsatz macht und eine fünfstellige Anzahl von Beschäftigten hat, aber keinen Mobilempfang und keinen Glasfaseranschluss. Diese Firma hat es für sich selbst gelöst, aber der kleinere Mittelständler, der Handwerker im ländlichen Raum kann das nicht für sich selber lösen. Wir werden gerade in den ländlichen Räumen ohne das schnelle Internet keine Zukunft für kleine Unternehmen und das Handwerk haben. Nicht einmal einen Arzt wird es dort geben, wenn es kein schnelles Internet gibt. Die Kommunalpolitiker wissen, dass nicht einmal eine junge Familie in ein Neubaugebiet ziehen wird, weil der Zehnjährige erklärt, dass er dorthin nicht mitzieht, wenn dort das schnelle Internet nicht funktioniert. Er wird sich gegenüber seinen Eltern durchsetzen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir hier Gas geben, wir müssen Vollgas geben. Wir haben keine fünf Jahre mehr Zeit. Das muss in den nächsten zwei Jahren passieren. Deswegen haben wir in den Antrag geschrieben, dass wir einen Rechtsanspruch für alle auf das schnelle Internet brauchen. Wir haben in Baden-Württemberg einen Wirtschaftsminister, der einmal erklärt hat, es sei egal, wenn im Schwarzwald ein Tal zuwächst. Nein, wir in der CDU stehen zu den ländlichen Räumen. Wir wollen nicht, dass im Schwarzwald ein Tal zuwächst. Es soll auch kein Tal in Nordrhein-Westfalen, in Hessen, in Rheinland-Pfalz, liebe Julia, zuwachsen. Auch in der Uckermark soll kein Tal zuwachsen. Wir wollen, dass auch der letzte Schwarzwaldhof schnell das schnelle Internet

bekommt. Wir haben es doch auch geschafft, überall Telefonleitungen zu bauen. Dann werden wir es in der CDU auch schaffen, überall das schnelle Internet hinzubringen, und zwar schnell.

(Beifall)

Datenschutz, um einen dritten staatlichen Bereich zu nennen. In Deutschland haben wir 16 Landesdatenschutzgesetze, 16 Landesdatenschutzbeauftragte, ein Bundesdatenschutzgesetz und eine Bundesdatenschutzbeauftragte. Ganz sicher werden wir das digitale Zeitalter so nicht bewältigen. Selbstverständlich, Hans-Gert Pöttering, brauchen wir eine europäische Lösung für den Datenschutz. Ihn kann man nicht mit der deutschen Kleinstaaterei auf die Reihe bringen, wenn wir weltweit an den digitalen Entwicklungen Anteil haben wollen. Wir brauchen einen effektiven Datenschutz, der die Privatheit schützt, ohne den Fortschritt zu blockieren. Das kann nur ein europäischer Datenschutz sein. Ich hoffe, dass es im europäischen Parlament – ich füge hinzu: noch – gelingen möge, dass die entsprechende Richtlinie und die entsprechende Grundverordnung so wird, dass Privatheit geschützt wird, aber auch Fortschritt in Europa im Zuge der Digitalisierung möglich bleibt.

Die Politik muss den Ausgleich schaffen. Es kann auch nicht sein, dass ein paar riesige Konzerne erklären: Die Spielregeln machen wir am liebsten ohne die Politik. – Wenn die Politik an den Spielregeln gar nicht mehr beteiligt ist, dann ist das das Ende der Demokratie.

Das wollen wir nicht. Das können wir auch zum Schutz des Einzelnen und der Menschen nicht zulassen. Wir sind aber eine technikoffene, eine innovationsfreundliche Partei. Wir sehen bei der Digitalisierung als Erstes die Chancen für jeden Einzelnen, die Chancen für die Menschen und natürlich die Chance, dass wir auch in Zukunft eine gute wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland haben. In diesem Sinne haben wir unser Papier gemacht – mit Maß und Mitte und mit Offenheit für die Zukunft. Ich bitte um Ihre geschätzte und freundliche Zustimmung.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Herr Strobl, herzlichen Dank für den spannenden Bericht und noch mehr für den Antrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“, in dessen Beratung wir jetzt einsteigen. – Sie finden dies in Ihrer Antragsbroschüre ab Seite 316.

Wir haben die erste Wortmeldung zum Antrag F 46. Möchte jemand zu den vorhergehenden Anträgen sprechen? – Das ist nicht der Fall. Es geht um die Seiten bis 335/336. Wenn wir über diese Seiten im Sinne der Antragskommission beschließen können, dann bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es haben zwei den Arm gereckt; ich weiß nicht, ob das Enthaltungen waren. Wir können sicherheitshalber zwei Enthaltungen feststellen.

Dann erteile ich jetzt zu Antrag F 46 Elke Hannack, Landesverband Berlin, das Wort. – Sie eilt herbei.

Elke Hannack: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Thema „Rentenversicherungspflicht für Solo-Selbstständige“ sprechen. Die Digitalisierung bringt eine Vielzahl neuer Beschäftigungsformen, die wir alle nur sehr schwer in Kategorien von Selbstständigkeit oder Arbeitnehmereigenschaft einordnen können. Da verschwimmen, ob wir es wollen oder nicht, so manche Abgrenzungen, an die wir uns gewöhnt haben. Solo-Selbstständigkeit oder die sogenannte Entbetrieblichung der Arbeit sind zwar keine neuen Phänomene; aber Dank der Möglichkeiten des mobilen und virtuellen Arbeitens nehmen sie in Gestalt von Cloud- und Crowd-Working jetzt globale Dimensionen an, die erhebliche Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme bei uns haben.

Digitalisierung und weltweite Vernetzung haben einen überproportionalen Anstieg der Zahl von Solo-Selbstständigen zur Folge. Deshalb müssen wir eine Angleichung dieser Beschäftigungsgruppen auch bei der Sozialversicherung anschieben. Das würde mehr oder weniger nebenbei auch helfen, einiges an Wildwuchs auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen. Solo-Selbstständigkeit wäre eben nicht mehr billiger, wenn die Sozialversicherungsfreiheit wegfällt. Dieser Kostenvorteil geht ja schließlich zulasten der Steuerzahler; denn was der Auftraggeber hier an Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung spart, zahlen wir alle mit der Grundsicherung im Alter.

Im Übrigen gehört Deutschland zu den wenigen Ländern Europas, die keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige kennen. Deshalb müssen wir die Weichen stellen hin zu einer Sozialversicherung, die alle schützt, auch die Solo-Selbstständigen. Ich, liebe Freundinnen und Freunde, kenne keine anderen Vorsorgearten neben der gesetzlichen Rentenversicherung, die tatsächlich eine umfassende Absicherung fürs Alter gewährleistet. Deshalb ist die hier vorgeschlagene Wahlmöglichkeit eine Farce. Die privaten Altersvorsorgearten tragen allerhöchstens als Zusatzversicherung zur Sicherung bei. Sie sind keine allumfassende Absicherung. Deshalb muss die Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für Solo-Selbstständige die Regel sein. Stimmen Sie bitte gegen die Empfehlung der Antragskommission und für die Formulierung der CDA im nachfolgenden Antrag. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jens Spahn, bitte.

Jens Spahn: Liebe Freundinnen und Freunde! Bei dem Antrag zum Wahlrecht möchte ich doch sehr dafür werben, dass wir den Kompromiss der Antragskommission übernehmen. Es hat die CDU immer ausgemacht, dass wir bei all den Themen, bei denen Mittelstand, Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander ringen, gute Kompromisse finden. Das, was wir formuliert haben, ist ein guter Kompromiss. Die eine Seite hat zugestanden – das ist ihr schwer genug gefallen –, dass es eine Verpflichtung zur Versicherung gibt in Anerkenntnis, dass es insbesondere bei Solo-Selbstständigen und anderen Probleme gibt mit der Absicherung, wenn sie ins Alter kommen.

Das Zugeständnis der anderen Seite war, dass es dann ein Wahlrecht gibt. Das ist ein klassischer Kompromiss, wie ihn die CDU immer lebt, was uns ausmacht. Deswegen möchte ich bitten, dass dieser Kompromiss, den wir auch mit den Vertretern von CDA und MIT in der Antragskommission gefunden haben, heute eine Mehrheit findet. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Die Antragslage findet ihr auf Seite 335 und auf Seite 336. Die Freunde von der CDA sagen zum Thema Solo-Selbstständige: Wir wollen insbesondere eine Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Antragskommission schlägt vor: Dabei sollen sie etwa in der Rente zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.

Das ist der Unterschied. Wir können jetzt darüber abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

Jetzt kommen wir zu Ziffer 21, Anträge F 71 bis F 73. Besteht zu den Anträgen vor F 71 noch EIN Beratungswunsch? – Das ist nicht der Fall. Wer den Anträgen bis einschließlich F 70 im Sinne der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das beschlossen.

Zu den Anträgen F 71 bis F 73 spricht jetzt Thomas Strobl.

Thomas Strobl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in der Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“, bei der im Übrigen auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeber stark vertreten gewesen sind, ganz bewusst für einen Rechtsanspruch für ein schnelles Internet ausgesprochen. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass bei diesem Thema niemand anderes als die CDU Avantgarde ist, dass wir dieses Thema voranbringen wollen, und zwar insbesondere im Interesse der ländlichen Räume, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland bestehen, und diese wird es nur geben können, wenn das schnelle Internet auch in den ländlichen Räumen verfügbar ist.

Wir sprechen uns für einen Rechtsanspruch aus, um auch ein Zeichen zu setzen, dass es uns in der CDU mit diesem Thema ernst ist und dass wir hier die Nase vorn haben. Ich freue mich, dass sich der Kreisverband Fulda und andere damit beschäftigt haben. Ich kann allerdings die Empfehlung der Antragskommission nicht nachvollziehen und bitte Sie deswegen um Zustimmung zur ursprünglichen Fassung, die die Kommission beschlossen hat. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Frau Schön, bitte.

Nadine Schön: Liebe Freundinnen und Freunde! Lieber Thomas Strobl, grundsätzlich teilen wir alle in diesem Raum, glaube ich, das Anliegen. Wir wollen schnelles Internet, und wir wollen das nicht nur in den Ballungsgebieten und in den großen Städten, sondern wir wollen es überall in Deutschland, auch auf dem Land, in jedem kleinen Dorf.

Die Frage ist: Ist ein Rechtsanspruch wirklich ein probates Mittel, um das Ziel zu erreichen? Dann muss man die Frage stellen: Gegen wen richtet sich dieser Rechtsanspruch? Er kann sich nur gegen die Kommunen richten, die private Unternehmen beauftragen müssten, die dann natürlich sagen würden: Wenn ihr mir den Auftrag gebt, dann bezahlt es mir auch zu hundert Prozent.

Das Zweite ist, dass wir mit der Breitbandpolitik der Bundesregierung einen Ansatz verfolgen, der den Wettbewerb fördert, der die Unternehmen dazu aufruft, selbst zu investieren. Das funktioniert sehr gut. Wir unterstützen das mit staatlichem Geld, um auch die weißen Flecken zu schließen. In diesem Gesamtkonzept werden wir den Breitbandausbau in den nächsten Jahren vorantreiben. Ein Rechtsanspruch birgt die Gefahr, diese Entwicklung zu hemmen; denn die Unternehmen würden erst einmal freundlich abwarten, bis der erste Bürger klagt, bis die Kommune ein Unternehmen beauftragen müsste.

Und wenn man das europarechtlich hinterfragt, stellt man fest, dass wir dann im Prinzip einen Universaldienst mit 2, 3, 5 oder 6 Mbit/s hätten. Das entspräche aber nicht dem Stand der Technik. Das wäre nicht das, was wir wollen. Alles, was darüber liegt, wäre aber europarechtlich schwierig.

Insofern haben wir bei diesem Antrag, den die Antragskommission in der Grundtendenz eigentlich total unterstützt, rechtliche und praktische Probleme. Er wird dem Ziel und den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Erreichung dieses Ziels leider nicht gerecht. Deshalb plädiere ich für den Vorschlag der Antragskommission, der differenziert den Weg beschreibt, den wir gehen wollen, mit dem Ziel, das wir teilen: einen Internetanschluss für alle, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, und zwar mit einer Übertragungsgeschwindigkeit, die den Menschen wirklich etwas bringt. Deshalb bitte ich Sie herzlich, das Votum der Antragskommission mitzutragen. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Nadine Schön. – Die Alternativen sind klar. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei einigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Wir haben hier keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Gibt es zu den Anträgen nach F 70 bis zum Ende der Anträge Ihrerseits noch Wortmeldungen, Einwände oder Anträge? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt über den Schlussteil des Antrags ab. Wer stimmt den restlichen Anträgen im Sinne der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann stimmen wir über den Gesamtantrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ ab, mit einem herzlichen Dank an Herrn Strobl und die Kommission. Wer stimmt dem Antrag in der jetzt gefundenen Fassung zu? – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist mit Dank und Anerkennung der Antrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ beschlossen. Herzlichen Dank an Thomas Strobl.

(Beifall)

Er übernimmt als Präsident den Abschluss der Leitung unserer schönen Tagung.

Thomas Strobl, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Regieplanung steht, dass es jetzt eine Filmeinspielung gibt: Best of Parteitag.

(Videoeinspielung – Beifall)

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

Schlusswort

Das Wort hat unsere Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Manche Gäste – ich habe es schon zu Herrn Hoffmann gesagt – sind ja recht spät gekommen; aber Hauptsache, sie sind gekommen. Deshalb auch von meiner Seite noch einmal ein herzliches Willkommen.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken. Ich finde – das ist mein Gefühl, mit dem ich nach Hause fahre –, dieser Parteitag hat uns allen gutgetan.

(Beifall)

Wir haben in Monaten der großen Herausforderungen gemeinsame Positionen gefunden, insbesondere auch als Antwort auf die Fragen der Flucht und der Integration, des Kampfes gegen den Terrorismus und für die innere Sicherheit. Wir haben versucht, die verschiedenen Sichtweisen zueinanderzubringen, aber vor allen Dingen, nicht nur Sorgen zu artikulieren, sondern auch Antworten zu finden, wie wir weiter vorgehen. Ich glaube, wenn wir auf diesem Weg weitermachen, dann können wir unseren Beitrag in Europa leisten, den man für diese Europäische Union leisten muss, und gleichzeitig unseren Interessen dienen und gleichzeitig auch noch einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen, die anderswo sind, in Flüchtlingslagern oder Kriegssituationen, noch mehr Aufmerksamkeit von uns bekommen.

Wir haben uns aber auch – das war heute und gestern Abend der Fall – mit anderen Fragen der Zukunft beschäftigt. Es ist ja ganz wichtig, dass wir nicht nur über ein Thema reden. Deshalb möchte ich Ihnen allen für die Arbeit in Ihren Orts- und Kreisverbänden noch einmal die Themen der drei Kommissionen ans Herz legen: „Nachhaltig leben“, „Zusammenhalt der Gesellschaft“ und „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“. Denn das werden die Themen sein, mit denen wir uns dann auch bei der Erarbeitung eines Wahlprogramms, was 2017 auf der Tagesordnung steht, besonders beschäftigen werden. Bei der Beschäftigung mit der Materie – ich nehme jetzt einmal das Thema „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ – merken Sie, dass es gar nicht so einfach ist, die richtigen Antworten zu finden. Sie haben das eben bei der Frage gemerkt: Was macht man mit den Soloselbstständigen? Wie schaffen wir da eine soziale Absicherung? – Ich bin schon mal froh darüber, dass wir sagen: Wir brauchen eine soziale Absicherung; wir können das nicht einfach dem Zufall überlassen. So wird es unendlich viele Fragen im Zeitalter der Digitalisierung geben, und die werden schneller zu beantworten sein, als wir uns das manchmal vorstellen. Deshalb ist diesbezüglich die Arbeit zu intensivieren.

Wir haben gestern relativ breit über das Thema „Meine CDU 2017“ gesprochen. Ich würde einmal sagen: Die Beharrungskräfte und das Voranschreiten halten die Balance, wie das so ist in einer Partei von Maß und Mitte. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass wir ein paar neue Impulse bekommen haben. Die Bundesgeschäftsstelle wird versuchen, sie in ihre Arbeit aufzunehmen.

Ich muss noch etwas ganz Profanes sagen – diejenigen, die hier sind, können das vielleicht mit nach Hause tragen: Unser allergrößtes Problem ist, unsere Mitglieder mit elektronischen Möglichkeiten zu erreichen. Wir haben nicht von allen eine E-Mail-Adresse. Jeder, der einen Beitrag dazu leisten kann, dass sein Ortsverband sozusagen vollständig in die Verteiler der Bundesgeschäftsstelle aufgenommen werden kann, der tut ein gutes Werk; denn wie sollen wir Menschen sonst informieren in Zeiten, in denen das ohne E-Mail wirklich schwierig ist. Eine herzliche Bitte an alle, dabei ein bisschen behilflich zu sein.

(Beifall)

Wenn wir aus der Weihnachtspause kommen, wenn das neue Jahr 2016 begonnen hat, dann heißt es erst einmal, gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen, in den Wahlkampf für Reiner Haseloff und die sachsen-anhaltische CDU. Ist er noch da oder schon wieder arbeiten? – Egal! Wir helfen ihm trotzdem, auch wenn er nicht mehr da ist. Wir wollen, dass Reiner Haseloff Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt bleibt.

(Beifall)

Wir wollen, dass Julia Klöckner Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz wird.

(Beifall)

Wir wollen, dass Guido Wolf in die Villa Reitzenstein einzieht und Ministerpräsident von Baden-Württemberg wird, und das mit aller Kraft.

(Lebhafter Beifall)

Ich will darauf hinweisen: Dann ist das Jahr mit Landtagswahlkämpfen noch nicht vorbei. Im Herbst wird es Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin geben. Da wollen wir natürlich auch alles tun, damit die CDU stark ist. Aber das ist noch ein bisschen hin.

Von meiner Seite geht ein herzliches Dankeschön an unsere Gastgeber. Ich danke Thomas Strobl, ich danke Guido Wolf. Ihr habt das toll gemacht. Die Schwarzwälder Kirschtorte gestern Abend war gut gebacken; eure Fähigkeiten sind da gut. Wir hatten einen schönen bunten Abend. Ich glaube, wir alle haben uns wohlgeföhlt. Ein herzliches Dankeschön richte ich an die Messe und an die Stadt Karlsruhe, an den Oberbürgermeister; auch er war ein guter Gastgeber.

(Beifall)

Ich bedanke mich recht herzlich bei der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und Ärzten, die dafür gesorgt haben, dass die Veranstaltung hier gut, sicher und reibungslos verlaufen konnte.

(Beifall)

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Vertretern der Medien. Mehrere Hundert haben ein aufmerksames Auge auf uns geworfen und jede Bewegung verfolgt. Wir hoffen, dass weiter gut berichtet wird.

Ich möchte ein ganz herzliches Dankeschön richten an das Tagungspräsidium, die Antragskommission, die Mandatsprüfungskommission, die Rechnungsprüfer, den Schatzmeister und alle, die uns mit den notwendigen Berichten versorgt haben, natürlich auch an das Konrad-Adenauer-Haus, an Peter Tauber, Klaus Schüler und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Simone Großner will ich vielleicht herausheben, die sich mit den vielen Anträgen befassen durfte, auch Ulf Leisner, der die Organisation mit seinem Team wie immer perfekt durchgeführt hat. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Es bleibt mir jetzt nur, Ihnen allen eine gesegnete Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest und dann einen guten Start ins neue Jahr zu wünschen. Nehmen Sie sich ein bisschen Zeit für Ihre Familien, für Ihre Freunde, für Ihre Bekannten. Die politische Arbeit führt manchmal dazu, dass wir wenig zu Hause sind, aber die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel bieten gute Gelegenheiten dazu. Alles Gute!

Der Parteitag ist geschlossen, aber erst, wenn die Nationalhymne gesungen ist. Wir singen sie jetzt, wie immer am Ende unseres Parteitags.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluss: 13.05 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 28. Parteitags der CDU Deutschlands am 14./15. Dezember 2015 in Karlsruhe

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands; zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands; zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2013 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Bericht der Rechnungsprüfer
- 15 a) Antrag des Bundesvorstandes „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“
- 15 b) Beratung und Beschlussfassung
- 16 a) Antrag des Bundesvorstandes „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“; Einführung durch die Kommissionsvorsitzende, Julia Klöckner MdL

- 16 b) Beratung und Beschlussfassung
- 17 a) Antrag des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“;
Einführung durch den Kommissionsvorsitzenden, Armin Laschet MdL
- 17 b) Beratung und Beschlussfassung
- 18 a) Antrag des Bundesvorstandes „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“;
Einführung durch den Kommissionsvorsitzenden, Thomas Strobl MdB
- 18 b) Beratung und Beschlussfassung
- 19 a) Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU
- 19 b) Beratung und Beschlussfassung
- 20 a) Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“
- 20 b) Beratung und Beschlussfassung weiterer sonstiger Anträge
- 21. Schlusswort

Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 28. Parteitags der CDU Deutschlands am 14. Dezember 2015 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Thomas Strobl MdB
Beisitzer:	Serap Güler MdL Peter Hintze MdB Michael Kretschmer MdB David McAllister MdEP Christina Schwarzer MdB Annette Widmann-Mauz MdB

Zu TOP 3: Die **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 28. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Dr. Peter Tauber MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Klaus Schüler
Weitere Mitglieder:	
Baden-Württemberg:	Katrin Schütz MdL Andreas Jung MdB Kai Whittaker MdB
Berlin:	Christina Schwarzer MdB Kai Wegner MdB
Brandenburg:	Steeven Bretz MdL
Bremen:	Elisabeth Motschmann MdB
Hamburg:	Dr. Roland Heintze Dr. Detlef Gottschalck

Hessen:	Dr. Michael Meister MdB Bettina M. Wiesmann MdL Peter Beuth MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Michael Grosse-Brömer MdB
Braunschweig:	Carsten Müller MdB
Hannover:	Dr. Maria Flachsbarth MdB Ulf Thiele MdL
Oldenburg:	Franz-Josef Holzenkamp MdB
Nordrhein-Westfalen:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB Bodo Löttgen Thomas Jarzombek MdB Christina Schulze Föcking MdL Serap Güler MdL Jens Spahn MdB
Rheinland-Pfalz:	Dr. Michael Fuchs MdB Patrick Schnieder MdB Mechthild Heil MdB
Saar:	Nadine Schön MdB Roland Theis MdL
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB Maria Michalk MdB
Sachsen-Anhalt:	Heike Brehmer MdB
Schleswig-Holstein:	Dr. Johann David Wadephul MdB
Thüringen:	Evelin Groß
JU:	Marcel Grathwohl
FU:	Annette Widmann-Mauz MdB
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Ralf Brauksiepe MdB

KPV:	Ingbert Liebing MdB
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Rainer Gerding
RCDS:	Sylvie Rohr
BACDJ:	Dr. Günter Krings MdB
EVP:	Herbert Reul MdEP

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 28. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Leiter des Bereichs Organisation und Veranstaltungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Klaus-Dieter Götz Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern
	Florian Weller Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg
	Mario Zeising Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt
	Jan Zimmer Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellv. Vorsitzende:	Ute Elias CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	
Arnst	Martin KV Warendorf-Beckum
Auer	Anton KV Konstanz
Bauder	Yvonne KV Esslingen
Blank	Andreas KV Wuppertal
Brill	Hubert KV Olpe
Butter	Birgit BV Elbe-Weser
Dinter	Cordula KV Märkisch Oderland
Epper	Claudia KV Duisburg
Fehling	Steven KAH
Funnemann	Klaus KV Höxter
Gatzk	Wilm KV Wetterau
Gauger	Reiner BV Nordwürttemberg
Göttlicher	Heike KV Ludwigsburg
Grotjahn	Henrik KV Braunschweig
Heißler	Nicole KV Karlsruhe-Land
Hermes	Achim KV Rhein-Erft
Hess	Philipp KV Main-Tauber
Hölsken	Marion KV Leverkusen
Holst	Hagen KV Schaumburg
Holsträter	Christoph KV Bottrop
Jeske-Werner	Imke KV Peine
Joepen	Brigitte KV Euskirchen

Kleinemeier	Hubert	KV Gütersloh
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Kuon	Angela	KV Biberach
Leh	Jürgen	KV Rhein-Lahn
Lorenz	Ulrike	KV Bad Kreuznach
Lüttgens	Hanswalter	KV Paderborn
Mannheims	Carsten	KV Aachen Land
Marquard	Franzisk	BV Nordostniedersachsen
Masseling	Stephan	KV Bonn
Metzen	Matthias	RCDS
Möller	Elk	KV Lüchow-Dannenberg
Müller	David	KV Rems-Murr
Nies	Friedrich	KV Hochsauerland
Orthey	Harald	KV Westerwald
Pendzialek	Renate	KV Schwarzwald-Baar
Pfrommer	Ursula	KV Calw
Pöppel	Jochen	KV Mark
Ramakers	Bernd	KV Düren-Jülich
Robanus	Ute	KV Offenbach-Stadt
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Schary	David	KV Bochum
Schenk	Roger	LV Baden-Württemberg
Scherler	Thomas	KV Märkisch Oderland
Schmiedler	Sabin	BV Braunschweig
Schwaderer	Susann	BV Württemberg-Hohenzollern

Siemers	Svenj	KV Baden-Baden und Rastatt
Simons	Tanj	KV Hohenlohekreis
Solberg	Norbert	KV Essen
Solberg	Mechthild	LV Nordrhein-Westfalen
Spittler	Martin	KV Ennepe-Ruhr-Kreis
Stein	Martin	KV Göppingen
Thies	Werner	KV Hamm
Thum	Michael	KV Konstanz
Voss	Uw	KV Segeberg
Westpep	Paul	KV Wuppertal
Wießel	Bernd	KV Salzwedel

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP

8 a)/8 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, und die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

9 a)/9 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Dr. Peter Tauber MdB**, zustimmend zur Kenntnis. Zum Antrag des Bundesvorstandes „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ erfolgte eine Aussprache.

Zu TOP 10: Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Philipp Murmann MdB**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten Rechenschaftsbericht 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Die **Mandatsprüfungskommission** des 28. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 28. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 16:00 Uhr 976 Delegierte anwesend.

Der 28. Parteitag ist somit beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Florian Weller

gez. Marion Zeising

gez. Jan Zimmer

Zu TOP 14: Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

15 a)/15 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes **„Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- A 1 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 2 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 3 Annahme
- A 4 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 5 Ablehnung
- A 6 Ablehnung
- A 7 Ablehnung
- A 8 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 9 Ablehnung
- A 10 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 11 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 12 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 13 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 14 Annahme
- A 15 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 16 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 17 Ablehnung
- A 18 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 19 Ablehnung
- A 20 Ablehnung
- A 21 Annahme
- A 22 Ablehnung
- A 23 Ablehnung
- A 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 25 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 26 Ablehnung

- A 27 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 29 Ablehnung
- A 30 Ablehnung
- A 31 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 32 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 33 Annahme
- A 34 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 35 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 36 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 38 Annahme
- A 39 Ablehnung
- A 40 Ablehnung
- A 41 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 42 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 43 Annahme
- A 44 Ablehnung
- A 45 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 46 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 47 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 48 Ablehnung
- A 49 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 50 Ablehnung
- A 51 Ablehnung
- A 52 Ablehnung

- A 53 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 54 Annahme
- A 55 Annahme
- A 56 Ablehnung
- A 57 Ablehnung
- A 58 Ablehnung
- A 59 Ablehnung
- A 60 Ablehnung
- A 61 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 62 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 63 Ablehnung
- A 64 Ablehnung
- A 65 Ablehnung
- A 66 Ablehnung
- A 67 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 68 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 69 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 70 Ablehnung
- A 71 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 72 Erledigt
- A 73 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 74 Ablehnung
- A 75 Ablehnung
- A 76 Ablehnung
- A 77 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 78 Ablehnung

- A 79 Ablehnung
- A 80 Ablehnung
- A 81 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 82 Annahme
- A 83 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 84 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 85 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 86 Ablehnung
- A 87 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 88 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 89 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 90 Ablehnung
- A 91 Ablehnung
- A 92 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 93 Ablehnung
- A 94 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 95 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 96 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 97 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 98 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 99 Ablehnung
- A 100 Ablehnung
- A 101 Ablehnung
- A 102 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 103 Ablehnung
- A 104 Ablehnung

- A 105 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 106 Ablehnung
- A 107 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 108 Ablehnung
- A 109 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 110 Ablehnung
- A 111 Ablehnung
- A 112 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 113 Ablehnung
- A 114 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 115 Annahme
- A 116 Ablehnung
- A 117 Satz 1 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 117 Satz 2 Ablehnung
- A 117 Sätze 3 – 6 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 118 Ablehnung
- A 119 Ablehnung
- A 120 Ablehnung
- A 121 Ablehnung
- A 122 Annahme
- A 123 Ablehnung
- A 124 Ablehnung
- A 125 Ablehnung
- A 126 Ablehnung
- A 127 Ablehnung
- A 128 Ablehnung

- A 129 Ablehnung
- A 130 Ablehnung
- A 131 Ablehnung
- A 132 Ablehnung
- A 133 Ablehnung
- A 134 Annahme
- A 135 Ablehnung
- A 136 Ablehnung
- A 137 Ablehnung
- A 138 Annahme
- A 139 Ablehnung
- A 140 Ablehnung
- A 141 Ablehnung
- A 142 Ablehnung
- A 143 Ablehnung
- A 144 Ablehnung
- A 145 Ablehnung
- A 146 Ablehnung
- A 147 Ablehnung
- A 148 Ablehnung
- A 149 Ablehnung
- A 150 Erledigt
- A 151 Erledigt
- A 152 Erledigt
- A 153 Erledigt
- A 154 Erledigt

- A 155 Erledigt
- A 156 Zurückgezogen
- A 157 Erledigt
- A 158 Erledigt
- A 159 Erledigt
- A 160 Erledigt
- A 161 Erledigt
- A 162 Erledigt
- A 163 Erledigt
- A 164 Erledigt
- A 165 Erledigt
- A 166 Erledigt
- A 167 Erledigt
- A 168 Erledigt
- A 169 Erledigt
- A 170 Annahme
- A 171 Ablehnung
- A 172 Ablehnung
- A 173 Annahme
- A 174 Erledigt
- A 175 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 176 Ablehnung
- A 177 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 178 Annahme
- A 179 Ablehnung
- A 180 Annahme

- A 181 Annahme
- A 182 Ablehnung
- A 183 Annahme
- A 184 Annahme
- A 185 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 186 Ablehnung
- A 187 Ablehnung
- A 188 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 189 Ablehnung
- A 190 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 191 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 192 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 193 Ablehnung
- A 194 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 195 Ablehnung
- A 196 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 197 Ablehnung
- A 198 Ablehnung
- A 199 Annahme i. d. F. der Antragskommission zu C 86
- A 200 Ablehnung
- A 201 Ablehnung
- A 202 Ablehnung
- A 203 Ablehnung
- A 204 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 205 Ablehnung
- A 206 Ablehnung

- A 207 Ablehnung
- A 208 Ablehnung
- A 209 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 210 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 211 Annahme
- A 212 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 213 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 214 Annahme
- A 215 Ablehnung
- A 216 Annahme
- A 217 Ablehnung
- A 218 Annahme
- A 219 Ablehnung
- A 220 Ablehnung
- A 221 Ablehnung
- A 222 Ablehnung
- A 223 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 224 Ablehnung
- A 225 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 226 Annahme
- A 227 Ablehnung
- A 228 Ablehnung
- A 229 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 230 Ablehnung
- A 231 Ablehnung
- A 232 Ablehnung

- A 233 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 234 Annahme
- A 235 Ablehnung
- A 236 Ablehnung
- A 237 Annahme
- A 238 Annahme
- A 239 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- A 240 Ablehnung
- A 241 Ablehnung
- A 242 Ablehnung
- A 243 Annahme
- A 244 Ablehnung
- A 245 Erledigt

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 245 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

16 a)/16 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes **„Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- E 1 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 2 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 3 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 4 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 5 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 6 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 7 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- E 8 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 9 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 10 Ablehnung
- E 11 Ablehnung
- E 12 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 13 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 14 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 15 Ablehnung
- E 16 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 17 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 18 Annahme
- E 19 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 20 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 21 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 22 Ablehnung
- E 23 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 25 Ablehnung
- E 26 Ablehnung
- E 27 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 30 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 31 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 32 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 33 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- E 34 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 35 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 36 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 38 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 39 Ablehnung
- E 40 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 41 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 42 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 43 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 44 Überweisung an den Bundesfachausschuss Gesundheit und Pflege
- E 45 Ablehnung
- E 46 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 47 Ablehnung
- E 48 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 49 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 50 Ablehnung
- E 51 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 52 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 53 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 54 Ablehnung
- E 55 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 56 Ablehnung
- E 57 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 58 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 59 Annahme

- E 60 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 61 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 62 Annahme
- E 63 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 64 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 65 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 66 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 67 Ablehnung
- E 68 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 69 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 70 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 71 Ablehnung
- E 72 Ablehnung
- E 73 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 74 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 75 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 76 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 77 Ablehnung
- E 78 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 79 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 80 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 81 Ablehnung
- E 82 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 83 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 84 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 85 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- E 86 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 87 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 88 Annahme
- E 89 Annahme
- E 90 Ablehnung
- E 91 Ablehnung
- E 92 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 93 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 94 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 95 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 96 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 97 Überweisung an den Bundesfachausschuss Landwirtschaft
und ländlicher Raum
- E 98 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 99 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 100 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 101 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 102 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 103 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 104 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 105 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 106 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 107 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 108 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 109 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 110 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- E 111 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 112 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 113 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 114 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 115 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 116 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 117 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 118 Annahme
- E 119 Annahme
- E 120 Annahme
- E 121 Annahme
- E 122 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 123 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 124 Ablehnung
- E 125 Annahme
- E 126 Annahme
- E 127 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 128 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 129 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 130 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 131 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 132 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 133 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 134 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 135 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 136 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- E 137 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 138 Ablehnung
- E 139 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 140 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 141 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 142 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 143 Annahme
- E 144 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 145 Ablehnung
- E 146 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 147 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 148 Annahme
- E 149 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 150 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 151 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 152 Ablehnung
- E 153 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 154 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 155 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 156 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 157 Ablehnung
- E 158 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 159 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 160 Ablehnung
- E 161 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 162 Annahme

- E 163 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 164 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 165 Ablehnung
- E 166 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 167 Ablehnung
- E 168 Annahme
- E 169 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 170 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 171 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 172 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 173 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 174 Ablehnung
- E 175 Annahme
- E 176 Ablehnung
- E 177 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 178 Ablehnung
- E 179 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- E 180 Annahme
- E 181 Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge E 1 bis E 181 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

17 a)/17 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes „**Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- D 1 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 2 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 3 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 4 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 5 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 6 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 7 Ablehnung
- D 8 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 9 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 10 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 11 Ablehnung
- D 12 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 13 Ablehnung
- D 14 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 15 Ablehnung
- D 16 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 17 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 18 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 19 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 20 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 21 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 22 Ablehnung
- D 23 Ablehnung
- D 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 25 Ablehnung
- D 26 Ablehnung

- D 27 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 30 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 31 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 32 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 33 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 34 Ablehnung
- D 35 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 36 Ablehnung
- D 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 38 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 39 Ablehnung
- D 40 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 41 Ablehnung
- D 42 Ablehnung
- D 43 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 44 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 45 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 46 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 47 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 48 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 49 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 50 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 51 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 52 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- D 53 Ablehnung
- D 54 Ablehnung
- D 55 Ablehnung
- D 56 Ablehnung
- D 57 Ablehnung
- D 58 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 59 Erledigt
- D 60 Ablehnung
- D 61 Ablehnung
- D 62 Ablehnung
- D 63 Ablehnung
- D 64 Ablehnung
- D 65 Ablehnung
- D 66 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 67 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 68 Ablehnung
- D 69 Ablehnung
- D 70 Ablehnung
- D 71 Ablehnung
- D 72 Ablehnung
- D 73 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 74 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 75 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 76 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 77 Ablehnung
- D 78 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- D 79 Ablehnung
- D 80 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 81 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 82 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 83 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 84 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 85 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 86 Behandlung bei Ziffer 9
- D 86 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 87 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 88 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 89 Ablehnung
- D 90 Ablehnung
- D 91 Sonstiges
- D 92 Ablehnung
- D 93 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 94 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 95 Ablehnung
- D 96 Ablehnung
- D 97 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 98 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 99 Ablehnung
- D 100 Ablehnung
- D 101 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 102 Ablehnung
- D 103 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- D 104 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 105 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 106 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 107 Erledigt
- D 108 Erledigt
- D 109 Ablehnung
- D 110 Ablehnung
- D 111 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 112 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 113 Erledigt
- D 114 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 115 Annahme
- D 116 Ablehnung
- D 117 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 118 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 119 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 120 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 121 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 122 Ablehnung
- D 123 Annahme
- D 124 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 125 Ablehnung
- D 126 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 127 Annahme
- D 128 Ablehnung
- D 129 Ablehnung

- D 130 Annahme
- D 131 Annahme
- D 132 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 133 Ablehnung
- D 134 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 135 Annahme
- D 136 Annahme
- D 137 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 138 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 139 Annahme
- D 140 Ablehnung
- D 141 Ablehnung
- D 142 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 143 Ablehnung
- D 144 Ablehnung
- D 145 Ablehnung
- D 146 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 147 Ablehnung
- D 148 Ablehnung
- D 149 Annahme
- D 150 Ablehnung
- D 151 Annahme
- D 152 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 153 Annahme
- D 154 Annahme
- D 155 Annahme

- D 156 Ablehnung
- D 157 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 158 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 159 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 160 Ablehnung
- D 161 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 162 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 163 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 164 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 165 Ablehnung
- D 166 Ablehnung
- D 167 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 168 Erledigt
- D 169 Annahme
- D 170 Ablehnung
- D 171 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 172 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 173 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 174 Annahme
- D 175 Ablehnung
- D 176 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 177 Ablehnung
- D 178 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 179 Annahme
- D 180 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 181 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- D 182 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 183 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 184 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 185 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 186 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 187 Annahme
- D 188 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 189 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 190 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 191 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 192 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 193 Ablehnung
- D 194 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 195 Annahme
- D 196 Erledigt
- D 197 Annahme
- D 198 Annahme
- D 199 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 200 Ablehnung
- D 201 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 202 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 203 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 204 Annahme
- D 205 Annahme
- D 206 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 207 Annahme

- D 208 Annahme
- D 209 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 210 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 211 Annahme
- D 212 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- D 213 Annahme i. d. F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 213 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

18 a)/18 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- F 1 Annahme
- F 2 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 3 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 4 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 5 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 6 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 7 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 8 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 9 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 10 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 11 Ablehnung
- F 12 Ablehnung
- F 13 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 14 Annahme i. d. F. der Antragskommission

- F 15 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 16 Ablehnung
- F 17 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 18 Ablehnung
- F 19 Ablehnung
- F 20 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 21 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 22 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 23 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 25 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 26 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 27 Ablehnung
- F 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 30 Ablehnung
- F 31 Ablehnung
- F 32 Annahme
- F 33 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 34 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 35 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 36 Ablehnung
- F 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 38 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 39 Annahme
- F 40 Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales

- F 41 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 42 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 43 Ablehnung
- F 44 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 45 Ablehnung
- F 46 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 47 Ablehnung
- F 48 Ablehnung
- F 49 Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales
- F 50 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 51 Ablehnung
- F 52 Ablehnung
- F 53 Annahme
- F 54 Ablehnung
- F 55 Ablehnung
- F 56 Annahme
- F 57 Annahme
- F 58 Ablehnung
- F 59 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 60 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 61 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 62 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 63 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 64 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 65 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 66 Annahme

- F 67 Annahme
- F 68 Ablehnung
- F 69 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 70 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 71 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 72 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 73 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 74 Annahme
- F 75 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 76 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 77 Ablehnung
- F 78 Ablehnung
- F 79 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 80 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 81 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 82 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 83 Annahme
- F 84 Ablehnung
- F 85 Annahme
- F 86 Annahme
- F 87 Annahme
- F 88 Annahme
- F 89 Annahme
- F 90 Ablehnung
- F 91 Annahme
- F 92 Annahme

- F 93 Annahme
- F 94 Ablehnung
- F 95 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 96 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 97 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 98 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 99 Annahme
- F 100 Annahme
- F 101 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 102 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 103 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 104 Ablehnung
- F 105 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 106 Ablehnung
- F 107 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 108 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 109 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 110 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 111 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 112 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 113 Annahme
- F 114 Annahme
- F 115 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- F 116 Annahme i. d. F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge F 1 bis F 116 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

19 a)/19 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu den Anträgen zum **Statut und zur Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- B 1 Annahme
- B 2 Ablehnung
- B 3 Ablehnung
- B 4 Ablehnung
- B 5 Ablehnung
- B 6 Ablehnung
- B 7 Ablehnung
- B 8 Ablehnung
- B 9 Annahme
- B 10 Ablehnung
- B 11 Ablehnung
- B 12 vom Antragsteller zurückgezogen
- B 13 Erledigt
- B 14 Erledigt
- B 15 Erledigt
- B 16 Erledigt
- B 17 Erledigt
- B 18 Erledigt
- B 19 Erledigt
- B 20 Erledigt
- B 21 Erledigt
- B 22 Erledigt
- B 23 Erledigt

- B 24 Erledigt
- B 25 Erledigt
- B 26 Erledigt
- B 27 Erledigt
- B 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 30 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 31 Ablehnung
- B 32 Ablehnung
- B 33 Ablehnung
- B 34 Ablehnung
- B 35 Ablehnung
- B 36 Ablehnung
- B 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 38 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 39 Ablehnung
- B 40 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- B 41 Ablehnung
- B 42 Erledigt
- B 43 Annahme
- B 44 Annahme
- B 45 Ablehnung
- B 46 Annahme i. d. F. der Antragskommission zu B 28
- B 47 Annahme
- B 48 Annahme
- B 49 Annahme

- B 50 Ablehnung
- B 51 Ablehnung
- B 52 Ablehnung
- B 53 Annahme
- B 54 Ablehnung
- B 55 Annahme
- B 57 Annahme
- B 58 Ablehnung
- B 59 Ablehnung
- B 60 Annahme
- B 61 Erledigt
- B 62 Erledigt
- B 63 Ablehnung
- B 64 Ablehnung
- B 65 Überweisung an den Generalsekretär und das Netzwerk Integration
- B 66 Erledigt
- B 67 Ablehnung
- B 68 Ablehnung
- B 69 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- B 70 Ablehnung
- B 71 Ablehnung

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 71 ist in der Broschüre der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu den Anträgen zur **Beitragsregelung** gem. § 9 Abs. 2 Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- G 1 Nr. 1 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 1 Nr. 2 Ablehnung
- G 1 Nr. 3 – 5 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 2 Ablehnung
- G 3 Ablehnung
- G 4 Ablehnung
- G 5 Ablehnung
- G 6 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 7 Annahme
- G 8 Ablehnung
- G 9 Ablehnung
- G 10 Ablehnung
- G 11 Ablehnung
- G 12 Ablehnung
- G 13 Ablehnung
- G 14 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 15 Ablehnung
- G 16 Ablehnung
- G 17 Ablehnung
- G 18 Ablehnung
- G 19 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 20 Ablehnung
- G 21 Ablehnung
- G 22 Erledigt
- G 23 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- G 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission

G 25 Ablehnung

G 26 Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge G 1 bis G 26 ist in der Broschüre der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu den Anträgen zum **Beitragsanteil**, den die Landesverbände an die Bundespartei abzuführen haben, in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

G 27 Annahme i. d. F. der Antragskommission

G 28 vom Antragsteller zurückgezogen

G 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission

G 30 Ablehnung

G 31 Ablehnung

G 32 Annahme i. d. F. der Antragskommission

G 33 Ablehnung

G 34 Annahme i. d. F. der Antragskommission

G 35 Ablehnung

G 36 Ablehnung

G 37 Annahme i. d. F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge G 27 bis G 37 ist in der Broschüre der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP

20 a)/20 b): Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu dem Antrag des Bundesvorstandes „**Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration**“ in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

H Annahme.

(Der Wortlaut der Antrags H liegt als gesonderter Einzeldruck vor.)

Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu den **weiteren sonstigen Anträgen** folgende Beschlüsse:

- C 1 Annahme
- C 2 Annahme
- C 3 Erledigt
- C 4 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 5 Erledigt
- C 6 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 7 Annahme
- C 8 Ablehnung
- C 9 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 10 Überweisung an das Netzwerk Medien und Regulierung der CDU Deutschlands
- C 11 Überweisung an das Netzwerk Medien und Regulierung der CDU Deutschlands
- C 12 Überweisung an den Bundesfachausschuss für Bildung, Forschung und Innovation
- C 13 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 14 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 15 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 16 Annahme
- C 17 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 18 Überweisung an den Bundesfachausschuss Innenpolitik
- C 19 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 20 Annahme
- C 21 Überweisung an die Fraktion in der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen

- C 22 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 23 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie den BACDJ
- C 24 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 25 Erledigt
- C 26 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 27 Annahme
- C 28 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 29 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 30 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 31 Überweisung an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie
- C 32 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 33 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 34 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 35 Ablehnung
- C 36 Erledigt
- C 37 Ablehnung
- C 38 Erledigt
- C 39 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 40 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 41 Ablehnung
- C 42 Überweisung an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 43 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 44 Annahme

- C 45 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 46 Erledigt
- C 47 Erledigt
- C 48 Erledigt
- C 49 Überweisung an den Bundesfachausschuss für Bildung, Forschung und Innovation und den Generalsekretär
- C 50 Erledigt
- C 51 Annahme
- C 52 Erledigt
- C 53 Ablehnung
- C 54 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 55 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 56 Erledigt
- C 57 Erledigt
- C 58 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 59 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 60 Erledigt
- C 61 Erledigt
- C 62 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 63 Ablehnung
- C 64 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 65 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 66 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 67 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 68 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 69 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- C 70 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
- C 71 Erledigt
- C 72 Erledigt
- C 73 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 74 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 75 Erledigt
- C 76 Ablehnung
- C 77 Annahme
- C 78 Ablehnung
- C 79 Annahme
- C 80 Annahme
- C 81 Annahme
- C 82 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 83 Annahme
- C 84 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 85 Erledigt
- C 86 Annahme i. d. F. der Antragskommission
- C 87 Überweisung an den Bundesfachausschuss Innenpolitik
- C 88 Annahme i. d. F. der Antragskommission

Die Beschlussfassung zu Antrag C 16 erfolgte in geheimer Abstimmung. Die Beschlussfassungen zu den Anträgen C 1 bis C 15 und C 17 bis C 88 erfolgten in offener Abstimmung.

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 77 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 78 bis C 88 in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 21: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	68 ff.
Becker, Uwe	152 f.
Beuth, Peter	106 f., 179 f.
Bausenhart, Peter	142
Bockstette, Norbert	128
Bouffier, Volker	66 ff.
Brenning, Ernst	110 f.
Brok, Elmar	72 ff.
Connemann, Gitta	173 f.
Daul, Joseph	20 ff.
de Maizière, Thomas	91 ff., 113 f.
Dombrowski, Dieter	82 f.
Eckenbach, Jutta	107
Gebhart, Thomas	213
Giousouf, Cemile	102 f.
Goda, Walter	140, 148 f., 214
Gottschalck, Detlef	156 f., 160
Grathwohl, Marcel	156
Gröhe, Hermann	172 f.
Güler, Serap	116, 118, 172 ff., 192, 199
Haardt, Christian	150
Hannack, Elke	101 f., 224
Haseloff, Reiner	50 f.
Hauk, Peter	97 f., 151, 161 f., 163
Heintze, Roland	176 f.

	Seite
Henke, Rudolf	175
Henrichmann, Marc	152
Hintze, Peter	44 f., 47 f., 50 f., 53, 79, 81 ff., 95, 97 ff., 101 ff., 111, 113, 115 f., 120, 125 ff., 223 ff.
Hoffmann, Ute	105
Jacoby, Peter	118 ff.
Kauder, Volker	215 ff.
Klößner, Julia	48 ff., 192 ff.
Krah, Maximilian	108
Kramp-Karrenbauer, Annegret	70 ff.
Kretschmer, Michael	131, 139 ff., 166 ff., 178, 187 f., 212 ff., 220
Krings, Günter	126 f., 151
Krishnan, Jenovan	109 f.
Lanig, Urban	141 f., 170
Laschet, Armin	120 ff.
Laumann, Karl-Josef	184 f.
Liebing, Ingbert	45 ff.
Liese, Hans-Peter	84 f.
Linnemann, Carsten	63 ff.
Maag, Karin	51 ff.
Mann, Thomas	99 f.
McAllister, David	20, 23 f., 55, 57, 60, 62, 66, 68, 70, 72, 74, 76 f., 90 f., 110, 177, 215, 219 f.
Mentrup, Frank	12 ff.
Merkel, Angela	5 ff., 19, 24 ff., 174, 227 ff.
Müller, Andrea	154 f.
Murmann, Philipp	116 ff., 162

	Seite
Natterer, Christian	168 f., 172
Neisse-Hommelsheim, Carla	183
Nick, Andreas	77 ff.
Pantel, Sylvia	125 f., 140, 166 f.
Rachel, Thomas	81 f.
Reinhart, Wolfgang	58 ff.
Reul, Herbert	176, 188 ff.
Rolfes, Jan-Bernd	178
Schäuble, Wolfgang	85 ff.
Schnieder, Patrick	153
Schön, Nadine	155, 179, 226
Schreiber, Peter	95 ff.
Schröder, Kristina	182 f.
Schütte, Albrecht	145, 159, 163
Schummer, Uwe	104 f.
Schuster, Armin	111 ff.
Seeger, Bianca	107
Seehofer, Horst	200 ff.
Spahn, Jens	224 f.
Stritzl, Thomas	90 f.
Strobl, Thomas	10 ff., 15, 19 f., 24, 44, 55 ff., 164 f., 199, 212, 220 ff., 225, 227
Tauber, Peter	128 f., 131 ff., 146 f., 154, 186 f.
Thelen, Hedi	181
Thiele, Ulf	143 ff.
Tigges, Raphael	143

	Seite
Vaatz, Arnold	53 ff.
von Breitenbuch, Georg-Ludwig	213
von Marschall, Matern	76 f.
Wagner, Christean	98 f.
Wanderwitz, Marco	103 f.
Wegner, Kai	109
Weiß, Peter	79 f.
Weller, Florian	115
Welzel, Jan	105 f.
Wetterich, Susanne	47 f., 168
Widmann-Mauz, Annette	60 ff., 115 f., 157 ff., 160 ff., 169 ff.
Wiesmann, Bettina	129 f., 185 f.
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	149 f.
Wolf, Guido	15 ff.
Wüllner, Monica	184
Ziemiak, Paul	74 f., 167
Zimmer, Matthias	182

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Marketing · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · www.cdu.de/kontakt